vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

AUS DEM INHALT

JOHN GILLINGHAM
Die französische Ruhrpolitik und die Ursprünge des Schuman-Plans

GÜNTER J. TRITTEL

Hans Schlange-Schöningen Ein vergessener Politiker der "Ersten Stunde"

OTMAR JUNG

Verfassungsschutz privat Die Republikanische Beschwerdestelle e.V. (1924–1933)

IVAN PFAFF

Prag und der Fall Tuchatschewski

DOKUMENTATION

Hajo Holborns Bericht zur deutschen Frage vom Herbst 1947 (Erich J. C. Hahn)

BIBLIOGRAPHIE ZUR ZEITGESCHICHTE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von KARL DIETRICH BRACHER und HANS-PETER SCHWARZ

in Verbindung mit

Theodor Eschenburg, Helmut Krausnick, Karl Dietrich Erdmann, Paul Kluke, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen, Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter

Redaktion:

Martin Broszat, Ludolf Herbst, Klaus-Dietmar Henke, Hellmuth Auerbach, Wolfgang Benz Chefredakteur: Hermann Graml

Anschrift:

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46b, 8000 München 19, Tel. 089/180026

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE		
John Gillingham	Die französische Ruhrpolitik und die Ursprünge des Schuman-Plans. Eine Neubewertung	20000
Günter J. Trittel	Hans Schlange-Schöningen. Ein vergessener Politiker der "Ersten Stunde"	25
Otmar Jung	Verfassungsschutz privat: Die Republikanische Beschwerdestelle e. V. (1924–1933)	6.
Ivan Pfaff	Prag und der Fall Tuchatschewski	9:
DOKUMENTATION		
Erich J. C. Hahn	Hajo Holborn: Bericht zur deutschen Frage. Beob-	
	achtungen und Empfehlungen vom Herbst 1947 13	3:
NOTIZ		67
BIBLIOGRAPHIE		

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 8000 München 80. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bezugspreise 1987: Einzelheft DM 18,-; Jahresabonnement DM 55,20, für Studenten DM 43,20 (jeweils zuzüglich Versandkosten). Bezieher der "Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene "Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" (2 Bande im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 41,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen. Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.

Satz und Druck: Appl, 8853 Wemding





Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

35. Jahrgang 1987 Heft 1

JOHN GILLINGHAM

DIE FRANZÖSISCHE RUHRPOLITIK UND DIE URSPRÜNGE DES SCHUMAN-PLANS

Eine Neubewertung

Die politische Ordnung des heutigen Europas beruht auf einem ungeschriebenen Friedensvertrag zwischen Frankreich und Deutschland. Er resultierte aus einem Prozeß der Anpassung und Versöhnung, den der Vorschlag des Schuman-Plans in Gang setzte und der in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl institutionelle Gestalt gewann. Der wahre Charakter dieser Regelung ist bislang nicht befriedigend erklärt worden und daher noch immer ein Geheimnis; vor allem ist die simple Frage unbeantwortet, warum sie so gut funktioniert hat. Selbst in den Ursprüngen steckt ein Paradox: Wie kam es eigentlich, daß ausgerechnet Frankreich, dem Anschein nach die deutschfeindlichste der drei westlichen Besatzungsmächte, den Prozeß der europäischen Integration initiierte, dem wir – im Grunde – den Frieden und die Prosperität der letzten Jahrzehnte verdanken?

Jean Monnets Memoiren bieten die Standard-Erklärung: In der Erkenntnis, daß die französische Ruhrpolitik, also der Versuch Frankreichs, die deutsche Erholung zu hindern, fehlgeschlagen war, habe Monnet Anfang 1950 eine ausgewählte Gruppe brillanter Technokraten gesammelt, die, unter seiner Leitung, jenen Vorschlag konzipiert hätten, den die Öffentlichkeit am 9. Mai 1950 als Schuman-Plan kennenlernte. Indem er eine gemeinsame Verwaltung von Kohle und Stahl in Westeuropa vorsah, habe der Plan den Deutschen eine Partnerschaft auf der Basis deutsch-französischer Gleichberechtigung offeriert. Der Vorschlag sei praktisch unmodifiziert zum Pariser Vertrag über die Gemeinschaft für Kohle und Stahl ausgeweitet worden, was einen neuen "europäischen" Geist geschaffen habe, der die für zwei Weltkriege verantwortlichen Nationalismen überwinden sollte.

Inzwischen haben aber etliche Historiker damit begonnen, den "Monnet-Mythos" mit kritischen Augen zu betrachten und die Ursprünge des Schuman-Plans schärfer unter die Lupe zu nehmen. So sind Alan Milward und Raymond Poidevin in ihren jüngsten Arbeiten zu dem Ergebnis gekommen, daß sich die Wendung der französischen Politik schon geraume Zeit vor 1950, d.h. vor der dramatischen Intervention Monnets, ereignet und Robert Schuman mit dem französischen Außenministerium



J. Monnet, Mémoires, Paris 1976, S. 341 f.

erheblichen Anteil an ihr gehabt habe². Frances Lynch hat erstmals die These aufgestellt, daß es die behauptete Wende überhaupt nicht gegeben habe. Nach ihrer Ansicht hatte Frankreich von Anfang bis Ende nur ein Ziel, nämlich die Erlangung der wirtschaftlichen Hegemonie in Westeuropa³. Im folgenden soll – als Beitrag zur Diskussion, nicht etwa als letztes Wort – versucht werden, die Grundprinzipien der französischen Deutschlandpolitik zu überprüfen, ihre Entfaltung durch die entscheidenden diplomatischen Stationen der Nachkriegsjahre zu verfolgen und die Verhandlungen um den Schuman-Plan vor dem Hintergrund der alliierten Besatzungspolitik erneut zu analysieren. Eine solche Annäherung an das Thema wird zwar keineswegs eine vollständige Erklärung liefern, wie nach dem Zweiten Weltkrieg die epochale Kohle- und Stahl-Regelung zustande kam oder warum sie so erfolgreich war, doch sollte deutlicher werden, in welcher Weise die französische Ruhrpolitik daran beteiligt gewesen ist.

Eine Prüfung der französischen Ruhrpolitik wird einige ihrer Züge schärfer hervortreten lassen und bislang nicht gesehene oder nicht vermutete Charakteristika sichtbar machen. Der erste charakteristische Zug, der so erscheint, ist Kontinuität. Ruhrpolitik und Schuman-Plan dienten der gleichen allgemeinen Absicht, nämlich Deutschland zu französischen Bedingungen wieder in Europa zu integrieren, und hatte das gleiche primäre Ziel, nämlich das Ruhrgebiet einer "organischen Kontrolle" zu unterwerfen, und zwar durch eine französisch geleitete internationale Institution, die stark genug sein sollte, eine zuverlässige Versorgung mit Kohle zu garantieren. Zweitens zeigt sich, daß zwischen den französischen Politikern und Diplomaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg für die Deutschlandpolitik Frankreichs verantwortlich zeichneten, eine bemerkenswerte Übereinstimmung herrschte. Ob es sich um die Politiker der ersten Garnitur handelte, um Bidault, Schuman und Monnet, oder um ihre Mitarbeiter in der zweiten Reihe, um Chauvel, Alphand und Couve de Murville, sie alle waren von den Ereignissen der Jahre 1914 bis 1918 und 1940 bis 1945 geprägt, die als Schmelztiegel gleichartiger Auffassungen wirkten. Bis zu einer Zeit, die erst lange nach der Proponierung des Schuman-Plans und der Schaffung der Gemeinschaft für Kohle und Stahl kam, ist keiner, so unterschiedlich ihre Beiträge zur französischen Ruhrpolitik nach Wesen und Gewicht auch sein mochten, aus dem gemeinsamen Erfahrungs- und Vorstellungshorizont ausgebrochen. Als dritter Zug ist eine Überzeugungskraft zu konstatieren, die namentlich in den unmittelbaren Nachkriegsjahren übersehen wurde, aber auch heute noch oft übersehen wird. Jedoch waren es vor allem französische - nicht amerikanische, russische oder britische - Vorschläge, die auf den endlosen inter-alliierten Konferenzen, wann immer das Problem auftauchte, als Basis der Diskussionen über die Ruhr dienten, die dann das organisa-

F.M.B.Lynch, Resolving the Paradox of the Monnet Plan. National and International Planning in French Reconstruction, in: The Economic History Review, Zweite Serie XXXVII, Mai 1984, S.229-243.



A.S.Milward, The Reconstruction of Western Europe 1945-1951, London 1984, S.126-167; R. Poidevin, Der Faktor Europa in der Deutschlandpolitik Robert Schumans (Sommer 1948 bis Frühjahr 1949), in: VfZ 33 (1985), S.406-419.

torische Schema für eine Internationale Ruhrbehörde anboten und die schließlich die Substanz für die Verhandlungen über den Schuman-Plan lieferten.

Ein viertes Merkmal ist Beherztheit. Gewiß ist von niemand je behauptet worden, daß es der Initiative für den Schuman-Plan an "Kühnheit" gefehlt habe, aber die französische Außenpolitik, die in den ersten vier Nachkriegsjahren unter Bidault verfolgt wurde, gilt doch im allgemeinen als ein Gemisch aus Kleinmut, Feigheit und Konfusion; Bidaults Kehrreim - "Ich kann es mir nicht leisten, in der deutschen Frage der französischen öffentlichen Meinung zu weit voraus zu sein!" - wird fast stets als Ausrede für Untätigkeit oder als milde Form diplomatischer Erpressung interpretiert. Jedoch ist das nicht richtig. Bidault und Schuman machten vielmehr energische und anhaltende Anstrengungen, die französische öffentliche Meinung von ihrem "anti-Boche-Standpunkt", der an 1919 erinnerte, abzubringen und zu einer Haltung zu bekehren, die, ohne gerade pro-deutsch zu sein, wenigstens die Notwendigkeit einer Verständigung mit dem starken östlichen Nachbarn akzeptierte. Zweifel hinsichtlich der Bedeutung des von Bidault geleisteten Beitrags können durch einen Vergleich mit einem Land ausgeräumt werden, wo es an Bemühungen, wie er sie unternahm, mangelte und wo infolgedessen die Außenpolitik nach 1945 nicht umorientiert und nicht neu definiert wurde, d. h. durch einen Vergleich mit Großbritannien. Ohne den Wandel in der öffentlichen Meinung, zu dem es in jenen Jahren kam, wäre Frankreich zur konstruktiven Mitarbeit am Aufbau eines neuen Europas nicht fähig gewesen.

Alles in allem weisen diese überraschenden neuen Züge auf eine andere Tendenz in der französischen Ruhrpolitik hin, als ihr gewöhnlich zugeschrieben wird. Wir haben es nicht mit der Preisgabe einer diskreditierten negativen zugunsten einer erfolgreichen positiven Politik zu tun; es gab nur eine Politik, die lediglich in verschiedenen Phasen eine unterschiedliche Gestalt annahm. Auch ist es nicht zutreffend, diese Politik, obwohl sie absichtsvoll war, einfach als aggressiv zu charakterisieren. Ferner handelt es sich bei ihr nicht, wie es manchmal den Anschein hat, um eine kopflose Flucht, die paradoxerweise im Sieg endete. Die Tendenz ging vielmehr stets zu soliden Gewinnen, die wohlüberlegt Schritt für Schritt realisiert wurden, gegen höchst ungünstige Verhältnisse und mit Folgen, die für das westliche Europa ebenso wohltätig waren wie für Frankreich selbst. Die französische Ruhrpolitik war weder die erste noch die wichtigste Stufe bei der Integration des Kontinents, aber ohne sie hätte der Weg schon früh sein Ende gefunden.

Frankreichs Ruhrpolitik und als ihr Höhepunkt der Schuman-Plan erwuchsen aus einer tief dringenden Untersuchung des deutschen Problems, die im Sommer 1943 unter den Auspizien der Provisorischen Regierung in Algier begann und während der Monate zwischen der Befreiung und der deutschen Kapitulation ihre Fortsetzung im Pariser Außenministerium fand. Als ständiger Antrieb wirkte die von allen geteilte Überzeugung, daß ohne die Entdeckung einer Lösung das Überleben der Nation auf dem Spiel stehe. So beginnt die Denkschrift vom 21. August 1944, in der das französische Außenministerium seine grundsätzliche Auffassung zum deutschen Problem darlegte, mit dem ebenso lakonischen wie ominösen Satz: "Wenn Frankreich während der nächsten Generationen einem dritten Ansturm ausgesetzt sein sollte, steht zu



Jahrgang 35 (1987), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Iohn Gillingham

befürchten, daß ... es für immer untergehen wird." Diese Besessenheit mit der deutschen Gefahr resultierte jedoch nicht in einer Rückkehr zu dem "harten Kurs", der nach dem Ersten Weltkrieg verfolgt worden war, sondern in einer fundamental anderen Einstellung, und der Samen, dessen Frucht am Ende die Gemeinschaft für Kohle und Stahl sein sollte, ist schon sehr früh gesät worden⁵.

Bereits eine Denkschrift, die Monnet und einige seiner Vertrauten Anfang August 1943 in Algier verfaßten, kündigte die neue Einstellung an. Sie forderte einen Bruch mit der Vergangenheit und meldete das Recht Frankreichs an, bei der Gestaltung der Zukunft eine führende Rolle zu spielen. Die Aufzeichnung beginnt mit der Warnung, daß eine erneute Anwendung der Methoden von 1919 nur den Nationalismus stärken und das wirtschaftliche Wachstum ersticken, am Ende abermals zum Krieg führen werde; statt dessen müsse ein neues "europäisches Gebilde" geschaffen werden, um große Märkte zu öffnen und die Gefahr eines Wettrüstens zu verringern. Frankreich, so schließt das Dokument, sei unter den Alliierten der einzige Staat, der eine solche Anstrengung leiten könne, der dafür sogar ein historisches Mandat in Händen halte. Und der französische Versuch, eine "neue europäische Ordnung" zu errichten, hat die Entwicklung der französischen Ruhrpolitik von Anfang an beeinflußt.

Die Ruhr besaß für Franzosen der Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg eine ganz besondere Bedeutung. Sie war weit mehr als einfach ein riesiges Industriegebiet, nämlich das Symbol deutscher Macht und die Quelle der französischen Demütigung. Im Rückblick scheint deutlich zu sein, daß damals die Wichtigkeit der Ruhr überschätzt wurde: Das Atomzeitalter brach an, und Kohle und Stahl waren nicht mehr die entscheidenden Indices nationaler Kraft. Andererseits muß berücksichtigt werden, daß die vom Krieg verursachte wirtschaftliche Zerrüttung Frankreichs traditionelle Abhängigkeit von der Ruhr zunächst noch verstärkte und ständig an die wirtschaftliche Verwundbarkeit des Landes gemahnte. Der Satz, den Raymond Poidevin 1979 schrieb, ist unwiderleglich: "Die Ruhrfrage war bei allen französischen Bemühungen, das deutsche Problem nach 1945 zu lösen, die Hauptsache."7 Und dieser Bemerkung kann die Beobachtung hinzugefügt werden, daß alle anderen französischen Sorgen und Interessen, die mit dem früheren Deutschen Reich zu tun hatten, der Ruhrfrage im allgemeinen und dem Bedarf an Kohle im besonderen nachgeordnet waren.

Das Dilemma, dem sich die französische Politik gegenübersah, bestand darin, daß einerseits die politische Macht Deutschlands gebrochen werden sollte, andererseits die wirtschaftliche Bedeutung des Ruhrgebietsfür Europaerhalten und sogargesteigert werden mußte. Zwei Möglichkeiten – dies gilt es sogleich festzuhalten – sind während der Kriegsjahre in den Diskussionen über die künftige französische Deutschlandpolitik stets kategorisch abgelehnt worden. Die Reagrarisierung Deutschlands, wie sie der



⁴ Archives Nationales de France (AN), Papiers Bidault, Allemagne. 457 AP 60, "Le problème allemand", 21.8. 1944.

W.A. McDougall, Political Economy versus National Sovereignty. French Structures for German Economic Integration after Versailles, in: Journal of Modern History 51 (1977), S.4–23.

⁶ Archives Jean Monnet pour l'Europe (JM), Aufzeichnung vom 5. August 1943 ohne Titel.

R. Poidevin, Frankreich und die Ruhrfrage, in: HZ 228/1979, S. 317 f.

Morgenthau-Plan vorsah, fand keine Zustimmung, weil sie "andere Nationen einer beträchtlichen Quelle des Wohlstands berauben, die deutsche Bevölkerung in wirtschaftliches Chaos stürzen und in der Mitte des Kontinents einen Herd der Unruhe schaffen würde"8. Sollte den Deutschen, wie 1923 im Ruhrgebiet, eine Militärherrschaft aufgezwungen werden, schien das Scheitern noch sicherer zu sein, und zwar nicht zum wenigsten deshalb, weil ein solcher Versuch mit der Anwendung inhumaner Methoden verbunden sein mußte. Nach einer Studie erforderte eine wirksame Okkupation eine Besatzungsarmee von 165000 Mann und die permanente Dienstpflicht von jeweils zweieinhalb Jahrgängen, obwohl sich Frankreich einem Mangel an Arbeitskräften konfrontiert sah, den der führende Statistiker, Sauvy, auf 5 Millionen schätzte. Um diese Lücken zu füllen, hätten in Deutschland Heere von Zwangsarbeitern ausgehoben werden müssen, und als die Deutschen nach 1942 ein solches Rekrutierungssystem Frankreich aufgezwungen hatten, war dies als moralisch verwerflich angeprangert worden?

Tatsächlich ist nur eine Option ernsthaft ins Auge gefaßt worden, eben die Einrichtung einer "organischen Kontrolle" (contrôle organique), die bestehen bleiben sollte, bis ein genügend erstarktes Frankreich oder ein genügend gezähmtes Deutschland sie überflüssig machen würde. Zu diesem Schluß kam eine detaillierte Analyse des Außenministeriums vom 30. März 1945. Die Studie - das muß im Hinblick auf die spätere offizielle französische Politik festgehalten werden - sah keine Reduzierung der wirtschaftlichen Tätigkeit im Ruhrgebiet vor, außer der, die sich aus der Eliminierung der Rüstungsproduktion und aus der "Entschädigung" für die während des Krieges von den Deutschen verursachten Verluste ergeben werde. Ferner wurde eine Politik der Enteignung verworfen, weil sie zu "radikal" sei und nur zu staatlicher Kontrolle (étatisation) führe; die Verlagerung der Industrie an die Peripherie (wo sie leicht zu beaufsichtigen gewesen wäre) verfiel ebenfalls der Ablehnung, weil sie unüberwindliche technische Probleme aufwerfe, und ein Verbot der Herstellung bestimmter Güter wurde nicht ernst genommen, weil es nach dem Ende der Besetzung mühelos zu beseitigen sei. Was die "organische Kontrolle" betraf, so sollte sie anfänglich sowohl das "Management" auf Betriebsebene wie inter-alliierte Anstrengungen - offenbar unter französischer Führung - zur Auflösung "exzessiver" Konzentration wirtschaftlicher Macht an der Ruhr einschließen. Falls erforderlich, sollte zu letzterem, das ist klar, auch eine längerfristige Ausübung der Besatzungsherrschaft gehören. So hieß es: "Wie berechtigt das Prinzip der Zusammenarbeit zwischen deutschen und auswärtigen Industriellen auch sein mag, die europäischen und außereuropäischen Staaten müssen die ausschlaggebende Autorität bei der Reorganisation und Überwachung der deutschen Wirtschaft behalten, um sicherzustellen, daß die üblichen Methoden der Tarnung nicht ... zur Wiedererrichtung bestimmter ... Großkonzerne führen."10



⁸ AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 60, "Disarmament économique de l'Allemagne", 19.11. 1944.

⁹ AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 60, "Le problème rhénan-westphalien et la situation française", 22.1. 1945.

AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 60, "Direction Générale des Affaires politiques, "Contrôle de l'industrie allemande", 30.3. 1945.

Zugleich sollte die "organische Kontrolle" präzise Formen erhalten, "während sie so eng wie möglich der Reorganisation der deutschen und der europäischen Nachkriegswirtschaften angepaßt wird"¹¹. "Das letzte Ziel", so sagte eine Instruktion des Direktors der Politischen Abteilung im Außenministerium, "besteht darin, die Produktivkräfte Deutschlands in eine neue internationale Ordnung zu integrieren."¹²

Nun gab es bei der französischen Ruhrpolitik allerdings ein krasses Mißverhältnis zwischen Zielen und Mitteln. Frankreich war keine Großmacht mehr, sondern ein vor kurzem vollständig besiegter Staat mittlerer Größe, der, ob das offen eingestanden wurde oder nicht, auf seinen Knien zur politischen Respektabilität zurückfinden mußte¹³. Das Land sah sich einem Stau ungelöster sozialer und wirtschaftlicher Probleme konfrontiert, die von der aus der Vichy-Zeit stammenden politischen Zerstrittenheit noch verschärft wurden, und es litt unter einem materiellen Mangel, den die heroischen Modernisierungsanstrengungen zu seiner Überwindung zunächst noch verschlimmerten. Frankreich allein war gänzlich unfähig, Deutschland irgendeine politische Regelung aufzuzwingen; das war, nach Rückgewinnung der eigenen Kraft und vor der Erholung Deutschlands, nur mit amerikanischer Erlaubnis möglich. Diesen Bedingungen, die nie erfüllt wurden, kam Frankreich 1950 am nächsten, als es den Schuman-Plan vorschlug. Gerade während der Verhandlungen über den KohleStahl-Pool rückte die "organische Kontrolle", die Frankreich seit dem Krieg angestrebt hatte, in die Nähe der Realisierung.

Angesichts der Situation Frankreichs im Jahr 1945 konnten die französischen Diplomaten nur Nahziele anvisieren. Das erste derartige Ziel bestand ganz banal darin, einen Sitz am Konferenztisch der Alliierten zu bekommen. Leicht war das nicht. In Jalta nicht vertreten und in Potsdam noch ausgeschlossen, hatten es die Franzosen vornehmlich dem britischen Außenminister zu verdanken, daß sie einen Platz im Alliierten Kontrollrat erhielten, und namentlich der im amerikanischen State Department vorherrschenden Frankophilie war es zuzuschreiben, daß Frankreich eine Besatzungszone in Deutschland eingeräumt wurde¹⁴. Auf der ersten Konferenz des Rats der Außenminister, die vom 11. September bis zum 2. Oktober 1945 in London stattfand, hatte Frankreich aber kaum mehr Einfluß als die Republik China, die andere der beiden weniger gewichtigen "Großen Fünf". Die USA und Großbritannien mußten die sowjetische Opposition gegen die französische Teilnahme an der zweiten Außenministerkonferenz, die dann im April 1946 begann, noch mit dem Argument überwinden, daß es, da die Konferenz in Paris stattfinde, eine diplomatische Unmöglichkeit sei, Frankreich nicht einzuladen.

Das zweite Ziel der französischen Politik ist hinter fast jedem Pariser Zug auf dem Schachbrett der Diplomatie zu erkennen: die Verlängerung der Besatzungsherrschaft



¹¹ Ebenda.

AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 60, "Direction des Affaires politiques, "Le problème rhénowestphalien", 12.2. 1945.

¹³ C. de Cuttoli-Uhel, La politique allemande de France 1945–1948. Symbole de son impuissance?, unveröffentlichtes Manuskript 1984, S. 1–33.

A. Bullock, Ernest Bevin. Foreign Secretary 1945–1951, London 1983, S. 144.

in Deutschland. "Keine denkbare Lösung", so erklärte das Verteidigungsministerium am 8. April 1946, "kann Frankreich bessere Garantien für seine Sicherheit bieten als diejenigen, die es als Teilnehmer an der derzeitigen totalen Besetzung Deutschlands in der Hand hält. Diese Besetzung erlaubt es Frankreich, eine schwierige Periode zu passieren und unter dem Schutz der anderen alliierten Armeen seine Kräfte, namentlich seine Armee, fortschreitend zu regenerieren."¹⁵ Mit einigem Optimismus sahen die Franzosen dabei eine Verständigung der vier Mächte auf eine gemeinsame Politik gegenüber dem früheren Deutschen Reich als unwahrscheinlich an. General Koenig, Militärgouverneur in der Französischen Besatzungszone, schrieb Bidault im Dezember 1945: "Sobald die ernsthafte Diskussion beginnt, … hört jede Übereinstimmung auf. Anzeichen für das Gegenteil sind lediglich Trugbilder."¹⁶

Das dritte Ziel war die Gewinnung alliierter Unterstützung für die französischen Ruhr-Pläne. Im November 1945 kam Couve de Murville mit einer Verhandlungsdelegation nach Washington und hoffte, die französischen Vorschläge mit Experten des State Department ernsthaft erörtern zu können. Der Versuch war ein niederschmetternder Fehlschlag, da sich sofort herausstellte, daß die Amerikaner nicht bereit waren, eine administrative Trennung der Ruhr vom Reichsgebiet auch nur in Erwägung zu ziehen. Nach dem Ende der Schlußsitzung hielt einer der Teilnehmer, Walt W. Rostow, den Franzosen vor, sie jagten nur Illusionen nach, wenn sie glaubten, im Zeitalter atomarer Kriegführung könne die Kontrolle über die Ruhr noch irgendeinen Sicherheitswert haben¹⁷. So zutreffend die Bemerkung auch war, sie fügte doch zum Schaden auch noch den Spott. Die Briten, denen die Franzosen ihre Vorstellungen im Jahr 1946 präsentierten, zeigten sich höflicher, aber nicht empfänglicher: sie zogen für die Schwerindustrie des Ruhrgebiets eine Form der Sozialisierung vor, die ihre französischen Gesprächspartner an die im Ersten Weltkrieg von Rathenau geschaffenen "Kriegsgesellschaften" erinnerte¹⁸. Wenn aber logische Argumentation kein Gehör fand, so dachte man in Paris, sollten dann nicht Obstruktionismus, Maklerdienste und Extremismus ins Spiel gebracht werden? Noch 1945 begannen die Franzosen mit obstruktionistischer Politik im Alliierten Kontrollrat, bei den Konferenzen der Außenminister versuchten sie es, freilich nur halben Herzens, mit der Rolie des "ehrlichen Maklers", und schließlich flüchteten sie mit den Vorschlägen für "Ruhr-Rhénanie" in den Extremismus.

Die unangenehme Seite der französischen Deutschlandpolitik in den ersten Nachkriegsjahren und ihre Bedeutung können leicht übertrieben werden. Betrachten wir



AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 60, Etat Major de la Défense nationale, lère Section, nº 384 DN/IP/TS, 8.4. 1946.

¹⁶ AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 60, "Le Général Koenig. Note personelle rédigée à la suite de la réunion du 6 novembre 1945. Secret absolu."

AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 61, "Conversations Franco-américaines au sujet de la Ruhr et de la Rhénanie", 15.11. 1945.

Ministère des Affaires Exterieures (MAE), Série Y, 1944–1949. 398, "Conversation Franco-britannique sur les problèmes économiques allemands", 4.9. 1946; Série Y, 1944–1949. 397, "Note", 8.5. 1946.

zunächst den Obstruktionismus im Alliierten Kontrollrat, den John Gimbel in seinem bahnbrechenden Werk "The Origins of the Marshall Plan" zum guten Teil für die Unfähigkeit des Kontrollrats verantwortlich macht, Deutschland, wie es im Juli 1945 auf der Potsdamer Konferenz vereinbart worden war, als Einheit zu verwalten¹⁹. Die Teilung Deutschlands wird oft auf diese Unfähigkeit zurückgeführt. Nun ist nicht zu bestreiten, daß die französischen Vertreter beharrlich alle Versuche des amerikanischen Repräsentanten, des Generals Clay, blockierten, der deutschen Wirtschaft zentrale Lenkungsorgane zu geben. Dies geschah, um die Besatzungsherrschaft zu verlängern und um jede Einmischung in die wirtschaftliche Ausbeutung zu verhindern, die Frankreich in seiner Besatzungszone betrieb. Jedoch hat Alan Bullock vor kurzem darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche Teilung Deutschlands bereits auf der Potsdamer Konferenz selbst besiegelt worden war, als die USA, Großbritannien und die UdSSR übereinkamen, praktische Probleme wie die Reparationen in jeder Zone mit unterschiedlichen Methoden zu lösen²⁰. Wenn Ost und West weiterhin dem Potsdamer Grundsatz von der deutschen Wirtschaftseinheit Lippendienste zollten, so deshalb, weil keine Seite gewillt war, die Schuld für die einzige Alternative auf sich zu nehmen, die Teilung Europas in zwei feindliche Blöcke. Was schließlich die französische Besatzungspolitik angeht, so hat sie, obwohl keineswegs rühmlich, jedenfalls zur Teilung Deutschlands keinen nennenswerten Beitrag geleistet.

Das Maklergeschäft war von noch geringerer Bedeutung, obschon es auch Positives bewirkt haben mag. Sogar sein hauptsächlicher Betreiber, Außenminister Bidault, der Kommunisten verabscheute und Rußland mißtraute, hat solche Versuche später als wahlloses Hin und Her zwischen Ost und West verdammt, das am Ende zu nichts geführt habe21. Doch geht Bidault mit sich zu hart ins Gericht. Bis zum 5. Mai 1947 gehörten dem französischen Kabinett Kommunisten an, die stets in der Furcht lebten, Frankreich könne in zu große Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten geraten; sollte überhaupt etwas getan werden, mußte auf sie Rücksicht genommen werden. Auch brauchte Frankreich die Unterstützung der UdSSR, um die französischen Auffassungen auf den inter-alliierten Konferenzen zur Geltung zu bringen. Auf der Londoner Außenministerkonferenz vom Herbst 1945 noch ständig von der sowjetischen Ausschlußforderung bedroht, gelang es Frankreich immerhin, eine Besserung der Situation und auf der Pariser Konferenz von 1946, die an sich nur den Friedensverträgen mit den Satellitenstaaten Deutschlands gewidmet sein sollte, auch eine Diskussion der französischen Ruhr-Pläne zu erreichen. Später, im März und April 1947, war die französische Ruhrpolitik auf der Moskauer Außenministerkonferenz bereits ein Hauptpunkt der Tagesordnung.

Die französischen Vorschläge für "Ruhr-Rhénanie" waren allerdings in der Tat extrem und schwer verdaulich. In politischer Hinsicht gehörte zu ihnen eine lähmende

²¹ G. Bidault, Resistance. The Political Autobiography of Georges Bidault, London 1965, S. 127f., 147f.



¹⁹ J. Gimbel, Origins of the Marshall Plan, Stanford 1976.

²⁰ Bullock, S. 147.

radikale Dezentralisierung, auf wirtschaftlichem Felde verlangten sie Maßnahmen, die den Wiederaufbau Deutschlands aufs schwerste behindert hätten: so die Einsetzung internationaler Leitungsstäbe für Gruben und Stahlwerke, den Oktroi eines ausgeklügelten Systems der Wirtschaftskontrolle und die Parzellierung Deutschlands in winzige, zellenartige Zollgebiete. Aber wenn solche Ideen auch zur Befriedigung eines etwas obszönen Rachedurstes konzipiert worden sein mögen, so hatte Frankreich doch nicht die Absicht. Deutschland eine Neue Ordnung im nationalsozialistischen Stile aufzuzwingen; erst recht fehlte dazu die Fähigkeit²². In Wahrheit dienten die Vorschläge für "Ruhr-Rhénanie" jedoch lediglich als Futter für die diversen Konferenzen der Außenminister und andere inter-alliierte Treffen auf hoher Ebene, als Spielmaterial für die Anfangsstadien von Verhandlungen. Wann immer ernsthafte Diskussionen begannen, waren die Franzosen sofort bereit, ihre extremeren Forderungen zu vergessen. Im August 1946 ließ Außenminister Bidault die Amerikaner "inoffiziell" wissen, daß "die französische Politik gegenüber Deutschland, insbesondere das Bestehen auf der Abtrennung der Ruhr, ein Fehler gewesen" sei, und er fügte hinzu, allein politische Rücksichten hätten ihn daran gehindert, diese Forderung fallen zu lassen²³. Im Juli 1946 sprach sich der nach außen unnachgiebig auftretende Alphand in einem internen Memorandum, das er für eines iener vielen ergebnislosen Treffen schrieb, auf denen eine gemeinsame Politik mit den Briten vereinbart werden sollte, unzweideutig dafür aus, daß Frankreich für die Ruhr eine Formel finden solle. die inter-allierte Kontrolle mit deutscher Souveränität verbinde²⁴. Diese Elemente sind in der amtlichen Politik erst ein Jahr später miteinander verknüpft worden. In der Praxis haben aber die materiellen Bedürfnisse Frankreichs - vor allem der Bedarf an Kohle – die verrückteren französischen Ruhr-Pläne stets in den Hintergrund des politischen Handelns gedrängt.

So auch auf der Moskauer Konferenz. Sie fiel noch in den härtesten Winter seit Menschengedenken, der, zumal nach der vom Krieg verursachten materiellen Erschöpfung, die Transportsysteme im nördlichen Europa schwer getroffen und die Industrieproduktion immer wieder für Wochen zum Stillstand gebracht hatte. Frankreich verfolgte auf der Konferenz drei Ziele: mehr Kohle zu bekommen, die deutsche Stahlerzeugung zu limitieren und die internationale Kontrolle der Ruhr durchzusetzen. Aber von diesen drei Punkten hatte, obwohl alle drei in den Moskauer Diskussionen auftauchten, nur der erste wirkliche Bedeutung. Noch im Vorfeld der Konferenz machte Staatspräsident Vincent Auriol dem amerikanischen Außenminister Marshall bei einer Unterredung klar, daß die Kohle für Frankreich in den bevorstehenden Besprechungen oberste Priorität haben werde. Im Jahr 1938, so sagte Auriol, habe Frankreich über 73 Millionen Tonnen verfügen können, von denen rund 25 Mil-



MAE, Série Y, 1944-1949. 396, "Mémorandum de la Délégation française au sujet de l'Allemagne (CMAE 46 1)", 1.1. 1946; AN, Papiers Bidault, 457 AP 60, "Note au sujet de la politique française en Allemagne", April 1946.

Foreign Relations of the United States (FRUS), 1946/V, 740.00119, Caffery to SecState, 30.8.

AN, Papiers Bidauk, 457 AP Allemagne. 60, "Note (Alphand). Problèmes allemands", 18.7. 1946.

lionen importiert worden seien; 1947 hingegen stünden, trotz einer bereits wieder erreichten Steigerung der einheimischen Förderung auf über 50 Millionen Tonnen, insgesamt nur 61 Millionen Tonnen zur Verfügung. Nachdem er noch erwähnt hatte, daß von der Importkohle, auf bloß 12 Millionen Tonnen reduziert, mehr als die Hälfte zu eigentlich prohibitiven Preisen aus den Vereinigten Staaten bezogen werden müsse, erklärte er, daß Frankreich auf der Moskauer Konferenz eine Erhöhung der Importe aus Deutschland verlangen werde, und zwar zunächst auf 500 000 Tonnen pro Monat, binnen eines Jahres aber auf 1 Million Tonnen pro Monat²⁵. Werde das nicht erreicht, so schloß er, müsse die Erholung Frankreichs, durch den Mangel an Kohle gebremst, hinter der Erholung Deutschlands zurückbleiben. Um sich mittelfristig eine ausreichende Belieferung mit Kohle zu sichern, präsentierten die Franzosen in Moskau auch den sogenannten "Alphand-Plan", der die Verlagerung von Stahlkapazität in Höhe von 5 Millionen Tonnen aus dem Ruhrgebiet nach Lothringen empfahl, was in Deutschland eine Welle der Angst und der Empörung verursachte²⁶. Bidault brachte außerdem die üblichen Vorschläge für die Internationalisierung der Ruhr aufs Tapet, offenbar in der Absicht, britische Pläne zur Sozialisierung der Schwerindustrie im Revier zu vereiteln²⁷. All das hatte jedoch wenig zu bedeuten. Nach einem Monat bitterer Auseinandersetzungen herrschte in Moskau Übereinstimmung darüber, daß die Konferenz erfolglos bleiben werde und abgebrochen werden solle. Die Franzosen verließen indes Moskau nicht mit ganz leeren Händen; indem sie stillschweigend darauf verzichteten, den Alphand-Plan weiter zu verfolgen, handelten sie sich die amerikanische und britische Zustimmung zu einer Vereinbarung ein, die, außerhalb der Sitzungen des Rats der Außenminister getroffen, eine gleitende, d.h. eine an der Steigerung der deutschen Produktion orientierte Erhöhung sowohl des deutschen Exports nach Frankreich wie des deutschen Eigenverbrauchs vorsah. Da freilich die deutsche Erzeugung in den nächsten Monaten nicht nennenswert stieg, litten die Erholung Frankreichs und die französischen Modernisierungspläne auch weiterhin unter Energiemangel²⁸.

Im Juni 1947 hat dann aber die Verkündung des Marshall-Plans den Kontext, in dem die französische Ruhrpolitik konzipiert wurde, dramatisch verändert. An die Stelle von Obstruktionismus, Maklerdienst und Extremismus traten Versuche, in ein Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu treten, das von einem gewissen Maß an Intimität charakterisiert sein sollte. Niemand in Paris zweifelte daran, daß das neue Programm auch amerikanische Hilfe für Deutschland bedeutete, und niemand gab sich der Illusion hin, daß Frankreich versuchen könne oder solle, dies abzublocken. Die französische Regierung schien im Gegenteil bereit zu sein, die Ruhrfrage mit einem

FRUS, 1947/II. 740.00119 Council/3-2047, SecState to President and Acting SecState, 20.3. 1947.
 Bidault, S. 147.



²⁵ FRUS, 1947/II. 740 00119 Council 3-647, Minutes of conversation between SecState and the President of France, 6.3. 1947.

Office of Military Government, US (OMGUS), "Lorraine Steel instead of Ruhr Coal? A study of the French proposal for the transfer of Pig Iron and Steel Production from Rheinland-Westfalen to France. Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie, Düsseldorf, August 1947".

Drei-Mächte-Abkommen zu regeln. Am 7. August 1948 sagte Bidault beim Lunch mit Will Clayton, dem Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten im State Department, daß es "hinsichtlich der Höhe der Industrieproduktion in Deutschland keine größeren Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und den USA gebe und daß sie, die Franzosen, gegen kein zwischen Amerikanern und Briten vereinbartes Industrieniveau Einwände erheben würden, vorausgesetzt, das französische Volk bekomme die Sicherheit, daß die Ressourcen der Ruhr nicht wieder zu einem Krieg gegen Frankreich genützt würden. Er glaubte, eine solche Sicherheit sei mit der Einrichtung eines internationalen Gremiums gegeben, das die Produktion der Ruhr, Kohle, Eisen, Stahl und vielleicht Chemikalien, zwischen Deutschland und anderen Ländern zu verteilen haben würde. Nach Unterzeichnung eines Friedensvertrags sollten diesem Gremium Vertreter der USA, Großbritanniens, der Benelux-Länder und Deutschlands angehören. Vorher sollte es aus den genannten Ländern minus Deutschland zusammengesetzt sein." Bidault fügte hinzu, daß "Frankreich die früheren Vorschläge zur Abtrennung der Ruhr von Deutschland, zur Internationalisierung etc. aufgegeben habe ... und durchaus bereit sei, Eigentum und Verwaltung den Deutschen zu belassen, aber ... darauf bestehen werde, daß der Zugang zur Produktion der Ruhr nicht allein vom Willen der Deutschen abhängen dürfe"29.

Indes zogen sich die Franzosen von dieser Position wieder zurück, da ihre Hoffnung auf eine engere Zusammenarbeit mit den "Angelsachsen" bald einen Dämpfer erhielt. Seit 1946 hatte sich Frankreich beharrlich geweigert, die französische Besatzungszone mit der amerikanischen und der britischen Zone zu vereinigen. Motiv war die Furcht, mit der Vereinigung werde ein Schritt zur deutschen Einheit und zur Wiederherstellung deutscher Kontrolle getan, die Ausbeutung der eigenen Zone gestoppt und der französischen Diplomatie auch noch das letzte Druckmittel auf den internationalen Konferenzen genommen. Später hatte Frankreich den Preis für die Verweigerung der Kooperation zu zahlen, als die Bizonen-Partner, unfähig zur Einigung in der Frage, ob die Gruben und Stahlwerke der Ruhr sozialisiert oder in Privateigentum überführt werden sollten, ihren Streit durch den Beschluß beilegten, die Entscheidung den Deutschen zu überlassen. Die Franzosen erfuhren von diesem Beschluß aus der Zeitung. Die Drohung einer bevorstehenden Restauration schien den Hoffnungen auf "contrôle organique" einen vernichtenden Schlag zu versetzen. Nachdem die Weichen durch das vorhersehbare Scheitern der Londoner Außenministerkonferenz, am 15. Dezember 1947, endgültig gestellt waren, d.h. der Versuch zur Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland sein definitives Ende gefunden hatte und für die westlichen Alliierten der Weg zur Schaffung eines westdeutschen Staates offen lag, taten die Franzosen das Unvermeidliche: sie machten sich daran, die Verständigung mit dem "Erbfeind" zu suchen.



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

FRUS, 1947/II. 862.60/8-747, UndersecState for Economic Affairs (Clayton) to SecState, 7.8. 1947; 862.60/8-647, Memo Director of Office of European Affairs (Hickerson) to UndersecState (Lovett), 23.8. 1947; AN, Papiers Bidault, 457 AP 622, "Mémorandum pour M. Georges Bidault", 24.6. 1947.

Nicht der prophetische Monnet und nicht der fromme Schuman, sondern der tumbe und historisch diskreditierte Bidault hat als erster den neuen Ton in der französischen Deutschlandpolitik angeschlagen. Am 4. Januar 1948 unterrichtete er General Koenig, daß die "deutsche Erholung im Rahmen Europas so schnell wie nur möglich vonstatten gehen sollte", und er setzte hinzu: "Die erste Phase der Okkupation ist nun vorüber (und) unsere Hauptsorge gilt nicht mehr der Wiedergutmachung vergangenen Unrechts, sondern der Vorbereitung auf die Zukunft." Das schließe, so präzisierte er, sowohl "die direkte Verwaltung der Besatzungszone ... wie ihre Ausbeutung für unseren eigenen Profit" aus³⁰. Bidault wies General Koenig an, mit Beschlagnahmen und Zwangsverkäufen ebenso Schluß zu machen wie mit der Zurschaustellung eines aufwendigen Lebensstils durch Besatzungsorgane. Ferner verfügte er, daß "alles geschehen muß, um nützliche Beziehungen zu Deutschen zu entwickeln", wobei er hervorhob, Franzosen müßten jede Gelegenheit wahrnehmen, ihren deutschen Gesprächspartnern höflich auseinanderzusetzen, daß "wir nicht nach Herrschaft streben, sondern lediglich nach einer ehrenvollen Rolle in einem geeinten und kooperativen Europa³¹.

Viele weniger bedeutende Figuren erlebten die gleiche Konversion wie Bidault. Der offensichtlich ansteckend wirkende Wunsch, eine Basis für eine Verständigung mit Deutschland zu finden, infizierte bald zahlreiche Beamte im französischen Außenministerium und einflußreiche Privatleute. In den folgenden Monaten entwarf Roger Fabre von der Mitteleuropäischen Abteilung des Außenministeriums Denkschrift um Denkschrift, um darzutun, daß Frankreich den Anspruch Deutschlands auf Gleichberechtigung mit einer dramatischen Geste anerkennen müsse; damit, so glaubte er, könne ein neues Klima für "konservative europäische Zusammenarbeit" erzeugt werden³². Der frühere "Erbfeind" wurde auch zum Thema von Diskussionen in kleinem Kreise, so am 20. Juli 1948, als während eines Dinners der Wirtschaftsexperte Henry Laufenberger seine "persönliche Meinung" zum Ausdruck brachte, Deutschland, das traktabler sei als Großbritannien, Italien oder die Benelux-Länder, könne Frankreichs bester Handelspartner werden. Ein anderer Gast, der MRP-Abgeordnete Pierre Pflimlin, empfahl daraufhin, einen "Energie-Komplex" zu schaffen, der sowohl Frankreich und die Benelux-Länder wie Deutschland einschließen und von einer europäischen Behörde geleitet werden müsse. Jean Monnet unterbrach diese Unterhaltung mit dem Vorschlag, die Angelegenheit seinem Freund John Foster Dulles zu unterbreiten, und der vierte Gast, ein Mann namens Abelin, gab durch gewichtiges Nicken seine Zustimmung zu erkennen³³.



³⁰ AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 15, "Le Ministère des affaires étrangères à M. le Général d'Armée Koenig", 4. 1. 1948.

³¹ Ebenda; AN, Papiers Bidault, 457 AP Allemagne. 15, "Instructions adressées à M. Schneiter", 7. 1. 1948.

MAE, Y, 1944-1949, "Note (Fabre). Direction d'Europe. Sous Direction d'Europe Centrale", 12.6. 1948; Y, 1944-1949, Roger Fabre, "Note sur les aspects économiques du problème allemand", I.4. 1948.

³³ AN, 80 AI (unnumeriert), "Allemagne", 20.7. 1948.

Die Suche nach einem Rezept, das einerseits der französisch-deutschen Verständigung diente und andererseits das französische Sicherheitsbedürfnis befriedigte, dauerte noch so manches Jahr, bis schließlich nach allerlei Umwegen eine Lösung gefunden wurde. Sie begann im Oktober 1947 mit folgenlosen Vorschlägen für eine internationale Ruhrbehörde, nahm dann, in den ersten Monaten nach der Übernahme des Außenministeriums durch Robert Schuman, die Form des Experimentierens mit mehreren Möglichkeiten an, stieß danach mit der dramatischen Erklärung vom 9. Mai 1950 endlich auf Neuland vor und quälte sich schließlich durch monatelange Verhandlungen, die Frankreich nicht mehr zu kontrollieren vermochte, zum Ziel der französischen Ruhrpolitik.

Das französische Außenministerium, erst unter Bidault und dann unter Schuman, verwandte den größeren Teil des Jahres 1948 auf vergebliche Versuche, die "Angelsachsen" auf der Londoner Drei-Mächte-Konferenz zur Einrichtung einer Ruhr-Organisation zu überreden, die vorerst von den Alliierten geleitet, aber später, nach der Durchführung notwendiger Reformen in der Schwerindustrie, dem Beitritt der Deutschen offen stehen sollte. Aus der vorgeschlagenen neuen Organisation, über die es in Westdeutschland zu heftigen öffentlichen Diskussionen kam, konnte nichts werden. Vor allem bestanden die Briten und Amerikaner darauf, ihre Zuständigkeit auf die Verteilung der exportierten Ruhrkohle zu beschränken und sie in dieser Hinsicht sogar an Direktiven der OEEC zu binden. Die in Genf beheimatete Europäische Kohlenexportagentur, die sich dabei an die auf der Moskauer Außenministerkonferenz vereinbarten flexiblen Quoten hielt, fuhr daher fort, vierteljährliche Zuteilungspläne auszuarbeiten, denen die "International Ruhr Authority" nur noch ihren Stempel aufdrückte. Selbst die Franzosen verloren bald ihr Interesse an der IRA. Noch ehe diese ihre Tätigkeit aufnahm, erließen die Bizonen-Partner das Gesetz Nr.75, das für die Reorganisation der Schwerindustrie deutsche Treuhänderschaften vorsah, wodurch der IRA wiederum eine wichtige Kompetenz entging. Jedoch blieb die IRA am Leben, als organisatorische Hülse und für die Deutschen als unangenehme Erinnerung an die Fortdauer der Besatzungsherrschaft³⁴.

Der Schock durch das Gesetz Nr. 75 ließ die Franzosen nicht jählings in die Arme der Deutschen taumeln. Vielmehr suchte Außenminister Schuman, als Vorspiel zu einem späteren Arrangement mit Deutschland, die Position Frankreichs durch bilaterale Abmachungen mit anderen europäischen Staaten zu konsolidieren. 1949 war das Jahr, in dem die Verhandlungen über eine französisch-italienische Zollunion zum Abschluß kamen und die Gespräche über ein Abkommen mit der lächerlichen Bezeichnung FRITALUX, das den Anschluß der Benelux-Staaten bringen sollte, begannen, ferner Jean Monnet ergebnislose Besprechungen mit Sir Edwin Plowden führte, um einmal mehr die Schaffung einer französisch-britischen Wirtschaftsunion in Angriff zu nehmen. Keine dieser Initiativen hat viel bewirkt³⁵. Ob sie mehr Erfolg gehabt hät-



³⁴ Milward, S. 145 f.

³⁵ R.T. Griffiths/F. M.B. Lynch, The Fritalux-Finebel Negotiations 1949-1950, European University Institute Working Paper no. 84/117, November 1984; JM, AMF 22/3/3, "Notes sur les entretiens

ten, wenn sie mit größerer Dringlichkeit verfolgt worden wären, werden künftige Forschungen zeigen müssen.

Im Jahr 1949 nahm aber der Druck auf Paris zu, auch in der Ruhrfrage initiativ zu werden. Die junge Bundesrepublik Deutschland steuerte nach der Währungsreform von 1948 in einen Boom erstaunlichen Ausmaßes und ließ mit dem Petersberger Abkommen vom November 1949 erstmals auch ihre diplomatischen Muskeln spielen. Im Zuge der Rückkehr von "Normalität" wurden die wirtschaftlichen und kommerziellen Verbindungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn, die 1945 abgerissen waren, rasch restauriert. Private Arrangements, so die Pläne der Vereinigten Stahlwerke für massive französische Kapitalinvestitionen in der deutschen Stahlindustrie, waren unterwegs und drohten die Ruhrfrage dem Einfluß der französischen Regierung zu entziehen. Schließlich mußte auch die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, daß die deutsche Wiedergeburt überschüssige Stahlkapazitäten schuf, was die in Frankreich angelaufene Modernisierungskampagne gefährden konnte. Gleichwohl blieb die französische Politik noch richtungslos. Zwar herrschte 1949 kein Mangel an Plänen und Vorschlägen für eine auf Kohle und Stahl gestützte europäische Regelung, aber nahezu alle der offiziellen oder halboffiziellen Anregungen waren nicht französischen Ursprungs. Auf deutscher Seite predigten K. W. Mommsen, Karl Arnold und viele weniger prominente Personen die Weisheit eines westeuropäischen Kohle- und Stahl-Pools. Am 8. März 1950 schloß sich ihnen auch Bundeskanzler Adenauer an. Die Westminster-Konferenz europäischer Föderalisten konzipierte detaillierte Pläne für ein künftiges Produzenten-Parlament der führenden Industrienationen. Und im Europarat schlug Paul Reynaud ein neues Abkommen über Kohle und Stahl zur Überbrückung der historischen Kluft zwischen Frankreich und Deutschland vor³⁶. Indes schickten sich die Franzosen erst dann zum Handeln an, als Anfang 1950 bekannt wurde, daß die Vereinigten Staaten, die Frankreich seit Monaten drängten, die Führung bei der europäischen Integration zu übernehmen, daran dachten, auf der bevorstehenden Londoner Drei-Mächte-Konferenz die Aufhebung der letzten Beschränkungen für die deutsche Stahlproduktion vorzuschlagen. Das Resultat, der Welt am 9. Mai 1950 vorgestellt, einen Tag vor der festgesetzten Eröffnung der Londoner Konferenz, war der Schuman-Plan.

Dieser Plan, der unter etwas anderen Umständen vielleicht als Bidault-Plan in die

Bundesarchiv (BA), B 146/266, "Besprechung mit Herrn Außenminister Schuman und Hochkommissar François-Poncet", 29.8. 1949; OMGUS, RG 260/7/23-1/21, "The European Ruhr Industry", o.D.; AN, 307 AP 212, "Mouvement européen, Préparation de la Conférence Economique de Westminster. L'avenir de la sidérurgie européenne", 1949; BA, B 109/111, "Besprechung mit Miss Outhwaite aus London von ,The Economist' am 22.9. 1949; G. Kiersch, Die früheren internationalen Stahlkartelle und der Schumanplan, Sonderveröffentlichung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen, Heft 2, September 1951; W. Bührer, Die westdeutsche Eisenund Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952, München 1986.



Monnet – Plowden", 23.5. 1949; AMF 22/3/5, "Interview with Plowden", o.D.; AMF 22/3/6; Hirsch, "L'Angleterre fera-t-il antichambre?", in: Les Cahiers de la République, 51, Januar 1963, S.9-16; Monnet, S.332.

Geschichte eingegangen wäre, ist tatsächlich das Werk Jean Monnets und daher von seiner komplexen politischen Persönlichkeit geprägt gewesen³⁷. Monnet wird nicht selten als karger und farbloser Technokrat gezeichnet. In Wahrheit war er ein visionärer Promoter, der in aller Welt einen reichen Schatz von Erfahrungen gesammelt und sowohl eine ungewöhnliche Weite des Horizonts erworben wie ein dichtes Netz wichtiger persönlicher Kontakte geknüpft hatte. Dies alles suchte er jetzt in den Dienst Frankreichs zu stellen. Monnet war in der ersten Dekade des Jahrhunderts Verkäufer von Cognac bei den Eskimos gewesen, im Ersten Weltkrieg Zuteiler alliierten Schiffsraums, in den zwanziger Jahren hoher Beamter beim Völkerbund, Anfang der dreißiger Jahre internationaler Bankier und dann Leiter eines vom Unglück verfolgten industriellen Entwicklungsprojekts in Tschiang Kai-scheks China. Als wichtigster Einfluß auf Monnets Aktivitäten nach 1945 muß jedoch seine amerikanische Erfahrung im Management des "Arsenals der Demokratie" gelten. Er kehrte nach der deutschen Kapitulation in sein Heimatland mit der Überzeugung zurück, daß die französische Industrie "amerikanisiert" werden müsse, wenn Frankreich als moderne Nation überleben wolle: größere und rationeller arbeitende Produktionseinheiten, größere Märkte und eine aufgeklärtere Arbeiterpolitik. Ebenso sicher war er, daß all dies mit Methoden zu erreichen sei, die er angewandt hatte, als er an der Mobilisierung der amerikanischen Kriegswirtschaft mitwirkte. Die erste Methode - das Direktoratsprinzip - bestand darin, einem dynamischen Individuum die Macht zu geben, die gebraucht wurde, um eingewurzelte Interessen, Bürokratien und erforderlichenfalls auch das Gesetz zu überwinden. Bei der zweiten Methode - Öffentlichkeitsarbeit als Politik - ging es darum, alle offiziellen Entscheidungen so zu verpacken, daß sie allgemeine Attraktivität gewannen. Die Vereinigung von Zweck und Mittel in diesem Sinne ist unschwer zu entdecken, wenn man sich mit dem "Plan de Modernisation et d'Equippement" beschäftigt, Monnet-Plan genannt, den er und seine kleine Gruppe fähiger und ergebener Gefolgsleute konzipierten, organisierten und anwandten, mit der Hilfe semi-offizieller Gremien, die aus allen Lagern zusammengesetzt waren, um den Anschein öffentlicher Repräsentanz zu erwecken, und gegen den wachsenden Widerstand wirtschaftlicher und bürokratischer Interessen.

Es ist nicht einfach, Monnets Rolle in der Außenpolitik präzise zu definieren. Obwohl er als Kommissar seines Plans gar kein offizielles Mandat dafür hatte, wurde er doch immer wieder zu diplomatischen Missionen verwandt und in Fragen der Außenpolitik konsultiert. Auch intervenierte er oft hinter den Kulissen, namentlich in Fragen, die mit den beiden "Säulen" zu tun hatten, von denen er den Erfolg seines Plans abhängen glaubte, mit dem amerikanischen Dollar und der Ruhrkohle. Monnets Einfluß auf die französische Politik gegenüber den Vereinigten Staaten steht außer Zweifel. Als er im Mai 1946 die Blum-Anleihe aushandelte, legte er Frankreich unwiderruflich darauf fest, der amerikanischen Politik der Handelsliberalisierung zu folgen –



³⁷ Monnet, S. 355.

die übliche Bedingung für amerikanische Freigebigkeit³⁸. Dazu war allein Monnet in der Lage. Die Forderung nach Öffnung der Märkte stieß in Frankreich auf ebenso harten Widerstand wie in anderen Ländern. Da aber kein anderer Franzose fähig war, aus Washington im gleichen Stile Geld herauszuschlagen, und da er sich die ausschlaggebende Stimme bei der Verwendung der Gelder zu sichern verstand, brachte es Monnet fertig, die Opposition auszumanövrieren. Als Leiter des Plans konnte er außerdem den Amerikanern versprechen, daß Frankreichs Verpflichtung nicht nur nominell sei, das Land erst modernisieren und dann den Handel tatsächlich liberalisieren werde. Wenn ihn sein Geschick bei der Geldbeschaffung für Frankreich unentbehrlich machte, so machte ihn andererseits die Fähigkeit, die amerikanischen Erwartungen im Hinblick auf die Liberalisierung des Handels zu erfüllen, gleichermaßen für Washington unentbehrlich. Monnet befand sich in einer fast unangreifbaren Position.

Auf die französische Ruhrpolitik übte Monnet jedoch keinen vergleichbaren Einfluß aus. Seine Vorstellungen in dieser Frage sind von denen des Außenministeriums ohnehin nur dadurch zu unterscheiden, daß er ein größeres Interesse an der Produktion als an politischen Problemen verriet. Nur einmal hat er selbst die Initiative ergriffen, nämlich im September und Oktober 1945, als es ihn erbitterte, daß die Kohlelieferungen aus dem Ruhrgebiet nicht über ein Viertel der von Präsident Truman zugesagten Menge steigen wollten, und er seinen amerikanischen Freunden vom Kriegsministerium und vom State Department, John J. McCloy und Will Clayton, die Einsetzung eines "Kohlezars" für das besetzte Deutschland vorschlug. Dafür erhielt er - oder eigentlich ein Ersatzopfer namens Kaplan - einen scharfen Verweis von einem Außenministerium, das nicht gewillt war, Einmischungen in seine Kompetenzen hinzunehmen, zu denen auch alle Angelegenheiten zu zählen seien, "die mit der administrativen Zentralisierung Deutschlands zu tun haben"39. Auf amerikanischer Seite war General Eisenhower von Monnets Vorschlag wenig begeistert. Er glaubte, ein "Kohlezar" werde die Autorität der Militärgouverneure aushöhlen, und so regte er, in der Hoffnung, die Idee damit zu begraben, die Bildung eines inter-alliierten Konsultativkomitees an40.

Nach diesem mißglückten Vorstoß handelte Monnet nur noch in Übereinstimmung mit dem Kabinett. Zwar scheint er die Vorschläge des Außenministeriums für "Ruhr-Rhénanie" zu keiner Zeit ausdrücklich gebilligt zu haben, doch dirigierte er im Jahr 1946 die mit großer Beharrlichkeit geführte Kampagne, mit der die USA dazu gebracht werden sollten, den Ernst des Kohlemangels in Frankreich richtig zu würdigen, und daher war er nicht gewillt, etwas zu tun – z.B. die Vorschläge des Quai d'Orsay zu kritisieren –, das von seinen Zwecken ablenken mochte. Monnets Organisation hatte auch mit dem "Alphand-Plan" für den Transfer von Stahlkapazi-

⁴⁰ JM, 2.11. 1945; AMF 4/3/17, "Production du charbon de la Sarre et de la Ruhr, 11.10. 1945.



³⁸ M. Margairaz, Autour des accords Blum – Byrnes. Jean Monnet entre le consensus national et le consensus atlantique, in: Histoire, économie, société, 1° 2 1982, S. 439-470.

³⁹ JM, AMF 4/3/47, Kaplan an Monnet, 2, 12, 1945.

täten aus dem Ruhrgebiet nach Lothringen nichts zu tun, der im Frühjahr 1947 auf der Moskauer Außenministerkonferenz vorgelegt wurde, jedoch machte er auch keine Vorbehalte geltend. Seine eigene Position, die er am Vorabend der Konferenz in einem Memorandum skizzierte, entsprach durchaus der Grundrichtung der damaligen französischen Politik. Monnet verlangte eine internationale Kontrolle der Gruben und Stahlwerke, um die Stahlproduktion zu limitieren, die Kohleförderung zu maximieren und die Verteilung von Energie nach europäischen Erfordernissen zu sichern. Ferner betonte er die Notwendigkeit eines juristischen Arrangements, das, vielleicht in Form der Requirierung, die Verantwortung für das Management der deutschen Betriebe einem internationalen Gremium übertragen müsse, ohne die Heiligkeit des Privateigentums zu verletzen⁴¹. Monnets Reaktionen auf den Marshall-Plan befanden sich ebenfalls im Einklang mit der amtlichen Politik. Am 28. Juli 1947 schrieb er Bidault, Frankreich solle nicht übermäßig besorgt sein, weil das neue Hilfsprogramm den Wiederaufbau Deutschlands stimulieren werde. Monnet sah etliche positive Trends am Werke: So sei die Teilung Deutschlands eine Tatsache, die Besetzung könne für mehr oder weniger unbefristete Zeit aufrechterhalten werden, und die USA würden Frankreich wahrscheinlich eine militärische Sicherheitsgarantie geben. In den Augen Monnets bestand die eigentliche Gefahr, der sich Frankreich gegenübersah, darin, daß die Wachstumsrate der französischen Wirtschaft hinter der deutschen Wachstumsrate zurückblieb. Er schloß sein Schreiben mit dem Vorschlag, Frankreich solle, wenn erst die Sowjets die für Dezember 1947 angesetzte Londoner Außenministerkonferenz verlassen hätten, die USA und Großbritannien anstoßen, eine internationale Ruhrbehörde einzusetzen⁴². Was dann die Institution selbst anging, so war Monnet, obwohl er im Sommer 1948 glaubte, zur Regulierung des deutschen Wirtschaftswachstums könnten über die IRA Drei-Mächte-Pläne oktroyiert werden, vom Ergebnis der Londoner Verhandlungen enttäuscht; er hatte keine Hoffnung mehr, daß die IRA als wirksames Instrument französischer Politik zu gebrauchen sei43.

Der am 9. Mai 1950 präsentierte Plan unterschied sich von allen Vorläufern in dreierlei Hinsicht. Zunächst war er ein Reklame-Coup von historischem Ausmaß: Hier ging es, nach dem von Monnet präparierten und vom Außenminister im Rundfunk verlesenen Text, nicht bloß um Kohle und Stahl, sondern um die Verhinderung künftiger Kriege durch den Aufbau Europas. Die Kraft der Botschaft hat damals auch Skeptiker beeindruckt und es seither schwierig gemacht, den Schuman-Plan von dem Mythos zu trennen, der ihn umgibt. Zweitens konnte Monnet auf mächtige amerikanische Unterstützung zählen. Sie hatte schon sein "terrain de manoeuvre" in Frankreich abgeschirmt, gab ihm jetzt eine zusätzliche Waffe gegen Deutschland und befähigte ihn, auf französischer Seite die Verhandlungen praktisch ohne Einmischung zu führen. Drittens sah der Schuman-Plan weder eine ständige Konferenz noch ein in-



⁴¹ JM, AMG 20/1/5d, "Mémorandum sur le futur régime économique de la Ruhr", 1.2. 1947.

⁴² JM, AMG 20/1/7, Monnet an Bidault, 28.7. 1947.

⁴³ Monnet, S. 335 f.

ternationales Parlament oder einen Lenkungsausschuß vor, sondern ein Direktorat, das Monnet zu leiten beabsichtigte. Hier steckte der vielkritisierte Dirigismus. Die Stärke des Vorschlags ergab sich aber auch aus der Tatsache, daß bis zum 9. Mai 1950 ein beträchtlicher Teil seines Inhalts Gemeingut geworden war.

Im französischen Außenministerium wurden schon seit längerem Pläne für eine weiterreichende Verständigung geschmiedet, als sie Monnet ins Auge faßte. Eine Studie, die der Leiter der Europa-Abteilung kurz nach dem Abschluß der Londoner Vereinbarungen über Deutschland niederschrieb, bietet einen Einblick in einen alternativen Kurs, der, wäre er verfolgt worden, womöglich einen rascheren und tiefer greifenden Integrationsprozeß eingeleitet hätte. Die Studie beginnt mit einer bemerkenswerten Kritik an der früheren französischen Politik, die ihre Forderung nach der Internationalisierung der Ruhr aufgegeben habe, ohne den Versuch zu machen, diese Internationalisierung in einen wirklichen Schritt zur Schaffung einer Westeuropäischen Union zu verwandeln; daran schließt sich das Bedauern, daß auch versäumt worden sei, die in London von den Vereinigten Staaten gegebene Anregung aufzugreifen, die Funktionen der vorgesehenen internationalen Behörde für die Ruhr auf die schwerindustriellen Zentren Frankreichs und der Niederlande auszudehnen. Frankreich, so warnt der Autor, dürfe sich nicht täuschen: Eine europäische Integration ohne Deutschland sei ein Ding der Unmöglichkeit. Aber mit Deutschland, fügt er beruhigend hinzu, seien ihre Aussichten schier unbegrenzt. Er empfiehlt die Förderung privater Handelsarrangements zwischen den Industrieregionen als Schritt in Richtung einer formelleren Integration auf höherer Ebene, die über die Organisation des Marshall-Plans auf den Weg gebracht werden solle. Ferner müßten sich die deutschen und die französischen politischen Parteien zusammentun, um eine "direkte Assoziierung" der Industrien der beiden Länder herbeizuführen, d.h. die Bildung gemischter französisch-deutscher Gesellschaften zur Nutzung des vergrößerten Marktes. Er betont, daß allein in diesem Sinne der deutschen Industrie eine "Beschränkung" auferlegt werden dürfe, und er bemerkt ferner, daß solche gemeinsamen Unternehmen auch als Vorbereitung einer Zollunion und der aus ihr resultierenden wirtschaftlichen Spezialisierung unverzichtbar seien. Schließlich sagt der Autor noch mit Nachdruck, daß jetzt die Zeit zum Handeln sei: Es sei absurd, wenn französische Sozialisten und christliche Demokraten so täten, als hätten sie keine Partner auf der anderen Seite des Rheins - und die europäische Integration erfordere enge Zusammenarbeit mit diesen Partnern. Es liege auf der Hand, welche Formen der Kooperation anzuvisieren seien: Die Parteien müßten gemeinsame Programme ausarbeiten, Pläne für konkrete politische, wirtschaftliche und kulturelle Vorhaben konzipieren, Koordinierungsinstrumente schaffen und den kulturellen Austausch organisieren⁴⁴.

Was aber bot Monnet den Deutschen an? Weder die Aussicht auf Wiederherstellung der traditionellen Geschäftsbeziehungen noch eine freundschaftliche Verbindung im Zeichen gemeinsamer politischer Ideen – tatsächlich überhaupt keine Be-

MAE, Série Z, Allemagne. 83, "Direction d'Europe. Perspectives d'une politique française à l'égard de l'alliance", 30.11. 1949.



handlung auf der Basis von Gleichberechtigung, sondern nur die Verheißung einer solchen Behandlung für irgendeinen Zeitpunkt in der Zukunft und nach der Erfüllung bestimmter französischer Bedingungen. Vorerst sollte das Besatzungsregime im Ruhrgebiet andauern. Am 20. Mai 1950 wurde eine neue Dekartellisierungsdirektive, Gesetz Nr. 27, erlassen, die das Gesetz Nr. 75 ablöste, ohne daß es zwischen den beiden wichtigere Unterschiede gegeben hätte. Jedoch kam es unter dem neuen Gesetz zum bislang energischsten Versuch, jene Konzentration wirtschaftlicher Macht zu zerschlagen, die von den Amerikanern einfach "The Ruhr" genannt wurde. Auslösendes Element war ein völlig unerwartetes Ereignis in einer, von Paris und Bonn aus gesehen, entlegenen Ecke der Welt. Das Überschreiten des 38. Breitengrades durch Truppen der Volksrepublik Korea verwandelte die diplomatische Szene in Europa fast über Nacht. Die deutsche Wiederbewaffnung war plötzlich nicht mehr eine Möglichkeit in einer noch weit entfernten Zukunft, sondern eine nahe bevorstehende Gewißheit. Als am 15. September 1950 die westlichen Außenminister in New York zusammentraten, unterrichtete Dean Acheson seinen französischen Kollegen über die amerikanische Absicht, jene Nation wiederzubewaffnen, die nur wenige Jahre zuvor Hitler gefolgt war; nebenbei wurde mitgeteilt, daß die noch verbliebene Limitierung der deutschen Stahlproduktion natürlich aufgehoben werde. Danach blieb Monnet nichts anderes übrig, als einen überaus harten Standpunkt einzunehmen: Er verlangte, daß die Dekartellisierung die Eintrittskarte für die Zulassung der Deutschen zur europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl zu sein habe.

Die Verhandlungen über den Schuman-Plan liefen allerdings nicht so, wie Monnet sich vorgestellt hatte. Seinen Memoiren zufolge sollten sie unter einem neuen Prinzip stehen. Um das Durcheinander zu vermeiden, das zu erwarten war, wenn Kompromisse zwischen mehreren nationalen Standpunkten und Interessen gesucht werden mußten - eine bittere Erfahrung aus den Zeiten des Völkerbundes -, wollte Monnet die Diskussion "im Rahmen der Idee des Schuman-Plans" halten, d.h. die anderen Delegationen hätten ihre Einsätze vom Dirigenten Monnet bekommen sollen⁴⁵. Nach ihrem Beginn am 20. Juni, auf einem Gipfeltreffen der diplomatischen Talente Westeuropas, folgten aber die Verhandlungen einem langen und gewundenen Pfad bergab in die Niederungen bürokratischer Manöver zur Verteidigung egoistischer nationaler Interessen. Indem sie, als conditio sine qua non für die Beteiligung an den Pariser Gesprächen, der Opferung gewisser Souveränitätsrechte grundsätzlich zustimmten, hatten Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg gewiß einen Schritt getan, der öffentlich nicht mehr zurückzunehmen war, auch wenn es in der Praxis Fehlschläge und Blockaden der Verhandlungen gab. Aber die Zahl solcher Fehlschläge mußte hoch sein. Zwar erhob niemand in Paris Einwände gegen die Schaffung der Hohen Behörde, die der französische Plan vorsah. Als es jedoch im Sommer zur technischen Erörterung der Preis- und Kartellpolitik kam, der Macht und der Organisation regionaler Gruppen, der Interessenvertretung innerhalb der Hohen Behörde, des Verhältnisses der Behörde zu anderen Organen der Gemein-

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de



⁴⁵ Monnet, S. 379 f.

schaft und zu den Regierungen, der finanziellen Beiträge, der Subventionen und der Anpassungsregelungen – als es über all dies zu unendlichen Wortwechseln kam, stellte sich rasch heraus, daß die vom Team Monnets formulierten Arbeitspapiere sowohl unklar wie unrealistisch und als Diskussionsgrundlage unbrauchbar waren. Der Vertreter des Auswärtigen Amts in der deutschen Delegation berichtete am 8. August 1950 nach Bonn, daß das französische "document de travail" in jedem einzelnen Punkt überholt sei und nur noch historischen Wert habe⁴⁶. Die Ursache lag nicht zuletzt darin, daß die Franzosen, besessen von der Ruhrpolitik, die speziellen Interessen der Italiener, Holländer, Belgier und Luxemburger nicht ausreichend berücksichtigt hatten. Von ihnen war niemand mit einem Aktionsplan erschienen, der mit dem französischen "document de travail" vergleichbar gewesen wäre, doch am Ende verbanden sie sich mit den Deutschen gegen Monnet, um den Kohle-Stahl-Pool funktionsfähig zu machen.

Für Frankreich spielten die Verhandlungen über den Schuman-Plan freilich bald eine sekundäre Rolle. Am 12. September 1950, auf einem Treffen der Außenminister in New York, sagte Dean Acheson beiläufig zu Schuman, die Vereinigten Staaten hätten die Absicht, zehn westdeutsche Divisionen aufzustellen und auszurüsten. Das war ohne Frage der bislang übelste transatlantische Schock, ein potentiell gewaltiger Schnitzer. Dazu führte also eine europäische Initiative, die den Namen des französischen Außenministers trug? Zu einer neuen "Wehrmacht" an Frankreichs Ostgrenze? Um den Schuman-Plan vor dem sonst sicheren Ruin zu bewahren, trieb Monnet die Entflechtungsmaschinerie sofort auf hohe Touren. Von nun an hing das Schicksal der Pariser Verhandlungen davon ab, ob es Frankreich gelang, das Gesetz Nr. 27 durchzusetzen⁴⁷.

Monnet brauchte länger als sechs Monate, um Bundeskanzler Adenauer die Entflechtung aufzuzwingen. In dieser Zeit degenerierten die Verhandlungen über den Schuman-Plan zu einer unfruchtbaren scholastischen Debatte zwischen der französischen Delegation und den anderen Vertretungen über die Anti-Kartell-Bestimmungen des anstehenden Vertrags, während die eigentliche Schlacht in Bonn geschlagen wurde, und zwar zwischen der Bundesregierung und dem amerikanischen Hochkommissar John McCloy. McCloy tat dabei mehr, als die französische Position hundertprozentig zu unterstützen; praktisch führte er die Verhandlungen über das Gesetz Nr. 27 als Stellvertreter Monnets. Die Beweise dafür sind unwiderleglich: Monnet hat den Vertretern McCloys, Bowie und Willner, die Anweisungen für ihr Verhalten buchstäblich übers Telefon diktiert⁴⁸. Das ist erstaunlich. Bis zum Sommer 1950 waren die Repräsentanten der Vereinigten Staaten die deutlich "prodeutschen" Mitglieder jener Kontrollgremien, die für die Durchsetzung der Entflechtungspolitik

⁴⁸ AN, 81 AI 137, "Extracts of a telephone conversation between Mr. Monnet und Mr. Bowie", 15. 1. 1951; 81 AI 137, "S. M. Cleveland to Tomlinsen, re: Discussions with Bowie and Willner", 16. 1. 1951.



⁴⁶ BA, B 102/5132, Sekretariat für Fragen des Schuman-Plans 449/50, 8.8. 1950.

⁴⁷ AN, 81 AI 138, "Copie d'un télégramme reservé (François-Poncet)", 24.9. 1950; 81 AI 137, "Note I. M. pour M. Schuman", 28.9. 1950.

verantwortlich zeichneten. Überdies suchte der amerikanische Hochkommissar die Deutschen in die Wiederbewaffnung förmlich zu treiben. Warum verfolgte er jetzt einen Kurs, der für die Ruhrindustrie schmerzhaft war? Die übliche Erklärung, nach der die Industrie "reformiert" werden mußte, um sich für den Eintritt in Europa zu "qualifizieren", klingt hohl. Die Antwort dürfte wohl in der persönlichen Freundschaft liegen, die McCloy mit Monnet verband⁴⁹. Jedenfalls war die prokonsularische Intervention entscheidend: Um die Verhandlungen über den Schuman-Plan zu retten, kapitulierte Adenauer. Am 14. März 1951 erklärte sich die Bundesregierung bereit, als Vorbedingung für den Eintritt in den schwerindustriellen Pool das Kohlesyndikat – das ironischerweise die Briten zuvor als Agentur der Militärregierung benutzt hatten - aufzulösen, das Band zwischen Kohle und Stahl zu durchschneiden, indem Stahlwerken nur der Besitz von Gruben erlaubt wurde, die nicht mehr als 75 Prozent des Bedarfs der Werke förderten, und die Durchschnittsgröße der Stahl produzierenden Einheiten zu verringern, indem die existierenden zwölf Firmen in vierundzwanzig aufgeteilt wurden. Auch kam man überein, der Gemeinschaft für Kohle und Stahl die Zuständigkeit für die Durchsetzung der getroffenen Regelung zu geben⁵⁰. Zwei Tage später, am 16. März, fanden die Verhandlungen über den Schuman-Plan ihren offiziellen Abschluß. Monnet, so schien es, hatte die seit 1945 angestrebte "organische Kontrolle" endlich erreicht.

Aber in diesem Fall trog der Anschein. Einmal gab es lange Verzögerungen, bis die Entflechtungspläne realisiert werden konnten. Das lag mehr an Kohle- als an Stahlproblemen, und zum Teil waren die Franzosen selbst schuld. Unfähig, sich zu entscheiden, ob die Kartelle aufgelöst oder zentralisiert und unter genaue Überwachung gestellt werden sollten, brauchten die Franzosen zur Verständigung über einen Entflechtungsplan bis zum Oktober 1951. Danach folgten, da die Deutschen die Annahme des Plans erwartungsgemäß verweigerten, lange Monate, in denen französischamerikanische Einschüchterungs- mit hartnäckigen deutschen Verschleppungsversuchen abwechselten, bis schließlich, am Vorabend des Tages, an dem die Hohe Behörde in Luxemburg ihre Tätigkeit aufnahm, Adenauer abermals nachgab und eine neue, unter alliierten Auspizien stehende Verteilungsorganisation, die unter der Bezeichnung GEORG das Kartell ersetzen sollte, akzeptierte, dazu die Stipulation, daß die Organisation noch vor dem Februar 1953, also vor der Eröffnung des gemeinsamen Markts für Kohle, mit ihrer Arbeit beginnen müsse⁵¹. Zweitens gab es kein wirksames Mittel, neue Konzentrationsprozesse zu verhindern. Der eigentliche Grund dafür war Hochkommissar McCloys Entscheidung, die Besitzer von Anteilen an der Ruhrindustrie nicht zu enteignen. Natürlich tüftelten die alliierten Kontrollinstanzen ingeniöse Methoden aus, um die Restauration der traditionellen industriellen Interes-



⁴⁹ Interview mit John J. McCloy f
ür die Jean Monnet-Stiftung, Lausanne, 15.7. 1981.

⁵⁰ JM, AMG 13/3/6, "Lettre du Chancelier Adenauer à la Haute Commission", 14.3. 1951.

⁵¹ H.G. Schmidt, Reorganization of the West German Coal and Iron and Steel Industries under 12. Allied High Commission for Germany 1949-1952, Preliminary Draft, Research Project Nr. 129, Historical Division, Office of the Executive Secretary, HIC D 6, September 1952.

sen zu vereiteln: Die Ablösung alten Aktienbesitzes durch die beschränkte Ausgabe neuer Aktien, den zwangsweisen Transfer von Anteilen, die einfach verfügte Umwandlung von Besitzanteilen in Schuldtitel usw. Aber den Austausch dieser Titel hinderte nur eine dünne Papierwand. Es war Sache der Hohen Behörde, darauf zu achten, daß die Wand intakt blieb, daß außerdem der "organisierte" Verkauf von Kohle unterbunden und der Rest der Entflechtungspolitik bewahrt wurde. Jedoch war die Hohe Behörde für solche Aufgaben betrüblich schlech gerüstet, und die Restauration der Ruhr, die zu vermeiden sich die Franzosen so große Mühe gegeben hatten, vollzog sich in den nächsten fünf Jahren.

Monnets Ruhrpolitik mag diese Restauration verzögert haben, machte sie aber andererseits widerstandsfähiger und dauerhafter, als sie sonst wohl geworden wäre. Die Kohle-Stahl-Regelung resultierte sowohl in der westeuropäischen Akzeptierung der Bundesrepublik wie dort in einer neuen Solidarität, und beides wuchs aus einer gemeinsamen Opposition gegen Monnets Methoden. Ohne es zu wollen, verwirklichte er so die letzten Absichten der Ruhrpolitik mehr als ihm lieb war. Monnet hat die Bundesrepublik in die westeuropäische Staatengesellschaft integriert, zugleich aber die Bundesrepublik zum Zentrum des reorganisierten Westeuropas gemacht. Damit trat der Integrationsprozeß in eine neue Phase ein.

Im Jahr 1951 hatte die westdeutsche Opposition gegen das Gesetz Nr. 27 zwei wichtige Ergebnisse. Das erste Resultat war die Festigung der Sozialpartnerschaft. Hatten die Gewerkschaften die Entflechtung, wie sie von den Briten unter dem Gesetz Nr. 75 praktiziert worden war, unterstützt, so widersetzten sie sich ihr unter dem Gesetz Nr. 27, womit sie praktisch ihre Unterschrift unter die Restauration der Ruhr setzten⁵². Die Belohnung bestand in der Ausdehnung der Mitbestimmung auf die Kohle, eine Maßnahme, die bald den Beifall der zunächst natürlich opponierenden Grubenbesitzer fand, weil sie sich positiv auf die Arbeitsmoral der Kumpel auswirkte. Das zweite Resultat war das sogenannte Investitionshilfegesetz, ein höchst ungewöhnlicher Akt, mit dem die übrige Industrie freiwillig eine zusätzliche Steuerbelastung auf sich nahm, damit Investitionen in Kohle und Stahl finanziert werden konnten⁵³. Monnet hat die "Aktiengesellschaft Deutschland" zwar nicht gerade gegründet, aber zu ihrem Erfolg einen wichtigen indirekten Beitrag geleistet.

Auf europäischer Ebene hat die gemeinsame Bedrohung durch den "Dirigismus" die Kohle- und Stahlproduzenten veranlaßt, neue "kooperative" supranationale Institutionen ins Leben zu rufen, an denen der modrige Ruch der alten Kartelle hing. Die Besetzung Deutschlands hatte seit 1945 zahlreiche Versuche zur Wiederbelebung dieser Vorkriegsorganisationen vereitelt. Daß Monnet ständig seinen Taktstock schwang, provozierte im Dezember 1950 einen gemeinsamen Protest zweier nationaler Arbeitgeberverbände, des Conseil National du Patronat Français (CNPF) und des



⁵² H.Thum, Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften, München 1982; W.Abelshauser, Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945, Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984.

⁵³ H.R. Adamsen, Investitionshilfe für die Ruhr, Wuppertal 1981.

Bundesverbands der deutschen Industrie (BDI). Im Jahr 1951 tauchten wieder internationale Verkaufssyndikate für spezialisierte Stahlprodukte auf. Das Jahr 1952 sah eine kollektive Anstrengung von Produzenten, Vorschläge für die organisatorische Struktur der Hohen Behörde auszuarbeiten. 1953 brachte die Gründung des Internationalen Exportkartells und – was noch wichtiger war – einer Einrichtung, die einfach als "Der Klub" bekannt wurde. Unter seinen Auspizien regelten Repräsentanten der Produzentennationen Preisprobleme zur Vorbereitung auf den kommenden gemeinsamen Markt in Stahl. Regte sich hier jenes verbotene Ding, ein Kartell? Nicht ganz – hier wurde lediglich, wie in den Vereinigten Staaten auch, Preisführerschaft praktiziert. Allerdings: in Europa war Deutschland der Preisführer⁵⁴.

Auch gab es eine neue Verbindung auf ministerieller Ebene, und aus ihr sollte eine Behandlung der fortschreitenden europäischen Integration erwachsen, die sich von den Methoden Monnets erheblich unterschied. Sie hatte ihren Ursprung ebenfalls in Ressentiments, die auf die Pariser Verhandlungen zurückgingen. Ende 1951, nachdem die französische Kammer den Pariser Vertrag ratifiziert hatte, konnten die Bürokraten handeln. Dies geschah im sogenannten Interim-Komitee, das, auf Grund einer deutschen Initiative gebildet, in der ersten Hälfte des Jahres 1952 tagte, um die organisatorische Struktur der Hohen Behörde so zu planen, daß die Gefahr des Dirigismus gebannt wurde. Das Komitee, nicht etwa Monnet, ist der wahre Vater der Luxemburger Eurokratie. Seine Arbeit hatte außerdem ein Nachspiel: etliche seiner Mitglieder kamen bald wieder zusammen, um jene Gespräche zu beginnen, die dann zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft führten. Diese Gespräche kannten jedoch keine einzelne dominante Figur, folgten niemandes Plan und vermieden jede Diskussion über Fragen, die zum unmittelbaren Erbe des Zweiten Weltkriegs gehörten⁵⁵.

Der Schuman-Plan ist nicht 1950 entstanden, sondern 1945, als sich die Franzosen, in Abkehr von den Methoden des Ersten Weltkriegs, entschlossen, künftig die Verständigung mit den Deutschen zu suchen. Nichts wäre irreführender, als anzunehmen, daß diese Entscheidung auf Vertrauen beruhte. Sie beruhte auf Stärke, d.h. auf einem Machtzuwachs Frankreichs im Verhältnis zu Deutschland. Die Historiker werden sicherlich weiterhin darüber streiten, was Frankreich tatsächlich im Sinne hatte: einen Versuch, die deutsche Erholung zu lähmen, eine Partnerschaft, die mit der Erlangung annähernder Gleichberechtigung verbunden sein sollte, oder eine kooperative Beziehung in Verbindung mit wirksamen amerikanischen Garantien gegen eine



⁵⁴ BA, B 146/265, "Observations des Fédérations industrielles nationales des pays intéressés par le Plan Schuman sur les clauses économiques du "Projet du traité en préparation", 12. 1. 1951; Klöckner-Archiv, Dr. Günther Henle. EGKS Schuman-Plan. Wirtschaftsvereinigung, 1. 1. 1952-30. 9. 1952, "Besprechung mit Belgien und Luxemburg über Schumanplan-Fragen", 7. 1. 1952, und "Pariser Besprechung der 6 eisenschaffenden Industrien am 29. 3. 1952"; J. Diebold, The Schuman Plan. A Study in Economic Cooperation 1950-1959, New York 1959, S. 400.

⁵⁵ JM, "Interview mit Herrn Ulrich Sahm", 27. 2. 1984; AN, 81 AI 160, "Note sur l'établissement de la communauté européenne du Charbon et de l'Acier", 19. 1. 1952; BA, 162/8603, "Monnet: Präsident der Hohen Behörde?", aus: Le Monde, 17. 6. 1952; H.-I. Küsters, Die Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Köln 1982.

deutsche Vorherrschaft. Aber so kleinlich und rachsüchtig die französische Ruhrpolitik nach dem Krieg anfänglich auch gewesen sein mag, sie wurde jedenfalls, nachdem die Erholung einmal begonnen hatte, kühner und generöser. Diese Wendung hatte nichts mit einer personellen Wachablösung zu tun. Robert Schuman bleibt eine für Historiker schwer faßbare Gestalt - und die wahre Natur seiner Rolle in den hier behandelten Zusammenhängen noch weitgehend Gegenstand der Spekulation -, aber Monnet und Bidault unterhielten während der gesamten Nachkriegsperiode eine intime, nie unterbrochene und harmonische professionelle Beziehung. Hinsichtlich der Ruhrpolitik gab es zwischen ihnen zu keiner Zeit nennenswerte Meinungsverschiedenheiten. Doch waren ihre Rollen nicht austauschbar. Allein Monnet konnte den Prozeß der europäischen Integration in Bewegung setzen. Schuman und Bidault hatten es versucht und waren gescheitert. Erfolg konnte nur ein "coup d'imagination" bringen, und diesen Coup lieferte der 9. Mai 1950 mit der Verkündung des Schuman-Plans. Von Großbritannien abgesehen, war der französische Appell allenthalben unwiderstehlich, und nachdem die Verhandlungen in Paris eingeleitet waren, scheuten alle Teilnehmer und die hinter ihnen stehenden Vereinigten Staaten davor zurück, sie scheitern zu lassen. Indes gelang es Monnet nicht, die Entwicklung zu steuern. Die Dekartellisierung schlug fehl, die Hohe Behörde wurde nie ein Direktorat, und die Bundesrepublik drehte am Ende den Spieß um. Dennoch war die Ruhrpolitik erfolgreich: Mit der Integration Westdeutschlands erreichte sie ihr eigentliches Ziel. Dafür zeichnete freilich die französische Politik weder allein noch auch nur in erster Linie verantwortlich. Jenseits des Rhein waren bereits Veränderungen in vollem Gange, die Weimar in Bonn verwandelten.



GÜNTER J.TRITTEL

HANS SCHLANGE-SCHÖNINGEN EIN VERGESSENER POLITIKER DER "ERSTEN STUNDE"*

"Ich habe vier Jahre die deutsche Agrarpolitik geleitet, und ich bin stolz darauf, stets den Armen geholfen zu haben. Jede unsoziale Politik ruiniert das Vertrauen zur Demokratie, bereitet dem Faschismus den Weg und zerstört den lebendigen Kontakt zu jenen Volkskreisen, denen zu dienen unsere Pflicht als wirkliche Wegbereiter des Fortschritts ist . . . "¹

Bekenntnisse eines erstaunlichen Mannes - Hans Schlange-Schöningens -, der nach dem Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite verantwortlich für den "Kampf gegen den Hunger" gewesen ist: als Leiter des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft in der Britischen Zone (1946/47), als stellvertretender Direktor des Ernährungs- und Landwirtschaftsrats bzw. des bizonalen Verwaltungsrats für Ernährung und Landwirtschaft (1946/47) und schließlich als Direktor der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (1947-1949); ein Politiker, der in den unmittelbaren Nachkriegsjahren - der vorrangigen Bedeutung der "Magenfrage" entsprechend wie wenig andere im Brennpunkt der politischen Auseinandersetzungen stand. Schlange galt den meisten seiner Zeitgenossen als "Hungerdiktator" und erweist sich im Rückblick als bedeutender Politiker der deutschen Nachkriegszeit, dessen etwas pathetische Selbsteinschätzung seines Anteils an der Krisenüberwindung doch das trifft, wofür er gearbeitet, und einiges von dem andeutet, was er geleistet hat. In einem merkwürdigen Gegensatz dazu steht die Tatsache, daß Schlange bis heute von der Forschung weitgehend unbeachtet geblieben ist, ja, daß sein Name sogar in parteioffiziösen Darstellungen der CDU-Geschichte praktisch nicht erwähnt wird2.

Hans Schlange-Schöningen weckt als eine politische Hauptfigur dieser Jahre insbesondere auch deshalb Interesse, weil die Weimarer Karriere des 1886 auf dem 750 ha großen Familiengut Schöningen bei Stettin geborenen Politikers eher das Ur-



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die nachstehenden Ausführungen entstanden im Zusammenhang mit Forschungen innerhalb eines von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Projekts am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Göttingen (Lehrstuhl Prof. H. Grebing).

¹ Interview Schlanges mit dem Rhein-Echo, Düsseldorf, 17.9. 1949 (HStA Düsseldorf, NW 22, Nr. 220, fol. 32).

² Vgl. Günter Buchstab/Klaus Gotto (Hrsg.), Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten, München/Wien 1981.

Bislang einzige monographische Skizze über den Agrarpolitiker Schlange: Hans Muth, Hans Schlange-Schöningen (1886–1960), in: Günther Franz/Heinz Haushofer, Große Landwirte, Frankfurt 1970, S. 394–417.

teil der Linksparteien, die in ihm auch noch 1945 den "Junker" und "Reaktionär" sahen, zu bestätigen schien als seine Selbsteinschätzung eines für den sozialen Ausgleich arbeitenden bürgerlichen Demokraten. Es ist hier nicht der Ort, die Wurzeln und die Entwicklung seines politischen Denkens zu analysieren; um aber wenigstens das grobe Bild des ernährungspolitischen Krisenmanagers etwas schärfer zu konturieren, muß doch einiges von dem, was seine politischen Grundsätze und die durch sie bedingten agrarpolitischen Zielvorstellungen prägte, angedeutet werden.

(I) Grundzüge der politischen Biographie

Als Schlange Anfang Mai 1945 - wie zahlreiche andere pommersche Großgrundbesitzer auch - mit seiner Familie vor den herannahenden Russen ins schleswig-holsteinische Lütjenburg (Kreis Plön) geflohen war, bedeutete das nicht nur rein geographisch das vorläufige Ende eines wechselvollen Weges³. Hans Schlange-Schöningen, Sohn eines renommierten pommerschen Landwirts, wächst in einem "typischen pommerschen Großgrundbesitz" auf, einem Milieu, das patriarchalisch geprägt ist, in dem die politischen Einstellungen seit Generationen konservativ und "monarchistisch bis in die Knochen" gewesen waren, "beides beruhend auf einem starken religiösen Untergrund". Der Absolvent eines humanistischen Gymnasiums wird 1906 Offizier im Jäger-Regiment zu Pferde No.2 in Langensalza (Thüringen), nimmt dann aber 1909 aus "gesundheitlichen" Gründen, tatsächlich aber, weil seine Neigung zur Landwirtschaft größer war und sein politisches Interesse erwachte, seinen Abschied. Nach praktischer und theoretischer Ausbildung zum Landwirt wird er 1914 als Offizier eingezogen, entschlossen, "mit Begeisterung in der Verteidigung meines Vaterlandes meine Pflicht zu tun"⁴. Auf fast allen Kriegsschauplätzen, zunächst als (dreimal verwundeter) Frontsoldat, dann in immer höheren Stäben, zuletzt als Rittmeister, eingesetzt, bedeutet für ihn das Jahr 1918 wie für die meisten Angehörigen seiner Klasse ein "Schlüsselerlebnis"; der politische Zusammenbruch löst einen persönlichen aus⁵. Nach Kriegsende übernimmt er von seinem Vater das Gut Schöningen - "mit 44 Pferden und einem Dampfpflug" -, das er in den folgenden Jahren trotz schwieriger wirtschaftlicher Bedingungen zu einem international be-

⁵ In den Jugenderinnerungen heißt es: "Die Nachricht von dem Übertritt des Kaisers nach Holland, von der Revolution in Kiel und Berlin, und schließlich von der deutschen Kapitulation traf mich wirklich wie ein Blitzschlag. Als ich [im Lazarett] Teile der Ersatzschwadron an meinem Fenster vorbei hinter einer roten Fahne durch die Straßen marschieren sah, bin ich – meiner Erinnerung nach zum ersten Mal – ohnmächtig zusammengebrochen" (S.15).



³ Die nachfolgenden biographischen Daten entstammen dem Schlange-Nachlaß im Bundesarchiv (Koblenz), ergänzt durch einige freundlicherweise durch Schlanges Sohn, Herrn Dr. E.-S. Schlange-Schöningen, erteilte Informationen.

Zitate aus Schlanges autobiographischem Abriß "Jugenderinnerungen" (BA, NL Schlange, Nr. 1) bzw. aus dem von ihm im Zusammenhang mit der englischen Buchveröffentlichung von "Am Tage danach" erstellten Lebenslauf (BA Z 6 I/231, unfol.).

kannten Musterbetrieb ausbaut, was ihm 1931 den landwirtschaftlichen Ehrendoktor einbringt.

Seiner politischen Leidenschaft geht er bald in der Deutschnationalen Volkspartei nach, "die dem Milieu des konservativen Pommern am ehesten entsprach"6: ab 1920 als Abgeordneter im Preußischen Landtag, seit 1924 zugleich auch im Reichstag und als Vorsitzender des Landesverbandes Pommern. Bis 1926/27 zeigt er sich als radikaler Konservativer mit starker völkisch-alldeutscher Orientierung. Wie viele andere Standesgenossen versucht er, die Kriegsniederlage von 1918, "den größten politischen Niederbruch der Weltgeschichte"7, und die dadurch ausgelöste politische Identitätskrise durch eine "Flucht in die Irrationalität"8 zu kompensieren: "Wir sind nicht zugrundegegangen, weil der alte Staat, der uns in jahrhundertlangem Aufstieg zu Ruhm und Größe führte, morsch geworden war ..., sondern weil er von dunklen Kräften künstlich morsch gemacht worden war."9 Schlanges und seiner politischen Freunde antidemokratischer Kampf gilt somit dem Judentum und den angeblich von ihm beherrschten Linksparteien der Republik¹⁰. Der leidvollen politischen Gegenwart, dem "materialistischen Knechtsstaat der Raffenden", stellt Schlange in zahlreichen Parlamentsreden den am Bismarck-Staat orientierten "idealistischen Freiheitsstaat der Schaffenden"¹¹ gegenüber. Das "reaktionäre" Ziel lautet demzufolge: "Wir wollen die Reaktion von der gegenwärtigen Verkommenheit zu der alten Reinheit und Anständigkeit."12 Das bedeutet aber nicht nur Beseitigung der "verjudeten Republik" und Wiederherstellung einer monarchischen Ordnung sowie die Befreiung von den "Fesseln von Versailles", dieses Programm ist letztlich auf jene außenpolitischen Ziele gerichtet, die im Weltkrieg nicht erreicht werden konnten: die Schaffung eines deutschen Weltreiches, "das alles in sich vereint, was in Mitteleuropa deutschen Stammes ist"13. Um zu diesen Zielen zu gelangen, fordert Schlange, inzwischen von Hugenberg protegiert¹⁴, den unbedingten "Willen zur Macht", der allerdings – "so wenig sympathisch uns der parlamentarische Weg ist!"15 - nur im Rahmen der bestehenden politischen Ordnung durchzusetzen sei. Die Einheit aller Völkischen auf der Grundlage des "Fronterlebnisses" und die Mobilisierung der deutschen Jugend¹6 sol-



⁶ Lebenslauf, S. 1.

Disposition zur Rede auf dem Königsberger DNVP-Parteitag 1927 (BA NL Schlange, Nr. 40, fol. 36).

⁸ Vgl. Annelise Thimme, Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918, Göttingen 1969.

⁹ "Völkisch und vaterländisch. Die D. N. V. P. an die deutsche Jugend". Rede auf dem außerordentlichen Reichsparteitag in Hamburg, 1.4. 1924, Berlin 1924, S. 2.

¹⁰ So u. a. in "Wir Völkischen!", Rede in Stettin 1924, Berlin 1924, S. 4f.

¹¹ Wie Anm. 9, S. 6.

¹² Preußengeist gegen Barmatgeist. Landtagsrede am 19.2. 1925, Berlin 1925, S. 15.

Wie Anm. 9, S. 5 f.

¹⁴ Vgl. Heidrun Holzbach, Das "System Hugenberg". Die Organisation der bürgerlichen Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981, S. 133 f.

¹⁵ Wie Anm. 10, S. 10-12.

Wie Anm. 9, S. 10.

len schließlich den "Griff nach der Macht" ermöglichen. Als die Reichstagswahlen von 1924 der DNVP zwar beträchtliche Mandatsgewinne, jedoch keine parlamentarischen Mehrheiten bringen, kommt es zum Konflikt über die einzuschlagende politische Strategie. Schlange distanziert sich von der Parteiführung, die bereits zu sehr an Legalitätsprinzipien orientiert sei, und stellt in einer unmißverständlichen Denkschrift klar: "Wir müssen den parlamentarischen Weg mißbrauchen, um in die Machtstellungen des Staates zu kommen mit der festen Absicht, eines Tages von diesen Machtstellungen aus das Parlament zu vernichten." Ziel bleibe "die Diktatur, von der man möglichst nur wenig sprechen soll, die man aber wollen muß", um auf dieser Machtbasis "den inneren Aufbau der Staatsmacht und der Wehrhaftigkeit zu ermöglichen"¹⁷.

Läßt sich Schlange bis 1926 als ein typischer, reaktionär-aggressiver Konservativer charakterisieren, so erhält sein hermetisches Weltbild und politisches Wertesystem erste Risse, seit er - im März 1926 zu einem der Stellvertreter des Grafen Westarp in der Gesamtpartei aufgestiegen¹⁸ - im Parlament die Regierungsbeteiligung der DNVP mitzutragen hat. Trotz beginnender Zweifel, ob die bislang von ihm vertretenen politischen Grundsätze, aufgrund derer Hugenberg innerhalb der Partei zunehmend an Anhang gewinnt, noch durchsetzbar und richtig seien, bekennt er sich auch im Sommer 1928 weiterhin zur Monarchie und zur Bismarck-Verfassung¹⁹; für ihn bleibt die Verfassung von Weimar ein "künstlicher und konstruierter, theoretisierender Notbehelf"20. Als es dann im Oktober 1928 bei der Kandidatur Hugenbergs für den Parteivorsitz zur innerparteilichen Zerreißprobe kommt, ist Schlange endgültig auf die "ausgleichsbemühte Linie" des Grafen Westarp²¹, die auf Regierungsbeteiligung abzielt, eingeschwenkt; er lehnt es ab, einem Führungstriumvirat beizutreten²². Parallel zu dieser allmählichen Wandlung verliert Schlange seine politische Machtbasis in Pommern; bereits im Oktober 1928 steht sein Landesverband mehrheitlich hinter Hugenberg²³, im April 1929 schließlich legt Schlange dessen Vorsitz nieder²⁴. Der Bruch mit Hugenberg bedeutet jedoch keineswegs, daß Schlange 1928/29 bereits zum "Vernunftrepublikaner" geworden ist. Auch in den folgenden Jahren wiederholt er seine scharfen Stellungnahmen gegen die SPD wie gegen die bürgerlichen Parteien, die vor allem die Belange der Landwirtschaft preisgäben²⁵. Noch im März 1929

²⁵ Rede im Reichstag, 15.3. 1929, Verhandlungen, IV. Wahlperiode, Bd. 424, 56. Sitzung, S. 1486.



¹⁷ Geheime Denkschrift Schlanges an Hugenberg, 19.5. 1924 (BA NL Schlange, Nr. 19, S. 4 und S. 7).

¹⁸ Manfred Dörr, Die DNVP 1925–1928, Marburg 1965, S. 219.

Rede im Reichstag, 10.7. 1928, Verhandlungen, IV. Wahlperiode, Bd. 423, 7. Sitzung, S. 131 f.

²⁰ Ebenda, S. 130.

²¹ Holzbach, S. 217 f.

Holzbach, S. 236 ff. und Passarge, Tagebuch, 21. 10. 1928 (BA NL Passarge, Nr. 1, fol. 53 ff.).

²³ Bereits im Sommer 1928 war es Schlanges Gegnern in Pommern gelungen, den Landesverbandsgeschäftsführer Karl Passarge, Schlanges engsten politischen Vertrauten, zum Rücktritt zu bewegen; Schlange selbst reagierte darauf mit seinem eigenen Rücktritt, ließ sich jedoch – nach erheblicher Ausweitung seiner Kompetenzen – noch einmal umstimmen (Passarge, Tagebuch, 30.6. 1928, Nr. 1, fol. 33 ff.).

Holzbach, S. 238, und Passarge, Tagebuch, 10. 4. 1929, Nr. 1, fol. 69 ff.

erklärt er emphatisch: "Entweder geht das deutsche Volk zugrunde an der Unvernunft dieses Systems, oder dieses System geht zugrunde an der Vernunft des deutschen Volkes." Und an die Parteien der "Weimarer Koalition" gewandt: "Wir wollen, daß dieses von Ihnen geschaffene, für Deutschland vernichtende, übertriebene parlamentarische System sterbe, damit Deutschland leben kann."²⁶

Die innere Ausrichtung der DNVP auf die radikale Opposition Hugenbergs verläuft in diesen Monaten derart konsequent, daß sich Schlange Ende 1929 auf dem "linken" Flügel wiederfindet. Ende November/Anfang Dezember 1929 bricht bei der Abstimmung über das "Freiheitsgesetz" (Volksbegehren gegen den Young-Plan) die Reichstagsfraktion auseinander: Zusammen mit elf weiteren Abgeordneten verläßt Schlange am 4. Dezember 1929 die Fraktion und tritt am 26. Januar 1930 aus der DNVP aus²⁷. Zugleich wird damit eine schmerzhafte Loslösung aus dem angestammten und vertrauten Sozialmilieu des pommerschen Großgrundbesitzes eingeleitet, die in den folgenden Jahren im völligen Bruch mit den meisten seiner Standesgenossen, mit ihrem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Boykott endet²⁸.

Seine politische Aktivität der Jahre 1930/31 ist nun gänzlich von der Überzeugung geprägt, sich in die vorhandene politische Ordnung integrieren zu müssen, um sie von innen heraus nach seinem Konservatismusverständnis zu wandeln²⁹. In seiner konkreten politischen Arbeit geht es Schlange um zweierlei: um den Versuch, eine neue Sammlungsbewegung der bürgerlichen Mitte als außerparlamentarische "Hilfstruppe" für das zunehmend autoritärer regierende Brüning-Kabinett³⁰ aufzubauen, und um eine sofortige einschneidende Hilfe für die krisengebeutelte Landwirtschaft, insbesondere in den Ostgebieten. Schlange gehört zunächst sowohl der "Volkskonservativen Vereinigung" wie der "Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei" an, die im Reichstag zusammen mit dem "Christlich-Nationalen Volksdienst" eine Fraktionsgemeinschaft bildet, einer Gruppierung also, die seit Frühjahr 1930 die Regierung Brüning unterstützt, sich in den Septemberwahlen 1930 jedoch als politisch nicht lebensfähig erweist³¹. Im Herbst 1930 ist Schlange auf seinem politischen Weg zur republikanischen Mitte ein weiteres Stück vorangekommen: Während er im Frühjahr noch die vorbehaltlose Unterstützung Brünings und seines Ernährungsministers Schiele, des Reichslandbund-Präsidenten, mit heftigen Angriffen auf die SPD



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

²⁶ Ebenda, S. 1488.

Erasmus Jonas, Die Volkskonservativen 1928–1933, Düsseldorf 1965, S. 54 ff.

²⁸ Lebenslauf, S. 2.

²⁹ In der Berliner Börsen-Zeitung, 1.1. 1930, schreibt Schlange: "Entweder geht Ihr hinein in dieses System, um es mit Eurem Geist zu durchdringen, oder Ihr werdet neben diesem System zu Grunde gehen" (BA NL Schlange, Nr. 40).

³⁰ Seit Sommer 1931 betonte Schlange mehrfach, daß die "jetzigen Parteien überlebt" seien (u. a. BA NL Passarge, Nr. 6, fol. 13 ff.).

³¹ Vgl. vor allem Larry Eugene Jones, Sammlung oder Zersplitterung? Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in der Endphase der Weimarer Republik 1930–1933, in: VfZ 25 (1977), S. 265–304.

verknüpft³², beginnt er sich im Sommer 1930 erkennbar von der VKV abzuwenden³³, die inzwischen auch eine Unterstützung der NSDAP zwecks Ausschaltung der SPD nicht mehr ausschloß, und erste Kontakte mit führenden Sozialdemokraten aufzunehmen (so u. a. mit dem preußischen Ministerpräsidenten Braun, dem preußischen Innenminister Severing und dem Landeshauptmann der Provinz Posen-Westpreußen Caspary). Sein "Bekenntnis zum modernen Republikanismus, zur geläuterten Demokratie"34 bedeutet aber nach wie vor keine Akzeptanz der Weimarer Verfassung, es meint eine Konzeption, die darauf gerichtet ist, zusammen mit allen "staatserhaltenden Parteien", unter Einschluß der SPD, die Regierung Brüning gegen die Bedrohung von Links und Rechts³⁵ zu stützen und auf diese Weise die bestehende Verfassung im Sinne einer konsequenten Stärkung der Staatsautorität "organisch weiterzuentwickeln"36. Nur diese "Front der Vernünftigen", so Schlanges inzwischen feste Überzeugung, werde in der Lage sein, der immer bedrohlicheren Wirtschaftskrise zu begegnen. Deren Kern, seiner Auffassung nach die Agrarkrise, könne aber nicht nur auf dem Wege einer umfassenden Entschuldung (Forderung der "absoluten Gerechtigkeit" wie der "volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit")³⁷, sondern müsse vor allem durch strukturelle Veränderungen (Anpassung der deutschen Landwirtschaft nach einer kurzen zollgeschützten Regenerationsphase an die Bedürfnisse der Konsumenten, Regulierung der landwirtschaftlichen Märkte) angegangen werden³⁸. Schlanges parlamentarische Unterstützung der Regierung Brüning wie seine wachsende öffentliche Reputation als Agrarexperte - am 14. Februar 1931 wird ihm die Ehrendoktorwürde der Berliner landwirtschaftlichen Hochschule verliehen - führen ihn seit Februar 1931 in die Nähe der Regierungsverantwortung. Als er schließlich am 7. November 1931 als Reichskommissar für die Osthilfe und Reichsminister ohne Geschäftsbereich in das Kabinett eintritt³⁹, scheint ihm die Möglichkeit gegeben, seine inzwischen weiter konkretisierten agrarpolitischen Vorstellungen in die Praxis umzusetzen. Ihm geht es von Anfang an dabei nicht um eine kurzfristige Hilfsmaßnahme zugunsten der ostdeutschen Landwirtschaft oder gar des ostelbischen Großgrundbesitzes, vielmehr soll die revidierte Osthilfe zum Ausgangspunkt einer agrarpolitischen Wende werden. Da es sich bei der gegenwärtigen Agrarkrise um eine Strukturkrise handele, müsse eine Politik eingeleitet werden, "an deren Ende ein wirtschaftlich ge-

³⁹ Die Ernennung erfolgte am 7., die Amtsübernahme am 9. November 1931 (Schlange, Am Tage danach, Hamburg 1946, S.53). Die Forderung nach Kabinettsrang begründete Schlange gegenüber Brüning u.a. damit, daß die von ihm beabsichtigte radikale Agrarpolitik im Osten erkennbar in die Gesamtpolitik der Regierung, die er mitverantworten wolle, eingebunden sein müsse.



Reden im Reichstag, 13. 3. 1930, Verhandlungen, IV. Wahlperiode, Bd. 427, 141. Sitzung, S. 4445 ff. und 2. 4. 1930, ebenda, 153. Sitzung, S. 4754 ff.

³³ BANL Passarge, Nr. 4, fol. 93 ff.

³⁴ So das Urteil Passarges über Schlanges Veröffentlichung "Völker und Führer", Berlin 1930 (ebenda, fol. 93).

³⁵ Rede im Reichstag, 26.2. 1931, Verhandlungen, V. Wahlperiode, Bd. 445, 33. Sitzung, S. 1241 f.

³⁶ Rede im Reichstag, 6.6. 1931, Verhandlungen, V. Wahlperiode, Bd. 445, 38. Sitzung, S. 1430.

³⁷ Rede im Reichstag, 25.6. 1930, IV. Wahlperiode, Bd. 428, 183. Sitzung, S. 5801.

³⁸ Ebenda, S. 5802, und Rede im Reichstag, 26. 2. 1931, wie Anm. 35, S. 1245.

kräftigter, nationalpolitisch gefestigter, bevölkerungspolitisch ausgeglichener deutscher Osten" stehe⁴⁰. Mit anderen Worten strebt Schlange letztlich eine Umstrukturierung der ostdeutschen Landwirtschaft zugunsten einer Stärkung des mittelbäuerlichen Elements bei gleichzeitiger Förderung der Kleinsiedlung an; geholfen werden soll nur jenem Teil des Großbesitzes, der noch lebensfähig und rentabel scheint, während der auf mindestens 500 000 ha geschätzte nicht entschuldungsfähige Grundbesitz⁴¹ vornehmlich durch arbeitslose Industriearbeiter und Landarbeiter aufgesiedelt werden soll. Konsequenterweise⁴² beschreitet er mit den zwischen November 1931 und Februar 1932 erlassenen Notverordnungen⁴³ zunächst einen Weg, auf dem durch Sofortmaßnahmen versucht wird, die vor dem Zusammenbruch stehenden - vorwiegend größeren - Betriebe in ihrer Substanz zu retten und mittels umfassender Umschuldungsmaßnahmen produktionsfähig zu erhalten, nicht zuletzt um die Ernährung der deutschen Bevölkerung im Winter 1931/32 nicht zu gefährden. Mit diesen Sofortmaßnahmen hofft er, die Grundlage für die Verwirklichung weiterreichender Ziele zu schaffen. In einer Rundfunkrede vom 5.12. 1931 heißt es: "Es handelt sich nicht darum, im Osten einige mehr oder weniger zweifelhafte und unfähige Existenzen auf der Scholle zu halten ..., es handelt sich nicht um Großbesitz oder Kleinbesitz, sondern um das Leben oder Sterben eines Landes, das dies Volk ohne Raum weder wirtschaftlich noch bevölkerungspolitisch noch auch nationalpolitisch entbehren kann."44 Die wachsende innenpolitische Radikalisierung im Frühjahr 1932 bewegt Schlange Mitte Mai dazu, Brüning selbst seines innenpolitischen Immobilismus wegen zu kritisieren und einen Vorstoß zur Inangriffnahme eines umfassenden wirtschafts- und sozialpolitischen Aufbauprogramms zu unternehmen, in dem der Siedlungspolitik im Osten, um die es seit Februar heftige Kompetenzstreitigkeiten mit dem Arbeitsministerium gegeben hat⁴⁵, eine Schlüsselfunktion zugedacht ist; die Siedlung dürfe nämlich nicht bloße Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bleiben, sondern



Pressekonferenz Schlanges, 17.11. 1931, S.2 (BA NL Schlange, Nr. 20, fol. 16).

Die Kabinettsvorlage des Arbeitsministers Stegerwald vom 20.4. 1932 ging davon aus, daß auf rd. 500 000 ha nicht mehr sanierungsfähigem Grundbesitz für 180 Mio RM 36 000 neue Siedlungen errichtet werden könnten (BA R 43 I/1289).

Schlange selbst sprach davon, daß der ostdeutsche Grundbesitz insgesamt mit 1,96 Mrd. RM (davon 610000 ha mit über 150% und 1,2 Mio ha mit über 100% des Einheitswertes) verschuldet gewesen sei (Am Tage danach, S. 51).

Schlanges Äußerungen u. a. am 11.5. 1932 im Reichstag (Verhandlungen, V. Wahlperiode, Bd. 446, 63. Sitzung, S. 2616 ff.) zeigen, daß er keineswegs ~ wie Heinrich Muth, Agrarpolitik und Parteipolitik im Frühjahr 1932, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik. Festschrift für H. Brüning, hrsg. von F. Hermens/Th. Schieder, Berlin 1967, S. 326 behauptet – aus taktischen, sondern aus inhaltlich-konzeptionellen Gründen die Entschuldung vor die Siedlung stellte.

⁴³ Insbesondere: Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet vom 17.11. 1931 (RGBl. 1931 I, S.675) und Verordnung des Reichspräsidenten zur beschleunigten Durchführung der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet vom 5.2. 1932 (RGBl. 1932 I, S.59).

⁴⁴ Rundfunkrede Schlanges, 5.12. 1931 (BA NL Schlange, Nr. 20, fol. 30).

⁴⁵ Vgl. Udo Wengst, Schlange-Schöningen, Ostsiedlung und die Demission der Regierung Brüning, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 30 (1979), S. 541 ff.

müsse zum "Ausgangspunkt der deutschen Agrarreform"⁴⁶ werden. Obwohl seine Unzufriedenheit über die wirtschaftliche Erfolglosigkeit des Kabinetts und über die Ressortstreitigkeiten wie auch eigener Ehrgeiz Schlange seit Mitte Mai 1932 dazu drängen, ein vorzeitiges Ausscheiden aus der Regierung zu erwägen⁴⁷, bewahrt er schließlich doch seine Loyalität zu Brüning, dessen Stärkung auch sein Rücktrittsangebot vom 27. Mai 1932 an den Reichspräsidenten bezwecken soll⁴⁸. Dieser Schritt bewirkt freilich eher das Gegenteil: Die forsche Initiative Schlanges schürt das durch namhafte Vertreter des ostelbischen Großgrundbesitzes bei Hindenburg gegenüber dem Reichskommissar ("Agrarbolschewist") geweckte Mißtrauen und trägt so in nicht unerheblichem, wenngleich schwer zu quantifizierendem Maße dazu bei, die Demission des Gesamtkabinetts am 30. Mai 1932 unabwendbar zu machen⁴⁹.

Nach seiner Demission beteiligt sich Schlange, der im November 1932 in völliger Verkennung der politischen Realität eigene Kanzlerschaftsambitionen äußert⁵⁰, weiterhin an den Bemühungen um eine politische Mobilisierung der bürgerlichen Mitte⁵¹, letztlich eine ohnmächtige Geste im Angesicht der von den Nationalsozialisten drohenden Gefahr, vor der er seit Herbst 1930 gewarnt hat. Obwohl Schlange schon 1932 eine Farm in Brasilien kauft, auf die er seinen zweiten Sohn schickt, "weil ich mir sagte, daß es mit Deutschland zuendeging"52, lehnt er es nach der "Machtergreifung" trotz des Gefühls persönlicher Gefährdung entschieden ab, zu emigrieren⁵³. Die folgenden Jahre betätigt er sich wieder als praktischer Landwirt auf Schöningen, das er weiter "amerikanisiert"; er legt sich Rechenschaft über die zurückliegenden politischen Ereignisse ab (Grundlage zu "Am Tage danach")54, entgeht zufällig am 30. Juni 1934 den NS-Mordkommandos und nimmt während des Krieges Kontakt zu den Widerstandskreisen um Goerdeler und Moltke auf, denen näherzutreten ihm jedoch deren ihm reaktionär erscheinende Programmpositionen verbieten⁵⁵. Obwohl er in Dokumenten der militärischen Verschwörer als Kabinettsmitglied figuriert, übersteht er den 20. Juli 1944 unbeschadet⁵⁶.

Kaum daß Schlange, "arm, aber völlig ungebrochen", im Frühjahr 1945 in Schleswig-Holstein eine vorläufige Bleibe gefunden hat, macht er sich daran, politische Beziehungen wiederaufzunehmen und nach Möglichkeiten zur Mitwirkung am politischen Aufbau Deutschlands zu suchen, über den er bereits während der Kriegsjahre



⁴⁶ Schlange an Brüning, 15.5. 1932 (BA NL Schlange, Nr. 20, fol. 33 ff.).

Vgl. auch Wengst, S. 543 f., und Passarge, Tagebuch, 20. 5. 1932 (BA NL Passarge, Nr. 6, fol. 155).

Passarge, fol. 153 f.

⁴⁸ Wengst, S. 548.

⁴⁹ Ebenda.

Schlange an Passarge, 18. 11. 1932 (BA NL Passarge, Nr. 6, fol. 343 ff.). In diesem Schreiben war sogar eine Kabinettsliste enthalten.

⁵¹ Wildermuth an Solf, 7.1. 1933 (BA NL Solf, Nr. 90, fol. 208).

⁵² Lebenslauf, S. 2.

⁵³ Schlange an Passarge, 5. 3. 1933 (BA NL Passarge, Nr.7, fol. 125 f.).

⁵⁴ Schlange an Passarge, 13. 4. 1933 (ebenda, fol. 245 ff.).

⁵⁵ Am Tage danach, S. 193 f.

⁵⁶ Lebenslauf, S. 2.

intensiv nachgedacht hat. Von der Berechtigung und der Notwendigkeit seiner eigenen Mission restlos überzeugt, läßt er sich – fast ein Getriebener – von dem Motto leiten: "Wir haben keine Zeit, die Vergangenheit zu betrauern, wenn wir Deutschland noch einmal aufrichten wollen, und unserer Generation wird dabei eine wesentliche, ja entscheidende Aufgabe zufallen als der letzten, die noch über politische Erfahrungen verfügt."⁵⁷

Diese Überzeugung von seiner patriotischen Pflicht paart sich bei Schlange auch weiterhin mit einem ausgeprägten politischen Ehrgeiz, der sich nun um so dynamischer äußert, als er jahrelang von jenen verachteten Kräften zurückgedrängt worden ist, denen er schon vor 1933 die Schuld am Untergang des von ihm so sehr geliebten Deutschland vorgeworfen hat. So glaubt er sich jetzt berufen, für das "wirkliche Deutschland"58 zu sprechen und zu handeln, um "über Schutt und Trümmer vorwärtszuschreiten, das Deutschland des Friedens aufzubauen!"59. Zugleich aber spürt er – wie seit Ende der zwanziger Jahre – einen biographisch verständlichen Drang, den Nachweis zu führen, kein "Junker" und kein "Reaktionär" mehr zu sein, sondern zu zeigen, daß "ein ostelbischer Großgrundbesitzer durchaus imstande ist, die neue Zeit mit einer wirklichen, anständigen Demokratie zu erfüllen"60.

Seiner Ansicht nach zeigen sich in der Herrschaft des Nationalsozialismus zwei, für den Verlauf der deutschen Geschichte seit dem Mittelalter konstitutive Elemente: die Maßlosigkeit im außenpolitischen Machtanspruch, sichtbar seit der "nach Weltbeherrschung drängenden mittelalterlichen Kaiserzeit" bis zum Nationalsozialismus, und die in erster Linie von Preußen verschuldete Unfähigkeit des deutschen Volkes zur Selbstregierung:

"Jahrhunderte haben die Deutschen das Maß der Dinge nicht zu lehren vermocht. Nie hat dies sonst so begabte und fleißige Volk das Kindheitsstadium der Politik überschritten; es ist immer enthusiastisch geblieben, im guten wie im schlechten Sinne. Daher das Unausgeglichene, daher der unaufhörliche Wellengang von Höhepunkten zur Katastrophe."⁶²

Erst die Weimarer Republik, die Schlange ja selbst bis 1927 so grundsätzlich und voller Haß bekämpft hatte, sei das "Geschenk der freien Selbstregierung" gewesen, mit dem das deutsche Volk freilich nichts habe anfangen können. Aber gerade weil 1918 keine Revolution stattgefunden habe, sei hier immerhin ein System entstanden, in dem der "Bestand des Reiches gesichert", "die innere Ordnung ... wiederhergestellt" und "ein vernünftiger sozialer Aufbau ... ermöglicht" worden sei⁶³. Gescheitert sei die Republik jedoch an der politischen Unreife der Deutschen, die sich in "Parteien-



⁵⁷ Brief an seinen ehemaligen demokratischen Kabinettskollegen Hermann Dietrich, o.D. (Novb. 1945) (BA NL Dietrich, Nr. 534, fol. 65).

⁵⁸ Ebenda, fol. 66.

⁵⁹ Am Tage danach, S. 206.

⁶⁰ Schlange an Severing, 2.3. 1946 (BA Z 6 I/1, fol. 19).

⁶¹ Schlange, Rundbrief, 4.12. 1945 (BA NL Schlange, Nr. 21, S. 20).

⁶² Am Tage danach, S. 10.

⁶³ Ebenda, S. 20.

demagogie", im "Kampf der Interessentenhaufen" und in der fehlenden Autorität der Regierungen geäußert habe:

"Alles führt zu dem Schluß, daß es nicht am System, sondern an der geistigen und seelischen Struktur der Menschen lag."64

Der – fragwürdige – Versuch, die Entwicklung zum Nationalsozialismus aus der Besonderheit eines "deutschen Nationalcharakters" zu erklären, wird ergänzt durch einen typisch konservativen Deutungsansatz, in dem die beklagte "Maßstabslosigkeit" eine religiös-moralische Dimension erhält:

"... die letzte und tiefste Ursache des deutschen Zusammenbruchs (liegt) im Abfall des deutschen Volkes von Gott ... Weil das deutsche Volk sich ... einer hemmungslosen Menschenvergottung zuwandte, wurde ihm das Fundament entzogen, auf dem allein ein Mensch und ein Volk zu stehen und zu leben vermag. Solche Völker verlieren einfach den Maßstab, an dem die Gültigkeit menschlicher Sitten- und Rechtsgrundsätze zu messen ist. Und so nahm die maßstabslos gewordene deutsche Seele schließlich Judenprogrome (sic!), Irrenmord, Konzentrationslager, Rechtlosigkeit, Willkür, Vertragsbruch und dergleichen mit widerspruchsloser Gleichgültigkeit hin. Sie hatte verlernt, zwischen Gut und Böse zu unterscheiden, weil sie die Gebote Gottes verlernt hatte und weil darum ein anderes, teuflisches Wertsystem in das entstandene Vakuum gepreßt werden konnte."65

Die "deutsche Seele" aber, "aus deren gesammelter Stille allein wirklich deutsche Kultur erstehen" könne, sei von den Nazis im "Strudel der Vermassung"66 getötet worden.

Aus dieser unsystematisch entwickelten und von Rudimenten konservativen Denkens durchsetzten Geschichtssicht, in der die am Maßstab christlicher Ethik gewonnenen Urteile in diffuser Irrationalität verbleiben, aus der bemerkenswerterweise alle sozialen und ökonomischen Ursachenkomplexe eliminiert sind und in der der Nationalsozialismus auf ein "typisch deutsches", individuelles, moralisch begründetes Versagen zurückgeführt wird, leitet Schlange jene politischen Grundsätze her, die seine Arbeit nach 1945 bestimmen sollen. Auch jetzt ist nicht von der Veränderung sozioökonomischer Strukturen für den Aufbau einer stabileren politischen Ordnung die Rede, sondern fast ausschließlich von den Konstruktionsmerkmalen des künftigen Staates und von der Notwendigkeit eines moralischen Wandels seiner Träger. Da man mit einem Volk, dessen "Seele" von den Nazis korrumpiert worden sei, "kein neues Vaterland" aufbauen könne, sei die fundamentale Voraussetzung:

"Seine todkranke Seele muß zuvor genesen und sie kann nur genesen, wenn sie durch die erschütternde deutsche Katastrophe geläutert den Weg zu Gott zurückfindet. Auf diesem Weg kann nur die christliche Kirche Führerin sein. Sie muß das Fundament des christlichen Ethos wieder fest im deutschen Volke gründen, auf dem allein der Wiederaufbau eines freien und freiheitlichen deutschen Rechtsstaates begonnen und durchgeführt werden kann."⁶⁷



VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

⁶⁴ Ebenda, S. 21.

⁶⁵ Schlange, Rundbrief, 31. 10. 1945 (BA NL Schlange, Nr. 21, S. 4).

⁶⁶ Am Tage danach, S. 11.

⁶⁷ Rundbrief, 31. 10. 1945, S. 4.

Nur durch die Einleitung eines derartigen Erziehungs- und Reifungsprozesses könne in Deutschland ein "demokratischer" Staat aufgebaut werden, der "konservativ" – in einem für Schlange spezifischen, pragmatischen Politikverständnis – sein soll:

"Was ist da heute konservativ? ... Konservativ ist: Nüchterne Beurteilung der Lage auf Grund der realen Tatsachen, im Gegensatz zu optimistischen Wunschträumen und pessimistischer Resignation.

Konservativ ist: Kühle, verantwortungsbewußte Abwägung der Konsequenzen im Gegensatz zu jeder Art von politischem Radikalismus, woher er auch komme.

Konservativ ist: Organischer Aufbau aus den gegebenen Verhältnissen im Gegensatz zu unorganischen Experimenten aus politischen Klassen-, Rassen- und Völkerhaß-Instinkten."⁶⁸

Diese wenig konzise "Begriffsklärung" verweist auf die Notwendigkeit eines umfassenden Pragmatismus, der sich hier insofern als restaurativ und rückwärtsgewandt zu erkennen gibt, als er trotz seiner wiederholt geäußerten antikapitalistischen Einstellung⁶⁹ eine unverhüllte Absage an radikale ökonomische und soziale Strukturreformen enthält; was jedoch ein derartiger Konservatismus zu bewahren habe, bleibt weitgehend im Dunkeln.

Etwas genauer umrissen ist Schlanges Verständnis von "Demokratie", als der einzig möglichen Konsequenz aus der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft:

"Darum bin ich als Patriot aus vollster Überzeugung Demokrat geworden: ich will nicht noch einmal mein Vaterland in die Gefahr kommen lassen, von einer Einzelperson in neues Blutvergießen geschleppt zu werden. Und wenn die Demokratie sonst nur Nachteile hätte, den einen Vorteil hat sie jedenfalls, daß die öffentliche Willenskundgebung des ganzen Volkes das stärkste Hemmnis kriegerischer Experimente ist."⁷⁰

Allerdings komme es darauf an, daß die Sieger den Deutschen keine ihnen wesensfremde Form der Demokratie oktroyieren; man müsse "die deutsche Form der Demokratie" finden:

"Was ist Demokratie?... Freie Meinungsäußerung; selbstgezügelte Freiheit; Mitarbeit aller am Staat; öffentliche Kritik; Regierung durch das Volk für das Volk... Deutsche Demokratie ist kontrollierte Führung. Denn in diesen beiden Worten: Kontrolle und Führung, dürfte die einzige, aber auch sichere Garantie des Funktionierens unseres künftigen Systems zu finden sein; alle Möglichkeiten der Beaufsichtigung der Regierung durch die Öffentlichkeit, alle Möglichkeiten entschlossener, auf lange Frist disponierender Führung durch die Regierung müssen gegeben sein."71



⁶⁸ Rundbrief, 24.11. 1945, S. 18

In seinen Erinnerungen schreibt er – ein Beleg für eine gewisse Kontinuität seines Denkansatzes –: "Alle Lebewesen entwickeln sich organisch, ob es sich um Pflanzen, Tiere oder Völker handelt. Konservativ sein heißt darum: organische Vorwärtsentwicklung aus den Naturgegebenheiten wollen" (Am Tage danach, S. 22).

⁶⁹ Schlange an Brüning, wie Anm. 46.

⁷⁰ Rundbrief, 4.12. 1945, S.19.

⁷¹ Ebenda, S. 19f.

Diese Aussagen weisen auf das von Schlange in anderen Zusammenhängen häufig zitierte Vorbild Großbritanniens als eines liberalen Rechtsstaates, dessen Funktionsfähigkeit durch den Ausgleich zwischen einer handlungsfähigen, von Eliten getragenen Staatsführung und einer kritischen Öffentlichkeit hergestellt wird, einer Ordnung, deren Grundlage "christlicher Personalismus", Absage an jeglichen Materialismus und "Freiheit der Persönlichkeit" seien⁷².

In diesem Zusammenhang fordert Schlange eine Stabilisierung der politischen Struktur u. a. durch ein kombiniertes Persönlichkeits- und Verhältniswahlrecht und – zur Stärkung der Regierung – durch eine Art "konstruktives Mißtrauensvotum"⁷³.

Schlange selbst faßt sein Bekenntnis zum liberalen Rechtsstaat so zusammen:

"Wir wollen Gerechtigkeit gegenüber allen Rassen und Klassen. Wir wollen den wahrhaft sozialen Staat, der den Schwachen durch Gesetze schützt, aber der Masse nicht vortäuscht, Deutschland sei ein Kraft-durch-Freude-Institut. Wir wollen den freien Staat, der sich nicht einmischt in Dinge, die nicht seine Sache sind, der nur dort eingreift, wo Willkür die Mitbürger schädigt. Wir wollen den geordneten Staat, in dem ehrenhafte Beamte wieder Diener und nicht Nutznießer des Volkes sind. Wir wollen den Kulturstaat, in dem die öffentliche Meinung in Wort und Schrift in selbstgezügelter Disziplin am Aufbau fördernd und kritisierend mitarbeiten kann und Kunst und Wissenschaft sich wieder frei entfalten. Wir wollen wieder den Staat schaffen, in dem die Freiheit des religiösen Bekenntnisses als Selbstverständlichkeit verankert ist, in dem die Kirchen nicht zu Sklavinnen einer politischen Doktrin erniedrigt werden, den Staat, in dem alles tragend, durchleuchtend und durchdringend, das christliche Sittengesetz die Deutschen wieder zurückführt aus der Barbarei der Konzentrationslager in das Lager der europäischen Kultur."

Ausgehend von diesen Grundüberzeugungen skizziert Schlange im Herbst 1945 ein politisches Programm, mit dem er bei ihm bekannten führenden Politikern der Weimarer Republik (u. a. Stegerwald, Dietrich, Severing, Struve, Schröter) um Mitarbeit beim Aufbau einer, von ihm in Schleswig-Holstein gegründeten christlichen Sammelpartei wirbt. Gegenüber Dietrich erläutert er sein Anliegen:

"Es handelt sich jetzt doch darum, allen alten, überlebten Parteiplunder in das nächste auffindbare Gewässer zu werfen, wo es am tiefsten ist, und eine Front der Vernünftigen zur Lösung der dringendsten Aufgaben herzustellen. Kein Kulturkampf, kein Klassenkampf! Wir werden diese Dinge jetzt überwinden oder nie."⁷⁵

Da Schlange neben der politischen die konfessionelle Zerrissenheit für eine wesentliche Ursache für das Scheitern von Weimar hält, fordert er auch: "Buchstäblich jetzt oder nie werden wir die deutsche Politik von dem unseligen konfessionellen Streit befreien."⁷⁶ Allerdings will er als überzeugter Protestant und Kritiker des politischen



⁷² Zur Herleitung dieser Grundziele einer "Rekonstituierung des wieder zu individuierenden Einzelnen" aus den Begründungszusammenhängen konservativer Ideologie vgl. Helga Grebing, Konservative gegen die Demokratie, Frankfurt 1971, S. 429 u. ö.

⁷³ Rundbrief, 4.12. 1945, S.23 u. S.25.

⁷⁴ Am Tage danach, S. 122.

⁷⁵ Schlange an Dietrich, wie Anm. 57, fol. 66.

⁷⁶ Rundbrief, 24.11.1945, S.13.

Katholizismus durchaus noch nicht sofort die Verschmelzung mit jenen Gruppen der Union eingehen, von denen er sich zu diesem Zeitpunkt nicht sicher ist, ob sie sich wirklich vom alten ultramontanen Zentrum gelöst haben⁷⁷. Deshalb soll zunächst eine Aufteilung zwischen der auf die überwiegend katholischen Gebiete verwiesenen CSU und einer in den protestantischen Gebieten vorherrschenden "Christlich-Demokratischen Aufbaupartei" vorgenommen werden⁷⁸. Eine konfessionelle Bindung der später zu verschmelzenden Gesamtpartei sei auf jeden Fall abzulehnen.

In Schlanges Konzept einer "christlichen Sammlungspartei" ist zugleich das Ziel enthalten, die politische Zersplitterung von Weimar zu überwinden. Neben einer Kommunistischen Partei dürfe es nur noch die Sozialdemokratie und rechts von ihr die von ihm angestrebte große "christlich-konservative" Integrationspartei geben⁷⁹. Dabei meint er davon ausgehen zu können, daß sich die SPD von einer "Klassenkampfpartei" fort zu einer staatstragenden Kraft wie die britische Labour Party entwickeln werde. Unter dieser Voraussetzung müßten beide große Parteien gegen die Kommunisten zusammengehen:

"Auch der Klassenkampf muß über Bord geworfen werden; überall predige ich das gute nachbarliche Verhältnis zur Sozialdemokratie, die sich augenscheinlich auch in einem entscheidenden Umwandlungsprozeß befindet. Manche Gegensätze werden bleiben: Freiheit der Persönlichkeit, der Wirtschaft etc. Aber . . . in dem kommenden Parlament werden wir mit den Sozialdemokraten zusammengehen müssen, gegen die Kandidaten von rechts und links."80



⁷⁷ Rundbrief, 31, 10, 1945, S. 2.

Mitte November 1945 reiste Schlange nach Würzburg, wo er mit Adam Stegerwald, Gründer der CSU und Leitfigur eines "christlichen Sozialismus", vereinbarte, daß er in Norddeutschland, Stegerwald in Stiddeutschland die christliche Sammelpartei aufbauen sollten (vgl. Rundbrief, 24.11. 1945, S. 12f.).

Als Ende des Jahres 1945 sein Programm auch in Westdeutschland verbreitet wurde, sah sich Schlange entschiedener Kritik Adenauers ausgesetzt. Adenauer kritisierte insbesondere Schlanges Auffassung, daß die Union eine rein bürgerliche "Rechtspartei" sein solle; er äußerte die Überzeugung, daß die CDU so sehr in der Arbeiterschaft verankert sei, daß man sie sehr viel berechtigter als die SPD mit der Labour Party vergleichen könne. Darüber hinaus kritisierte Adenauer, daß Schlange den Begriff der "Sammlungspartei" in den Vordergrund der Neugründung gestellt habe: "Es könnte daraus der Eindruck entstehen, daß der Sammlungsgedanke unser Leitgedanke sei. Wir dürfen aber m. E. keine Sammelpartei sein, sondern wir müssen eine Partei sein mit eigenem, neuem Programm. Auf "Sammlung" als Fundament läßt sich keine neue Partei aufbauen, weil Sammlung nichts in die Zukunft Weisendes ist." Adenauer an Schlange, 29.1.1946 (BA Z 6 I/142, fol. 120 f.).

Schlange an Dietrich, wie Anm. 57, fol. 66, und Schlange an Passarge, 22.11. 1945 (BA NL Passarge, Nr. 8, fol. 3f.).

Schlange selbst hat eigenen Aussagen zufolge 1945 "ernsthaft darüber nachgedacht, ob ich nicht Mitglied der SPD werden sollte". Er verwarf diesen Gedanken jedoch aus zwei Gründen: "Einmal, weil es nicht ganz ehrlich gewesen wäre, da ich in vieler Hinsicht doch nicht Sozialdemokrat bin und zweitens deswegen, weil ich der Meinung bin, daß ich auch der Sozialdemokratie keinen guten Dienst getan hätte, da viele Leute ihres linken Flügels wahrscheinlich Kommunisten geworden wären, wenn zu viele Leute, die früher rechts gestanden haben, bei ihr Mitglied geworden wären." Schlange an Hollins, CCG/FAD, Entwurf, o. D., März 1947 (BA Z 6 I/231, unfol.).

Kriegszerstörungen und Flüchtlingselend schienen Schlange in seiner Auffassung, daß die sozialen Gegensätze der Vergangenheit als Folge des Krieges weitgehend überwunden seien, Recht zu geben:

"Klassenkampf – wir sind so ziemlich alle gleich arm geworden, der Neidgedanke ist heute überständig, fast reaktionär zu nennen; wir werden entweder alle gemeinsam leben oder alle gemeinsam zugrundegehen."⁸¹

An diesem knapp umrissenen politischen Konzept des Nachkriegspolitikers Schlange wird erkennbar, daß er trotz aller nicht sehr tiefgehender Versuche, seine Positionen theoretisch abzusichern und seine konservative Denkgrundlage zu klären, ein überzeugter Pragmatiker ist, dessen aus der sehr realitätsnah erfaßten Gegenwartskatastrophe hergeleitete programmatische Konsequenzen auf ideologischen Prämissen beruhen, die verwaschen sind und deren Wurzeln wohl auch ihm selbst weitgehend verborgen bleiben.

Um die große Aufgabe des evolutionären Aufbaus, dessen Richtung zunächst nicht näher bestimmt wird, in Angriff nehmen zu können, bedarf es – so Schlange – angesichts des "größten Trümmersturzes der Weltgeschichte" einer Konzentration aller Kräfte, die dazu willens seien. In dem von ihm angestrebten Dreiparteiensystem, in dem die Kommunisten nicht koalitionsfähig sind, werden Konservative und Sozialdemokraten zusammenarbeiten müssen und können,

"denn die Trümmer sehen uns alle gleichmäßig an und die sachlichen Aufgaben, die vor uns stehen, müssen stärker sein als irgendwelche ideologischen Gegensätze"82.

Eine wichtige Voraussetzung für die besonders schwierige Integration aller aufbauwilligen Kräfte im bürgerlichen Lager bestehe darin, daß die im Geiste des Nationalsozialismus erzogene Jugend aus ihrer "geistigen Verwirrung" herausgeführt werde. In diesem Zusammenhang aber gelte es klarzustellen, was mit den Millionen ehemaliger Nationalsozialisten zu geschehen habe. Dabei habe der Grundsatz zu gelten:

"Wer unterschiedslos alle ehemaligen Nationalsozialisten ablehnt, schließt damit die Masse der jungen Generation aus. Wir haben aber dafür zu sorgen, daß diese Generation in den neuen demokratischen Staat hineingeführt wird und in die tragende Verantwortung für seine Gestaltung und Führung hineinwächst."⁸³

Aus dem politischen Leben auszuschalten seien lediglich die verantwortlichen Nazi-Führer, mitverantwortlich höhere Amtsträger und Opportunisten, die sich "aus persönlichem Ehrgeiz" oder aus "Geschäftsinteresse" "gar nicht schnell genug umstellen konnten". Dagegen müsse jene große Gruppe von ehemaligen Parteimitgliedern, die als "Idealisten und anständige Patrioten" "enttäuscht und verbittert längst die völlige innere Abkehr von Hitler und seiner Partei vollzogen" hätten, sowie die "Unfreiwilligen und zwangsweise Gleichgeschalteten" unbeschränkt in die neue Partei und in den aufzubauenden Staat integriert werden. Denn:



⁸¹ Rundbrief, 4.12. 1945, S. 22.

⁸² Schlange an Hollins, wie Anm. 80.

⁸³ Rundbrief, 31.10.1945, S.3.

"Wenn wir jenen Millionen deutscher Menschen nicht Gerechtigkeit widerfahren lassen, treiben wir sie entweder dem Kommunismus oder einem inneren Rechtsradikalismus in die Arme, der den Keim zu neuen gewaltigen Erschütterungen in sich trägt."84

Diese breite Basis herzustellen, dürfe man angesichts der ungeheuren Not keine Zeit verlieren. Schlange selbst leitete mit der Gründung der CDAP am 30. 10. 1945 in Plön die Entstehung einer christlichen Sammelpartei in Norddeutschland ein und begründete diesen Schritt wie folgt:

"Wenn man im deutschen Volk von heute in dem größten Zusammenbruch aller Zeiten die Gespenster wie Hunger, Not, Verzweiflung usw. auftauchen sieht, dann können wir nicht abwarten, bis alles wieder 'glücklicher' wird. Da müssen die Menschen sich sofort an die Arbeit machen und wenn sie scheitern sollten, dann haben sie wenigstens einen Augenblick weitergeholfen.

Es kommt darauf an, daß wir in Deutschland überhaupt leben bleiben und jede Möglichkeit, mitzuhelfen, muß sofort ergriffen werden."85

Dieses Plädoyer für einen "Pragmatismus der ersten Stunde" wird von Schlange mit zwei strategischen Grundpositionen verknüpft: die Herstellung einer Koalition mit der Sozialdemokratie und ein bedingungsloses Zusammengehen mit der Militärregierung. Dazu gebe es nicht nur aufgrund der Niederlage und der Besatzungssituation keine Alternative, diese Kooperation sei auch aus anderen Gründen unter allen Umständen anzustreben; da die Anwesenheit der Militärregierungen in Deutschland "eine verhängnisvolle Explosion" verhindert habe, "die den Restbestand der Nation in die Luft gesprengt haben würde", schüfen sie nun die Möglichkeit, "den Übergang zu neuen Institutionen in ruhiger Weise zu vollziehen" Und ferner:

"Wir müssen auf das loyalste mit der britischen Militärregierung zusammenarbeiten, weil darin unsere einzige Rettungsmöglichkeit liegt. Wir können allein nicht existieren. Wir Deutschen mögen in diesen 12 Jahren angerichtet haben, was wir wollen. Aber eines stellen wir fest: wir sind, wir bleiben, wir wollen bleiben ein westliches Kulturvolk; wir gehören mit unserer Kultur zum Westen hin. Wir wollen daher mit dieser Kultur leben oder zugrundegehen."87

In dieser klaren Option sah Schlange die Grundlage für einen politischen Neuanfang, dessen Chancen er trotz aller Trümmer positiv einschätzte:

"Unsere Lage sieht todernst, fast verzweifelt aus, aber eine Chance haben wir: die Chance des ganz neuen Anfangs. Wenn eine Fabrik ganz abbrennt und mit alten, reparierten Maschinen weiterarbeiten muß, ist der Schaden oft nachhaltiger, als wenn sie ganz verbrennt und sich mit den verbliebenen Mitteln von Grund auf modernisiert. Vielleicht trifft dieser Vergleich auf uns Deutsche von heute zu, die wir nicht nur in einem eigenen Zusammen-



⁸⁴ Ebenda.

Niederschrift über die politische Versammlung am 30. 10. 1945 . . . in Plön (BA NL Schlange, Nr. 21, unfol.).

⁸⁶ Rundbrief, 4.12, 1945, S.19.

⁸⁷ Niederschrift . . ., S. 1.

bruch, sondern in einer völligen Weltenwende stehen; allerdings nur dann, wenn wir entschlossen nach vorwärts unser Schicksal in beide Hände nehmen."88

Schlange, der das Bild vom "Neubau" in appellativer Absicht benutzte und dieses eindeutig als ein "verbessertes Weimar" verstand, sah in völliger Klarheit drei scheinbar übermächtige materielle Gegenwartsprobleme, von deren Lösung die Realisierung der übergreifenden politischen Ziele seiner Ansicht nach weitgehend abhängen würde. Als erstes müsse das ungeheure Problem der Ernährungssicherung gelöst werden, denn

"Hunger erzieht keine friedlichen Demokraten. In der ungeheuren deutschen Not liegt das größte Hemmnis für die Verwurzelung der Demokratie in unserem Lande. Wir hoffen, daß die Siegermächte uns über diese Tatsache hinweghelfen werden."89

Die Deutschen selbst aber müßten sehr viel intensiver als bisher ihr eigenes Land bebauen.

Die zweite Sofortaufgabe bestehe darin, weit mehr Kohlen als im Augenblick zu fördern, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen und die Bevölkerung nicht erfrieren zu lassen. Und schließlich gelte es, so bald wie möglich mit dem Wohnungsbau zu beginnen, um aus der gegenwärtigen "demoralisierenden Enge" herauszukommen. Zugleich aber sprach Schlange das höchstens mittelfristig in Angriff zu nehmende Flüchtlingsproblem an, für das er, sollte Deutschland nicht im Zustand eines "explodierenden Dampfkessels" verbleiben, jedoch nur dann eine Lösung sieht, wenn wenigstens ein Teil der Flüchtlinge in absehbarer Zeit in ihre Heimat zurückkehren könne.

Schlanges eigentliche parteipolitische Tätigkeit blieb auf ein halbes Jahr beschränkt. Ende 1945 schon entscheidet er sich, der auf konkrete Aufbauerfolge erpicht war, dafür, das britische Angebot zur Leitung der Ernährungspolitik in der Zone anzunehmen. Wenngleich er diesen Posten nur als Sprungbrett für eine spätere politische Karriere auf höherer Ebene ansieht, so eliminiert er sich damit doch realiter selbst aus der weiteren Parteipolitik, zumal die britischen Vorschriften einem deutschen Beamten jede spezifische parteipolitische Aktivität untersagen. Aber auch ohne diese Entscheidung hätte er sich schwerlich gegen Adenauer und dessen rheinischwestfälische Hausmacht im Kampf um den zonalen Parteivorsitz durchsetzen können⁹¹. Die Schwäche seiner Position gegenüber Adenauer lag mit Sicherheit aber nicht nur in der geringeren Parteigefolgschaft und in seinem "Makel" als Flüchtling, sondern insbesondere darin, daß im Rheinland ein stärker in die Zukunft weisendes

Indes urteilt Hermann Pünder, Von Preußen nach Europa, Köln 1968, S. 244: "Noch in Herford (13.12.1945, d. Verf.) schien es nicht ganz ausgeschlossen, daß bei der überraschend starken Beteiligung evangelischer Parteifreunde deren Kandidat, nämlich... Minister Schlange-Schöningen, zum Vorsitzenden der Zonenpartei gewählt worden wäre. Deshalb mag die Vertagung der Personalfrage manchem (gemeint ist Adenauer, d. Verf.) nicht unwillkommen gewesen sein."



⁸⁸ Rundbrief, 4.12.1945, S.21.

⁸⁹ Ebenda.

⁹⁰ Rundbrief, 25.12.1945, S.29.

Programm, das den Grundsätzen des "Christlichen Sozialismus" verpflichtet zu sein vorgab, propagiert wurde. Anders als in Schlanges deutlich konventionelleren Programmaussagen wurden hier konkrete Forderungen für eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Umstrukturierung vorgetragen, die geeignet sein konnten, auch bei der in der Zentrumstradition stehenden katholischen Arbeiterschaft großen Widerhall zu finden.

(II) Vom "Hungerdiktator" zum Überwinder der Krise

Bewegt sich Schlange als Parteiprogrammatiker in den Bahnen eines pragmatischen, durch seine politischen Erfahrungen in der Weimarer Republik modifizierten liberalen Konservatismus, dessen auf die Probleme der Nachkriegszeit bezogene Kernformeln stark emotional besetzt und nur ansatzweise auf einen konkreten Realitäts- und Zukunftsgehalt hin entworfen sind, so entwickelt der Ernährungs- und Agrarpolitiker im Laufe seiner rund vierjährigen Arbeit an einer für die Entwicklung der Westzonen entscheidenden Stelle aus der Praxis der Tagespolitik heraus ein agrarpolitisches Konzept, das neben starken Kontinuitätselementen bemerkenswerte Neuorientierungen enthält, durch die auch seine allgemeinen politischen Grundsätze von 1945 eine deutliche Präzisierung erfahren und aufgrund derer Schlange schließlich - in mannigfacher Hinsicht exemplarisch⁹² ~ innerhalb der eigenen Partei eine nicht mehr mehrheitsfähige Sonderstellung einnimmt. Auch für diesen Bereich gilt freilich, daß Schlange natürlich kein fest umrissenes Programm vorzeigen kann, als er sich Ende 1945 nach ausführlichen Diskussionen mit den zuständigen Stellen der Control Commission dafür entscheidet, die Leitung der zonalen Ernährungsverwaltung zu übernehmen⁹³. Ohne Aussicht auf baldige Wahlen und die Bildung einer Zentralverwaltung, in der er an politisch herausragender Stelle hätte aktiv werden können, engagiert er sich nun in einem Bereich, für den er sachkompetent wie wenig andere ist und von dem er sicher sein kann, daß er ausgesprochene politische Relevanz besitzt und mit einiger Wahrscheinlichkeit auch die Basis für politische Aktivitäten auf höherer Ebene abgeben wird:

"Es ist... wohl klar, daß ich hier nicht nur Kartoffeln bauen will. Ich finde, alles, was man gerade in landwirtschaftlicher Hinsicht tut, reicht heute eminent weit, ja entscheidend in alle politischen Entwicklungen hinein."94

Das Amt, das Schlange zum 1. Februar 1946 übertragen wird, ist nach Ansicht vieler



⁹² So Christoph Weisz, Organisation und Ideologie der Landwirtschaft 1945–1949, in: VfZ 21 (1973), S. 195.

Schlange hatte gleich nach seiner Ankunft in Lütjenburg damit begonnen, Kontakt mit der Militärregierung herzustellen (BA NL Schlange, Nr. 21 und Nr. 42). Als Antrieb sicher nicht zu unterschätzen war dabei auch der Zwang, wieder eine materielle Existenzbasis zu erhalten; Schlanges hatten in den Westen "4 silberne Bestecke, 3 Tassen, 5 Bücher, sehr wenig Kleidung und Wäsche" mitgebracht und waren also "arm wie die Kirchenmäuse" (Passarge, Tagebuch, 23.2. 1946, BA NL Passarge, Bd. 8, fol. 85).

⁹⁴ Schlange an Passarge, 12.2. 1946 (BA NL Passarge, Nr. 8, fol. 70).

Fachleute ein "Himmelfahrtskommando"95: Die Eigenproduktion der Zone ist auf weniger als 1000 kcal, pro Kopf und Tag abgesunken, Vorräte sind praktisch nicht mehr vorhanden, eine kurzfristige Steigerung infolge der fehlenden organisatorischen und betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen ist schwer vorstellbar, die Nahrungsmittelzuschüsse der Briten sind viel zu knapp und zu unregelmäßig, als daß sie eine wesentliche Hilfe sein könnten, die Ernährungsverwaltung arbeitet ineffektiv und ist insbesondere unfähig, den für das Überleben des Ruhrgebietes unerläßlichen "übergebietlichen Ausgleich" mit Niedersachsen bzw. Schleswig-Holstein zustandezubringen. Hungersnot und Massenelend scheinen im Frühighr 1946 in der britischen Zone programmient; die Briten selbst treffen in dieser Situation eine vielsagende Entscheidung, indem sie die Normalverbraucher-Rationen um ein Drittel auf nur noch 1014 kcal. kürzen%. Hinzu kommt, daß der Leiter der zonalen deutschen Ernährungsverwaltung gegenüber der Militärregierung keinerlei Handlungsspielraum besitzt, sein Amt ohne Exekutivvollmachten ausüben soll und er selbst nicht einmal über die Möglichkeit verfügt, sich vor dem, was man zu diesem Zeitpunkt unter "politischer Öffentlichkeit" versteht, für die vorhandene Misere, für die die hungernde Bevölkerung naturgemäß ihn und sein Amt verantwortlich macht, auch wirklich verantworten zu können.

Die augenscheinliche Aussichtslosigkeit dieser Aufgabe ist für Schlange aber eher das entscheidende Argument, sie zu übernehmen. Er hätte es allerdings kaum getan, wenn er nicht die Gewißheit mit in das Amt gebracht hätte, daß seine ernährungspolitischen Grundüberzeugungen sich nahtlos mit denen der verantwortlichen Briten decken. Das Überleben in der Krise hängt auch ihrer Ansicht nach von zwei Voraussetzungen ab, von denen Schlange jedoch nur auf die eine direkt Einfluß nehmen kann: von der möglichst vollständigen und gerechten Verteilung der deutschen Produktion und von der Bereitstellung alliierter Importe zur Aufstockung der Rationen.

Die deutscherseits zu leistende Aufgabe erfordert einen raschen Aufbau der Ernährungsverwaltung: Planung der landwirtschaftlichen Produktion, Erfassung und Ablieferung der Ernte wie ihre Verteilung bedürfen vor allem angesichts der besonderen Struktur der Zone eines straff zentralistischen Apparats, der mit beträchtlichen Kompetenzen ausgestattet sein muß, um zum einen die Bauern dazu zu bringen, mehr (und anderes) als bisher zu produzieren und trotz aller Versuchungen zur Illegalität ordnungsgemäß abzuliefern, und um zum anderen trotz des auch in den Agrargebieten herrschenden Mangels einen beträchtlichen Teil der dortigen Produktion zu erfassen und in die dicht bevölkerten Gebiete insbesondere an Rhein und Ruhr zu transportieren.

⁹⁶ Zur Bedeutung des Hungers in der Nachkriegszeit hat der Verfasser eine Studie erarbeitet, die dem Historisch-Philologischen Fachbereich der Universität Göttingen als Habilitationsschrift vorliegt; vgl. dazu auch Günter J. Trittel, Hunger und Politik in Westdeutschland, 1945–1949. Umrisse eines zentralen Nachkriegsphänomens, in: Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium 14 (1985), S. 126 ff.; ders., Die westlichen Besatzungsmächte und der Kampf gegen den Mangel 1945–1949, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 22/86, 31.5. 1986, S. 18–29.



PS BANL Passarge, Nr. 8, fol. 130.

Zwei Grundsätze haben dabei für ihn absoluten Vorrang: Erstens muß alles getan werden, um die zentralistische Verwaltung im Interesse der hungernden Konsumenten arbeitsfähig zu machen, zweitens muß der Versuch unternommen werden, den Bereich der Ernährung so weit wie möglich zu entpolitisieren, beides Zielsetzungen, die nicht ganz frei von Widersprüchlichkeiten bleiben können. Die Rekonstruktion des Reichsnährstandes als einer "Form . . . die immerhin eine sehr schnelle Erteilung der Anordnungen von oben bis unten ermöglichte"97, schien nur eine begrenzte und allmähliche Entnazifizierung zuzulassen, die Schlange seinerseits noch erheblich abschwächt, da ihm aus Effizienzgründen sehr daran liegt, hochqualifizierte Fachleute, die es erkennbar nur im Reichsnährstand bzw. dem ehemaligen Reichsernährungsministerium gibt, zu gewinnen. Bereits im Sommer 1946 kann er feststellen, daß diese Aufbauaufgabe von ihm bewältigt und das ZEL ein personell gut besetztes und relativ arbeitsfähiges Amt geworden ist98. Allerdings stößt sein Konzept einer straffen zentralistischen Ernährungsverwaltung nach Bildung der Länder in zunehmendem Maße auf deren Widerspruch, da ihre Regierungen für die Versorgungsmängel verantwortlich gemacht werden, ohne jedoch irgendwelchen Einfluß auf die Verwaltung nehmen zu können.

Das Festhalten an der personellen und organisatorischen Kontinuität des Reichsnährstandes entspricht zugleich Schlanges "vorbehaltlosem Bekenntnis zu einer staatlich gelenkten Planwirtschaft", zu der es im Zeichen des Mangels keine "kapitalistische" oder "liberalistische" Alternative geben könne⁹⁹. Innerhalb der zunächst reinen Zwangswirtschaft könne es nur darum gehen, die Landwirte von ihren Pflichten zu überzeugen, notfalls aber auch zu einer höheren Ablieferung zu zwingen; auch davor scheut Schlange in der Folge keineswegs zurück¹⁰⁰.

Es ist klar, daß im "Schatten des Hungers" fast jede ernährungspolitische Maßnahme bei den Betroffenen, ob Erzeuger oder Verbraucher, auf Kritik stoßen mußte. Deshalb bemüht sich Schlange von Anfang an nicht ohne Erfolg darum, den Agrarsektor als einen Bereich darzustellen, in dem es keine die sachliche Arbeit gefährdende parteipolitische Auseinandersetzung geben dürfe. Wichtigste Voraussetzung zur Realisierung dieses von ihm als besonders überlebenswichtig angesehenen Ziels ist eine möglichst enge Zusammenarbeit mit der SPD und den Gewerkschaften, mit denen er die Auffassung vom Vorrang einer konsumentenorientierten Politik in einem zentralistischen und planwirtschaftlichen System teilt, deren Forderungen nach gründlicher Entnazifizierung und Demokratisierung der Ernährungsverwaltung wie nach ei-



Schlange auf der 2. Sitzung des Zonenbeirates (= ZB), 26./27. 3. 1946 (Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland (= AVBRD) 1, München 1976, S. 364). Er selbst hatte sich als die entscheidende Voraussetzung für die Amtsübernahme von den Briten die Beibehaltung des Reichsnährstandes ausbedungen.

⁹⁸ Karl Passarge (Hrsg.), Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone 1945–1948, Hamburg 1948, S. 9ff.

⁹⁹ Schlange an Hollins, CCG/FAD, 23.4. 1946 (BA Z 6 I/17, fol. 192).

¹⁰⁰ So durch die Kürzung des Selbstversorgeranteils, durch Hofbegehungen und Androhung von Enteignungen usw.

ner grundlegenden Bodenreform jedoch mittelfristig ein erhebliches Konfliktpotential verhießen. Schlange sucht deshalb gleich bei seiner Amtsübernahme den persönlichen Kontakt zu führenden Sozialdemokraten, um sie von seiner Kooperationsbereitschaft und seiner Zielsetzung zu überzeugen:

"Ich wünsche dieses Amt auf breitester personeller Basis so aufzubauen, daß es möglichst von allen Parteien getragen wird, damit meine Arbeit für die Ernährung des Volkes aus dem Schußfeld aller Parteipolitik herauskommt."¹⁰¹

Auf dieser Grundlage versucht er, sich mit SPD-Führer Schumacher zu verständigen, "damit die Berechtigung jedes Angriffes in der Öffentlichkeit von selbst" aufhöre¹⁰², und holt einige ausgewiesene sozialdemokratische Beamte, unter ihnen den herausragenden Ernährungsfachmann Hans Podeyn, seinen späteren Stellvertreter, in sein Amt.

Dem Ziel der Entpolitisierung des Ernährungsproblems dient darüber hinaus auch seine sachliche Berichterstattung im Zonenbeirat, vor allem aber seine im Frühjahr 1946 begonnene Bemühung um eine öffentliche Kontrolle der Ernährungsverwaltung, der auf allen Ebenen Beiräte unter Beteiligung der Verbraucher zugeordnet werden, damit "Öffentlichkeit und Verbraucher zunehmend Aufklärung und Einblick und damit möglicherweise Verständnis für die ernährungspolitischen Probleme erhielten"¹⁰³.

In dieser Situation des Massenhungers hängt für Schlange viel davon ab, nicht nur gegenüber den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen Verständnis für seine Probleme zu erzeugen, sondern auch immer wieder in direkten Appellen an den Verbraucher wenigstens den Eindruck zu erwecken, daß er sich "dessen täglichen Sorgen und Nöten ... auf das Tiefste verbunden fühle"¹⁰⁴. Insbesondere versteht er es, in derartigen Appellen, in denen er ja gar nichts Substantielles versprechen kann, an den Durchhaltewillen der Konsumenten zu appellieren und sie über die wahren Ursachen der gegenwärtigen Not aufzuklären:

"Ein Volk, das Sturm gesät hat, steht jetzt im Orkan der Not. Hitler war nicht nur der Diktator des Krieges. Sein furchtbares Erbe ist die Diktatur des Hungers und zugleich der Lüge. Wer Hitler wählte, hat nicht nur den Krieg, er hat auch den nachfolgenden Hunger gewählt."¹⁰⁵

Indem Schlange öffentlich unablässig um Vertrauen für seine Arbeit und um die Hilfsbereitschaft der Britischen Militärregierung wirbt, trägt er dazu bei, daß in der britischen Zone bis in den Winter 1946 hinein das Ernährungsproblem politisch relativ entschärft wird. Gerade weil sehr schnell ein persönliches Vertrauensverhältnis zwischen ihm und den Leitern der Food & Agriculture Division entsteht, kann



U. a. Schlange an Severing, 2.3. 1946 (BA Z 6 I/1, fol. 19). Vgl. dazu auch Schlanges entsprechende Kooperationsangebote auf der 2. ZB-Sitzung, wie Anm. 97, S. 363.

¹⁰² Schlange an CCG/FAD, 21.2. 1946 (BA Z 6 I/1, fol. 38 f.).

¹⁰³ Schlange an Hollins, CCG/FAD, 13.5. 1946 (BA Z 6 I/17, fol. 76).

¹⁰⁴ Schlange, Rundfunkvortrag, 14.4. 1946 (BA Z 6 I/200, fol. 205).

¹⁰⁵ Ebenda, fol. 205 R.

Schlange weit über die ihm eigentlich von den Briten zugemessenen Möglichkeiten hinaus Einfluß nehmen. Die Offenheit und Würde, mit der er das "nationale" Interesse der Zonendeutschen vertritt, und die weitgehende Identität der beiderseitigen Auffassungen über politische und ernährungspolitische Ziele machen Schlange schon nach wenigen Monaten zu einem *Partner* ihrer Besatzungspolitik, dessen Urteile und Forderungen Gewicht besitzen¹⁰⁶.

So werden die von Schlange im Sommer/Herbst 1946 entwickelten Grundzüge eines ernährungs- und agrarpolitischen Programms von den Briten zwar noch nicht geteilt, aber auch nicht zurückgewiesen und bilden seit Sommer 1947 den Kern des britisch-amerikanischen Aufbauprogramms. Müssen sich Schlange und die CCG von Anfang ihrer Zusammenarbeit an zunächst auf eine rein defensive Politik der Verteilungssicherung mittels Zwangswirtschaft und unpopulärer produktionspolitischer Umakzentuierung (verstärkter Anbau von Hackfrüchten und Brotgetreide, Abbau der Viehbestände) beschränken, so entwickelt Schlange gleichzeitig längerfristige Perspektiven, die der praktizierten, jetzt für vorübergehend erklärten britischen Politik, die er gleichwohl trotz aller Kritik auch weiterhin stützt, grundsätzlich zuwiderlaufen. Grundaussage ist, daß unter Beibehaltung der immer mehr zerbröckelnden Bewirtschaftung eine konstruktive Politik eingeleitet werden müsse, die durch eine gewisse Verdichtung der ländlichen Bevölkerung und durch Umstellung der Produktion vorrangig auf Veredelungswirtschaft zur maximalen Produktion anreizen und zur Schaffung einer modernen und gesunden Agrarstruktur führen soll; zuvor jedoch müßten die Besatzungsmächte die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich die Deutschen durch eine landwirtschaftliche und industrielle Produktionssteigerung ihren eigenen Lebensunterhalt erarbeiten können¹⁰⁷. Fernziel müsse – so Schlange im Rückgriff auf seine bereits vor 1933 geäußerten Überzeugungen¹⁰⁸ - eine "agrar- und ernährungspolitische Planwirtschaft" sein:

"Nicht ein stupides Regulieren mit Zwang und Festpreisen und Polizeieingriff, ...; auch nicht ein freies Spiel der Kräfte im schlechten Sinne, das sich ein verarmtes Volk gleichfalls nicht erlauben kann, weil es nur allzuleicht zu Gunsten des Stärksten und zu Ungunsten des Schwächsten geht, sondern ein System von berufsständisch frei gelenkten Unternehmungen und Institutionen, in denen die Könner ihre persönliche Initiative voll zu entfalten vermögen und der Staat nichts weiter als sein Aufsichtsrecht geltendmacht: Freie Bahn dem Tüchtigen zum Nutzen der Allgemeinheit! Die höchste Auswirkung wird man allerdings nur dann erzielen, wenn man in großen genossenschaftlichen Organisationen Erzeuger und Verbraucher zueinander bringt."¹⁰⁹



Bestes Beispiel dafür im Mai 1946 ist die mit britischer Zustimmung durchgeführte Reise nach Thüringen, über die Schlange am 20.5. 1946 an die CCG berichtet (BA Z 6 I/198, fol. 23 ff.). S. auch Anm. 121.

¹⁰⁷ Die Grundzüge dieses Konzepts legte Schlange erstmals öffentlich auf der Hamburger Ernährungskonferenz vom 13./14.5. 1946 vor, die auf seine Initiative hin zustandegekommen war (BA NL Dietrich, Nr. 11, fol. 27 ff.).

¹⁰⁸ Schlange, Bauer und Boden, Berlin 1933, S. 73 f.; ders., Acker und Arbeit, Berlin 1932, S. 57.

¹⁰⁹ Schlange, Lebendige Landwirtschaft, Hamburg 1947, S. 219.

Bemerkenswert ist, daß Schlange zu einem Zeitpunkt, wo die Versorgung in der britischen Zone einen vorläufigen Tiefpunkt erreicht hatte und die weitere Entwicklung höchst krisenhaft bleiben mußte, Phantasie und Mut besitzt, eine geradezu utopisch anmutende Perspektive aufzuweisen, zu deren Verwirklichung in absehbarer Zeit jegliche Voraussetzung zu fehlen scheint, Schlange stellt "in dieser Zeit des fast hoffnungslosen wirtschaftlichen Niederbruchs" das optimistische Ziel auf:

"Was das deutsche Volk an Ackerfläche verloren hat, muß die deutsche Landwirtschaft durch stärkste Modernisierung zurückgewinnen . . . Mehr produzieren, billiger produzieren, besser konservieren."¹¹⁰

In diesen Rahmen passt Schlange auch seine Überlegungen zur Bodenreform ein¹¹¹, die nicht auf eine politisch motivierte Entmachtung des Großgrundbesitzes zu zielen habe, sondern als ein "großes Programm der landwirtschaftlichen Neugestaltung zur Anpassung an die zukünftigen deutschen und weltpolitischen Notwendigkeiten" verstanden werden müsse¹¹². Er vertritt im Zonenbeirat die Ansicht, daß eine vorsichtige, auch aus sozialen Gründen anzustrebende Besitzabgabe in der britischen Zone eine Neuansetzung von rund 215 000 Familien ermöglichen könne, was zugleich mit einer umfassenden Produktionsumstellung der großen und mittleren Betriebe auf Veredelungswirtschaft die Produktivität und Rentabilität mittelfristig positiv beeinflussen werde. Allerdings warnt er bei jeder Gelegenheit nachdrücklich vor einer "unorganischen Lösung" wie in der SBZ, d.h. vor sofortigen und schematischen Eingriffen in die Besitzgrößenstruktur, die eine verheerende Auswirkung auf die landwirtschaftliche Produktion unvermeidlich mache. Mit dieser Argumentation, die auch auf Zustimmung der Briten rechnen kann und schließlich auch im Zonenbeirat die Mehrheit der bürgerlichen Parteien findet, verhindert Schlange, daß es deutscherseits zu einer Mehrheit für eine durchgreifende Bodenreform mit vorrangig gesellschaftspolitischer Zielsetzung kommt, die mit Sicherheit von den Briten zu diesem Zeitpunkt allerdings gar nicht erwogen wurde¹¹³; es geht ihm dabei jedoch keineswegs um den Erhalt des status quo als Selbstzweck¹¹⁴: Die von ihm unter dem "Gesichtspunkt . . . der höchsten Produktivität" geforderte "organische Reform" soll wohl die bäuerliche Besitzstruktur bewahren¹¹⁵, diese durch die Einsetzung von Flüchtlingssiedlern sogar noch stärken, die Betriebsweise soll aber so grundlegend verändert werden, daß unter Berücksichtigung der weltwirtschaftlichen Erfordernisse intensiver, moderner und da-

¹¹⁵ ZEL, Grundgedanken eines Gesetzes zur Bodenreform, 8.9. 1946 (BA Z 6 I/162, fol. 189), und Schlange, 2. ZB-Sitzung, ebenda (AVBRD 1, S. 363f.).



¹¹⁰ Schlange, Modernisierte Landwirtschaft, in: WELT v. 19.7. 1946 (HStA Düss., NW 72, Nr. 289, fol. 021).

Vgl. Günter J. Trittel, Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945-1949, Stuttgart 1975, S. 39 ff., 49 f.

¹¹² Schlange, in: Die WELT, 30.4. 1946 (BA Z 6 I/200, fol. 200).

Trittel, Das Scheitern der Bodenreform im "Schatten des Hungers", in: Rolf Steininger/Josef Foschepoth, Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945–1949, Paderborn 1985, S. 153 ff.

So Weisz, Organisation und Ideologie, S. 195, der den Aspekt der Verhinderung einer radikalen Reform, wozu die Ernährungskrise das wirksamste Argument geliefert habe, überbetont.

mit ertragreicher produziert und so die Rückständigkeit der deutschen Landwirtschaft überwunden werden kann.

Auch nachdem Schlange durch seine Ernennung zum stellvertretenden Leiter des bizonalen Ernährungs- und Landwirtschaftsrates (Herbst 1946) und dann durch seine Wahl zum Direktor der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft (1947–1949) die Möglichkeit erhalten hat, auf bizonaler Basis das ernährungs-politische Krisenmanagement mitzugestalten, behält er die auf zonaler Basis vertretenen Grundsätze bei: Erstens muß den Alliierten eine immer größere Importhilfe abgerungen werden; das kann letztlich aber nur dann erfolgreich sein, wenn zweitens eine Art "Notzentralismus" die möglichst gerechte und effiziente "Verwaltung des Mangels" ermöglicht, wenn drittens ein relativer sozialer und politischer Ausgleich erreicht und wenn viertens eine aktive Agrarpolitik trotz aller schier unüberwindbarer Schwierigkeiten wenigstens ansatzweise einzuleiten versucht wird. Schlanges wichtigste Rolle bestand darin, daß es ihm gelingt, bei den Militärregierungen das Vertrauen in die von ihnen immer wieder geforderte und lange Zeit vermißte Opfer- und Leistungsbereitschaft der Deutschen wachsen zu lassen, daß er sie vor allem – wie wenig andere deutsche Politiker dieser Jahre - mit zunehmendem Erfolg davon überzeugt, daß sie Westdeutschland aus eigenem Interesse und um ihrer eigenen politischen Grundsätze willen materiell umfassend helfen müssen. Eine derartige Politik bewegt sich allerdings auf einem schmalen Grat: Zunächst bleibt der gewährte Zuschuß zu knapp, um wirklich helfen zu können, dann droht die inzwischen zugesicherte Hilfe der Amerikaner zu spät zu kommen, um den seit Kriegsende immer wieder von allen Seiten prophezeiten Umschlag der Hungerkrise in die politische Radikalisierung verhindern zu können. Daß sich seit dem Sommer 1947 bei den Amerikanern die Auffassung durchsetzte, daß nur eine außergewöhnliche materielle Vorleistung Westdeutschland und damit Westeuropa vor längerer Verelendung würde retten können, ist auch ein Verdienst Schlanges, der seit dem Frühjahr 1946 nicht müde wird, öffentlich zu erklären:

"Alle Eure noch so dankenswerten Zuschüsse sind nur Almosen, die uns gerade vor dem letzten Verhungern bewahren. Gebt uns großzügig Arbeitsfreiheit, Atempause und Exportmöglichkeit, damit wir endlich menschenwürdig leben und die Einfuhr ehrlich bezahlen können . . ., damit Deutschland nicht wie am Ende der Brüningzeit noch einmal und endgültig . . . vielleicht kurz vor dem Ziel zusammenbricht."¹¹⁶

So begrüßt Schlange im Herbst 1946 zwar die Bildung der Bizone als eine "Demonstration des guten Willens und der Humanität", die infolge ihrer positiven psychologischen Wirkung zur "Lebensrettung der Demokratie"¹¹⁷ führen könne, relativiert jedoch zugleich dahingehend, daß damit noch keine "absolute Lebensverbesserung" eintreten werde und daß weiterhin die Gefahr einer Entwicklung bestünde, "der vielleicht keine Bajonette gewachsen sein werden"¹¹⁸. Erst wenn die Alliierten, so Schlan-



¹¹⁶ Schlange, Rede zum Erntedankfest 1946 (BAZ6 I/185, fol. 53 f.).

Schlange, Entwurf eines Zeitungsartikels, o.D. (Ende 1946) (BA Z 6 I/200, fol. 21).

^{9.} ZB-Sitzung, 27.-29. 11. 1946, TOP.204 (AVBRD 1, S. 1063).

ge noch im Herbst 1947, von ihrer Praxis abgingen, daß die Nahrungsmitteleinfuhr nur der unmittelbaren menschlichen Ernährung – "vom Schiff in den Mund" – zu dienen habe¹¹⁹, könne eine erfolgversprechende Aufbaupolitik eingeleitet werden, für die – unter Mitwirkung von Schlanges Amt – seit Bildung des "Vereinigten Wirtschaftsgebietes" im Sommer 1947 auch deutscherseits die Umrisse eines Gesamtkonzepts entwickelt worden sind¹²⁰.

Eine immer wichtigere Rolle bei seinen Appellen spielt seit dem Frühjahr 1946 – wie bei anderen führenden deutschen Politikern auch – das antikommunistische Argument, das er kaum aus taktischen Erwägungen, sondern aus einer auf eigener Anschauung basierenden politischen Grundüberzeugung vorträgt; nach seiner SBZ-Reise fordert er von der Britischen Militärregierung, "die drei Zonen im Sinne einer zielklaren Westpolitik zu organisieren"¹²¹, sonst werde

"Deutschland in einen gefährlichen politischen Zustand geraten, der es eines Tages reif für eine aktive russische Politik machen wird, sei sie nun militärisch aggressiv oder nur politisch und propagandistisch expansiv."¹²²

Und im Frühjahr 1948 drängt er die Militärgouverneure mit dem Hinweis auf die seiner Ansicht nach kommunistisch gelenkten Streikbewegungen in Westdeutschland, die er in völlig überzogener Weise mit den Vorgängen in der Tschechoslowakei vergleicht, dazu, ernährungspolitische Zugeständnisse zu machen, damit man den Wettlauf mit der Zeit bis zur endgültigen Einbeziehung der Westzonen in den Marshallplan gewinnt¹²³. Während die von Schlange und anderen deutschen Politikern vorgetragenen ernährungspolitischen und ökonomischen Argumente in Anbetracht der sich für alle sichtbar verschlechternden materiellen Situation mit ihren politischen Unwägbarkeiten ihre Wirkung auf die Militärregierungen nicht verfehlten, zumindest deren Analysen beeinflußten, sie in ihren eigenen Schlußfolgerungen unterstützten und ihre Aktivitäten verstärkten, konnten Konzeptionen, die auf eine grundlegende und rasche Veränderung der politischen Struktur abzielten, zunächst wenig

Besprechung der Militärgouverneure mit bizonalen Vertretern in Frankfurt, 15. 3. 1948 (AVBRD 4, S. 392 f.), und Schlange an Andrews, BICO, 4.5. 1948 (BA Z 6 I/19, fol. 216).



¹¹⁹ Schlange, die Demontage der deutschen Hoffnung, 3.11. 1947 (BA Z 6 I/202, fol. 76-78).

Verwaltungsrat für Wirtschaft/Verwaltungsrat für Ernährung und Landwirtschaft, Denkschrift vom 3.7. 1947, gewissermaßen eine "Regierungserklärung" der neuen bizonalen Verwaltung (BAZ 6 I/27, fol. 29ff.).

Schlange, Bericht, 17.5. 1946, wie Anm. 106. Vgl. auch die Dokumentation und Kommentierung dieser Reise durch Werner Abelshauser, Zur Entstehung der "Magnet-Theorie" in der Deutschlandpolitik. Ein Bericht von Hans Schlange-Schöningen über seinen Staatsbesuch in Thüringen im Mai 1946, in: VfZ 27 (1979), S. 661 ff. Zu relativieren ist Abelshausers These, die Sowjets hätten Schlange als Vertreter des (ost-) deutschen Bürgertums eingeladen, dem nach 1945 ein besonders großes Interesse an der Wiederherstellung der deutschen Einheit unterstellt wurde; Schlange ließ sich als ehemals "bürgerlicher Junker" und jetzt mittelloser Ostflüchtling schwerlich als der Repräsentant des Bürgertums bezeichnen; von ihm, der vor einem Jahr vor den Sowjets geflohen war und seinen Besitz auch als Folge ihrer radikalen Bodenreformpolitik verloren hätte, waren wenig Sympathien für eine Festigung der sowjetischen Einflußnahme in Deutschland zu erwarten.

¹²² Bericht, wie Anm. 106, fol. 24.

Wirkung ausüben. Hier eilten die Deutschen mit ihren Forderungen stets den Westmächten, die sich an dem erhebliche Beharrungskraft ausübenden Rahmen ihrer gesamten Deutschland- und Europapolitik zu orientieren und auf die Bündnispartner wie die eigene Innenpolitik Rücksicht zu nehmen hatten, weit voraus. Dies gilt auch für die von Schlange im Mai 1946 in bemerkenswerter Klarheit formulierten Konsequenzen aus seiner SBZ-Erfahrung:

"Deutsche Zentralregierung mit Exekutivgewalt unter der Kontrolle der Westmächte, Aufhebung der Zonengrenzen, Lösung des Ruhrproblems und, wenn möglich – und gemeinsam mit Amerika dürfte das wohl möglich sein – ein zweijähriges Moratorium für Deutschland, damit endlich ein wirtschaftlicher Aufbau (möglich ist) und auf diese Weise ein wirtschaftlich und politisch gesundender und fester Block gegen die russischen Bestrebungen geschaffen werden kann, der einen (festen) Anschluß an die westeuropäische Politik und Kultur findet. Auf diese Weise wird vielleicht in Kürze ein solches Übergewicht entstehen, daß die Russen daraufhin bis zur Oder nachgeben."¹²⁴

Nachdem die Frühjahrskrise 1947 klargemacht hatte, daß die Bizonengründung nicht, wie erhofft, ein "Wendepunkt und ... ein erstes Zeichen des Wiederaufbaus" gewesen war¹²⁵, versucht Schlange der Militärregierung deutlich zu machen¹²⁶, daß die bizonale Verwaltung dergestalt reformiert werden müsse, daß eine schlagkräftige zentralistische Organisation entstehe, die die auch künftig zu erwartenden Verteilungskämpfe im Sinne des notwendigen sozialen Ausgleichs durchzustehen vermöchte. Der wachsenden "Krise der Staatsautorität"¹²⁷ müsse unter allen Umständen entgegengewirkt werden, denn:

"Man hat die Empfindung, daß die Führung den gutwilligen Deutschen aller Richtungen mehr und mehr entgleitet und der Radikalismus durch unterirdische Propaganda die Oberhand gewinnt, wenn nicht bald eine grundsätzliche Änderung eintritt."¹²⁸

Im Sommer 1947 werden durch die US-Importgarantie und die Planungen für eine umfassende ERP-Hilfe zwar die Weichen zur Erfüllung der materiellen Bedürfnisse der Deutschen gestellt, der politische Rahmen bleibt jedoch auch nach der Bizonen-Reform im Sommer 1947 zu eng, um die Hungerkrise hinreichend bekämpfen und den politischen Stimmungsverfall aufhalten zu können. Nach dem Scheitern der deutschen Zentralverwaltung im Kartoffelverteilungskonflikt mit den Ländern im Herbst 1947 versucht Schlange, den Besatzungsmächten das grundlegende Dilemma der deutschen Politik in einer umfassenden Denkschrift deutlich zu machen. Die bizonalen Verwaltungen seien, da von den Ländern und den Militärregierungen unzu-



¹²⁴ Bericht, wie Anm. 106, fol. 25.

¹²⁵ Rede Schlanges, Auf dem Wege zur Wirtschaftseinheit, o. D. (ca. September 1946) (BA Z 6 I/200, fol. 101).

¹²⁶ Notiz über Gespräch Schlanges mit BICO, 28.3. 1947 (BA Z 6 I/22, fol. 378 ff.), und Schlange, 11. ZB-Sitzung, 29./30.4. 1947, TOP.264 (AVBRD 3, S.374).

¹²⁷ Schlange an Agartz, 28.9. 1946 (BA Z 6 I/65, fol. 45).

¹²⁸ Schlange, Eine deutsche Chance? in: Die WELT, 8.7. 1947 (BAZ 6 I/201, fol. 25 f.).

reichend abgegrenzt, ein "Fremdkörper" zwischen ihnen geblieben¹²⁹. Konkret bedeute das:

"Wir sind ein Schattenstaat ohne Autorität. Wir sind ein Staatsgebilde, dem man angeblich eine Exekutivgewalt zugebilligt hat, aber diese Exekutive ist nur eine Papierexekutive, die sich in der Praxis als unwirksam erwiesen hat. Den deutschen Behörden bleibt als letztes, wenn sie gar nichts haben durchsetzen können, nur, daß sie den nicht allzu würdigen Schritt des Bettelns um Hilfe bei der Militärregierung tun."¹³⁰

Seit Sommer 1947 bestünden zwei Regierungen, "von denen die eine die Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und Verfügungen der anderen Regierung genehmigt oder ablehnt, kontrolliert und kritisiert und bei der Durchführung nach Gutdünken eingreift.

Beide Regierungen gründen sich auf verschiedene Systeme. Die Militärregierung ist autoritär, die deutsche Wirtschaftsregierung demokratisch. Die eine leitet ihr Recht aus dem Willen der Siegerstaaten, die andere aus dem Willen des deutschen Volkes im Vereinigten Wirtschaftsgebiet. **131

Entscheidender Mangel dieses ungleichgewichtigen Verhältnisses sei, daß es keine Verfassung gebe, "durch die jede Regierung ihre genaue Zuständigkeit" erhalte. So aber komme es zu immer neuen willkürlichen Eingriffen der Militärregierung, die, Schlange drückt sich vorsichtig aus, "Reibungen, Unzuträglichkeiten, Schwierigkeiten und Leerlauf" nach sich zögen. Infolge dieses Abhängigkeitsverhältnisses und der "ängstlichen und bürokratisch(en)" "Überwachungsmethode" der Alliierten werde die Autorität der deutschen Verwaltung auf eine "Scheinverantwortung" reduziert. Die Direktoren der Frankfurter "Zentralverwaltung" seien somit aber nicht nur zu "Ausführungsbeamten der Militärregierung" herabgewürdigt, sondern sie seien zugleich noch vom Exekutivrat abhängig und demzufolge, da ohne eigene Durchführungsorgane, den Ländern gegenüber machtlos. Diese Fehlkonstruktion müsse angesichts der Krise umgehend in dem Sinne umgeformt werden, daß durch die Beschränkung der Militärregierung auf rein beobachtende Kontrolle und die Herstellung eines zentralistischen Aufbaus der deutschen Verwaltung endlich eine effektivere Ernährungs- und Wirtschaftspolitik ermöglicht werde. Nur so könne zu einem Zeitpunkt, wo "in weitesten Kreisen des deutschen Volkes . . . der Glaube an eine bessere Zukunft erloschen" sei, wieder eine zureichende staatliche Autorität entstehen.

Als die deutschen Spitzenpolitiker im Frühjahr 1948 erfahren, daß die Militärregierungen ihrerseits zwar nicht mehr an eine Reform der Frankfurter Verwaltung denken, ihnen aber weitgehend freie Hand bei der Gründung eines Weststaates einzuräumen bereit sind, versucht Schlange, wie andere führende Unions-Politiker auch, den Besatzungsmächten klarzumachen, daß trotz bzw. wegen dieser Aussicht auf eine mittelfristige politische Stabilisierung gerade jetzt keine Zeit mehr zu verlieren sei mit



VELF, Welche Schwierigkeiten behindern die Ernährungspolitik? o. D. (Ende 1947), S. 2 (BA Z 6 I/234).

Schlange, Wörtl. Bericht über die 8. Vollversammlung des Wirtschaftsrates (=VV-WR), 21.11. 1947, S. 210.

¹³¹ VELF, Welche Schwierigkeiten . . .? wie Anm. 129, S. 2.

der Einbeziehung Westdeutschlands in das ERP, da die Vorgänge in Osteuropa und die soziale Verelendung in Westdeutschland die politische Krise dramatisch zugespitzt hätten.

"Der Marshallplan ist unsere erste Hoffnung seit dem Zusammenbruch, aber . . . er wird auch die letzte sein. Entweder gelingt dieses Werk, an das unser Schicksal jetzt auf Tod und Leben geknüpft ist, oder dieses Europa oder jedenfalls dieses Deutschland wird zugrundegehen."¹³²

Bedingt durch seine Aufgabe und sein Amt wird Schlange sehr früh deutlich, welches die entscheidende Bedingung für eine umfassende und vor allem rechtzeitige Hilfe der Besatzungsmächte ist: Man muß alle Eigenkräfte einspannen, um durchzuhalten, man muß vor allem aber gegenüber den alliierten Militärregierungen und der westlichen Öffentlichkeit glaubhaft demonstrieren, daß man die höchstmögliche Anstrengung unternimmt, um jedes erdenkliche Opfer für das eigene Überleben zu bringen. Nur dadurch könne man den gewissermaßen moralisch gegründeten Nachweis führen, daß man – trotz allem! – einen Anspruch auf Hilfe besitze. Schlange hämmert der deutschen Öffentlichkeit deshalb fast pausenlos ein:

"Erst dann, wenn wir von *uns aus* geleistet haben, was wir leisten können, *dann*, bin ich der Meinung, haben wir ein Recht, an die Besatzungsbehörde heranzutreten und ihnen zu sagen: Seht, wir haben das Menschenmögliche getan, Ihr seht, es gibt eine Grenze dafür, über die wir nicht springen können, weil sie jenseits unserer Machtmöglichkeiten liegt, nun helft uns weiter."¹³³

Es ist in großem Maße Schlanges Verdienst, daß diese Maxime – trotz des Bewußtseins, daß es unmöglich sein würde, sich "am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen", den Besatzungsmächten dennoch zu demonstrieren, daß man dies versuche – seit dem Sommer 1947 zu einem Motto der Frankfurter Politik wird¹³⁴. In diesem Zusammenhang zeigt sich Schlanges Spürsinn für die der alliierten Politik zugrundeliegenden Interessen und die sie bedingenden Motive; er erkennt und akzeptiert sie nicht nur früher als andere, er vermag sie auch mit großem Geschick mit dem deutschen Interesse zu verknüpfen. So weist er in der Öffentlichkeit immer wieder darauf hin, daß die Besatzungsmächte sich "so unkaufmännisch wie nur denkbar" verhalten:

"Denn es handelt sich immer um die Frage: Entweder bleibt dieser unerträgliche Zustand des deutschen Vegetierens, endet schließlich doch noch in einer wirtschaftlichen und politischen Katastrophe und alle Summen waren umsonst für eine Pleitewirtschaft aufgewandt, oder man entschließt sich zu einem zwar großen, aber kurzen Aufwand, um die Konkursmasse zu klären und den Schuldner schnell wieder zahlungsfähig zu machen."¹³⁵



¹³² Schlange, Die Welternährungslage einst und jetzt, Rede am 15.4. 1948 in Frankfurt, in: ders., Zu neuen Zielen, Frankfurt 1948, S.5 ff.

¹³³ Wörtl. Bericht über die 4. VV-WR, 4.9. 1947, S.79.

¹³⁴ Ein wichtiger Beleg dafür ist – neben Schlanges Gesetzgebungsinitiativen zur Verbesserung von Erzeugung, Erfassung und Verteilung – die Verabschiedung des sog. "Speisekammergesetzes" im Januar 1948 (Wörtl. Bericht, 10. VV-WR, 21./23.1. 1948, S. 270 ff.).

¹³⁵ Schlange, Versuch einer Gesamtkonzeption des Wiederaufbaus der deutschen Wirtschaft, 17.10. 1947 (BA Z 6 I/202, fol. 104).

Wenn also das britisch-amerikanische Eigeninteresse mit dem deutschen letztlich identisch ist, dann spricht Schlange nicht nur im deutschen Interesse, wenn er die alliierte Politik in der deutschen Öffentlichkeit verteidigt, sondern auch, wenn er sie mitunter schonungslos – kritisiert. So scheut er sich nicht, ständig auf die Widersprüchlichkeiten der Besatzungspolitik aufmerksam zu machen. Einerseits forderten die Militärregierungen die Deutschen zu größerer Eigenanstrengung auf, andererseits verhinderten sie die Schaffung der zur Ankurbelung der landwirtschaftlichen Erzeugung unerläßlichen Voraussetzungen; einerseits gebe man den Deutschen mit "Revidiertem Industrieplan" und Marshallplan "wie ein Licht in finsterer Nacht" Hoffnung auf Hilfe, andererseits betreibe man Demontagepolitik¹³⁶; einerseits übertrage man den Deutschen offiziell die Verantwortung für ihre Wirtschaftspolitik, andererseits verweigere man ihnen die zur effektiven Durchführung notwendigen institutionellen Voraussetzungen und beschneide ihren ernährungspolitischen Handlungsspielraum auf ein völlig unzulängliches Maß¹³⁷.

Als widersprüchlich muß gerade Schlange zumindest bis in den Herbst 1947 hinein auch die alliierte Importpolitik empfinden, die der deutschen Ernährungsverwaltung keine verläßliche Planung ermöglicht und die immer wieder dazu führt, daß gegebene Versprechen für Rationserhöhungen nicht eingehalten werden können, wofür die deutsche Verwaltung gleichwohl verantwortlich gemacht wird. Schlange mahnt im November 1947, nach der Veröffentlichung der Demontageliste, ein weiteres Mal:

"Apathisch lebt das Volk dahin ... Wie lange wird es noch dauern, und die dumpfe Stimmung der Massen macht sich in törichten Verzweiflungsausbrüchen Luft? Das wäre dann das Ende. Und eine weitere Gefahr: Verlieren nicht die vielen Gutwilligen, die heute an führender Stelle stehen und sich redlich bemühen, das Volk auf dem Wege zu einer friedlichen Demokratie zu führen, jeden Kredit und Einfluß beim Volke? Wie lange werden sie sich noch mit Erfolg der Fieberkurve des Radikalismus entgegenstemmen können?"¹³⁸

Da Schlange das Vertrauen der Militärregierungen besitzt, kann er derartige Kritik, die Robertson und insbesondere Clay im Grundsatz als zutreffend empfinden müssen, auch öffentlich vortragen; vor allem aber ist er auch deshalb dazu legitimiert, weil er am nachdrücklichsten von allen Frankfurter Politikern für die Schaffung jener Voraussetzungen kämpft, die er zusammen mit den Militärregierungen für die Realisierung eines umfassenden Sanierungsprogramms für unerläßlich hält. So bemüht er sich auch gegenüber der deutschen Bevölkerung darum, durch ständige Appelle wie durch seine praktische Ernährungspolitik die infolge der Krise unumgänglichen Spannungen einzudämmen. Seiner Ansicht nach kann einer krisenbedingten innerpolitischen Radikalisierung nur entgegengewirkt werden mit Hilfe eines entschiedenen "Notzentralismus", der wenigstens einen groben Ausgleich der strukturbedingten Er-



¹³⁶ Schlange, Die Demontage der deutschen Hoffnung, 3.11. 1947; BA Z 6 I/202, fol. 78, und VELF, Welche Schwierigkeiten . . .? wie Anm. 129, S. 22.

¹³⁷ Ebenda, S. 4f.

¹³⁸ Schlange, Demontage, wie Anm. 136, fol. 78.

nährungsunterschiede ermöglicht, gepaart mit einer permanenten appellativen Bemühung um Ansätze zu einem sozialen und politischen Ausgleich, zur Errichtung einer "Front der Vernünftigen". Es bleibt Schlanges Grundüberzeugung, daß es in dieser Krisenzeit einer besonders stark zentralistisch organisierten Verwaltung bedarf, um die strukturell bedingten Versorgungsunterschiede im Interesse der Unterversorgten so weit wie möglich auszugleichen. Deshalb ist ein permanenter Konflikt mit den "Überschußländern" programmiert, wenn der Ernährungsdirektor feststellt:

"Sollen wir vielleicht warten, bis vielköpfige Gremien der einzelnen Länder in Mehrheitsbeschlüssen erst entscheiden, mit welchen durchgreifenden Maßnahmen die dringende Gefahr gebannt werden kann? Nein, in heutiger Lage geht es nicht um Formen oder provinzielle Ambitionen, sondern um das Volk, und dieses Volk soll wissen, daß gewissenhaft, aber auch furchtlos alles Denkbare zur Besserung seiner Lage geschieht."¹³⁹

Da die Besatzungsmächte nicht bereit sind, die institutionellen Voraussetzungen für ausreichende Kompetenzen der Zentralverwaltung gegenüber den Ländern herzustellen, stellt der "übergebietliche Ausgleich" für die bizonale Ernährungsverwaltung ein unlösbares Problem dar. Schon im Frühjahr 1947, noch greifbarer aber im "Kartoffelkrieg" vom Herbst 1947 und auch später mehrfach noch wird deutlich, daß die Zentralverwaltung vor allem aufgrund des Fehlens eigener Exekutivorgane den Ländern gegenüber ohnmächtig bleibt. Der krisenbedingte Grundwiderspruch ist unaufhebbar:

"Es liegt im Wesen jedes Staates, daß er seine Interessen verfolgt. Dementsprechend ist auch die Politik der Länderminister von den besonderen Interessen des Landes beherrscht. Diese Sonder-Interessen stehen oft im Widerspruch zu den Interessen der Versorgung des vereinigten Wirtschaftsgebietes."¹⁴⁰

Die direkte Folge dieses Scheiterns eines "Notzentralismus" ist, daß die Versorgung des Ruhrgebietes mit allen negativen wirtschaftlichen und politischen Implikationen stets schlechter als ohnehin unvermeidlich ausfällt, bis Anfang 1948 die Militärregierungen diese Frage durch die Durchsetzung eines eigenen Kontroll- und Sanktionssystems weitgehend lösen. Darüber hinaus aber wird der Verfall staatlicher Autorität, besonders greifbar in der Auflösung des Bewirtschaftungssystems, entscheidend gefördert, bleiben doch den Frankfurter Institutionen auf einem besonders wichtigen Feld die Handlungsmöglichkeiten weitgehend genommen. Da die bizonale Verwaltung und der Wirtschaftsrat auf die Beseitigung der politischen Strukturdefekte keinen direkten Einfluß nehmen können, so daß ihr Handlungsspielraum gegenüber den Ländern unverändert gering bleibt, besitzt Schlange nur die Möglichkeit, an Überschuß- wie Defizitländer, an Produzenten wie Konsumenten, an Gewerkschaften und Parteien zu appellieren, durch ihr Verhalten dazu beizutragen, daß die Ernährungspolitik nicht noch stärker zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen wird, die seiner Ansicht nach in eine Katastrophe führen müssen. Deshalb versucht er,



¹³⁹ Schlange, Rede zum Erntedankfest, wie Anm. 116, fol. 52.

¹⁴⁰ VELF, Welche Schwierigkeiten . . .? wie Anm. 129.

sein Konzept der "Entpolitisierung" des Ernährungsbereichs auch auf bizonaler Ebene fortzusetzen. Noch vor seiner Wahl zum VELF-Direktor erklärt er:

"Wenn Deutschland diese schwerste aller Zeiten überwinden will, dann gehört dazu noch eins: . . . Ich weiß, daß in einer Demokratie das Ringen um ideologische Grundsätze ein sehr gesundes Anzeichen für ein lebendiges und interessiertes Volk ist, aber man lasse die Dinge der Ernährung aus dem Parteienkampf heraus. Ich meine, solange unsere Situation so ernst ist, sollten die Parteien auf dem Ernährungsgebiet zu sachlicher Zusammenarbeit kommen. Sie mögen gewiß unser Amt mit aller Schärfe kritisieren, jeder Rat wird uns willkommen sein, aber für unsachliche Auseinandersetzungen eignet sich die Ernährungssituation heute nicht. Nur durch die Besonnenheit der führenden Konsumentenorganisationen ist es bisher gelungen, auch die schwerste Lage immer wieder zu meistern – möge uns diese Besonnenheit um Deutschlands willen nicht verloren gehen."^[4]

So bemüht sich der Ernährungsdirektor, zunächst nicht ohne Erfolg, darum, die im Frühjahr 1946 zur SPD geknüpften Kontakte auszubauen und insbesondere die Gewerkschaften zur Kooperation heranzuziehen. Dieses in Anbetracht der Lage des Frühjahrs 1947 und der in seiner Person liegenden Vorbelastungen¹⁴² wenig aussichtsreich scheinende Angebot führt zwischen Frühjahr und Herbst 1947 immerhin dazu, daß zwischen DGB und Schlanges Amt ständige Kontakte institutionalisiert werden und die Gewerkschaftsführung seinen Aufklärungsbemühungen gegenüber erstaunliches Verständnis zeigt. Für kurze Zeit scheint es sogar möglich zu sein, in wichtigen ernährungspolitischen Fragen wie der Demokratisierung der Ernährungsverwaltung und der Neuordnung der Erfassung, in der Forderung nach Produktionssteigerung sowieso, eine Interessenidentität mit DGB und SPD aufrechtzuerhalten, zumal man sich in der Überzeugung einig weiß, daß es in der Ernährungspolitik nur eine "staatlich gelenkte Planwirtschaft" geben darf¹⁴³. Die Verschärfung der Verteilungskonflikte im Herbst 1947 und die von der VELF nicht zu verantwortenden Verzögerungen und Verwässerungen der geplanten Reformen entziehen dann zwar der begonnenen Kooperation sehr schnell wieder die Basis, doch kann man Schlange das Verdienst nicht absprechen, daß er alles unter den obwaltenden Umständen Mögliche getan hat, um bei der Gewerkschaftsführung durch Aufklärung über die eigentlichen Ursachen der Krise und ständige Appelle an ihre Besonnenheit und Verantwortlichkeit dazu beizutragen, daß es zumindest zu einem Stillhalten der Gewerkschaftsführung gegenüber der Frankfurter Ernährungsverwaltung kommt. Gestützt wird diese labile Beziehung insbesondere dadurch, daß Schlange - trotz heftigsten Widerstandes seiner eigenen Partei - bis zum Ende seiner Amtstätigkeit an seinem sozialdemo-



¹⁴¹ Schlange, Rundfunkansprache, Anfang Mai 1947 (BA Z 6 I/201, fol. 112).

Wie sehr trotz Schlanges ernstgemeinter Kooperationsbereitschaft die Vorbehalte der SPD ihm gegenüber fortdauerten, belegt u. a. ein Brief von Fritz Heine (an Caspary, 27.3. 1946; AdsD, J 26), in dem eingeräumt wird, daß Schlange "von den führenden Agrariern der modernste und wahrscheinlich der am wenigsten reaktionäre" sei, daß er aber dennoch von weiten Kreisen der SPD – insbesondere wegen seiner inkonsequenten Entnazifizierung des Reichsnährstandes – weiterhin scharf abgelehnt werde.

¹⁴³ Schlange an Hollins, CCG/FAD, wie Anm. 99.

kratischen Stellvertreter Podeyn festhält und auch dadurch die im Wirtschaftsrat vertretenen Positionen so glaubwürdig macht, daß ihn die SPD in vielen Fragen unterstützen und bis zum Ende seiner Amtszeit in einer Art ernährungspolitischer "Großer Koalition" tolerieren kann.

Schlange kann mit Genugtuung urteilen:

"Ich erkenne dankbar an, daß ... die SPD meine Arbeit in sehr loyaler Weise unterstützt (hat). Wäre es anders gewesen, hätte ich namentlich die Lage in den Großstädten politisch überhaupt nicht durchhalten können."¹⁴⁴

Wie ernst es Schlange mit seinem Kooperationsangebot gegenüber SPD und DGB zwecks Milderung der sozialen Spannungen ist, beweist insbesondere seine Politik nach der Währungsreform, wo er gegen die Mehrheit der eigenen Koalition und gegen die massiven Interventionsversuche von Wirtschaft und Landwirtschaft durch seine mäßigende Preispolitik und seine erfolgreichen Bemühungen die Interessen der Verbraucher schützt. Allerdings sieht Schlange – und nicht erst seit der Währungsreform – sehr wohl die grundsätzliche Widersprüchlichkeit seiner Politik des bedingungslosen Festhaltens an der Zwangswirtschaft:

"Die politische Demokratie verkuppelt mit einem wirtschaftlichen Polizeistaat ist ein Widerspruch in sich selbst und wird dem Volk mehr und mehr zu einem verzerrten und unglaubhaften Götzenbild."¹⁴⁵

Ferner sieht er das ökonomische Dilemma, mit Zwang die Produktion sichern zu müssen, sie aber nicht steigern zu können. Doch auch in dieser Frage gibt es vor der Währungsreform keine Alternative zur Beibehaltung der Zwangswirtschaft; einerseits führe seiner Erkenntnis nach

"die mangelnde Wirkung jeden Appells an Verantwortungsbewußtsein und Moral und die immer fortschreitende Umgehung aller bisher getroffenen behördlichen Zwangsmaßnahmen zur Sicherung der Ernährung (in eine) so weit reichende Krise der Staatsautorität, daß am Ende einer solchen abgleitenden Entwicklung nur Hunger und politischer Radikalismus stehen können"¹⁴⁶;

andererseits dürfe man aber trotz aller verstehbaren Anreize zur Illegalität nichts unversucht lassen, das Bewirtschaftungssystem so lange wie möglich, und sei es in seinen Resten, aufrechtzuerhalten, um somit wenigstens ein geringes Maß an sozialer Gerechtigkeit bewahren zu können. Nachhaltig unterstützt von den Besatzungsmächten hält er auch 1948/49 an der Bewirtschaftung der Grundnahrungsmittel fest und verhindert damit, daß es nur noch "Fleisch für Reiche und kein Fleisch für Arme"¹⁴⁷ gibt; ferner sorgt er dafür, daß nicht auch noch durch den allgemeinen "Faschingstaumel



¹⁴⁴ Schlange an Kriedemann, SPD, 13.3. 1947 (BA Z 6 I/153, unfol.).
Vgl. auch Kriedemann an SPD-Bezirke, 6.1. 1949 (AdsD, J 88), der Schlange bescheinigte, er habe "einige uns sehr weit entgegenkommende Vorstellungen von einer modernen Agraxpolitik".

¹⁴⁵ Schlange, Rundfunkrede, 7.5. 1948 (BA Z 6 I/204, fol. 151 f.).

¹⁴⁶ Schlange an Agartz, 28.9. 1946 (BA Z 6 I/65, fol. 45 R).

¹⁴⁷ Schlange, Selbstporträt, in: SPIEGEL, November 1948 (BA Z 6 I/205, fol. 220).

der Preise" von dieser Seite her die Versorgung der Verbrauchermassen in Frage gestellt wird.

Zugleich aber propagiert er in klarer Kontinuität seiner seit Ende 1945 entwickelten Grundsätze, seit der Währungsreform freilich in scharfer Auseinandersetzung mit Wirtschaftsdirektor Erhard und den ihn stützenden Kreisen der CDU/CSU, eine Politik, die zwar auf gesamtwirtschaftliche Liberalisierung zielt, für den Ernährungsbereich jedoch die "Rückkehr zum sogenannten freien Spiel der Kräfte, das nur zu oft die garantierte Ellbogenfreiheit für den Rücksichtslosen bedeutet", ausschließt. Die oberste Maxime müsse sein:

"Ich bekenne mich dazu, ..., daß jede wirtschaftspolitische Maßnahme nicht nur Rücksicht nehmen, sondern direkt abgestellt sein muß auf die tiefe soziale Not der breiten Massen. Darum müssen wir an die Stelle der erstickenden Zwangswirtschaft eine planvolle Steuerung der Gütererzeugung und Güterbewegung setzen, die dort ihre Grenze findet, wo die Initiative der anständigen und schöpferischen Persönlichkeit beeinträchtigt wird. "148

Einen ersten Ansatz, die bloß restriktive Politik des Festhaltens an der Nahrungsmittelbewirtschaftung zu überwinden und die Landwirtschaft sich von der Zwangswirtschaft zu einer solcher Art sozialverpflichteten planvollen Wirtschaft entwickeln zu lässen, stellt die seit Herbst 1947 erprobte Neuordnung der Erfassung auf der Grundlage des sogenannten Getreidewertschemas dar¹⁴⁹; Schlange scheitert freilich sehr rasch am Widerstand einiger Länder wie Vertretern des Neoliberalismus in den bürgerlichen Parteien und im DBV und an der Verzögerungstaktik der amerikanischen Militärregierung.

Auch andere von Schlange im Wirtschaftsrat eingeleitete Initiativen im Sinne einer Verbesserung der Erfassung und Ankurbelung der landwirtschaftlichen Produktion aus eigener Kraft müssen vor der Währungsreform weitgehend ohne sichtbare Erfolge bleiben, denn erst seit Sommer 1948 tritt eine ganz allmähliche Verbesserung der Betriebsmittelsituation als Folge der veränderten Rahmenbedingungen ein. Dennoch wird Schlange nicht müde, seit dem Frühjahr 1947 für die Ziele seines umfassenden Agrarprogramms einzutreten, das zugleich "ein Programm des sozialen Friedens in Deutschland"¹⁵⁰ sein müsse. Während die betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen weitgehend durch die im Long-Term-Plan festgeschriebene alliierte Hilfe realisiert werden¹⁵¹, schafft Schlange selbst mit dem Flüchtlingssiedlungsgesetz (10.8. 1949)¹⁵²

¹⁵² Gesetz zur Förderung der Eingliederung von Heimatvertriebenen in die Landwirtschaft (Flüchtlingssiedlungsgesetz), 10.8. 1949 (WiGBl. 1949, S. 231).



¹⁴⁸ Wie Anm. 145.

¹⁴⁹ Schlange, Vor neuen Wegen, in: Ernährungsdienst 3 (1948) (BA Z 6 I/203, fol. 21).

^{150 11.} ZB-Sitzung, 29./30.4. 1947 (AVBRD 2, S. 372). Vgl. auch die Denkschrift der VELF, Möglich-keiten landwirtschaftlicher Erzeugungssteigerung (Dezember 1947), Hamburg 1948.

Die Voraussetzung für den Aufbau einer produktiven und rentablen Veredelungswirtschaft wurde durch die Ende 1948 einsetzenden hohen alliierten Futter- und Betriebsmittelimporte geschaffen, die im Rahmen des ERP (und seiner Vorläufer) finanziert wurden.

und dem allerdings erst 1953 verkündeten Gesetz zur Flurbereinigung 153 wichtige strukturelle Voraussetzungen zur Verbesserung der Produktion.

Die Antwort auf die Frage, worin die eigentliche Leistung Schlanges im "Kampf gegen den Hunger" zu sehen ist, deutet der Ernährungsdirektor zu einem guten Teil selbst an, als er - angesichts eines drohenden Mißtrauensvotums seiner eigenen Partei Ende 1948 vor dem Wirtschaftsrat erklärt:

"Ich habe in diesen . . . Jahren dagestanden für die Ärmsten der Armen, für die Menschen, die in dunklen Kellern hungernd und frierend lebten. Es wird der Stolz meines Lebens bleiben, daß ich es getan habe und daß ich eine Kleinigkeit wenigstens dazu beitragen konnte, daß sie diese Zeit überstanden."154

In der Tat ist Schlange seinem Credo einer sozial verpflichteten Ernährungspolitik während seiner Arbeit als verantwortlicher deutscher Verwaltungschef konsequent gefolgt. Obwohl die Handlungsspielräume gerade in der Ernährungspolitik als Folge der alliierten Restriktionen und angesichts des kaum vorstellbaren Mangels äußerst eng waren, hatten sein Krisenmanagement und sein politisches Engagement einen beträchtlichen, wenngleich für die Zeitgenossen schwer wahrnehmbaren Anteil daran, daß die deutsche Bevölkerung der Westzonen, obwohl sie hungern mußte, nicht letztlich doch in größerer Zahl verhungerte. Sein Verdienst besteht sicher auch darin, sehr schnell unter widrigsten Umständen eine Verwaltung aufgebaut zu haben, die trotz ihrer Schwächen und vielfachen Niederlagen ein Minimum an Verteilungsgerechtigkeit auch in der schärfsten Krisensituation aufrechterhielt, bedeutsamer aber wohl darf man sein appellatives Vermögen einschätzen, dank dessen es ihm gelang, wenn schon nicht die hungernden Massen zu beruhigen, so doch die großen politischen Gruppen zu einem ernährungspolitischen "Burgfrieden" zu bewegen, vor allem aber bei den Militärregierungen sowohl Vertrauen in die Opferbereitschaft der Bevölkerung und in die Verläßlichkeit der deutschen Politik zu wecken als auch wachsendes Verständnis für die deutschen Interessen zu vermitteln.

Intensiy und leidenschaftlich wie kaum ein anderer in der Verantwortung stehender Politiker dieser Jahre hat sich Schlange darum bemüht, mit einer Fülle von Interviews, Reden und Presseartikeln an die Durchhaltebereitschaft der Bevölkerung zu appellieren. Trotz vielfacher pathetischer Übertreibungen, zu denen der Redner Schlange seit jeher neigte - er trifft fast immer den Ton, mit dem die Hungernden kurzfristig zu erreichen sind: auf der Gewerkschaftsversammlung wie gegenüber den Standesgenossen. Immer wieder argumentiert er mit einem für die Zeitgenossen schwer verständlichen, letztlich aber durchaus realitätsnahen Optimismus dahingehend, daß es jetzt nur noch einer letzten Anstrengung bedürfe, um dann das Schlimm-



¹⁵³ Ein Gesetz zur Flurbereinigung wurde noch vom Wirtschaftsrat am 24.6. 1949 verabschiedet, dann jedoch von der Allijerten Hohen Kommission in die Kompetenz des Bundes verwiesen. So wurde das Gesetz erst am 14.7. 1953 verkündet und trat zum 1.1. 1954 in Kraft (BGBl. 1953 I, Nr. 37, S.591).

¹⁵⁴ Wörtl. Bericht über die 27. VV-WR, 3.12.1948, S.1224.

ste überwunden zu haben. Vor allem aber hebt er darauf ab, die Leistungen der Hungernden selbst zu betonen:

"Ich werde mich mein Leben lang mit Schrecken dieses Frühjahrs entsinnen, wo, glaube ich, vor der ganzen Welt das deutsche Volk den Nachweis erbracht hat, nicht daß es sich selbst bemitleidet, . . ., sondern daß es eine Leidensfähigkeit bewiesen hat, eine Ruhe und eine Haltung, an der sich mindestens andere Völker hätten ein Beispiel nehmen können."¹⁵⁵

Diese mitunter nationalistischen Töne werden durchaus auch von den Militärregierungen akzeptiert und verstanden, wenn er, so schwer es ihm fällt¹⁵⁶, "mit der ganzen Offenheit eines Deutschen ..., der für sein Vaterland spricht"¹⁵⁷, ihnen gegenübertritt, ein Bettler letztlich, dessen Würde dennoch imponiert. Ihn trägt das durch die Krisenerfahrung gestärkte Selbstwertgefühl eines Patrioten, das er seinen Zuhörern und Lesern immer wieder zu vermitteln sucht:

"Wir haben die bisher gefährlichste Lage überstanden, wenn auch mit grausamen Verlusten: ... Und in dieser Zeit der tiefsten Erniedrigung haben wir ein Recht, mit jenem Stolz, den auch der Unglückliche nicht verlieren darf, vor aller Welt festzustellen: Dies Deutschland ist eben doch ein Qualitätsvolk, trotz aller Schuldfragen und Vorwürfe!"158

Was andere als Apathie und Demoralisierung der Bevölkerung werten mochten, wird von Schlange als Leistung interpretiert, mit der die von den Militärregierungen geforderte Rehabilitierung nachgewiesen sei:

"Die Führer aller politischen und wirtschaftlichen Organisationen ohne Ausnahme haben einen so hohen Grad von Einsicht in die von dem Explosivstoff der Not erfüllte deutsche Lage erwiesen, daß niemand aus Agitationsgründen die Lunte an das Pulverfaß legte, das unsere letzten Lebensreste in die Luft gesprengt haben würde – ein lebendiger Appell an das oft verhöhnte und hoffentlich dennoch vorhandene Weltgewissen, daß hier ein tiefgebeugtes Volk buchstäblich fast jenseits der Grenze des Ertragens in harter Arbeit und fester Selbstdisziplin einen friedlichen Ausweg sucht."¹⁵⁹

Schlanges Selbstwertgefühl, das nicht zuletzt aus dieser – tendenziell verklärenden – Interpretation des Verhaltens jener Hungernden resultiert, denen er sich in seiner Arbeit besonders verantwortlich fühlt, verleiht ihm einen beachtlichen Mut zur Unpopularität. Er fühlt sich legitimiert für seinen Anspruch, sein Amt in der Erkenntnis des politischen, ja "nationalen" Gehaltes der Ernährungsproblematik "über den Parteien", "unpolitisch" auszuüben. So bleibt er schließlich für den politischen "Gegner" glaubwürdiger als für die eigene Partei und die eigenen Standesgenossen.



¹⁵⁵ Schlange, Betrachtungen zur Ernährungslage, in: Rhein-Echo, 1.7. 1947 (BA Z 6 1/202, fol. 140ff.). Fast gleichlautend u. a. seine Rede vor dem Wirtschaftsrat, 4./5. 9. 1947 (Wörtl. Bericht über die 4. VV-WR, S. 79 f.).

[&]quot;Es gehört fürwahr zu den schwersten Pflichten meines Amtes, täglich als Bettler vor unseren Siegern zu stehen, um das Nötigste für die Ernährung unserer Bevölkerung herauszuholen." (Redenotizen, 26. 11. 1948) (BA Z 6 I/205, fol. 183).

¹⁵⁷ Schlange, 9. ZB-Sitzung, 27.-29.11. 1946, TOP.204 (BA Z 2/55, fol. 37).

¹⁵⁸ Schlange, Rede zum Erntedankfest 1946, wie Anm. 116, fol. 49.

¹⁵⁹ Ebenda, fol. 50.

Verglichen mit seiner "historischen Leistung", zur Überwindung der Hungerkrise dadurch beigetragen zu haben, daß er stets den Anspruch der hungernden Verbraucher über die partikularen Interessen der Länder wie der Erzeuger, also seiner eigenen Standesgenossen, stellt und daß er zugleich erfolgreiche Überzeugungsarbeit gegenüber den Militärregierungen leistet, bleiben seine konkreten ernährungspolitischen Erfolge höchst begrenzt; in wichtigen Fragen scheitert er, muß er scheitern. Bevormundet von den Alliierten und eingeengt durch eine für die Krisenbekämpfung ungeeignete Verfassungskonstruktion kann er sich im Verteilungskonflikt mit den Ländern nicht durchsetzen; mit seinem Engagement für die Verbraucherinteressen, das bald auf immer heftigeren Widerstand der Produzenten stößt, vermag er nur eine noch stärkere Verschlechterung ihrer Lage zu vermeiden. So sitzt er letztlich zwischen vielen Stühlen: die nach wie vor hungernden Großstädter streiken und demonstrieren gegen ihn und seine Verwaltung, die Landwirte pfeifen ihn aus und bezichtigen ihn des Standesverrats. Schlange wertet diese Reaktionen mit einigem Recht als Beweis für die Richtigkeit seiner Ernährungspolitik:

"Ich habe ständig im Kreuzfeuer der Kritik gestanden ... Und ich habe diese Kritik sehr aufmerksam beobachtet und darauf geachtet, ob sie auch wirklich von allen Seiten kam. Denn sobald sie von irgendeiner Seite ausblieb, wußte ich, daß ich von dem schmalen Wege abgewichen war, der zum Ausgleich der Interessen aller beteiligten Kreise führt. Man kann nämlich in solchen Notzeiten ein so schwieriges Amt gar nicht führen, ohne dauernd bald diesem, bald jenem weh zu tun. Ich sage immer, ich mußte dem einen, dem Bauern zu viel nehmen, und konnte doch den anderen, den Verbrauchern, nie genug geben. Aber ich konnte doch dafür sorgen, daß das wenige, was wir hatten, gerecht unter alle verteilt wurde. Und es ist der Stolz meines Lebens, daß mir das gelungen ist."¹⁶⁰

Schlanges konsequentes Festhalten an der Bewirtschaftung führt erst nach der Währungsreform aufgrund der enormen Importsteigerung dazu, daß sich die Versorgung der Masse der Verbraucher vorübergehend auf einem relativ mäßig gestiegenen Preisniveau stabilisiert. Da diese Politik ihn freilich in immer schrofferen Gegensatz zu den Produzenten und deren Verbands- und Parteivertretern bringt, fehlt ihm 1949 schließlich jede Basis für die Weiterverfolgung seiner politischen Ambitionen und die Realisierung seines ernährungs- und agrarpolitischen Konzeptes; lediglich Ansätze können von ihm noch verwirklicht werden.

Dabei zeichnet ihn eines gegenüber seinen Widersachern in den eigenen Reihen aus: Er besitzt – früher als jeder andere – ein Gesamtkonzept, das in seinen Grundzügen seit Ende 1946 festliegt und in dem der Versuch unternommen wird, kurzfristige Krisenbekämpfungspolitik und langfristige Agrarpolitik dergestalt miteinander zu verknüpfen, daß Verbraucherschutz und Produzenteninteresse in einem für wandelbar gehaltenen gesamtwirtschaftlichen Rahmen gleichgewichtig berücksichtigt werden sollen. Diese Konzeption wurzelt in Schlanges schon seit Anfang der dreißiger Jahre vertretenem Grundsatz, daß "erfolgreiche Agrarpolitik nur in erfolgreicher



¹⁶⁰ Schlange, Rede zur Hundertjahrfeier der Kölner Bäckerinnung, 4.8. 1949 (BAZ 6 I/208, unfol.).

Konsumentenpolitik" bestehen könne¹⁶¹. Das von ihm seit Herbst 1946 geforderte und im Sommer 1947 mitformulierte Konzept eines Krisenmanagements geht von dem Grundaxiom aus, daß, da Ernährung, Kohlenförderung und Transport die jeweils einander bedingenden Grundfaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung seien, mit alliierter Kredit- und Nahrungsmittelhilfe als erstes die Ernährung so weit verbessert werden müsse, daß damit die Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung, zunächst der Bergarbeiter, und allmählich die industrielle und landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden könne; so sei die volle Produktionsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft binnen fünf Jahren herstellbar. Die vom Ernährungssektor ausgehende Initialzündung werde infolge der steigenden Kohleproduktion den entscheidenden Impuls für die Eisen- und Stahlindustrie, eine exportorientierte Veredelungsindustrie und den beginnenden Wohnungsbau geben, so daß in relativ kurzer Zeit ein großer Teil der gewährten Kredite zurückgezahlt werden könne¹⁶².

Schlange ist dabei durchaus schon klar, daß der Landwirtschaft in diesem Konzept zwar zunächst eine besonders wichtige und förderungswürdige Rolle zukommt, daß sie aber nach angelaufener industrieller Produktion und zunehmendem Hereinwachsen der deutschen Wirtschaft in ein Weltwirtschaftssystem eine ganz neue Funktionsdefinition erfahren muß. Deshalb soll eine umfassende Modernisierung (Intensivierung, Technisierung, Konservierung; Flüchtlingsansiedlung, Flurbereinigung) die Landwirtschaft zu einer erheblichen Steigerung nicht nur ihrer Vorkriegsleistungsfähigkeit befähigen; insbesondere durch ihre Umstellung auf hochwertige Veredelungsproduktion muß sie - in Orientierung an die von den Amerikanern definierten weltagrarwirtschaftlichen Rahmenbedingungen - international konkurrenzfähig werden. Die notwendigen Eingriffe in die landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse ließen sich nach Schlanges Überzeugung bei aller erstrebenswerten Liberalisierung nur durch staatliche Planung einleiten (Leistungsanreize und Ansätze zur Produktionslenkung durch das Getreidewertsystem); ferner müsse der Staat auch Einfluß auf eine soziale Preisgestaltung wie auf die Absatzregelung nehmen, um auf die Rentabilität der Landwirtschaft und ein tragbares Lebenshaltungskostenniveau hinzuwirken 163. Dabei geht es Schlange immer darum, deutlich zu machen, daß die landwirtschaftlichen Produzenten, da sie ein Erzeugungsmonopol hätten, in eine Wirtschaftsordnung eingebunden werden müßten, die sich in allen ihren Bereichen, also auch dem

Schlange, Versuch einer Gesamtkonzeption des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft, 17.10. 1947 (BAZ6 I/202, fol. 105–107).



Schlange an Adenauer, 29. 8. 1949 (BA NL Schlange, Nr. 11). Ähnliche Grundsätze hatte Schlange bereits in seinem Aufsatz "Arbeiternot ist Bauerntod", in: Frankfurter Zeitung, 25. 12. 1932, Nr. 462 (BA NL Schlange, Nr. 40) formuliert; vgl. auch "Am Tage danach", 5. 23 f.

Bis zum Frühsommer 1947 vertraten die Alliierten das genau gegenteilige Konzept, indem sie die Kohleproduktion zum Ausgangspunkt des wirtschaftlichen Aufbaus zu machen versuchten; trotz mannigfacher Anreizprogramme gelang es ihnen jedoch nicht, die gesteckten Produktionsziele auch nur annähernd zu erreichen.

der Landwirtschaft, an dem Ziel einer angemessenen Versorgung der Gesamtheit orientieren müsse¹⁶⁴.

Schlange gewinnt also über seine Leistungen im Krisenmanagement hinaus politisches Gewicht durch seine frühzeitig deutlich werdende Bemühung um eine wirtschaftliche Gesamtsicht, die nicht bei den Erfordernissen der Krisenbekämpfung stehenbleibt, sondern sich immer auch um den Entwurf einer künftigen agrarpolitischen Ordnung bemüht; alle Überlegungen aber sind so dezidiert an der Forderung sozialer Gerechtigkeit und der Priorität der Konsumentenbedürfnisse orientiert, daß dies von einer klaren Mehrheit innerhalb der CDU/CSU und der Bauernverbände als unerträglich empfunden wird. Gerade an den sozialen Komponenten seiner Konzeption hat Schlange auch dann noch und gerade dann festgehalten, als immer deutlicher wurde, daß der Einfluß seiner Gegner so groß geworden war, daß ihm keine Chance bleiben würde, im ersten Bundeskabinett für die Durchsetzung seiner agrarpolitischen Gesamtkonzeption eintreten zu können¹⁶⁵.

Schlange betont zudem stets die politischen Implikationen der Ernährungskrise entsprechend seinem eigenen Anspruch, nicht nur als Ernährungsfachmann, sondern stets als Politiker zu handeln. Hier allerdings muß Kritik ansetzen und auf die Begrenztheit seiner Perspektive hingewiesen werden. Wohl war die Ernährung von allen ökonomischen Bereichen jener Sektor, in dem ein Plädoyer für eine "Entpolitisierung" im Zeichen der Krise am ehesten Zustimmung finden konnte und in dem die Forderung nach "Überparteilichkeit" in der Tat kurzfristig zu einem gewissen Ausgleich sozialer Spannungen beitragen mochte; doch verdeckte die von Schlange scheinbar überzeugend begründete Entpolitisierungsformel die auch und gerade im Agrarsektor nach wie vor vorhandenen soziostrukturell bedingten Interessengegensätze: Aufgrund der fortbestehenden Unterschiede an ökonomischem Potential und politischen Einflußmöglichkeiten festigten sich im Verlauf der Krise die politischen Machtpositionen des größeren Agrarbesitzes und seiner Interessenvertreter. Hatte Schlange noch im April 1946 die Gründung eines landwirtschaftlichen Berufsverbandes gefordert, der Mitglieder aller Parteien umfassen müsse und "in demokratischem Sinne die landwirtschaftlichen Interessen zu vertreten und zu fördern, sich aber als Organisation aus der Politik fernzuhalten habe"166, so erwies sich die "Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Bauernverbände" sofort nach ihrer Gründung im Oktober 1946 als ein politisch sehr aktiver Interessenverband, der sich personell wie programmatisch ausschließlich den bürgerlichen Parteien verbunden fühlte und auf deren Politik energischen Einfluß nahm, nicht zuletzt, um die Ernennung Schlanges zum Minister zu verhindern.

Schlanges Scheitern und, wenn man so will, eine gewisse persönliche Tragik liegen

stem von "Marktordnungen" eingebettet sein müsse.



¹⁶⁴ Redenotizen, wie Anm. 156, fol. 180.
Allerdings war sich Schlange mit den Agrarexperten aller Parteien in der Überzeugung einig, daß die Landwirtschaft – in Anknüpfung an die 1930/31 entworfene Politik – in ein schützendes Sy-

¹⁶⁵ Schlange an Adenauer, wie Anm. 161.

¹⁶⁶ ZEL-Vermerk, 8. 4. 1946 (BA Z 6 I/177, fol.77).

zu einem großen Maße darin gegründet, daß er aufgrund des von allen Gruppen für unabweisbar gehaltenen Sachzwangs zur Bekämpfung der Ernährungskrise sein als "überparteilich" verstandenes Engagement für eine sozial gebundene Ernährungspolitik nur rein pragmatisch zu begründen, nicht aber politisch abzusichern vermochte. Sein Konzept, in dem die gesamtgesellschaftliche Fortexistenz von "Klassengegensätzen" auch in der "Zusammenbruchgesellschaft" von 1945 übersehen wurde, mußte letztlich in seinem Anspruch auf Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit begrenzt und insofern inkonsequent bleiben, als es z. B. auch nicht einmal ansatzweise auf eine Veränderung der tradierten agrarischen Eigentums- und Sozialverfassung abzielte; die Folge dieser Halbherzigkeit war, daß Schlange schließlich nirgends eine ausreichende Unterstützung für seine Politik fand: weder bei seinen "Klassengenossen", die ihn – wie schon, wenn auch unter anderen Vorzeichen, 1930–1932 – erbittert bekämpften, noch bei jenen Schichten, für deren Interessen er vorrangig einzutreten verkündete, ohne daß dieser Anspruch dort – aus biographischen wie aus sozialpsychologischen Gründen – eine breite Resonanz fand.

Aber auch in seinem Scheitern bewies Schlange, der seine agrappolitische Konzeption nach 1948, wenn überhaupt, nur in einer "Großen Koalition" hätte durchsetzen können, eine hochgradige Unabhängigkeit, als er Adenauer, der durchaus bereit schien, ihn als Minister gegen massive Widerstände durchzusetzen, den Verzicht von sich aus anbot; auch hier zeigte er die auffallende Fähigkeit, an einem einmal als richtig erkannten Konzept aus sachlichen und moralischen Erwägungen heraus unter allen Umständen festzuhalten. Diese Einstellung, die es ihm ermöglicht hatte, jahrelang unter den widrigsten Umständen gegenüber einer Woge der Feindseligkeit das wichtigste und unpopulärste Ressort zu verwalten, und der durch das in diesem Kampf gewonnene unerschütterliche Selbstwertgefühl geprägte Umgang mit seiner Partei führten ihn aufs politische Abstellgleis, nachdem der Höhepunkt der Krise überwunden war; diese Disposition ließ ihn aber dennoch seine eigenen politischen Zukunftschancen übertrieben positiv einschätzen. Obwohl sich Schlange im Frühjahr 1948 nach dem Scheitern seiner Kandidatur zum Oberdirektor und im Sommer 1948 nach dem Übergang der innenpolitischen Initiative an die Ministerpräsidenten und Parteiführer politisch "abgehängt" fühlte und sich erst recht im Spätsommer 1949, als er nicht nur auf ein Ministeramt verzichtete, sondern auch mit seiner durchaus nicht chancenlosen Kandidatur zum Bundespräsidenten¹⁶⁷ ohne Erfolg blieb, um ein von ihm ersehntes hohes Staatsamt gebracht sah, gab er zu keinem Zeitpunkt, nicht einmal nach seinem Ausscheiden aus der aktiven westdeutschen Politik und nach Übernahme einer diplomatischen Vertretung¹⁶⁸, seine Hoffnung auf ein glanzvolles politi-

¹⁶⁸ Auch hier blieb Schlange mit der Übernahme des Konsulats in London im Frühjahr 1950 nur seine "zweite Wahl"; die Übernahme des entsprechenden Postens in Washington scheiterte in allerletzter Minute aufgrund von Presseartikeln in den USA, in denen ihm – fälschlich! – Vorwürfe hinsichtlich seiner politischen Vergangenheit in der Weimarer Republik gemacht wurden.



¹⁶⁷ Zu Schlanges Bewerbung um die Kandidatur zum Bundespräsidenten vgl. Udo Wengst, Staatsaufbau und Regierungspraxis 1948–1953. Zur Geschichte der Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1984, S. 122 f.

sches Comeback auf, das ihn nochmals, wie schon während der Ernährungskrise, zum "Retter des deutschen Volkes" machen sollte¹⁶⁹.

Obwohl Schlange für sein agrarpolitisches Konzept keine Mehrheiten gewinnen konnte, obwohl sein Griff nach einer staatlichen Führungsposition immer wieder mißlang und ihm nicht einmal breitere öffentliche Anerkennung zuteil wurde 170, bleibt er ein Politiker beachtlichen Formats: die Behauptung eines konkreten Anspruchs auf soziale Gerechtigkeit als obersten Maßstab für die "Verwaltung des Mangels", die Fähigkeit zur politischen Gesamtschau, zu einem Zeitpunkt, als noch kaum iemand die Konturen künftiger Entwicklungen im allgemeinen Chaos zu erkennen vermochte, sein Gespür für die Interessenlage und Handlungsmöglichkeiten derer. mit denen er in der Krise umzugehen hatte und von denen vieles abhing, seine ausgeprägte Verantwortungs- und Handlungsbereitschaft, bei hohem Mut zur Unpopularität gerade in Krisensituationen und vor allem seine rhetorischen Fähigkeiten und seine - trotz aller Bereitschaft zur sich selbst verleugnenden Anpassung - imponierende persönliche Integrität und Würde, machen ihn, glaubwürdig auch in der totalen Abhängigkeit und in der politischen Niederlage, trotz aller Begrenztheiten seines politischen Denkansatzes wohl zu dem herausragenden Politiker innerhalb der Frankfurter Verwaltung; ihm ist auf deutscher Seite ein entscheidender Anteil am Überleben in der Krise zuzumessen. Die hochgreifende Formulierung seines eigenen Amtes übertreibt nur im Ton, kaum in der Sache:

"Die Wiederherstellung der Ordnung in der Ernährungswirtschaft und die Ernährungspolitik der letzten vier Jahre haben . . . nicht nur Tausenden von Deutschen das Leben gerettet, sondern auch der staatlichen Einheit den ersten großen Dienst erwiesen, sie ist ein Stück nationaler Politik und wahrer sozialer Tat."¹⁷¹



Bezeichnend – wenn auch überzeichnend – ist dafür die Einschätzung seines langjährigen politischen Wegbegleiters Passarge, der Ostern 1948 in seinem Tagebuch notierte: "Er glaubt an sich wie der gläubige Katholik an die heilige Jungfrau. Er glaubt sich vor allen anderen berufen, dieses Volk zu führen, aus dem Strudel zu retten. Das Volk in seiner Not, die Menschen in ihrer Hilflosigkeit sind ihm dabei nur Werkzeug, Mittel für die Kunst seiner Führung, für die weiß Gott von wem, von welcher transzendenten Kraft übertragene Mission" (BA NL Passarge, Nr. 10, fol. 75).

Aufschlußreich für Schlanges fortdauernde Ambitionen ist insbesondere der Briefwechsel mit Passarge Anfang der 1950er Jahre (BA NL Schlange, Nr. 14).

¹⁷⁰ Außer einem relativ zurückhaltenden Lob der Militärregierungen im Frühjahr 1948 erhielt Schlange praktisch kaum öffentliche Anerkennung; bezeichnend ist, daß die CDU im Bundestagswahlkampf 1949 seine Arbeit so gut wie gar nicht herausstellte.

¹⁷¹ VELF, Die Überwindung des Hungers, Frankfurt 1949, S. 12.

OTMAR JUNG

VERFASSUNGSSCHUTZ PRIVAT: DIE REPUBLIKANISCHE BESCHWERDESTELLE E.V. (1924–1933)

Der Schutz der Republik von Weimar lag im argen. Wohl war die bürgerlich-parlamentarische Demokratie in den Bürgerkriegen der ersten beiden Jahre nach der Novemberrevolution mit Waffengewalt und oft brutal verteidigt bzw. durchgesetzt worden. Gegen die Systemgegner der Kommunisten einerseits und der Nationalsozialisten andererseits griff die Exekutive auch in der Folgezeit – vor allem in den Ländern – durchaus zu strikten Abwehrmaßnahmen¹, entgegen der Legende von der Neutralität des Weimarer Staates bis zum Selbstmord. Nicht streitbar aber war die Republik; der Kampf gegen die antagonistische Staatsform der Monarchie als Bedingung der Selbstbehauptung verstand sich keineswegs von selbst.

Ursachen waren erstens die Geburtsumstände dieser Republik. Keine republikanische Volksbewegung hatte sie, gar in revolutionärem Ansturm, erkämpft, sondern in der Niederlage des Reiches am Ende des Ersten Weltkriegs hatte sich diese Staatsform schier en passant ergeben. Kriegsmüde Massen hatten die gekrönten Exponenten des Militärsystems hinweggefegt; damit blieb ja nichts anderes mehr übrig, als eine Republik zu errichten. Im Folgenden haben denn auch alle Machthaber, ob Volksbeauftragte oder parlamentarische Regierungen, sich gehütet, die Frage der Staatsform im zivilen Kampf der Demokratie entscheiden zu lassen. Weder wurde eine Volksabstimmung zu diesem Thema durchgeführt, noch legte man etwa die Weimarer Reichsverfassung dem Volke zur Entscheidung – Annahme oder Ablehnung – vor. Der tatsächlich eingeschlagene Weg der Wahl einer Volksvertretung, die als Konstituante und gleichzeitig auch als gewöhnliches Parlament agierte und neben vielen anderen Entscheidungen auch die republikanische Staatsform verfassungsmäßig festschrieb, bedeutete eine doppelte repräsentative Vermittlung und damit Schwächung der Legitimationskraft dieser Entscheidung. Hing aber die Entstehung der Republik so weitgehend von der Revolte der kriegsmüden Massen des November 1918 ab,



Jahrgang 35 (1987), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

¹ Vgl. Rudolf Morsey, Staatsfeinde im öffentlichen Dienst (1929–1932). Die Beamtenpolitik gegenüber NSDAP-Mitgliedern, in: Öffentlicher Dienst, Festschrift für Carl Hermann Ule zum 70. Geburtstag, Köln u.a. 1977, S. 111–133; Martin Kutscha, Verfassung und "streitbare Demokratie". Historische und rechtliche Aspekte der Berufsverbote im öffentlichen Dienst, Köln 1979, S. 31–47; Der verpaßte Nazi-Stopp. Die NSDAP als staats- und republikfeindliche, hochverräterische Verbindung, Preußische Denkschrift von 1930, hrsg. v. Robert M. W. Kempner, Frankfurt/M. u.a. 1983; Überblick bei Ernst Rudolf Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung, Stuttgart u.a. 1981, Kap. XVI Der Schutz der Reichsverfassung.

dann traf jeder Pfeil des Kampfes wider diese Novemberrevolution auch die damals geborene Republik.

Eine weitere Ursache, die mit ersterer natürlich zusammenhing, zeigten die ersten, vor allem aber dann die zweiten Wahlen in der Republik, auf Reichs- und noch mehr auf Landesebene. Damit entstand folgendes Parteien- und Regierungstableau: Die DNVP, als Ablösung der frühen Linksregierungen stark im Aufwind, und die DVP, als Partnerin Großer Koalitionen akzeptiert, bekannten sich beide klar zur Monarchie - was sie nicht hinderte, solange sich ihr Ideal nicht verwirklichen ließ, in den republikanischen Niederungen konkrete und sogar passable Arbeit zu leisten. Das Zentrum, die Regierungspartei schlechthin in jedweder Koalition, bekannte sich weder zu Republik noch zu Monarchie, sondern zum Staat; insofern dieser zur Zeit in republikanischer Verfassung war, implizierte dies in gewisser Weise auch eine Entscheidung für die Republik, doch wenn morgen eine andere Staatsform käme, würde - das war klar - das Zentrum hurtig umschalten. Entschieden für die Republik als die beste Staatsform, die nicht hingenommen, sondern bejaht und, wenn nötig, verteidigt werden sollte, engagierten sich alle Linksparteien und die DDP. Seit den Wahlen vom Juni 1920 hatten diese entschiedenen Republikaner aber nicht einmal mehr eine rechnerische Mehrheit im Reichstag, von einer politischen - also zu gemeinsamem Handeln bereiten - Mehrheit ganz zu schweigen.

Aus solchen Bedingungen folgte, daß der Weimarer Staat den Schutz der Republik sozusagen auf die leichte Schulter nahm. Dieser Schutz fehlte nicht gänzlich, aber es mangelte ihm aus den skizzierten ideologischen und politischen Gründen die rechte Wirksamkeit. Man kann das illustrieren am Beispiel der Gesetze zum Schutz der Republik. Erlassen erst, als ein Spitzenpolitiker und ein Außenminister ermordet worden waren, als Abfanggesetzgebung gegen sehr viel weitergehende Forderungen der Linksopposition eingebracht, als Zeitgesetze restringiert, ließen sie ihre Befürworter auch noch in ständigen Rechtfertigungsdruck gegenüber jenen geraten, die vornehmlich die Argumentation mit den Grundrechten von Freiheit und Gleichheit gezielt einsetzten, um der Republik den Schutz ihrer selbst zu verwehren.

Dies war die Ausgangslage, in der die "Republikanische Beschwerdestelle e.V." (RBS) entstand und in der allein auch eine Einrichtung wie sie entstehen konnte. Die vorliegende Studie über die RBS verfolgt zwei Ziele. Erstens soll dargestellt werden, wie diese geradezu ominöse Stelle, von der man seinerzeit durchweg, über die man aber kaum etwas wußte – der literarische Befund unterscheidet sich da nicht grundsätzlich –, entstand, wie sie arbeitete und welche Konterstrategien gegen sie angewendet wurden. Zweitens soll das Problem solchen privaten Verfassungsschutzes – Denunziationsbüro oder "streitbare Republikaner"? – anhand der zeitgenössischen Kritik erschlossen und unter modernen Gesichtspunkten gewürdigt werden.



I. Die Republikanische Beschwerdestelle e. V.

1. Entstehung

Im Zusammenhang mit dem Mord an Reichsaußenminister Walther Rathenau und aufgrund zum Teil unerhörter Vorkommnisse bei den Rathenau-Feiern in den Schulen richtete der Republikanische Jugendbund Schwarz-Rot-Gold zur Jahresmitte 1922 eine eigene Beschwerdestelle ein. Jeder Fall eines Verstoßes von Behörden gegen die Verfassung oder gegen Verfügungen der Regierung sollte ihr gemeldet werden. Ein Aufruf kündigte an, man werde sämtliches eingehende Material den Ministerien zur Untersuchung überweisen und den Verlauf der Angelegenheit im Auge behalten². Nach einem Jahr zeigte dieses nun auch von anderen republikanischen Verbänden, vor allem der linksbürgerlichen Deutschen Liga für Menschenrechte, gestützte Unternehmen in seiner Arbeit schon deutlicheres Profil. Jeder Bürger sollte durch Abstellen von Mißständen an der Festigung der Republik mitarbeiten. Die Beschwerdestelle verwerte - hieß es - "das ihr zugehende Material, das mit vollständiger Namensunterschrift versehen sein (müsse), völlig vertraulich und ohne Namensnennung des Einsenders". Zunächst sollte die zuständige Behörde angegangen, dann sollten die Aufsichtsinstanzen bis zum Ministerium eingeschaltet werden, schließlich würde man die parlamentarische Ebene betreten3.

Im Oktober 1924 gewann der Leiter jenes Jugendbundes, der Journalist Alfred Falk⁴, den Vorstand der Deutschen Liga für Menschenrechte für seinen Plan, die Beschwerdestelle zu einer selbständigen Organisation auszubauen⁵. Am 10. November 1924 traf man sich in den Räumen der Liga, Wilhelmstraße 48 III. Stock, zur Gründungsversammlung des neuen Vereins. Den ersten Vorstand bildeten Otto Lehmann-Rußbüldt und Erwin Berger, die beiden Geschäftsführer der Liga, sowie – als Schrift-

Vgl. den Aufruf des Jugendbundes in WaM 29, 17.7. 22; eine entsprechende Notiz für "Republikaner" in WB 18 (1922) 2, S. 99 (Nr. 30 v. 27.7. 22); der Republikanische Jugendbund Schwarz-Rot-Gold war die Jugendgruppe des Deutschen Republikanischen Reichsbundes.



Jahrgang 35 (1987), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

³ Vgl. die Mitteilung über die Arbeit der Beschwerdestelle sowie die Bitte um Materialübermittlung zu folgenden Fragen: "Sind Ihnen aus Schulen Verstöße gegen die Republik bekannt? (Nationalistische Verhetzung der Kinder? Monarchistische Lehrbücher? Kaiserbilder in Schulen? etc.) Sind Ihnen sonst irgendwelche Verstöße von Behörden und einzelnen Beamten in der Verwaltung, Reichswehr, Polizei, Post, Eisenbahn etc. bekannt? (z. B. nicht ordnungsgemäßes Flaggen an staatlichen Feiertagen? Dienstliche Äußerungen?)", Rundschreiben der DLfM-Geschäftsstelle v. Juni 1923, BA Koblenz, NL Wehberg/30.

⁴ Zur Person vgl. Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. I: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, bearb. v. Werner Röder/Herbert A. Strauss, München-New York-London-Paris 1980, S. 166; H. Donat in: Helmut Donat/Karl Holl (Hrsg.), Die Friedensbewegung, Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz, Düsseldorf 1983, S. 106 ff. Der 28 Jahre junge Mann wird in der Literatur gern als "Justizrat" bezeichnet – offenbar eine Verwechslung mit dem DDP-Abgeordneten des Preußischen Landtags und Justizrat Bernhard Falle.

Vgl. Otto Lehmann-Rußbüldt, Der Kampf der Deutschen Liga für Menschenrechte vormals Bund Neues Vaterland für den Weltfrieden 1914–1927, Berlin 1927, S. 120.

führer – Falk, seinerseits einfaches Mitglied der Liga für Menschenrechte⁶. Bis zum Jahresende 1924 übernahm die Liga noch die Kosten der Einrichtung⁷, dann war die Republikanische Beschwerdestelle in eine durch Personalunion und gemeinsame Raumnutzung abgesicherte Selbständigkeit entlassen.

In einer Binnenperspektive könnte man diese – kleiner Symbolismus – am 6. Jahrestag der Novemberrevolution vollzogene Gründung der RBS als vorläufigen Abschluß einer Entwicklung und Konsolidierung eines vorerst durchaus bewährten Unternehmens sehen, und dies war es zweifellos auch. Wichtiger aber erscheint, daß in den zweieinhalb Jahren, die jene Falksche Beschwerdestelle bestand, das politische Großklima deutlich umgeschlagen war. Nur drei Indikatoren: Erschien 1922 noch der bürgerliche Parlamentarismus fest etabliert, hatte man inzwischen die Erfahrungen von Ausnahmegewalt und Militärdiktatur hinter sich. Mochte man damals noch glauben, daß sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach dem verlorenen Krieg bei allen Nöten doch bewältigen ließen, war nun offenbar, daß der Mittelstand in der Inflation mit seiner Existenz die Schuld hatte tilgen müssen. Erprobte vor zwei Jahren die Sozialdemokratie eine abermalige Variante der Regierungsbeteiligung, so sah sie sich nun vorerst endgültig der Macht im Reich entsetzt; ihre elektoralistische Hoffnung auf das Hineinwachsen in den Sozialismus vermöge jener berühmten 51% war offenbar zuschanden. 1922 war Nachkriegszeit gewesen, man befand sich in einer Phase offensiven Republikanertums. Damit war es jetzt endgültig vorbei, die bürgerlich-kapitalistischen Züge der Weimarer Republik traten überdeutlich hervor, die Verteidigung dieser doch aus einer sich sozialistisch dünkenden Revolution geborenen Republik trug nun deutlich defensive Züge.

Illustrieren kann man diesen politischen Klimaumschlag am organisatorischen Umfeld der hier betrachteten Einrichtungen. Die Falksche Beschwerdestelle, obschon von der Natur der Sache her auf Abwehr angelegt, folgte einem Schub offensiver republikanischer Zusammenschlüsse professioneller Ausrichtung, die um die Jahreswende 1921/22 entstanden waren: Republikanischer Lehrerbund, Republikanischer Pfarrerbund, vor allem Republikanischer Richterbund, ferner die Vereinigung repu-

⁷ Vgl. Deutsche Liga für Menschenrechte e. V. (vorm. Bund Neues Vaterland), Vorstand, Programm, Aufnahmebedingungen, Tätigkeitsbericht 1914–1924, Satzungen, Beitrittserklärung, o.O. o.J. (Berlin 1924), S. 19.



⁶ Vgl. Protokoll der 1. Mitgliederversammlung v. 10.11. 24, LA Berlin, Rep. 42 Acc. 2076 Nr. 9231, Bl. 2f.; gleichzeitig wurde die Satzung errichtet (a. a. O., Bl. 7). Berger gehörte weder dem Vorstand der DLfM an, wie es heißt, noch zählte er zu ihrer "Führungsspitze". Er war Angestellter in der Geschäftsstelle der Liga und verblieb in der hier relevanten Zeit auf dieser Ebene, vgl. AG München, VR 8314, Bd. 1, Bl. 12–51. Falk wurde 1929 in den "engeren Ausschuß" und 1931 in den Vorstand der neugegründeten Arbeitsgemeinschaft Berlin gewählt. Nach der Aufteilung dieser Arbeitsgemeinschaft in vier Ortsgruppen 1932 fungierte er als Vertrauensmann der Ortsgruppe Berlin Nord. Auf der Ebene der Gesamtliga gelang ihm nach einem vergeblichen Versuch 1930 auf der Breslauer Jahresversammlung am 28./29.3. 31 der Sprung in den Politischen Beirat (Menschenrechte VI, 1931, S. 68). Angesichts dessen Falk schlechthin oder gar "bald" zu den "führenden Vertretern" der DLfM zu zählen (so H. Donat in: Die Friedensbewegung, S. 107; ebenso Biogr. Handbuch, S. 166), ist unangemessen.

blikanischer Verwaltungsbeamter. Auch der Republikanische Jugendbund Schwarz-Rot-Gold selbst gehört mit dem Gründungsdatum März 1922 zu jener positiv gestimmten Phase. Demgegenüber sprossen um die RBS und nach ihr eine ganze Reihe anderer Gruppierungen aus dem Boden, denen allen der republikanisch-defensive Ansatz gemein war: am ähnlichsten jene im November 1923 begründete "republikanische Überwachungsstelle"8 - alsbald in "Republikanischen Nachrichtendienst" varijert9 -, die mit ihrem Arbeitsprogramm: kostenloser Rechtsschutz für benachteiligte republikanische Beamte und Meldung antirepublikanischer Vorgänge, wie eine Vorläuferin der RBS für den öffentlichen Dienst wirkt¹⁰. Erwähnt seien des weiteren die Juristische Abteilung der Deutschen Liga für Menschenrechte, die deren Vorstandsmitglied Senatspräsident am Kammergericht Arnold Freymuth seit November 1924, also just gleichzeitig mit der "Emanzipation" der RBS, aufbaute¹¹; ferner die seit einer Scheidemann-Initiative auf dem Heidelberger Parteitag der SPD im September 1925¹² immer wieder geforderte Zentralstelle zur Sammlung von Justizskandalen¹³; schließlich die von etlichen linksrepublikanischen Kleinorganisationen Anfang 1926 tatsächlich geschaffene Abwehrstelle gegen Mißstände in der deutschen Justiz¹⁴. Zunächst zu widerlegen scheint diese Phaseneinteilung die bekannteste und bedeutendste republikanische Vereinigung, das erst Ende 1924 aus der Taufe gehobene Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Doch wenn man dagegenhält, daß das Reichsbanner 1928 seinerseits beim Bundesvorstand und am Sitz eines jeden Gauvorstandes "eine Stelle zur Abwehr von Angriffen auf die republikanische Staatsform einzurichten" beschloß¹⁵, scheint die Erklärung näher zu liegen, daß die republikanischen Kriegsteil-



⁸ Vgl. Schutz für republikanische Beamte, WaM 49, 3.12. 23 (Gründung "vor einigen Wochen"), nachgedruckt in: Deutsches Beamtenarchiv 4 (1923/24), S.353.

⁹ Vgl. Republikanischer Nachrichtendienst, WaM 3, 21.1.24.

Das Interesse an ihr soll bald eingeschlafen sein, nach Martin Martiny, Integration oder Konfrontation? Studien zur Geschichte der sozialdemokratischen Rechts- und Verfassungspolitik, Bonn-Bad Godesberg 1976 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 122), S. 206 FN 49.

Vgl. Rundschreiben der Geschäftsstelle der DLfM an die Mitglieder v. 20. 1, 25, BA Koblenz, NL Wehberg/30 ("zur Bekämpfung und Revision der politischen Klassen- und sozialen Fehlurteile"); ihr Geschäftsvolumen lag mit 63 Fällen im November/Dezember 1924 knapp bei der Hälfte dessen der RBS (vgl. DLfM, Vorstand, Programm etc., S. 16).

¹² Vgl. Sozialdemokratischer Parteitag 1925 in Heidelberg, Protokoll, Berlin 1925, S. 156 (15.9. 25).

Vgl. Rundschreiben der Vereinigung sozialdemokratischer Juristen (gez. Ernst Ruben) von Januar 1926, veröffentlicht in Deutsche Richterzeitung 18 (1926), S. 127 f.; ferner den Bericht über eine Versammlung sozialdemokratischer Juristen am 30.3. 26 zum Thema "Politische Justiz", Vw 133, 1.4.26 M

Vgl. Junge Gemeinde, Bl. 7 v. 17.2. 26, S. 101; treibende Kraft dabei war die Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner, die der Kaufmann Paul Elsner im November 1925 gegründet hatte (vgl. Bericht des Berliner PolPräs. Abt. I A an das prMdI v. 12.6. 26, BA Koblenz, R 58/323, Bl. 67 uRS; ihr Programm a. a. O., Bl. 66).

Beschluß der 2. Bundesgeneralversammlung am 2. 10. 28; "diese Stelle soll die Pläne und die Tätigkeit der gegnerischen Organisationen beobachten, insbesondere jede Tätigkeit gegen die heutige Staatsform, gleichwie, in welcher Form sie auch geschehen mag" (BT 467, 3. 10. 28 M); vgl. RB 5 (1928), S. 276 (Nr. 34 v. 7. 10. 28); vgl. Wegweiser für Funktionäre, Führer und alle Bundeskamera-

nehmer den allgemeinen Wechsel von einem offensiven zu einem defensiven Republikanertum einfach verspätet nachvollzogen.

Ein drittes wichtiges Datum im Entstehungsprozeß der RBS neben der Falkschen Initiative und der rechtsförmlichen Gründung ist das Engagement des erwähnten Senatspräsidenten – inzwischen im Ruhestand – Freymuth. Nach eher subpolitisch-organisatorischen Differenzen war Freymuth am 12. Juli 1926 aus der Deutschen Liga für Menschenrechte ausgetreten. Binnen Monatsfrist wird sein Beitritt zur RBS berichtet; die Mitgliederversammlung wählte ihn sogleich in den Vorstand, aus dem die Liga-Geschäftsführer abgingen¹⁶. Es war dies mehr als eine Rochade von Personen, nämlich der auch personalpolitische Abschluß des erwähnten Emanzipationsprozesses der Beschwerdestelle von der Liga¹⁷. Diesem Vorstand sollte Freymuth, mit wechselnden Kollegen – darunter seit 1927 Hellmut v. Gerlach¹⁸ –, bis 1933 angehören, tatsächlich wuchs er über den bloßen Leiter einer Institution hinaus: Er betrieb – neben Falk als Geschäftsführer¹⁹ – die Beschwerdestelle²⁰, legte öffentlich Rechenschaft ab, zog Attacken auf sich, stritt publizistisch für diese Organisation, wurde schließlich mit ihr – "seinem" Werk – identifiziert. Nannte man Falk den "Vater" der RBS, so

Offensichtlich in diesem Zusammenhang zog die Geschäftsstelle der RBS im März 1929 nach Charlottenburg 1, Berliner Str. 137 (heute: Otto-Suhr-Allee) um (vgl. LA Berlin, Rep. 42 Acc. 2076 Nr. 9231, Bl. 61), in die Nähe von Freymuths Privatwohnung Schloßstr. 58.



den des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Magdeburg ³1929, S.72. Der "Stahlhelm" (10, 1928, Nr. 42 v. 14.10. 28) spottete, Falks RBS bekomme nun Konkurrenz.

Vgl. Mitgliederversammlung v. 14. 8. 26, LA Berlin, Rep. 42 Acc. 2076 Nr. 9231, Bi. 39. Weder hatte also – um auf zwei geläufige Legenden einzugehen – Freymuth die RBS gegründet, noch hatte dies Falk in Verbindung mit Freymuth getan (vgl. nur zuletzt Dieter Riesenberger, Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933, Göttingen 1985, S. 191), sondern Freymuth trat nach mehr als anderthalb Jahren in die Falksche Organisation ein.

Den Rückzug vor allem Lehmann-Rußbüldts und den ganzen Emanzipationsprozeß ignorieren Werner Fritsch in: Deutsche Demokraten. Die nichtproletarischen demokratischen Kräfte in der deutschen Geschichte 1830 bis 1945, Berlin 21982, S. 273; ebenso ders. in: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Bd. 1, Köln 1983, S. 751, und Reinhold Lütgemeier-Davin, Pazifismus zwischen Kooperation und Konfrontation. Das Deutsche Friedenskartell in der Weimarer Republik, Köln 1980, S. 80, die einfach die Personalkonstellation der Gründungsphase perpetuieren.

Bestellt in der Sitzung v. 8.3. 27, LA Berlin, Rep. 42 Acc. 2076 Nr. 9231, Bl. 52. v. Gerlachs Engagement übergehen seine Biographinnen: Ruth Greuner, Wandlungen eines Aufrechten. Lebensbild Hellmut v. Gerlachs, Berlin 1965 (Humanistische und revolutionär-demokratische Traditionen des Bürgertums, Bd. 16); Ursula Susanna Gilbert, Hellmut von Gerlach (1866–1935). Stationen eines deutschen Liberalen vom Kaiserreich zum "Dritten Reich", Frankfurt a. M. u. a. 1984 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 218). Dem Vorstand gehörten ferner an: Kapitän z. S. a. D. Lothar Persius (1926) bzw. der sächsische Polizeioberst a. D. Hermann Schützinger (1926–1933); seit 1927 blieb das Team FreymuthSchützinger-v. Gerlach unverändert. Von 1.1. 33 an trat, wie die "Deutsche Zukunft" (10, 1933, Nr. 3 v. 1. 2. 33) hervorhob, der General der Infanterie a. D. Berthold v. Deimling der RBS als Mitglied bei; ob damit personelle Perspektiven verbunden wurden, ist nicht bekannt.

Bestellt in der Sitzung v. 8.3. 27, LA Berlin, Rep. 42 Acc. 2076 Nr. 9231, Bl. 52; bis zu diesem Zeitpunkt hatte Falk auch dem Vorstand angehört. Undifferenziert bezeichnen Fritsch (in: Deutsche Demokraten, S. 273) und Biogr. Handbuch (S. 166) Falk einfach als Leiter der RBS.

müßte Freymuth die "Seele" heißen. Mit spielte dabei zweifellos, daß der rührige Falk eben ein politischer Niemand, dagegen Freymuth durch seine mannigfachen Aktivitäten in der linken, pazifistischen "scene" sehr bekannt war, ferner daß der "Senatspräsident am Kammergericht i.R." in einer noch titelgläubigen Zeit imponierte und schließlich, daß das Engagement eines alten Richters in solchen politischen Dingen allein schon Aufmerksamkeit gewährleistete.

2. Konzept und Tätigkeit

Das Konzept der RBS sah vor – nach der Formulierung der Satzung – erstens "die Förderung republikanischer Gesinnung" und zweitens "die Abwehr von Verletzungen der aus der Weimarer Reichsverfassung sich ergebenden Staatsbürger- und Beamtenpflichten"²¹. Die praktische Arbeit bestand zum allergrößten Teil darin, Beschwerde für einzelne und statt einzelner Petenten in drei bedeutenden Fallgruppen zu führen:

- Erstens, die RBS trat ein, wo der einzelne rechtlich abhängig war und deshalb nicht selbst die Sache verfolgen konnte; insbesondere betraf das Republikaner im wie man es damals nannte besonderen Gewaltverhältnis: Beamte, Soldaten, Schüler, Studenten.
- Zweitens, die RBS trat vor, wo der einzelne wirtschaftlich abhängig war und es sich aus ökonomischen Gründen nicht leisten zu können glaubte, offen einen Mißstand anzuprangern: der Fall der Geschäftsleute, aber im Prinzip sogar jedes Lohnabhängigen.
- Drittens, die RBS trat bei und betrieb Angelegenheiten, die der einzelne entweder wegen ihrer Schwierigkeit man denke an Zuständigkeitsfinessen oder wegen ihrer langen Zeitdauer die behördlichen Ermittlungen und Verwaltungsverfahren konnten sich durchaus über Jahre hinziehen nicht allein zu verfolgen vermochte.

Hauptbeispiele solcher Mißstände waren, u.a. nach den Tätigkeitsberichten der RBS²²:

– Amtliche Stellen verwendeten nach wie vor monarchische Hoheitszeichen, hängten Kaiserbilder aus²³, flaggten nicht ordnungsgemäß oder gar nicht. Die RBS forderte von den vorgesetzten Behörden Abhilfe.



^{§ 1} der Satzung, a. a. O., Bl. 7; vgl. die Notiz über die Gründung: "Republikaner, helft mit!" Die Brücke 1 (1924), Nr. 22, 2. Dez. Nr.; ferner: Was will die Republikanische Beschwerdestelle, Deutsche Zukunft 2 (1925), Nr. 8, 2. Apr. Nr.

Veröffentlicht wurden: Tätigkeitsbericht für 1926, Menschenrechte II (1927), Nr. 3 v. 1.2. 27, S. 14f.; FW 27 (1927), S. 89 (Auszug); Tätigkeitsbericht für 1929, FW 30 (1930), S. 184 ff. (Auszug). Ferner gab die RBS Zwischen-(Halbjahres-)Berichte, und auch die Landesstellen berichteten über ihre Tätigkeit.

Zu diesen beiden Punkten der früheren Hoheitszeichen und Herrscherbilder lagen nach zwei Willensbildungsdurchgängen in den Kabinetten Bauer und Wirth auf Reichsebene relativ klare Entscheidungen vor: Gemäß Kabinettsbeschluß vom 1.9. 19 waren sie zu beseitigen (Akten der Reichs-

- Oder: Kreisblätter und andere, meist provinzielle Presseorgane beschimpften die Republik und schmähten republikanische Staatsmänner. Die RBS erstattete Strafanzeige nach dem Republikschutzgesetz.
- Oder: Lehrer und Direktoren benutzten den Schulunterricht dazu, um die Schüler systematisch gegen Frankreich und Polen aufzuhetzen²⁴. Unter Berufung auf Art. 148 der Weimarer Reichsverfassung, der den Geist der Völkerversöhnung als Unterrichtsprinzip vorschrieb, beantragte die RBS Disziplinarverfahren.
- Oder: Schulbücher, vor allem Geschichts- und Lesebücher, feierten die Monarchie und verstießen ebenfalls gegen den Grundsatz der Völkerversöhnung. Die RBS wies alle Unterrichtsministerien auf die entsprechende Denkschrift eines sozialdemokratischen Pädagogen hin²⁵.

Schließlich ein bemerkenswertes Gegenbeispiel, bei dem die RBS nicht nur negativ kritisierte, sondern positiv zeigte, wie man es besser machen könne: Am 11. August 1928 war es am damaligen Werner-Siemens-Realgymnasium in Berlin-Schöneberg wegen der vorgeschriebenen Schul-Verfassungsfeier zu einem Skandal gekommen. Der Festredner hatte es fertiggebracht, zum Tag der republikanischen Verfassung zu sprechen, ohne auch nur einmal das Wort Republik in den Mund zu nehmen²⁶. Daraufhin veranstaltete der Schülerausschuß der Schule zehn Tage später eine von über 2000 Personen, meist Schülern, besuchte "Protest-Verfassungsfeier" im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates. Organisatorisch geholfen hatte bei dieser Veranstaltung die RBS, die Leitung übernahm Freymuth²⁷. Die Angelegenheit genoß erhebliche Publizität, und die Presse berichtete ausführlich²⁸. Die Bezirksversammlung von Schö-

kanzlei, Weimarer Republik, Kabinett Bauer, 21. Juni 1919 bis 27. März 1920, bearb. v. Anton Golecki, Boppard am Rhein 1980, S. 230 f.), vorbehaltlich des künstlerischen Ensembleschutzes. Für den Fall der Zuwiderhandlung war die Einleitung des Disziplinarverfahrens angedroht. Für Preußen galt ein entsprechender Erlaß der Staatsregierung vom 26. 2. 20. An den Willensbildungsprozessen im Reich fällt auf, wie unendlich langsam und betulich man diese notwendige Konsequenz des Regimewechsels zog.

Z. B. hatte der StR Walther Reichart von der Hohenzollern-Oberrealschule in Berlin-Schöneberg u. a. das Aufsatzthema gestellt: "Warum sind England, Frankreich und Polen unsere Feinde?" (Vw 504, 25. 10. 27 M).

Vgl. Die Menschheit 14 (1927), S. 138 (Nr. 19 v. 13.5. 27); verfaßt hatte die "Denkschrift über die deutschen Geschichts- und Lesebücher vor allem seit 1923" (Berlin 1927, 208 S.) Dr. Siegfried Kawerau, OStDir. am Köllnischen Gymnasium in Berlin, Mitbegründer des Bundes entschiedener Schulreformer; zur Person vgl. Jochen Huhn, Georg Siegfried Kawerau (1886–1936), in: Deutsche Geschichtsdidaktiker des 19. und 20. Jahrhunderts. Wege, Konzeptionen, Wirkungen, hrsg. v. Siegfried Quandt, Paderborn u. a. 1978, S. 280–303; zur Denkschrift a. a. O., S. 288–291.

Vgl. Auch eine Verfassungsfeier! BT 378, 11.8. 28 A; Vw 379, 12.8. 28 S. "Eine der seit Jahren zur Feier des Verfassungstages allgemein beliebten "Umgehungsreden", diagnostizierte die Zeitschrift des Deutschen Republikanischen Lehrerbundes (Wegweiser 5, 1928, S. 86–89). Einführend zu den Verfassungsfeiern vgl. Gotthard Jasper, Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922–1930, Tübingen 1963 (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 16), S. 229–239.

²⁷ Vgl. Freymuth, Erklärung, WaM 49, 3. 12.28.

Vgl. Die Jugend feiert die Verfassung, Vw 396, 22. 8. 28 A; FZ 627, 22. 8. 28 A; BT 397, 23. 8. 28 M; VossZ 201, 23. 8. 28; RB 5 (1928), S. 233 (Nr. 29 v. 2. 9. 28); Deutsche Republik 2 (1927/28), S. 1562



neberg, die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin²⁹ sowie schließlich der Preußische Landtag³⁰ debattierten die Affäre.

Die politische Linie der RBS ist mit diesen Beispielen für die längste Zeit ihrer Arbeit skizziert: Republik gegen Monarchismus, Völkerversöhnung³¹ wider Nationalismus. Von 1931 an sollte sich das erste Charakteristikum wandeln. An die Stelle des Kampfes gegen die doch allmählich erledigte monarchistische Restauration trat die Auseinandersetzung mit dem bedrohlich heraufziehenden Nationalsozialismus.

Welche politischen Kräfte unterstützten die Arbeit der RBS? Blickt man in die Verbandspublizistik, sucht man Berichte über Erfolge der RBS oder Worte der Verteidigung, wenn sie attackiert wurde, so zeigt sich ein bemerkenswertes Spektrum: Von der Sozialdemokratie, dem freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold über die freischwebende Linke um "Weltbühne" und "Tage-Buch" bis zu den Pazifisten mit ihren verschiedenen Fraktionen. Personalpolitisch fallen immer wieder radikale (Deutsch-) Demokraten auf³². Die RBS gehörte dem im März 1931 entstandenen Kartell der republikanischen Verbände³³ und über dieses der im Dezember desselben Jahres gebildeten Eisernen Front an³⁴.

An ihre Informationen kam die RBS in drei Stufen heran. Zunächst galt es einfach, "die gesamten Vorgänge des öffentlichen Lebens sowie die Mitteilungen der Presse aufmerksam zu verfolgen"³⁵ und aufzugreifen, was Anstoß erregte. Diese Methode verdient Hervorhebung angesichts des geläufigen vorschnellen Vorwurfs der Spitze-

(H. 48 v. 31.8. 28); dagegen: Schwarzrotgoldene Schülerdemonstration, NPrKZ 395, 22.8. 28 A; DAZ 392, 22.8. 28 A; Der Tag 202, 23.8. 28.

Stenographische Berichte über die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Berlin, Jg. 1928, Anfrage der Stadtv. Paul Lüdicke (DNVP) u. Parteifreunde und Paul Schwarz (DVP) u. Parteifreunde, Sitzung v. 13.9.28, S. 639; Antwort und Besprechung in Sitzung v. 11.10.28, S. 706-718; Unterhaltsträger des Gymnasiums war die Stadt Berlin.

Große Anfrage Nr. 15 des Abg. Dr. Friedrich v. Winterfeld (DNVP) u. Fraktion, prLT Ds 193 v. 30. 8. 28, Besprechung LT 7. 11. 28, Sp. 1054–1077, 8. 11. 28, Sp. 1084–1160.

Unscharf nennt H. Donat (in: Die Friedensbewegung, S. 107) die RBS eine Kampforganisation für Republik und "Pazifismus". Zu letzterem verpflichtete nämlich, im Unterschied zur Völkerversöhnung (Art. 148 WRV), die Weimarer Reichsverfassung keineswegs, womit die konstitutionalistische Arbeitsgrundlage der Beschwerdestelle entfiel.

Jin erster Linie steht hier natürlich v. Gerlach, der von ihrer Gründung bis 1922 der DDP angehörte. Vom Geschäftsführer Falk behauptet Lütgemeier-Davin (S. 80), er sei Mitglied der DDP gewesen. Verifizieren ließ sich dies nach dem Organisationshandbuch der Deutschen Demokratischen Partei, hrsg. v. d. Reichsgeschäftsstelle, Berlin 1926, nicht; nahe liegt, daß es sich um eine Konsequenz der Verwechslung mit dem JR Bernhard Falk prMdL (DDP) handelt. Zu Semank siehe Anm. 42, zu Reinheimer siehe Anm. 59.

33 Die Gründung dieses Kartells ist dokumentiert in Wegweiser 8 (1931), S. 114-121 (Nr. 2/3, Mai). Nicht zu verwechseln mit dem früheren Versuch eines Zusammenschlusses im "Republikanischen Reichskagtell", von dem Lütgemeier-Davin (S. 81) berichtet.

³⁴ Vgl. Irmgard Weber in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, Berlin 1968, Bd. II, S. 634.

35 Tätigkeitsbericht für 1929, FW 30 (1930), S. 185.



lei. Tatsächlich leitete die RBS oft ausdrücklich Zeitungsmeldungen den Behörden zu, bearbeitete also im Prinzip bekannte Vorfälle auf ihre Weise, sei es, daß sie gleichsam den Transport von der Provinz in die Hauptstadt besorgte, sei es, daß sie auf peinlich-korrekte Behandlung drang, wo man ansonsten sich arrangiert hätte. Alsdann wurde mit steigendem Bekanntheitsgrad natürlich unveröffentlichtes Material an sie herangetragen, etwa von republikanischen Zeitungen, Organisationen oder Abgeordneten, aber eben auch von einzelnen Bürgern. Nun wurde also nicht - wie auf der ersten Stufe – Öffentlichkeit verstärkt, sondern solche erst hergestellt, wurden Vorkommnisse an die Öffentlichkeit, wie man das nannte, "gezerrt". Wenn das organisiert geschah – und immerhin rühmte sich die RBS selbst, sie habe "im ganzen Reich eine große Anzahl Vertrauensleute, die ihr über die in ihrem Gebiet vorkommenden Fälle berichten"36 -, dann war auf dieser Ebene der Gewährsleute der Vorwurf der Spitzelei und Denunziation jedenfalls nicht von vornherein zurückzuweisen. Als dritte Stufe ist die gezielte Informationsbeschaffung zu nennen, die nur in einem Falle bekannt ist und trotz der außergewöhnlichen Anlage dieses Falles mit größtem Unbehagen registriert werden muß: Auf dem Höhepunkt des Konflikts zwischen dem Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht und dem SPD-geführten Kabinett Hermann Müller im Zusammenhang mit dem Young-Plan erließ die RBS einen öffentlichen Aufruf, ihr Material gegen Schacht über dessen Personalpolitik in der Reichsbank zukommen zu lassen³⁷, und versandte noch einen entsprechenden Rundbrief an frühere Reichsbankbeamte³⁸ - womit sie durchaus Erfolg hatte³⁹.

Im nächsten Arbeitsschritt prüfte die RBS die bei ihr eingegangenen Informationen sorgfältig und schied, wie sie betonte, nicht stichhaltige Mitteilungen aus. Indes ist nicht zu verkennen, wenn man den Erscheinungswandel mancher Fälle in den Akten verfolgt, daß jene Sorgfalt der Tatsachen-Überprüfung mitunter zu wünschen übrig ließ, daß die Beschwerdestelle manchmal – salopp gesagt – zu schnell "schoß". Da nutzte es später dann auch wenig, daß sich die Beschwerdestelle bei einer Tartaren-Nachricht ausdrücklich auf irgendein Provinzblatt bezogen hatte. Nicht der Zei-

Vgl. WaM 4, 27. i. 30 ("aktenmäßig belegte Fälle").
Weder Schacht in seinen Erinnerungen (Hjalmar Schacht, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953) noch seine Biographen Amos E. Simpson (Hjalmar Schacht in Perspective, The Hague-Paris 1969) und Heinz Pentzlin (Hjalmar Schacht, Leben und Wirken einer umstrittenen Persönlichkeit, Berlin u. a. 1980), noch Helmut Müller in seiner Studie (Die Zentralbank – eine Nebenregierung, Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht als Politiker der Weimarer Republik, Opladen 1973) gehen auf den Vorgang ein.



³⁶ Ebenda, S. 184.

³⁷ Aufruf abgedruckt in BT 29, 17. 1. 30 A; eröffnet hatte diesen Nebenkriegsschauplatz Mitte Dezember 1929 das "Berliner Tageblatt" (Die Personal-Politik der Reichsbank, BT 587, 13. 12. 29 M).

Wortlaut des Rundbriefs (undatiert, gezeichnet von den beiden Sekretären Löwenstein und Falk) in Stahlhelm 12 (1930), Nr. 7 v. 16. 2. 30; abgedruckt bei Theodor Fritsch (Hrsg.), Handbuch der Judenfrage, Die wichtigsten Tatsachen zur Beurteilung des jüdischen Volkes, Leipzig 30 1931, S. 232. Schon in seiner Unterredung mit RK Müller am 3. 2. 30 klagte Schacht über diese Methode (Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, Das Kabinett Müller II, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930, bearb. v. Martin Vogt, Boppard am Rhein 1970, S. 1421).

tungsredakteur, der nicht recherchiert oder die Sache aufgebauscht hatte, zog den Unwillen von Obrigkeit und konservativem Publikum auf sich herab, sondern die RBS, die aus dem Fällchen eine Staatsaffäre gemacht hatte. Anders lagen jene "außenpolitischen" Fälle, in denen der Sachstand unstreitig war, aber die Sekretäre Falk und Löwenstein mit der Bewertung angesichts der diffizilen Materien des deutschen Konsular- oder internationalen Flaggenrechts und dergleichen überfordert waren. Es zeigt einen Mangel in der Führungsstruktur der RBS, daß ihre rührigen Geschäftsführer auch in solchen Bereichen frisch drauflos petitionierten – und peinliche Verwicklungen auslösten⁴⁰ –, obwohl die Mitglieder ihres Vorstandes zu Behutsamkeit und zur Beiziehung von Fachleuten hätten raten müssen.

Zur Abhilfe nahm die RBS in erster Linie die (inner-) behördlichen Sanktionsmechanismen des Straf-, Disziplinar- und Aufsichtsrechts in Anspruch. Fruchteten diese nicht, nutzte sie die politischen Kontrollmöglichkeiten auf der parlamentarischen Ebene und in der Presse. Bei den Zeitungen waren "Vorwärts" und "Berliner Tageblatt", unter den Zeitschriften "Reichsbanner", "Weltbühne" und "Tage-Buch" aufgeschlossen; die pazifistischen Organe "Friedenswarte", "Das Andere Deutschland", "Die Menschheit", "Deutsche Zukunft" sowie der ebenfalls pazifistisch ausgerichtete Dortmunder "Generalanzeiger" öffneten sich zumindest für jene Fälle, die sie besonders betrafen. Gegen Ende der Republik kam noch der "Alarm" hinzu, das antinazistisch fixierte Boulevard-"Kampfblatt gegen Volksbetrug und Volksverhetzung", das regelmäßig über Aktivitäten der Beschwerdestelle berichtete. Das Hausblatt sozusagen der RBS aber war die "Welt am Montag" v. Gerlachs, der die Beschwerdestelle schon 1924 gefördert hatte, seit 1927 - wie erwähnt - ihrem Vorstand angehörte und Ende 1929 einen kleinen Erfolg bei den üblichen Verfassungsfeier-Querelen mit dem Stoßseufzer kommentierte: "Es ist wirklich ein Segen, daß wir die Republikanische Beschwerdestelle haben . . . "41

Die Organisation der RBS gliederte sich bald föderal. Schon im August wurde der wohl besonders "dankbare" Geschäftsbereich des unterfränkischen DDP-Parteise-kretärs Dr. Alfred Semank zu einer eigenen "Landesstelle Bayern" mit Sitz in Würzburg ausgebaut⁴². Im Herbst desselben Jahres begann die "Republikanische Abwehrstelle Bremen" mit ihrer Arbeit⁴³, die sich im März 1926 als eigener Verein konstituierte⁴⁴. Unter dem Gewerkschaftssekretär Jakob Kuhn⁴⁵ als 1. Vorsitzendem



Fälle aus den Jahren 1928/29 in PA AA Bonn, Ref. D Po.5 Eingaben der Republikanischen Beschwerdestelle, Bd. 1.

⁴¹ WaM 49, 9, 12, 29.

⁴² Fränkischer Volksfreund. Sozialdemokratisches Organ für Unterfranken, 18 (1925), 181, 11.8. 25; vgl. Die Menschheit 12 (1925), S. 229 f. (Nr. 35 v. 28. 8. 25). Es handelte sich bei dieser Stelle um eine unselbständige Einrichtung des Berliner Vereins. Zu Dr. Semank vgl. Organisationshandbuch, S. 36, 330.

⁴³ StA Bremen, 4, 65-1023; Bremer VZ 219, 19.9. 25.

⁴⁴ Vgl. StA Bremen, 4,75/7 - VR 596, Bl.6.

⁴⁵ Zur Person vgl. Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, Berlin 1927, S. 231; von Mitte 1929 an übernahm Walter Westphal das Amt des Vorsitzenden, vgl. StA Bremen, 4,75/7 – VR 596, Bl. 11.

wirkte der republikanische Aktivist Walter Geerdes⁴⁶ als Geschäftsführer der Abwehrstelle, die im Volkshaus ihren Sitz nahm. Im Herbst 1926 richtete der Vorstand der RBS Zweigstellen in Breslau und in Königsberg i. Pr.⁴⁷ sowie eine Landesstelle Württemberg in Stuttgart ein⁴⁸. Letztere leitete der Bankbeamte Erich Franck zusammen mit dem Kaufmann Fritz Welter; als parlamentarischer Fürsprecher galt der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Kurt Schumacher. 1929 schließlich wird von einer Filiale in der Pfalz unter Leitung des Ludwighafener Rechtsanwalts Friedrich Wilhelm Wagner – zugleich Vorsitzenden des Gaues Pfalz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und bald darauf SPD-Reichstagsabgeordneten – berichtet⁴⁹.

Über das Arbeitsvolumen der RBS gibt es einige Zahlen aus veröffentlichten Tätigkeitsberichten und internen Schriftwechseln. Danach bearbeitete sie im ersten Jahr ihres Bestehens (1924) 238 Fälle⁵⁰, in den drei Jahren bis Ende 1926 zusammen 1600 Fälle (aber wohlgemerkt ohne Sachen aus Bayern⁵¹, Bremen und Württemberg)⁵², ferner 1927 mehr als 600 Fälle⁵³ und im Jahre 1929 640 Fälle⁵⁴. Zur Einschätzung dieser Daten hier die Zahlen der Rechtsstelle der Deutschen Liga für Menschenrechte: 1926 765 Fälle, 1927 3917 Fälle und 1929 4220 Fälle⁵⁵, d.h. von einem ungefähren Gleichstand per 1926 aus entwickelte sich der Geschäftsumfang der Liga rasch auf das Sechs- bis Siebenfache, während die RBS bei ungefähr 600 bis 700 Fällen pro Jahr verharrte. Eine strukturelle Analyse erklärt freilich, daß Fälle aus der Sparte "Wohlfahrts-, Fremden-, Zivil-, Irrensachen und Fremdenlegion" bei der Liga die große Masse ausmachten, während die RBS mit ihren qualitativ anders gelagerten, politischeren Fällen gar nicht in diesem Sinne Konjunktur haben konnte. Bei der Frage nach dem Erfolg der RBS ist man zunächst auf die gleichen Zahlen angewiesen. Demnach errechnete die Beschwerdestelle selbst für die jeweiligen Berichtszeiträume eine Erfolgsquote von 29,4%, von mehr als der Hälfte bzw. von 57,2% der Fälle, in denen also der Beschwerde entsprochen worden war.



⁴⁶ Zur Person vgl. Wolfgang Wehowsky, Geerdes, in: Bremische Biographie 1912–1962, bearb. v. Wilhelm Lührs, Bremen 1969, S. 174 f.

⁴⁷ Für diesen Hinweis danke ich Herrn Lütgemeier-Davin, Kassel (Brief v. 7.5. 85).

⁴⁸ Lageberichte W 43/26 und W 1/27 des Pol Präs. Stuttgart, Auszüge in StA Bremen, 4, 65-1022, Bd. 31, 34.

⁴⁹ Vgl. NPrKZ 8, 5. 1. 29 M; Stahlhelm 11 (1929), Nr. 1 v. 6. 1. 29; zur Person vgl. Wer ist Wer? 11 (1951), S. 705.

Vgl. DLfM, Vorstand, Programm etc., S. 16; 112 Fälle wurden noch unter dem Jugendbund bearbeitet, 126 Fälle nach der Verselbständigung; vgl. Was will die Republikanische Beschwerdestelle, Deutsche Zukunft 2 (1925), Nr. 8. 2. Apr. Nr.

Die Landesstelle Bayern erhob im ersten Jahr ihres Bestehens (1925/26) 71 Beschwerden, nach Dr. Semank, "Die königlich bayerische Republik!" Fränkischer Volksfreund 167, 26.7. 26; 42 davon blieben ohne Antwort.

⁵² Vgł. Tätigkeitsbericht für 1926, Menschenrechte II (1927), Nr. 3 v. 1. 2. 27, S. 14 f.

⁵³ Vgl. RBS (gez. Falk) an prJM Hermann Schmidt v. 8.3. 28, GStA PK Berlin, Rep. 84a/4363, Bl. 77-91 (89).

⁵⁴ Vgl. Tätigkeitsbericht für 1929, FW 30 (1930), S. 184ff.

⁵⁵ Vgl. Menschenrechte 6 (1931), S. 28 (Nr. 2 v. 25. 2. 31).

Über der finanziellen Potenz der RBS liegt, wie üblich, der dichteste Schleier. Was die Deutsche Liga für Menschenrechte Ende 1924 an Kosten trug, machte jedenfalls, aufs Jahr hochgerechnet, 2369 RM aus. Nach den Angaben eines Spendenaufrufs läßt sich für 1931, bei allerdings wohl auch erheblich höherem Arbeitsanfall, überschlägig ein Etat zwischen 6000 und 10000 RM errechnen⁵⁶. Indes scheint die Beschwerdestelle aus ihrer beengten finanziellen Situation nicht herausgekommen zu sein⁵⁷. Übrigens gibt es auch Anhaltspunkte dafür, daß die RBS von dem Weimarer Skandal der verdeckten Finanzierung pazifistischer Organisationen durch ausländische Fonds mitbetroffen war⁵⁸.

3. Konterstrategien

Eine Einrichtung wie die RBS konnte aus politisch-psychologischen Gründen "oben" gar nicht auf Gegenliebe stoßen. Auch wenn die Zusammenarbeit mit den preußischen Innenbehörden seit Carl Severing einmal sogar "sehr gut" geheißen wird⁵⁹ und wenn dessen Nachfolger Albert Grzesinski gegenüber seinen Ministerkollegen daran



Jahrgang 35 (1987), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

Vgl. Freymuths Aufruf nach dem Beschluß des Preußischen Landtags v. 7.5. 31 "Republikaner, schützt die Republikanische Beschwerdestelle!" (WaM 22, 1.6. 31, auch in: RB 8 [1931], S. 196 [Nr. 25 v. 20.6. 31]): "Wenn 2000 Republikaner jedes Jahr einmal 3 bis 5 Mark geben, so ist unser bescheidener Haushalt gerettet." Die RBS erhob übrigens satzungsgemäß (§ 3 Abs. 2) keine Mitgliedsbeiträge. Bei den Ausgaben ist festzuhalten, daß die RBS durchweg zwei Geschäftsführer bzw. Sekretäre beschäftigte (und wohl auch auslastete): Fritz Rosenthal, Alfred Falk und Elisabeth Bihler, endlich Paul Loewenstein; Anfang 1926 hieß es freilich, "sämtliche Sekretäre der Organisation (würden) ohne Bezahlung arbeiten" (Sonntags-Zeitung 3, 17.1. 26).

⁵⁷ Ende 1932 mußte die RBS der "Deutschen Zukunft", der ihr recht gewogenen Halbmonatsschrift der norddeutschen Friedensbewegung, gestehen, es sei ihr unmöglich, "bei unserem schwachen Etat Ihr Blatt zu abonnieren" (Deutsche Zukunft 9 [1932], Nr. 24 v. 15. 12. 32); die "Deutsche Zukunft" kostete damals 1,50 RM vierteljährlich.

Friedrich Wilhelm Foerster schrieb jedenfalls am 18.9. 28 an Anni Röttcher, er habe "im letzten Frühjahr ziemlich erhebliche Summen" verschickt, unter anderem 6000 RM an den Westdeutschen Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft in Hagen. Dabei habe es sich um den "Moritz-Fonds" gehandelt, "den ich nach den letzten Abmachungen mit den Betreffenden unter Liga (sc. für Menschenrechte), (sc. Westdeutschem Landesverband in) Hagen und (sc. Republikanischer) Beschwerdestelle zu verteilen hatte"; zit. bei Kurt Hiller, An den Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft, WB 26 (1930) 2, S. 3–9 (7) (Nr. 27 v. 1.7. 30). Zum Zusammenhang vgl. Friedrich-Karl Scheer, Die Deutsche Friedensgesellschaft (1892–1933). Organisation, Ideologie, politische Ziele. Ein Beitrag zur Geschichte des Pazifismus in Deutschland, Frankfurt/Main ²1983, S. 586 ff.

So Reinheimer, Die Republikanische Beschwerdestelle, RB 7 (1930), S. 415 (Nr. 52 v. 27. 12. 30); quellenkritisch ist zu beachten, daß der Deutschdemokrat Reinheimer (zur Person vgl. K. Holl in: Die Friedensbewegung, S. 324 f.) natürlich für die RBS warb, also dazu neigte, Erfolge zu betonen und Schwierigkeiten herunterzuspielen. Tatsächlich gab Severing auf einer Konferenz der preußischen Ober- und Regierungspräsidenten am 11. 12. 25 mündlich Richtlinien für die Behandlung der Eingaben der RBS (vgl. prMdI Grzesinski an MinPräs. und StM v. 22. 12. 26, GStA PK Berlin, Rep. 84a/4363, Bl. 43) – unbekannten Inhalts im einzelnen, aber jedenfalls mit positiver Grundhaltung.

festhielt, daß "der Zweck der Tätigkeit der Republikanischen Beschwerdestelle nur gebilligt werden" könne⁶⁰, ist doch im Grundsatz davon auszugehen, daß die Beschwerdestelle zumindest lästig war. Wer die "Abschußlisten" der Beamten liest, die auf Grund von Eingaben der RBS dienstaufsichtlich zur Verantwortung gezogen wurden ("... ein Regierungsvizepräsident, fünf Landräte, neun Bürgermeister, ... neunzehn Lehrer...")⁶¹, spürt förmlich den Widerstand und die Wut, die solches Vorgehen hervorrufen mußte. Falk wurde wohl ohne Übertreibung Ende 1930 zu den "bestgehaßten Leuten in Deutschland" gezählt⁶². Andererseits läßt sich pointieren: Zumindest lästig mußte die Beschwerdestelle sein, wenn sie effektiv werden wollte, und war es ihr anzulasten, daß so vieles Anstoß erregte? Hier interessieren nun besonders die Konterstrategien der politischen Spitzen in Exekutive und Administrative sowie im parlamentarischen Raum.

Erste und beliebteste Konterstrategie war die Kommunikationsverweigerung. Die RBS hatte schon Mitte 1925 vom "Schöpfer" der Weimarer Reichsverfassung Hugo Preuß ein Gutachten über die Tragweite des Petitionsrechts nach Art. 126 WRV eingeholt, das sie als Basis ihrer Tätigkeit regelmäßig anzuführen pflegte⁶³. Demnach korrespondierte dem Recht des Petenten, sich mit einer Beschwerde an die zuständige Behörde zu wenden, eine Pflicht dieser Behörde, die Beschwerde sachlich zu prüfen – salopp gesagt: kein Petitionsrecht für den Papierkorb –, und gewährte das Petitionsrecht obendrein einen Anspruch auf sachlichen Bescheid⁶⁴. Zu diesem letzten Punkt nun ordnete bereits im Juni 1925 – nach einem halben Jahr selbständiger Aktivität der RBS und fast ebenso langem Versuch der Ressortabklärung – der deutschdemokratische Reichswehrminister Otto Geßler für seinen Bereich an, daß eine Beantwortung der Beschwerden zu unterbleiben habe⁶⁵. Vorangegangen war auf diesem Weg zu Beginn des Jahres ein anderer Deutschdemokrat, der mecklenburg-strelitzsche Kultusminster Roderich Hustaedt⁶⁶. Anfang 1927 kündigte der württembergi-

⁶⁶ Vgl. Hustaedts Mitteilung "ein für allemal" v. 25. 1. 25, "daß wir keine Veranlassung haben, auf die von der republikanischen Beschwerdestelle eingereichten Beschwerden einzugehen", veröffentlicht in WaM 11, 16.3. 25.



⁶⁰ Ebenda.

⁶¹ Vgl. Tätigkeitsbericht für 1929, FW 30 (1930), S. 184 ff. (186). Typische Reaktion darauf: "Erfolge", Stahlhelm 12 (1930), Nr. 31 v. 3. 8. 30.

⁶² Warum Republikanische Beschwerdestelle?? Generalanzeiger, Dortmund, 312, 12.11.30.

⁶³ Gutachten v. 13.7. 25, vgl. Tätigkeitsbericht für 1929, FW 30 (1930), S. 184ff. (185); ferner Freymuth, Verletzung der Reichsverfassung, Preußischer Landtag und Republikanische Beschwerdestelle, RB 8 (1931), S. 269 (Nr. 34 v. 22. 8. 31).

Dies war bereits für die Weimarer Zeit herrschende Meinung, vgl. den Überblick bei Diether H. Hoffmann, Das Petitionsrecht, jur. Diss. Frankfurt a. M. 1959, S. 34 f., und im besonderen Karl Hüfner, Art. 126, in: Die Grundrechte und Grundpflichten der Reichsverfassung. Kommentar zum zweiten Teil der Reichsverfassung, hrsg. v. Hans Carl Nipperdey, Berlin 1930, Bd. II, S. 176-192.

Vgl. RWehrM Geßler an StS RK v. 23.6. 25, BA Koblenz, R 43 I/768; diese Linie hatte schon Oberstltnt. v. Schleicher in einem gereizten Schreiben an den StS RK v. 24.12. 24 angeregt (a. a. O., Bl. 63) und hatte damit das monatelange Tauziehen in Gang gesetzt, vgl. dazu Lütgemeier-Davin, S. 81 f. Die Auseinandersetzung endete mit dem Beschluß des Reichskabinetts v. 12.8. 26, daß die Eingaben der RBS "grundsätzlich an das RMdI abgegeben" werden sollten (a. a. O., Bl. 106).

sche Staatspräsident Wilhelm Bazille (DNVP) der Landesabteilung Württemberg der RBS ein gleiches Verhalten an⁶⁷. 1931 untersagte das Preußische Justizministerium per Hausverfügung vier Monate lang die Bescheiderteilung⁶⁸, und nach dem "Preußenschlag" vom 20. Juli 1932 gab das Kabinett der Reichskommissare ganz restriktive Richtlinien: Bescheide waren stets im Benehmen mit dem Ministerpräsidenten zu erteilen⁶⁹, bald durften nachgeordnete Behörden überhaupt nicht mehr antworten⁷⁰.

Wohlgemerkt, das Eingaberecht und die Prüfungspflicht, immerhin schon landrechtliche Grundsätze (§ 156 II 20 ALR⁷¹), standen außer Streit. Aber die Bescheiderteilung wurde als dispositiver Bereich behandelt, einfachhin und quasiselbstverständlich oder im Falle des württembergischen Staatspräsidenten Bazille mit der Begründung, beantwortet würden nur Eingaben, mit denen der Beschwerdeführer ein subjektives Recht oder wenigstens ein rechtlich anerkanntes Interesse verfolge, während aus der Beantwortung von auf die allgemeine Wahrnehmung öffentlicher Interessen gerichteten Popularbeschwerden "eine unerträgliche Geschäftslast für die Behörden entstände". So sehr diese begriffliche Differenzierung zutraf, so haltlos war die Ableitung unterschiedlicher Rechtsfolgen – und so gravierend waren die praktischen Konsequenzen. Ob es darum ging, bei schleppenden Ermittlungen nachzuhaken oder bei behördlicher Unwilligkeit die Sache auf die parlamentarische oder publizistische Ebene zu heben, ob die Effektivität ihrer Tätigkeit intern eingeschätzt oder ihr Nutzen nach außen propagiert werden sollte, stets mußte es die praktische Arbeit der RBS enorm behindern, daß die Staatsinstanzen sich derart abschirmten. Freymuth und seine Vorstandskollegen kamen denn nicht umhin, in ihrem Tätigkeitsbericht für 1929 Bazille den Triumph zu lassen, daß die Arbeit der Landesstelle Württemberg vorläufig eingestellt werden mußte⁷².

Noch einen Schritt weiter ging die zweite Strategie, mit der sich Regierungen sogar der Prüfungspflicht zu entziehen suchten. Prononciert verfocht dies die Bayerische Staatsregierung. Ausgehend von einer verengten Konzeption des Petitionsrechts, das einer juristischen Person wohl im Eigeninteresse zustehe, im übrigen aber als Grundrecht an die Person des Beschwerdeführers gebunden sei und von diesem selbst ausgeübt werden müsse, erklärte sie es einfach für eine "Umgehung der in Art. 126 (sc.



⁶⁷ Vgl. Bazille an RBS, Landesabteilung Württemberg, v. 8.2. 27, Abschrift in BayHStA München, Abt. II MA 103 199.

⁶⁸ Hausverfügung v. 5.6. 31, GStA PK Berlin, Rep. 84a/4363, Bl. 121; aufgehoben per 5. 10. 31, a. a. O., Bl. 129.

⁶⁹ Vgl. Beschluß des StM, Prot. der Sitzung v. 4. 8. 32, a. a. O., Bl. 135; dazu MdI an MinPräs. und StM v. 23. 8. 32, a. a. O., Bl. 143.

Vgl. RdErl. d. MdI. zgl. i. N. d. MPräs. u. sämtl. StM. v. 7.9. 1932 – 1 c 516 IV – Verkehr mit der Republikanischen Beschwerdestelle, MBliV S. 917; auch mitgeteilt durch AV. d. JM. v. 22. 9. 32 – I 10 171 – JMBl. S. 225.

Vgl. Hartwig Sengelmann, Der Zugang des einzelnen zum Staat, abgehandelt am Beispiel des Petitionsrechts. Ein Beitrag zur allgemeinen Staatslehre, Hamburg 1965 (Schriften der Freien Gesellschaft, 2), S. 37 f.

⁷² FW 30 (1930), S. 184 ff. (184); Mitte 1929 wird sie bei den vorgedruckten Angaben auf den Geschäftsbriefen der RBS nicht mehr aufgeführt.

der Weimarer Reichsverfassung) enthaltenen Rechtsnorm", wenn Personen "unter Benützung der Bestimmungen des bürgerlichen Rechts ein neues Rechtssubjekt schaffen, das ausschließlich dazu dienen soll, die Ausübung des Petitionsrechts anderer gewissermaßen zu organisieren und es dadurch, daß die eingereichten Eingaben auf das dem Verein als Rechtspersönlichkeit angeblich zustehende Petitionsrecht gestützt werden, zu ermöglichen, daß die wahren Beschwerdeführer ungenannt bleiben". Mithin müsse besonders geprüft werden, "ob es sich nicht in Wirklichkeit um anonyme Eingaben handel(e)"73 mit der Rechtsfolge der Unwirksamkeit; dann würde also nicht nur die Bescheidung, sondern bereits die Bearbeitung unterbleiben. Indes war jene Ausgangskonzeption ohne normative Grundlage. Art. 126 WRV galt für natürliche wie für juristische Personen und schützte Petitionen im Eigen- wie im Gemeininteresse; die teilweise zutreffenden sozialen Beobachtungen der bayerischen Ministerialen trugen nicht ihre Rechtsausführungen contra constitutionem⁷⁴. Die Praxis freilich sah noch einmal anders aus, jedenfalls registrierte der Geschäftsführer der Landesstelle Bayern im Sommer 1926 mit Befriedigung, daß "sich in letzter Zeit auch bayerische Behörden an eine ordnungsgemäße Behandlung der Eingaben (gewöhnten)"75.

Ende desselben Jahres gewann in Preußen, nach einer Initiative des deutschdemokratischen Kultusministers Carl Heinrich Becker, sein Zentrums-Kollege vom Landwirtschaftsressort Heinrich Steiger drei weitere Minister ihrer Couleur und damit die große Mehrheit des Staatsministeriums für seinen Vorschlag, Eingaben der RBS, mit engen Ausnahmen, grundsätzlich unberücksichtigt zu lassen⁷⁶. Ohne daß man sich der Mühe vertiefter rechtlicher Prüfung unterzogen hätte, nahm man wohl eine Art Verwirkung an, wenn die gebotene "Selbstbeschränkung und Mäßigung" nicht beobachtet würde. Doch auch dieser Plan scheiterte an der Verfassungsrechtslage, die der einzige sozialdemokratische Fachminister Grzesinski mit einem Gutachten seines Verfassungsreferenten klarstellte⁷⁷. Nachdem sein Parteifreund Minister-

⁷⁷ Grzesinski an MinPräs. und StM v. 22. 12. 26, a. a. O., Bl. 39–43; Gutachten v. 17. 11. 25 als Anlage 3, a. a. O., Bl. 49–53.



Antwort des StMdI Karl Stützel (BVP) v. 21.1. 26 (bayLT Beil. 1797) auf die Kurze Anfrage des Abg. Andreas Zitzisperger u. Gen. (Völkischer Block) v. 27.8. 25 (bayLT Beil. 1499), teilweise auch mitgeteilt in BayVBl. 74 (1926), S. 232 f.

Gegen die bayerische Rechtsauslegung auch Fritz Poetzsch-Heffter, Handkommentar der Reichsverfassung vom 11. August 1919. Ein Handbuch für Verfassungsrecht und Verfassungspolitik, Berlin 31928, Art. 126 Anm. 3; unkritisch zustimmend dagegen Erwin Kaufmann, Das Petitionsrecht (Eingaberecht) im Reich und in Bayern, jur. Diss. Würzburg 1931, S. 27. Der von der RBS um Unterstützung angegangene RIM Wilhelm Külz begnügte sich mit dem Hinweis darauf, daß es sich um eine innerbayerische Angelegenheit handele, vgl. Semank, "Die königlich bayerische Republik!", Fränkischer Volksfreund 167, 26.7. 26.

⁷⁵ Semank, ebenda.

Vgl. Steiger an MinPräs. und StM v. 8.11. 26, GStA PK Berlin, Rep. 84a/4363, Bl. 23; ebenso FinM Hermann Höpker-Aschoff (DDP) v. 20.11. 26, a.a. O., Bl. 25; Min. f. Handel u. Gewerbe Walther Schreiber (DDP) v. 25.11. 26, a.a. O., Bl. 27; JM Hugo am Zehnhoff (Z) v. 13. 12. 26, a.a. O., Bl. 33; vgl. KuM Becker v. 27. 10. 26, a.a. O., Bl. 17 ff. (19).

präsident Otto Braun sich Grzesinski angeschlossen hatte⁷⁸, war die Attacke abgeschlagen⁷⁹.

In einer dritten Strategie versuchte man, die Arbeit der RBS über die Bloßstellung ihrer Gewährsleute lahmzulegen (auf der oben herausgearbeiteten zweiten Stufe des Informationsbezugs). In der parlamentarischen Variante suchte seit 1928 die DVP durchzusetzen, daß Eingaben der RBS nur noch dann geprüft werden sollten, wenn ihre Quelle dabei angegeben wäre; es ging wohlgemerkt nicht um die Zeugen und sonstigen Beweismittel, welche die Beschwerdestelle angab, sondern um die Gewährsleute, praktisch also um jene entschiedenen Republikaner, die irgendeinen Mißstand nicht einfach hinzunehmen gewillt waren⁸⁰. Was sich biedermännisch Kampf gegen anonyme Denunziation nannte, sollte augenzwinkernd natürlich genau jenen rechtlichen und sozialen Druck auf den Aufmüpfigen herabziehen, den abzufangen zum guten Teil der Sinn der RBS überhaupt war. Seit 1928 im Preußischen Landtag verfolgt⁸¹, vom Preußischen Richterverein unterstützt⁸², war jener volksparteilichen Initiative im Mai 1931 ein Etappenerfolg beschieden, als die Koalitionsfraktion des Zentrums ausscherte und jene Oppositionsinfamie unterstützte⁸³. Indes mußte die Preußische Staatsregierung dem Parlament erklären, daß eine derartige Prüfungs-Voraussetzung aufzustellen "verfassungsrechtlich nicht zulässig" erscheine⁸⁴. Im sächsischen Landtag probierte die DVP im Jahr darauf den gleichen Trick⁸⁵.



⁷⁸ Braun an Becker v. 31. 12. 26, a. a. O., Bl. 55.

Vgl. Becker an Grzesinski v. 17.1. 27, a. a. O., Bl. 59. Immerhin erließ JM am Zehnhoff am 26.3. 27 folgende formal unangreifbare, aber eben doch restriktive "Hausverfügung über die Behandlung der Eingaben und Beschwerden der Republikanischen Beschwerdestelle": Die Beschwerden seien nach den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Verwaltung zu bearbeiten, doch dürfe die Betätigung der Republikanischen Beschwerdestelle "nicht auf eine Kontrolle der Staatsbehörden hinauslaufen, wie (sc. sie) nur deren Vorgesetzten und dem Landtag zusteh(e). Daher werden die Bescheide in der Regel zweckmäßig auf die Mitteilung beschränkt, daß die Angelegenheit geprüft sei, kein Anlaß zum Einschreiten gegeben oder das Erforderliche veranlaßt sei" (zitiert von JM am Zehnhoff, prLT HA 26.1. 28, Sp. 31 f.).

Zu der subtilen und dabei hochwichtigen Unterscheidung zwischen Zeugen (bzw. sonstigen Beweismitteln) und Gewährsleuten vgl. Freymuth, Verletzung der Reichsverfassung, Preußischer Landtag und Republikanische Beschwerdestelle, RB 8 (1931), S. 269 (Nr. 34 v. 22. 8. 31).

⁸¹ Vgl. Abg. Franz Eichhoff (DVP), prLT HA 26.1. 28, Sp. 30; Antrag der Abg. Ernst Stendel, Hans v. Eynern und Johannes Kriege (DVP), prLT HA 13.3. 31, Sp. 4, begründet Sp. 28 f., abgelehnt Sp. 44.

⁸² Vgl. Vermerk des MinR Hartwig v. 8.6. 28, LGDir. Wolfgang Pracht, 1. Vorsitzender des Preußischen Richtervereins, sei Abg. Eichhoff (DVP) beigetreten, GStA PK. Berlin, Rep. 84a/4363, Bl. 93.

Vgl. Entschließungsantrag des Abg. Stendel (DVP) u. Gen., prLT Ds 7101 v. 5.5. 31, erläutert von ihm selbst prLT 4.5. 31, Sp. 20051, angenommen prLT 7.5. 31, Sp. 20343. Freymuth stritt dagegen: Verletzung der Reichsverfassung, Preußischer Landtag und Republikanische Beschwerdestelle, RB 8 (1931), S. 269 (Nr. 34 v. 22.8. 31); leicht gekürzt noch einmal abgedruckt: Der verfassungswidrige Beschluß des Preußischen Landtags gegenüber der Republikanischen Beschwerdestelle, Generalanzeiger, Dortmund, 235, 27.8. 31.

⁸⁴ Zitiert bei Freymuth, Um die Republikanische Beschwerdestelle, RB 9 (1932), S. 100 (Nr. 13 v. 26. 3. 32)

⁸⁵ Vgl. die Anfrage der Abg. Hugo Hickmann, Johannes Dieckmann (DVP) u. Gen. über den amtli-

Schließlich stellte eine allgemeine Anordnung des Reichsfinanzministeriums aus der Zeit des deutschdemokratischen Ministers Hermann Dietrich das nämliche Ansinnen⁸⁶.

In einer justitiellen Variante kehrte man das Zusammenspiel von Gewährsleuten und RBS gegen beide, machte erstere zu Beschuldigten und letztere bzw. ihre Mitarbeiter zu Zeugen und schuf sich so die Möglichkeit energischen Zugriffs. Erstmals wurde dies 1929 praktiziert im sogenannten Fall Goergen. Die RBS hatte den Regierungsobersekretär bei der Preußischen Bau- und Finanzdirektion Carl Goergen angezeigt, weil er über Ministerpräsident Braun, Innenminister Grzesinski und den Minister für Volkswohlfahrt Heinrich Hirtsiefer am Diensttelephon schwer beschimpfende Bemerkungen gemacht habe. Im daraufhin eingeleiteten förmlichen Disziplinarverfahren wollte der Untersuchungskommissar vom Geschäftsführer der RBS den Namen des Gewährsmannes erfahren, formell natürlich, weil der ermittlungserhebliche Verdacht, es handele sich bei der Mitteilung an die Beschwerdestelle um einen Racheakt, aufgetaucht war, informell-augenzwinkernd in der geläufigen Verkehrung, daß man den Nachdruck weniger auf die Untersuchung der Tat legte, deren der Beschuldigte bezichtigt war, als vielmehr auf die Ermittlung des Informanten wegen des ihm stillschweigend vorgeworfenen Verstoßes gegen den Corpsgeist. Falk, eidlich vernommen, verweigerte die Auskunft, und nun stand das Zeugniszwangsverfahren bevor. Freymuth versuchte jedenfalls, u.a. mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde, den Untersuchungskommissar davon abzuhalten, gegen Falk mit Ordnungsstrafen und Beugehaft vorzugehen⁸⁷. Doch als zu der Affäre auch noch ein Ermittlungsverfahren gegen einen anderen, als Zeuge eidlich vernommenen Beamten - den Denunzianten? - wegen Verdachts des Meineids hinzugekommen war, zögerte der Untersuchungsrichter beim Landgericht Berlin I nicht, den immer noch standhaften Falk im Zeugniszwangsverfahren zu einer Ordnungsstrafe von 150 RM - ersatzweise 10 Tagen Haft - und zu den verursachten Kosten zu verurteilen⁸⁸. Da dies offenbar nicht fruchtete, wurde demnächst auch der zweite Geschäftsführer der RBS Löwenstein in eine Ordnungsstrafe von 50 RM genommen⁸⁹. Geradezu elegant funktionierte diese Konterstrategie drei Jahre später. Als die RBS 1932 über einen ostpreußischen Sparkassenverwalter, der sich während des Dienstes nationalsozialistisch betätigt habe, Beschwerde führte, konterte der Angegriffene mit einer Strafanzeige (wohl wegen falscher Anschuldigung nach § 164 StGB a.F.) gegen Unbekannt und benannte den



chen Verkehr mit der "Republikanischen Beschwerdestelle" in Berlin, sächsLT Ber. Nr. 1090 v. 18. 10. 32; sie wurde verteilt (sächsLT 24. 11. 32, S. 3965 D), aber nicht mehr behandelt.

⁶ Vgl. Republikanische Kontrolle unerwünscht, ADBZ 11 (1932), Nr. 113 v. 4. 10. 32; ebenso: Demokratische Kontrolle nicht erwünscht, Alarm 4 (1932), Nr. 39 v. 13. 10. 32.

Vgl. Das Zeugniszwangsverfahren, Vw 549, 23.11. 29 M; FZ 873, 23.11. 29 1. M; vgl. zum Verfahren Artur Brand, Die preußischen Disziplinargesetze. Kommentar, Berlin 1929, S. 266.

⁸⁸ Vgl. Unhaltbares Zeugniszwangsverfahren, Vw 336, 21.7. 30 A; Die moderne Tortur, WaM 29, 21.7. 30.

⁸⁹ Vgl. Politisches Zeugniszwangsverfahren, WaM 42, 20. 10. 30.

Geschäftsführer der RBS Falk als Zeugen. Falk weigerte sich, den Namen des unbekannten Beschuldigten – seines Gewährsmannes – anzugeben und wurde prompt im Zeugniszwangsverfahren zu 50 RM Ordnungsstrafe verurteilt⁹⁰. Dies geschah schon gegen Ende aller Republik und Republikanischer Beschwerdestellen; aber offensichtlich hatte die Rechte hier in der Tat ein wirksames Gegenmittel gefunden: Hält man sich vor Augen, daß die Beugehaft für den sich sträubenden Zeugen bis zu einem haben Jahr pro Fall dauern durfte, wird deutlich, wie verletzbar die Arbeit der RBS an diesem Punkt war.

Gleichsam abgerundet wurde die justitielle Variante durch eine weitere strafprozessuale Spezialität: die Durchsuchung und Beschlagnahme, wiederum erstmals praktiziert im Fall Goergen. Nach Falks Auskunftsverweigerung ordnete nämlich der Untersuchungskommissar die polizeiliche Durchsuchung der Geschäftsräume der RBS an, um die dort eingegangene Anzeige zu beschlagnahmen⁹¹. Freymuth gab die einschlägigen Unterlagen den Beamten schließlich "freiwillig" heraus⁹². Natürlich hatte dieser Vorfall eine über die juristische weit hinausreichende psychologische Brisanz. Nicht zuletzt dank der – und sei es gutgemeinten – Presseresonanz⁹³ zog auch nur ein einziger solcher Zugriff auf internes Material die Diskretion, auf welche die RBS unter allen Umständen angewiesen war, in Zweifel⁹⁴: Gewährsleute mußten ihre Aufdeckung fürchten, potentielle Informanten wurden abgeschreckt, wichtige Quellen der Beschwerdestelle drohten zu versiegen.

1932 schließlich, dies sei der Vollständigkeit halber erwähnt, wollten NSDAP⁹⁵ und DVP⁹⁶ in Preußen – vor bzw. nach dem "Preußenschlag" – der RBS kurzerhand per Verbot den Garaus machen.



⁹⁰ Vgl. VossZ 543, 12.11. 32 M; Alarm 4 (1932), Nr. 44 v. 17.11. 32; RB 9 (1932), S. 380 (Nr. 47 v. 19.11. 32).

⁹¹ Vgl. prBau- und Finanzdirektion an PolPräs. v. 13. 11. 29, BA Koblenz, R 58/616, Bl. 127. Dieses Vorgehen war rechtlich nicht unumstritten. Die herrschende Meinung hielt es für zulässig (vgl. Brand, S. 268), aber es gab gewichtige Gegenstimmen (vgl. Hermann Brill, Sind Durchsuchung und Beschlagnahme im Disziplinarverfahren auch bei anderen Personen, insbesondere Nichtbeamten, zulässig? ADBZ 10 [1931], Nr. 111 v. 29. 9. 31, S. 4).

⁹² Vgl. Vermerk der durchsuchenden Beamten v. 19.11. 29, BA Koblenz, R 58/616, Bl. 131.

⁹³ Vgl. Unglaubliche Haussuchung, Vw 545, 20.11. 29 M; VossZ 277, 20.11. 29 ("Die Haussuchung gibt zu schweren Bedenken Anlaß."); Ein merkwürdiges Verfahren, FZ 870, 22.11. 29 1. M ("... muß in Erstaunen versetzen"); Berliner Börsen-Courier 543, 20.11. 29 M; zum Fortgang vgl. Vw 549, 23.11. 29 M; FZ 873, 23.11. 29 1. M.

Dies gilt auch dann, wenn die Meldung zutreffen sollte, daß "aus dem beschlagnahmten Aktenstück in keiner Weise zu ersehen (gewesen sei), von wem die republikanische Beschwerdestelle über den Vorfall informiert worden ist" (FZ 873, 23.11. 29 1. M); dafür spricht immerhin, daß – wie oben skizziert – das Zeugniszwangsverfahren gegen Falk noch durchgeführt werden sollte. Lütgemeier-Davin (S. 81) unterläuft eine interpretative Vermehrung des Vorgangs ("verschiedentlich polizeilich durchsucht").

⁹⁵ Vgl. Urantrag des Abg. Wilhelm Kube (NSDAP) u. Gen., prLT Ds 166 v. 3.6. 32; vgl. LT 15.6. 32, Sp. 326.

⁹⁶ Vgl. Kleine Anfrage (Nr. 209) des Abg. Friedrich Wigand (DVP) v. 3. 8. 32 und Antwort des MdI ("aus rechtlichen Gründen unzulässig") v. 25. 8. 32, GStA PK Berlin, Rep. 84a/4363, Bl. 139, 141; vgl. BT 414, 1. 9. 32 M.

Die eigentliche politische Konterstrategie aber wurde "von unten" angewandt in Gestalt rechter Kopien. Anfang März 1927 gründeten die beiden ehemaligen Majore Hans Weberstedt⁹⁷ und Robert Holtzmann eine "Völkische Beschwerdestelle", pointiert als "Gegenangriff" wider die "verwerfliche Betätigung" der RBS98, und erzielten immerhin einen solchen Anfangserfolg, daß sich Weberstedt nach einem Vierteljahr entschloß, in seinem "Verlag für völkische Aufklärung" einen besonderen Nachrichtendienst, den "Pressedienst der Völkischen Beschwerdestelle", herauszugeben⁹⁹. Indes war dem übrigens nicht parteioffiziösen Unternehmen des "alten Kämpfers" Weberstedt offenbar kein dauernder Erfolg beschieden. Gleiches gilt für die "nationalen Beschwerdestellen ganz nach dem Vorbild der Republikanischen Beschwerdestelle", von denen 1930 berichtet wird¹⁰⁰, für die "Volksbeschwerdestelle" aus dem Spätsommer 1932 und die gleichzeitig gegründete "Abwehrstelle gegen bolschewistische Umtriebe" des nationalistischen Schriftstellers Walther Korodi¹⁰¹. Freilich griffe es zu kurz, sich mit dem mangelnden Anklang und der ungenügenden Durchsetzungskraft dieser rechten Kopien zu beruhigen. Neben der Reverenz vor dem Original, die jede Kopie zwangsläufig enthält, legt diese Ausbreitung des politischen Kampfes mit Informationsverarbeitung doch auch bloß, wie fragwürdig der Ansatz der RBS war.

II. Zur Problematik privaten Verfassungsschutzes

1. Zeitgenössische Kritik

Die zeitgenössische Kritik – was zu allermeist einging: polemische Anwürfe, bleibt hier außer Würdigung – setzte zunächst an zwei juristischen Stellen an. Einmal ging es um diese besondere Weise der Wahrnehmung des Petitionsrechts. Dabei wurde das Problem verfremdet, wenn etwa einer der volksparteilichen Wortführer für eine Nennung der Gewährsleute, der Landgerichtspräsident und Abgeordnete Franz Eichhoff, in einem Zeitungsbeitrag "Anonyme Anzeigen in den Papierkorb!" forderte und Freymuth in einem Konterartikel diesen Vorwurf mit dem Hinweis darauf abtat, daß die RBS selbstverständlich jede Eingabe unterschreibe¹⁰². Hinter solchen Spiegelfechtereien stand eine zutreffende Erkenntnis: Legt man soziologische Kriterien an, daß Bürger sich aus eigener Initiative an eine Stelle wenden, um einen Mißstand abstellen zu lassen, und zwar offen und im Vertrauen auf den Abhilfewillen der angegangenen

Eichhoff, Anonyme Anzeigen in den Papierkorb! Der Berliner Westen 154, 7.6. 31; dagegen Freymuth, Verletzung der Reichsverfassung, Preußischer Landtag und Republikanische Beschwerdestelle, RB 8 (1931), S. 269 (Nr. 34 v. 22. 8. 31).



⁹⁷ Zur Person vgl. Wer ist's 10 (1935), S. 1691; Erich Stockhorst, Fünftausend Köpfe. Wer war was im Dritten Reich, Velbert und Kettwig 1967, S. 439.

⁹⁸ Vgl. Das Deutsche Tageblatt 54, 5.3, 27.

⁹⁹ Vgl. GStA PK Berlin, Rep. 84a/5627, Bl. 8; Nr. 1 des Pressedienstes v. 1.7. 27 a. a. O., Bl. 11-15; der stolze Monatspreis betrug 10 RM.

Vgl. Generalanzeiger, Dortmund, 312, 12, 11, 30.

¹⁰¹ Vgl. AD 36, 3.9. 32; RB 9 (1932), S. 300 (Nr. 38 v. 17.9. 32).

Instanz, dann petitionierten die Leute an die RBS – eine Para-Petition an eine private Einrichtung. Die RBS ihrerseits nahm sich des Mißstands an und reichte nun die förmliche Petition bei den Behörden ein. Man könnte dies als gestufte Petition bezeichnen, und diese Gestaltung war in der Tat keineswegs unproblematisch.

Erstens belegte es sicher einen strukturellen Fehler im Verhältnis der Bürger zu den Behörden, daß jene nicht unmittelbar diese anriefen, sondern sich an eine private Einrichtung wandten. Dies bewies doch mangelndes Vertrauen zu den berufenen Instanzen und Furcht vor Sanktionen, weswegen die Behörden freilich die Schuld bei sich zu suchen hatten, statt wider eine private Initiative vorzugehen, die jenen Strukturfehler nicht verursachte, sondern symptomatisch sichtbar machte. Zweitens nutzte die RBS aber jenen Strukturfehler nicht aus, sondern überbrückte ihn; sie drängte sich nicht zwischen Bürger und Staat, sondern vermittelte zwischen ihnen; ihr Wirken war nicht auf Dissoziation, sondern auf Integration gerichtet. Die reale Alternative wäre nicht - gemäß demokratisch-republikanischem Ideal - der freie Bürger gewesen, der öffentlich aufsteht und einen Mißstand frank und frei beim Namen nennt, sondern der vorsichtige und lebenskluge Untertan, der lieber den Mund gehalten hätte. Statt Schweigen oder der anonymen Anzeige also nun ein Paravent für Meldungen, zu denen der Anzeigende zwar intern stehen mußte, zu denen er sich aber nicht öffentlich zu bekennen brauchte, die also Dritten, insbesondere den Bezichtigten gegenüber relativ anonym waren; nach dem Prinzip des kleineren Übels wird man das akzeptieren müssen. So gesehen leistete die RBS mit ihrer Petitionsstufung eine Art Grundrechtshilfe, und so viel ist nach den inzwischen gemachten ausgiebigeren Erfahrungen mit den Grundrechten des Grundgesetzes offenkundig: Grundrechte wahrzunehmen ist alles andere als selbstverständlich; objektive Voraussetzungen in der umgebenden Lebenswelt und subjektive Bedingungen wie Mut und Bestimmtheit, gegebenenfalls aber eben auch Hilfe und Anleitung gehören dazu, wenn aus Verfassungsartikeln Grundrechtswirklichkeit werden soll. Drittens war diese "Grundrechtshilfe", so praktisch sinnvoll und nützlich, doch rechtlich ungeformt und vor allem ungeschützt. Letzteres wurde vor allem wichtig in den sogenannten besonderen Gewaltverhältnissen. Während beim eigentlichen Petitionsrecht der Status negativus es dem Staat verwehrte, etwa gegen den Beamten vorzugehen, der an Behörden eine Eingabe richtete, mußte ein Beamter sehr wohl mit Sanktionen rechnen, wenn er im Dienst erlangte Kenntnisse über Verstöße irgendwelcher Art, insbesondere über Verfehlungen eines Amtsgenossen, an eine private Organisation weitergab, sie also unter Verletzung der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit "nach draußen" trug¹⁰³. Diese Rechtslage bildete natürlich einen weiteren Grund für die Diskretion der Arbeit der RBS.

Zum anderen setzte die zeitgenössische Diskussion bei der Einrichtung der RBS als solcher an, wofür "Popularbeschwerde" nur das ungenaue Stichwort gab. Grundle-



Vgl. RdErl. d. MdJ. v. 2. 2. 1926 – Ia 174 – Weitergabe dienstlich erlangter Kenntnisse an private Organisationen und Privatpersonen, MbliV., S. 116 –, provoziert von einem allzu forschen Mithilfe-Appell der RBS an die Polizeibeamten, vgl. Preußische Polizeibeamten-Zeitung 12 (1925), S. 547 (Nr. 43 v. 24. 10. 25).

gend ist die oben erwähnte Unterscheidung zwischen Beschwerde im Privat- und Beschwerde im Gemeininteresse, zwischen eigennütziger Privatpetition und politischer Petition, wobei erstere wegen ihres leicht querulatorischen Einschlags gemeinhin unterschätzt wurde und letztere seit dem späten 19. Jahrhundert in den Hintergrund getreten war - wie der Citoyen dem Bourgeois Platz gemacht hatte¹⁰⁴. Art. 126 WRV schützte beide Petitionsformen, und gelegentlich einmal eine politische Eingabe hätte dem Bürger niemand verübelt. Aber hier lag der Fall doppelt anders. Die RBS suchte satzungsgemäß überhaupt nur Gemeininteressen zu wahren, und dies noch dazu in einem politisch sensiblen Bereich: Sammlung und Verfolgung von Verletzungen der republikanischen Räson waren eine genuin öffentliche Angelegenheit; derlei pflegte ein Referat des Innenministeriums wahrzunehmen. Ferner arbeitete die RBS für ihre Ziele nach den klassischen Kennzeichen der Bürokratie: kontinuierliche Sachbehandlung auf einem festumgrenzten Aufgabengebiet durch besoldetes Personal, aktenmäßiger Geschäftsbetrieb¹⁰⁵ und Ansammlung eines beachtlichen Fachwissens (Präzedenzien!) sowie Erwerb professioneller Routine. Was da als juristische Person des Privatrechts auftrat, war eine Para-Behörde, wie oben eine Para-Petition festgestellt wurde.

Nun läßt sich auch genauer bestimmen, was vorhin als "Lästigkeit" vorausgesetzt wurde. Die RBS als Para-Behörde mußte von den Staatsbehörden notwendig als Konkurrenz empfunden werden. Wollten sie nicht oder nur milde sanktionieren, dann unterlief und konterkarierte die Beschwerdestelle diese "weiche Welle"; wollten sie aber ohnehin streng ahnden, dann wirkte die RBS aufdringlich-besserwisserisch. Unbeliebt war sie im einen wie im anderen Falle. Daß es sich "von selbst" verstünde – wie Falk einmal dem preußischen Justizminister Hermann Schmidt (Z) schrieb –, "daß die Tätigkeit der Republikanischen Beschwerdestelle den Behörden erwünscht sein (müsse). Denn sie hilft den Behörden in der Erfüllung ihrer Aufgabe, die republikanische Verfassung hochzuhalten und gegen Angriffe und Beleidigungen zu verteidigen" 106 – derlei zu behaupten zeugte schon von einem argen Mangel an psychologischer Kenntnis bzw. Einfühlung in die Mentalität von Bürokratien. Mit der RBS maßten sich – daran gibt es nichts zu deuteln – Private öffentliche Aufgaben an 107; ih-

Dementsprechend wurde sie immer wieder, gerade auch von Behörden, für eine öffentliche Einrichtung gehalten – mit der unvermeidlichen Irritation, daß hinter Namen und Anspruch nur ein eingetragener Verein stand, vgl. auch die Kleine Anfrage Nr. 375 des Abg. Ludwig Schwecht (DNVP) u. Gen., prLT Ds 675 Dv. 12. 6. 25 ("Ist es eine amtliche oder private Stelle?"), Antwort LT Ds 941 Ev. 17. 8. 25; Kleine Anfrage Nr. 399 des Abg. Max Heimann (DVP) u. Gen., prLT Ds 765 A v. 25. 6. 25 ("eine Zwischenstelle irgendwelchen halbbehördlichen Charakters"?), Antwort LT Ds 941 Fv. 17. 8. 25.



Vgl. Karl Korinek, Das Petitionsrecht im demokratischen Rechtsstaat, Tübingen 1977 (Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart, H. 474/475), S. 13 ff.

Die Tatsache, daß die RBS mit vorgedruckten Postkarten an unerledigte Eingaben erinnerte, interpretiert Lütgemeier-Davin (S. 367) dahingehend, daß Petitionen in der Regel lange Zeit unbeantwortet geblieben seien. Dies mag zutreffen, doch viel stringenter zeigt ein solches Mahnwesen – vor allem in Verbindung mit internen Fristen – typisch bürokratisches Verwaltungshandeln.

Vgl. RBS (gez. Falk) an JM Schmidt v. 8.3. 26, GStA PK Berlin, Rep. 84a/4363, Bl. 77-91 (85).

re Tätigkeit auf das systematisch und historisch anders konzipierte Individualgrundrecht stützen zu wollen gemahnte doch an das Tun des Prokrustes¹⁰⁸.

Der häufigste nichtjuristische Vorwurf, der von Behörden gegen die RBS erhoben wurde und den auch der wohlmeinende Grzesinski in der oben erwähnten Auseinandersetzung mit seinen Ministerkollegen unter "Unzuträglichkeiten" festhielt: Ihr Geschäftsführer Falk schlug einen Ton an, den man kess oder überzogen nennen mag¹⁰⁹, der jedenfalls in einer Zeit, in der Bürger mit der Obrigkeit durchaus noch ehrerbietig zu verkehren pflegten, die Sachanliegen der Beschwerdestelle regelmäßig durch eine provozierte Formaldiskussion über Umgangsformen verzögerte. Zwei Jahre nach ihrer formellen Gründung gab es Innenminister Grzesinski der RBS "mit Bedauern" schriftlich, daß "die Art und Weise, in der Sie diese Ziele zu erreichen suchen, in ihren praktischen Auswirkungen vielfach eher den gegenteiligen Erfolg herbeizuführen geeignet sind"¹¹⁰. Daß sich bald darauf am Stil der RBS etwas änderte¹¹¹, hat wohl weniger mit Einsicht der Gerügten als vielmehr damit zu tun, daß der neu angetretene Freymuth im Vorstand der Beschwerdestelle den jungen Hitzkopf Falk zurückzuhalten vermochte.

Der letzte Punkt der zeitgenössischen Kritik lautete, die RBS befasse sich nur mit Kleinkram, Nichtigkeiten, läppischen Dingen – ein Vorwurf, für den Reichsaußenminister Gustav Stresemann in seinem letzten politischen Neujahrswunsch zu Beginn des Jahres 1929 die Formulierung fand, die schöpferische Jugend Deutschlands habe "für die kleinlichen Schmerzen der republikanischen Beschwerdestelle ebensowenig Verständnis wie für jene Ewiggestrigen, die immer nach rückwärts schauen"¹¹². Gewiß war gut spotten über die "lächerliche(n) Tätigkeiten der "Republikanischen Beschwerdestelle", die Aktionen einleitet, falls in irgendeinem kleinen Nest am Postamt die Buchstaben "Kaiserl." noch nicht gestrichen worden sind"¹¹³; der Boykott der



¹⁰⁸ Insofern hatte die Bayerische Staatsregierung material eine zutreffende Rüge erhoben. Sie hatte sich allerdings zu leicht über die formale Seite der Angelegenheit hinweggesetzt und obendrein das inhaltliche Problem verkehrt anzugehen versucht. Die RBS unter den gegebenen Verhältnissen zu verbieten hätte nur ein Symptom zu unterdrücken geheißen.

Der VortrLegR Gustav Wendschuch giftete gar bald vertraulich, Falk werde "von den Stellen, die ihn n\u00e4her kennen zu lernen Gelegenheit hatten, f\u00fcr nicht zweifelsfrei zurechnungsf\u00e4hig gehalten", Schreiben an den Deutschen Botschafter in der T\u00fcrkei Rudolf Nadolny v. 27.1. 25, PA AA Bonn, Ref. D Po. 5 Eingaben der Republikanischen Beschwerdestelle, Bd. 1.

Grzesinski an RBS v. 9.11. 26, als Anlage 2 zu ders. an MinPräs. und StM v. 22.12. 26, GStA PK Berlin, Rep. 84a/4363, Bl. 47.

¹¹¹ A.a.O., Bl. 41.

Der deutschen Jugend! Ein Neujahrswunsch Stresemanns, vom 30.12. 28, National-liberale Correspondenz 55 (1928), Nr. 235 v. 29.12. 28; dagegen verwahrten sich Freymuth und seine Vorstandskollegen sowie Falk: Erklärung der Republikanischen Beschwerdestelle, WaM 2, 14.1. 29.

Umgekehrt könnte man natürlich auch fragen, warum acht Jahre nach der Novemberrevolution und sieben Jahre nach entsprechenden Verfügungen des Reichspostministers (nachgewiesen in Akten der Reichskanzlei, Kabinett Bauer, S. 230 FN 13) derlei Pälle immer noch vorkamen, und das in einer Materie, bei der – nach Meinung des Reichskanzlers Wirth 1922 – "eine grundsätzliche Entscheidung von schwerwiegender Bedeutung" gefallen war (Kabinettssitzung v. 1.2. 22, Akten der

1926 herausgegebenen Zehn-Pfennig-Briefmarke mit dem Kopf Friedrichs des Großen, deretwegen sich, wäre es nur nach Falk gegangen, der Reichspostminister Karl Stingl (BVP) seinerseits den "Kopf an der geschlossenen republikanischen Front einrennen" sollte¹¹⁴, reizt wirklich zum Lächeln – und auch die Sorge um würdige, nämlich schwarz-rot-goldene "Reichshoheitsgrenzstöcke" will zwei Jahre später nicht als vordringliches Problem des Reichsinnenministers Severing einleuchten¹¹⁵.

Man mag derlei erklären und entschuldigen. Man kann aus Arbeitsweise, Personalzuschnitt, Finanzkapazität der RBS ableiten, daß sie eben nur kleinen Beanstandungen nachgehen, und vermitteln, daß sie keine republikanischen Großtaten eines "investigative journalism" vollbringen, kein Weimarer "Watergate" aufdecken konnte¹¹⁶. Bei der politischen Einschätzung sollte man freilich nicht allzu rasch gegen Eiferertum und für Großzügigkeit plädieren¹¹⁷. Dies war ja mitnichten das Land einer liebenswerten Schlamperei, hier wurde doch keineswegs lässig und heiter gelebt. Daß sich die ansonsten peinlich korrekte preußisch-deutsche Bürokratie, die sich darauf noch so viel zugute tat, in Sachen Republik gerade auch im Kleinen derart sträubte, zeigte sehr wohl den politischen Hintergrund: Sie wollte – nach einem Wort Kurt Schumachers – ihre "Resistenz als Trumpf gegen den bewußten Republikanismus ausspielen"¹¹⁷a.

Dennoch erweckte jenes Festmachen an Kleinigkeiten psychologisch den Eindruck von Schnüffelei und führte zum Vorwurf der Denunziation, eines "modernen Sykophantentum(s)", wie es im Preußischen Landtag einmal formuliert wurde¹¹⁸. Emil Julius Gumbel, um ein Gegenbeispiel aus der "scene" anzuführen, zog mit seinen Denkschriften "Zwei Jahre Mord" von 1921 und "Vier Jahre politischer Mord" (1922)



Reichskanzlei, Die Kabinette Wirth I und II, 10. Mai 1921 bis 26. Oktober 1921, 26. Oktober 1921 bis 22. November 1922, bearb. v. Ingrid Schulze-Bidlingmaier, Boppard am Rhein 1973, S. 534).

Vgl. Falks Boykottaufruf "Republikaner, Gesinnungsfreundet" Die Menschenrechte 1 (1926), Nr. 15 v. 1.11. 26, S. 12; zum grimmigen Ernst, mit dem das Reichsbanner Schwarz Rot Gold die Briefmarken-Affäre behandelte, vgl. Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Düsseldorf 1966 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 34), S. 243.

Vgl. VossZ 212, 5.9. 28; der "Stahlhelm" hatte darüber gut spotten: "Aus dem schwarz-rot-gelben Lachkabinett", Stahlhelm 10 (1928), Nr. 37 v. 9.9. 28. Bis zum Ende der Republik reichte die RBS "vielleicht 20 Eingaben" (!) zu dieser Frage ein, RB 9 (1932), S. 350 (Nr. 44 v. 29. 10. 32).

Bewunderer mochten dann die "schwere, aber nicht unbedeutende Kleinarbeit" loben, vgl. Reinheimer, Die Republikanische Beschwerdestelle, RB7 (1930), S. 415 (Nr. 52 v. 27. 12. 30). Die "Welt am Montag" (22, 1.6. 31) attestierte ihr immerhin, sie sei "namentlich für die oft geradezu verfemten Republikaner auf dem platten Lande und in den kleinen Städten ein unentbehrlicher Rückhalt geworden".

Vgl. Rohe, S. 244; seine Wendung gar gegen "eine auf Hochtouren arbeitende "republikanische Beschwerdestelle" ist nur eine empiriefreie Floskel. Disproportioniert angesichts der realen Verhältnisse ist auch Jaspers (S. 248) Bild von der "Jagd" auf Beamte.

¹¹⁷a Würte LT, 1.6.27, S.3858

¹¹⁸ Abg. Otto Wiemer (DVP), prLT 15.12.26, Sp. 16153.

wütenden Haß und erbitterte Feindschaft auf sich¹¹⁹. Den Vorwurf der Denunziation freilich machte ihm niemand; dazu waren die Fälle, die er vortrug, zu gravierend, hatten die aufgelisteten Verbrechen, vor allem unstatthafte standrechtliche Erschießungen und Fememorde, denn doch zu großes Kaliber.

2. Moderne Gesichtspunkte

Mit dem überstarken Ausbau der Abwehrarbeit geriet die RBS in einen Zielkonflikt zu ihrem ersten satzungsmäßigen Zweck der Förderung republikanischer Gesinnung, und dies nicht nur in dem Sinne, daß die Konzentration auf das eine für das andere zu wenig Zeit und Kraft übriggelassen hätte, vielmehr in dem fast tragischen Sinn eines kontraproduktiven Handelns. Das Problem der Weimarer Republik bestand ja im Ernst nicht darin, daß zu oft Staatsbürger- oder Beamtenpflichten verletzt wurden wie man nach der Satzung der RBS vermuten könnte; die realen Probleme hießen das Antidemokratische Denken (Sontheimer), die nationalistischen Lebenslügen, der Ungeist der Politischen Kultur, vor allem und über allem aber die mangelnde Akzeptanz des republikanischen Systems. Dagegen aber war mit Strafen und anderen Sanktionen nicht nur nichts auszurichten; wer in dieser Situation so penibel-repressiv vorging, verstärkte vielmehr bei Betroffenen wie bei Beobachtern noch Mißbehagen und Ablehnung¹²⁰. Um eine kühne Parallele zur Gegenwart des Radikalenerlasses zu ziehen, für den schon länger - und ungleich intensiver diskutiert - Erfahrungen vorliegen, als die ganze Beschwerdestellen-Arbeit Falks dauerte: Man mag es für wünschenswert halten, daß der Beamte sich in dem Staat, dem er dienen soll - wie das Bundesverfassungsgericht formulierte -, "zu Hause fühlt"; aber derlei läßt sich weder rechtlich fordern noch gar durch die Drohung mit der Vernichtung der bürgerlichen Existenz erzwingen. Wer desungeachtet hunderttausendfach Überprüfungsverfahren durchführt, wird zwar äußere Anpassung erreichen, sich aber von dem selbstgesetzten Ziel mit Sicherheit entfernen. Den Punkt, an dem Negatives in Positives umschlüge, Repression Akzeptanz hervorbrächte, massiver Druck die Identifikation erleichterte - diesen Punkt gibt es psychologisch nicht.

Aber selbst auf der Ebene der Repression – diese einmal für sich betrachtet – vermochte die RBS kaum zu überzeugen; ihr Konzept der Abwehr von Verletzungen der Staatsbürger- oder Beamtenpflichten darf man nicht unkritisch mit Abwehr von Ge-



Jahrgang 35 (1987), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

Vgl. Wolfgang Benz, Emil J. Gumbel. Die Karriere eines deutschen Pazifisten, in: 10. Mai 1933. Bücherverbrennung in Deutschland und die Folgen, hrsg. v. Ulrich Walberer, Frankfurt a. M. 1983, S. 160-198.

Kontraproduktivität warfen schon 1926 der preußische Kultus- und der Innenminister der RBS vor (siehe oben Anm. 76, 110). Selbst bei den erklärten Gegnern hieß es, diese "Spitzel-Stelle" unterlasse nichts, "um diese Republik jeder Sympathie zu berauben" (Stahlhelm 12 [1930], Nr. 31 v. 3.8. 30). An die ministerielle Argumentation knüpft Jasper (S. 284) allzu schnell an für sein Urteil, die RBS habe die Republik im Ergebnis geschwächt; Lütgemeier-Davin (S. 367) widerspricht dem, nun freilich ohne irgendein Argument.

fahr für die Republik gleichsetzen. Dies zeigen die "Weimarer Berufsverbotsfälle". In der Tat hat die RBS mindestens drei Volksschullehrer und einen weiteren Beamten "zur Strecke" gebracht: Der Lehrer Hermann Hauschildt in Stellingen (Krs. Pinneberg)¹²¹, der Lehrer Heinrich Brandt in Ostenfeld (Krs. Rendsburg)¹²², der Lehrer Lange in Ostswine (Krs. Usedom-Wollin)¹²³, ferner der Staatsförster Eugen Müller in Prerow (Krs. Franzburg)¹²⁴ wurden auf ihr Betreiben aus dem Dienst entlassen. Andere Fälle endeten mit Strafversetzung¹²⁵ oder Verwarnung¹²⁶ vergleichsweise glimpflich. Immer ging es um die Beschimpfung der verfassungsmäßigen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold, und in der Tat hatten diese Beamten sich schuldig gemacht: Das Tatbestandselement der Beschimpfung der Republik war 1922 im Zuge der Republikschutzgesetzgebung zur Kennzeichnung eines besonderen Falles von Dienstpflichtverletzung in das preußische Disziplinarrecht eingefügt worden¹²⁷, Ende 1927 hatte der preußische Disziplinarhof für die nicht richterlichen Beamten den Präzedenzfall Hauschildt abgeurteilt¹²⁸, an der Rechtslage gab es also nichts zu deuteln¹²⁹. Aber waren das denn nun die gefährlichen Feinde der Republik? In Wahrheit hatten die Delinquenten, zum Teil unter Alkoholeinfluß, bramarbasiert; die ursprünglichen Sanktionen der Disziplinarinstanzen, die es vermieden, daß sich Leute einfach um ihren Kopf redeten, waren durchaus weise gewesen, und daß die RBS nun die Strafverschärfung betrieb und die Sanktion von der verdienten Geldstrafe zur Dienstentlassung zu steigern half, exekutierte ein Prinzip - sonst nichts. Die massenhafte Selbstgleichschaltung gerade im öffentlichen Dienst 1933, die vielfache Begeisterung für "Nationale Revolution" und "Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" illustrieren, wie wenig man damit die wirklichen Gefahren für die Republik gebannt hatte. Auch hier gilt, was bei der Anwendung des Radikalenerlasses inzwischen zutage liegt: Auf solche Weise "fängt" man nicht gefährliche, sondern eher tumbe Oppositionelle; der richtige Revolutionär - bewandert in Tarnung und Taktik - lacht, und der vorlaute Narr wird gehängt.



Beschluß des Disziplinarhofs für die nicht richterlichen Beamten v. 12.12. 27, vgl. Hamburger Echo, 198, 20.7. 26; 53, 22.2. 28; Wegweiser 5 (1928), S. 25 f.; ferner Hammer 27 (1928), S. 211.

Entscheidung des Diziplinargerichts bei der Regierung in Schleswig v. 18.4. 28, vgl. Hamburger Echo, 115, 25.4. 28; VossZ 100, 26.4. 28; Wegweiser 5 (1928), S.56.

Entscheidung des Disziplinargerichts bei der Regierung in Stettin (?), vgl. Vw 24, 15. 1. 30 A; Wegweiser 7 (1930), S. 126.

¹²⁴ Entscheidung des Disziplinarhofs für die nicht richterlichen Beamten, vgl. Stahlhelm 11 (1929), Nr. 1 v. 6. 1. 29.

¹²⁵ Vgl. BT 3, 3.1. 28 M: Fall des StR Heinrich Kurz, Offenbach.

¹²⁶ Vgl. Vw 593, 16.12.27 M: Fall des StR Dr. Friedrich Mießner, Cuxhaven.

Vgl. § 2 Abs. 2 des Gesetzes betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten etc. v. 21. Juli 1852 i. d. F. v. 1922; vgl. Brand, § 2 Anm. 1, 7 (= \$.78, 80f.).

Beschluß v. 12. 12. 27 – D. 101. 27 –, in: Rechtsprechung des preußischen Disziplinarhofs für nichtrichterliche Beamte, Berlin 1930, S. 51 f.; nach Mitteilung des Amtlichen Preußischen Pressedienstes bzw. der Republikanischen Beschwerdestelle berichtete die "Vossische Zeitung" (46, 23. 2. 28; 48, 25. 2. 28). Ferner publizierten die juristischen Fach- und die Beamtenzeitschriften.

¹²⁹ Vgl. Brand, § 2 Anm. 13. II. B. I. 3. b (= \$.143).

Eine gravierende Schwäche der RBS war ferner ihre Staatsfixierung, eine mit der Wahl der Form des Petitionsrechts vorgegebene, aber psychologisch, wie die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt, tiefer verwurzelte Staatsbezogenheit, die alles republikanische Heil "von oben" erwartete. Grundsätzlich hieß das in einem logischen Zirkel, daß die schwache Republik sich selbst am Schopf aus der Malaise ziehen sollte. Praktisch konnte die RBS freilich dennoch arbeiten, indem sie Fugen und Diskrepanzen im politischen System ausnutzte, um etwa unwillige Unterbehörden durch korrekte Aufsichtsinstanzen anzuspornen oder träge Ämter durch öffentliche Aufmerksamkeit zu beeinflussen. Diese Methode versagte denn auch sofort, wenn sich das System schloß. Zwei Beispiele: Die RBS zeigte einen alten General wegen Aufforderung zum Hochverrat an, der im Herbst 1925 ein Denkmal für die Gefallenen eines Regiments im Auftrag Seiner Majestät des Kaisers und Königs eingeweiht und diesen unwandelbarer Treue versichert hatte. Oberreichsanwalt und Reichsjustizminister versagten sich, aber die Affäre war schon vorher politisch daran gescheitert, daß an der inkriminierten Veranstaltung - ohne Anstoß zu nehmen - ein Paul v. Hindenburg teilgenommen hatte, wenngleich - feiner Unterschied - nicht als Reichspräsident, sondern nur als Feldmarschall¹³⁰. Ferner: Als ein Nazi-Provinzblatt den Reichspräsidenten in einer Neujahrsbetrachtung 1933 schwer beschimpfte (da war sogar vom "Ausräuchern" einer Festung die Rede), erstattete die RBS Strafanzeige gegen den verantwortlichen Schriftleiter. Das Verfahren mußte aber alsbald eingestellt werden, da v. Hindenburg die Ermächtigung zur Strafverfolgung nicht erteilt und von der Stellung eines Strafantrags abgesehen hatte¹³¹. Gerade der Zusammenhang mit v. Hindenburg zeigt, daß die RBS mit ihrer Staatsfixierung schon vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten gescheitert war, und anders als die wie erwähnt, ebenfalls staatsorientierten - Organisationen der Arbeiterbewegung hatte sie keine Alternative. Jene konnten ein Handeln aus eigenem Recht und vor allem aus eigener Kraft zumindest denken; dieser war eigenständiges Handeln schier unvorstellbar, sie brauchte den Staat, und zwar den liberalen Rechtsstaat, wie die Luft zum Atmen und erstickte einfach, als der Staat die liberalen Rechtsbindungen abstreifte.

So angewiesen auf den Staat – und daher schwach – die RBS war, so überlegen war sie als bürokratische Informationssammel- und -verarbeitungsstelle über den einzelnen. Sie stellte eine gesellschaftliche Macht dar und geriet damit in das klassische Dilemma: Weit stärker als der einzelne, hatte sie doch teil an der Willkür des Privaten; mächtiger als manche Ämter, war sie doch nicht wie diese öffentlich-rechtlich gebunden. Parteien und Gewerkschaften haben diese Diskrepanz zwischen formeller Privatheit und materieller politischer Potenz durch mannigfache Momente der Öffentlichkeit entschärft. Die RBS war trotz der Registerpublizität und der Veröffentlichung der Tätigkeitsberichte weit von solcher Lösung entfernt. Sie ist am ehesten zu



¹³⁰ Vgl. Acht Jahre politische Justiz. Das Zuchthaus – die politische Waffe. Eine Denkschrift der Deutschen Liga für Menschenrechte e. V., Berlin 1927, S. 267 ff.

¹³¹ Vgl, WB 29 (1933), S. 343 (Nr. 9 v. 28. 2. 33).

vergleichen mit der SCHUFA oder der NOFU, und wie diese weckt auch sie mit ihrer Tätigkeit Unbehagen. Man denke nur an das Problem der Fehlinformation: Wer kontrolliert denn die selbsternannten Kontrolleure? Im historischen Falle der RBS gab es letztlich keinen festen Halt außer der persönlichen Lauterkeit eines Freymuth und eines v. Gerlach, und dies bedeutete, wie mehrere "Pannen" zeigten, keineswegs eine Garantie. Angesichts der relativ schwerwiegenden Eingriffsfolgen erscheint solche "Sicherung" doch recht dürftig.

Das schwierigste Problem freilich stellte die RBS in der Beziehung zwischen Bürger und Staat, weil sie hier die klassische Perspektive vertauscht hatte. Im ganzen 19. Jahrhundert und bis zum Ende des Kaiserreiches war ja für Liberale, Demokraten, gar Linke die Front umgekehrt verlaufen. Die Bürger wandten sich gegen den Staat, der die Freiheit beschnitt, bzw. taten sich zusammen, um mehr Freiheit vom Staat zu erkämpfen. Mit der RBS wandten sich Bürger an den Staat, der zu viel Freiheit ließ, bzw. taten sich zusammen, um mehr Ordnung durch den Staat zu erreichen, und so handelten eben keine rechten Ordnungsfanatiker - deshalb scheidet der Vergleich mit der Bürgerwehr aus -, sondern Leute, denen man Sinn für Liberalität, demokratische Gesinnung und sozialistisches Engagement attestieren muß, was alles sie in vielen anderen Fällen der Weimarer Zeit auch immer wieder bewiesen. Dies bedeutete auch persönlich einen Rollenwechsel, wie wenn ein altgedienter Strafverteidiger plötzlich Privat- und Nebenklagen zu vertreten beginnt. Wer als Liberaler, Demokrat, Linker mehr Bindung für erforderlich hält, kann auch für diesen Standpunkt jedenfalls Respekt erwarten. Doch muß man sehen, daß das Geschäft des Disziplinierens, um solchen Standpunkt durchzusetzen, auch denjenigen verändert, der es betreibt. Liberalität, aufrechter demokratischer Gang und die Vision einer neuen Gesellschaft nehmen dabei Schaden, um "schmutzige Hände" ist dann nicht herumzukommen. Erwägt man auf der anderen Seite, daß die RBS-Arbeit oft kontraproduktiv und ineffektiv war, kann das Engagement der Falk, Freymuth, v. Gerlach kaum als glücklich bezeichnet werden¹³².

III. Das Ende

Am 10. März 1933 ordnete der Polizeipräsident in Berlin aufgrund des § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 – der (Reichstags-) "Brandverordnung" – die Schließung der RBS an¹³³. SA

133 VossZ 119, 11.3.33 M; DAZ 119, 11.3.33 M; BT 118, 12.3.33; vgl. RdErl. d. MdI (KdR.), zugl. i.



Uneinheitlich fällt das Urteil der Literatur aus: Während Fritsch (in: Deutsche Demokraten, S. 273) der RBS eine "wichtige Rolle" zuschreibt und K. Holl (in: Die Friedensbewegung, S. 135) Freymuth sich bei diesem Engagement gar "große Verdienste um die Verteidigung der Weimarer Republik gegen innere Gefährdung" erwerben läßt, bleibt Lütgemeier-Davin eher skeptisch: Sie habe die Erwartungen, die das Deutsche Friedenskartell in sie setzte, nicht erfüllt, aber "immerhin stets indirekt den pazifistischen Vereinigungen Dienste" geleistet (S. 80); es sei ihr gelungen, "Mißstände und Skandale, wenn auch oft nur in einem lokal begrenzten Raum, anzuprangern" (S. 82).

räumte die Geschäftszimmer aus. Freymuth, v. Gerlach und Falk befanden sich zu dieser Zeit schon außerhalb der Reichsgrenzen. Aus Prag versuchte Falk über eine Notiz in der "Neuen Weltbühne" von Mitte Mai 1933 alle Gewährsleute zu beruhigen: "Die 'Republikanische Beschwerdestelle' hat ihr Material rechtzeitig vernichtet oder in Sicherheit gebracht."¹³⁴

Dies traf weitgehend zu¹³⁵; dennoch gelangte ein kleinerer Teil der Akten ins Geheime Staatspolizeiamt. Dort trafen nun andererseits die Anfragen derer ein, die zu Zeiten der Republik auf Initiative der Beschwerdestelle gemaßregelt worden waren und jetzt gern die Hinterleute erfahren wollten, die ihnen solche Unbill beschert hatten. Zu diesen Rachelüsternen gesellten sich Eifrige wie die Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, die um angeblich bei der RBS beschlagnahmtes Material bat, "das sich auf links gerichtete Studenten bezieht und unter anderem Karteien über sie enthält. ... Die Karteien wären außerordentlich wichtig, um die frühere politische Betätigung von Studierenden feststellen zu können."¹³⁶ Alle Versuche der Rückabwicklung blieben erfolglos. Das Material war innerhalb des Amtes verlegt worden; eine "außerordentliche Suche" wurde eingeleitet; "die Akten müssen unter allen Umständen gefunden werden", lautete die Devise, und heraus kam im März 1934 schließlich doch nur eine Panne: Die Akten hatten im Keller des Geheimen Staatspolizeiamtes gelagert und waren im Dezember 1933, nach oberflächlicher Sichtung, dem Gefängnis Tegel zum Einstampfen übergeben worden¹³⁷.

Durch Verfügung vom 15. Mai 1935 löste Heydrich die RBS auf und verbot sie. Ihr Vermögen wurde beschlagnahmt und zu Gunsten des preußischen Staates eingezogen. "Jede weitere Betätigung ihrer Mitglieder ist als staatsfeindliche Handlung zu betrachten."¹³⁸



N. d. MPräs. (KdR.) u. sämtl. StM (dKdR.) v. 23.3. 1933, MBhV I S. 325 und II S. 95, desgleichen für den Justizbereich JMBl. S. 111.

Die neue Weltbühne Π (1933), S. 596 (Nr. 19 v. 11. 5. 33); Falk soll auch Unterlagen gerettet haben und mit deren Hilfe in der Folgezeit publizistisch tätig geworden sein (vgl. Biogr. Handbuch, S. 166).

Vgl. GStPA an den Präsidenten des Landesfinanzamts Oberschlesien v. 25.7. 33: "Anläßlich der von mir angeordneten Schließung der Republikanischen Beschwerdestelle war bereits der größte Teil der Aktenvorgänge verschwunden gewesen" (BA Koblenz, R 58/616, Bl. 156).

¹³⁶ Vgl. Friedrich-Wilhelms-Universität, Berlin, an Gestapo v. 13.3. 34, BA Koblenz, R 58/616, Bl. 173.

¹³⁷ Vgl. a. a. O., Bl. 195 R; die Gestapo schäumte über diese "verbrecherische Handlung" und hielt fest: "Da es nunmehr nicht mehr möglich sein wird, die gemeinen Denunzianten zur Rechenschaft zu ziehen, fordert die Gerechtigkeit, daß den Helfershelfer die gerechte Strafe ereilt" (Vermerk v. 21.6.34, a. a. O., Bl. 197). Die Sache verlief dann im Sande.

¹³⁸ Auflösungsverfügung v. 15. 5. 35, LA Berlin, Rep. 42 Acc. 2076 Nr. 9231, Bl. 87.

IVAN PFAFF

PRAG UND DER FALL TUCHATSCHEWSKI

Vor fünfzig Jahren, am 11. Juni 1937, wurde in Moskau wegen angeblicher Verschwörung gegen Stalin und angeblicher Verbindung mit dem deutschen Generalstab Marschall Tuchatschewski, der zweithöchste Kommandeur der Roten Armee, zusammen mit sieben weiteren sowjetischen Generälen, hingerichtet. In der Literatur sind unzählige Vermutungen angestellt worden, auf welchem Wege die nationalsozialistischen Falsifikate über Tuchatschewskis Schuld – die nicht mehr angezweifelt werden – in Stalins Hände geraten konnten; dabei wurde die Version, der tschechoslowakische Staatspräsident Beneš sei in entscheidender Weise daran beteiligt gewesen, als fragwürdige Legende hingestellt. Der vorliegende Beitrag versucht, anhand von im Westen unbekannten tschechoslowakischen Akten, die tatsächliche Rolle Benešs und der Prager Außenpolitik überhaupt bei der "Enttarnung" Tuchatschewskis zu klären.

Es war eine Tragödie, daß gerade Beneš, der nur zwei Jahre vorher den Beistandspakt mit der Sowjetunion geschlossen hatte und der konsequent bemüht war, die tschechoslowakische Allianz mit Moskau in die Außenpolitik der ČSR als eine Konstante von zentraler Bedeutung zu integrieren, paradoxerweise zu der Affäre um die "Verschwörung" Tuchatschewskis und zur nachfolgenden Liquidierung des überwiegenden Teils des sowjetischen Offizierskorps wesentlich beigetragen hat, indem er an Tuchatschewskis "Konspiration" glaubte und Stalin persönlich davon in Kenntnis setzte. Die weitverbreitete Auffassung davon, wie Benes den nationalsozialistischen Fälschungen auf den Leim gegangen sei, nämlich auf dem Weg: Hitler-Heydrichdeutscher Agent in Prag-Beneš, erweist sich allerdings im Lichte der tschechoslowakischen diplomatischen Akten als falsch¹, und es bleibt zu fragen, ob diese Darstellung von Walter Schellenberg - im Westen unkritisch übernommen - nicht von der Absicht einer gezielten Entstellung, wenn nicht der Fälschung der Ereignisse geleitet war. Beneš selbst schreibt in seinen Nachkriegsmemoiren, er habe von den konspirativen Plänen Tuchatschewskis aus dem Gespräch des tschechoslowakischen Gesandten in Berlin, Mastný, mit Graf Trautmannsdorff - einem der zwei Emissäre in den deutsch-tschechoslowakischen Geheimgesprächen Ende 1936 – erfahren². Benešs Behauptung wurde bislang nicht viel Gewicht beigemessen, insbesondere weil Traut-



Walter Schellenberg, Memoiren, Köln 1959, S. 48-51.

² Edvard Beneš, Paměti (Memoiren), Prag 1947, S. 33 f.; ders., Omens of the New Conflict, in: The Nation, Vol. 166, No. 23, 19.6. 1948, S. 681-684.

mannsdorff diese Darstellung bereits nach Benešs Tod empört dementiert hatte³. Benešs Angabe ist jedoch, wie eine Quellenkontrolle erwiesen hat, absolut verläßlich und exakt.

Es ist freilich nicht pure Erfindung (wie Beneš behauptet), daß irgendwann ein direkter Kontakt zwischen einem Agenten Heydrichs und dem Nachrichtendienst des Prager Generalstabs oder sogar mit einem persönlichen Vertrauten Benešs zustande kam - als deutscher Weg, Prag jene Falsifikate in die Hände zu spielen, mit denen die sowjetische Generalität kompromittiert werden sollte. Wir wissen erst seit kurzem, daß der deutsche Journalist Dr. Carl Wittig, ein Agent des Sicherheitsdienstes, der Wittig zur Desinformation einsetzte, in Verbindung mit dem Nachrichtendienst des Prager Außenministeriums stand. Damit befand sich der Nachrichtendienst unter der Kontrolle des Sicherheitsdienstes. Obwohl die Endergebnisse der nationalsozialistischen Fälschung dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten - der aus unverständlichen Gründen den Nachrichtendienst des Czernin-Palais dem wesentlich fähigeren und erfahreneren Nachrichtendienst des Generalstabs vorzog - ganz offensichtlich von Wittig untergeschoben worden sind4, so war es doch Graf Trautmannsdorff, der eine Schlüsselrolle bei der Entfaltung der Nazi-Intrige spielte. Trautmannsdorff, der den Kontakt zu Mastný bereits Ende August 1936 angeknüpft hatte und im November und Dezember 1936 in Prag Geheimverhandlungen mit Beneš führte, ließ nämlich Mastný am 9. Februar 1937 scheinbar beiläufig wissen, Hitler habe plötzlich und überraschend die deutschen Sondierungsgespräche mit Prag unterbrochen, da ihm gerade Berichte aus der UdSSR über Vorbereitungen zur Entmachtung Stalins und zur Errichtung einer Militärdiktatur zugeleitet worden seien: "Er gab zu, daß der eigentliche Grund für das Zögern des Kanzlers in der Vermutung zu suchen sei, wonach (laut gewisser Nachrichten, die er erhalten hatte) in Rußland aller Wahrscheinlichkeit nach eine baldige plötzliche Wende, der Sturz Stalins und Litwinows und die Etablierung einer Militärdiktatur bevorstehe. Sollte dieser Fall eintreten, dann würde der Kanzler seine gesamte Haltung gegenüber Rußland ändern, und er wäre bereit, West- und Osteuropa gleichzeitig zu erledigen, allerdings wieder nur auf dem Wege bilateraler Verträge. Ich stellte Graf Trautmannsdorff eine Analyse der Situation in Rußland vor, wie sie sich uns darbietet, und äußerte gleichzeitig ernste Zweifel daran, daß dort eine Wende zu einer Militärdiktatur sowie der Sturz Stalins bevorstünden."5

Mastnýs Aufzeichnung, Berlin 9.2. 1937, Nachlaß Mastný, Archiv des Nationalmuseums Prag (hier abgedruckt als Anhang 1). Diese Version wird bestätigt in einer übereinstimmenden, etwas älteren Aufzeichnung des amerikanischen Botschafters in Moskau, dem auch die deutschen Angaben als Quelle dienten (J. E. Davies, Als USA-Botschafter in Moskau, Zürich 1943, S. 8: Aufzeichnung vom



³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.1. 1952.

Ladislav Bitman, Špionážní oprátky (Galgenstricke der Spionage), Toronto 1981, S. 119ff. Der Verfasser, bis 1968 Major des tschechoslowakischen Nachrichtendienstes, erfuhr von dieser Verbindung einerseits aus den Archiven des Prager Innenministeriums, andererseits und vor allem aus den Auskünften des Nachrichtendienstes der DDR, der Wittig 1961 als einen Doppelagenten verhaften ließ. Wittig (1901–1980), 1956 Hauptzeuge der Anklage gegen Otto John, wurde 1962 in Ostberlin zu 15 Jahren verurteilt, 1970 jedoch von der Bundesregierung für 80000 DM freigekauft.

Mastnýs Skepsis in bezug auf die deutsche Einschätzung war offensichtlich geringer als seine Beunruhigung, denn sonst wäre er kaum unverzüglich nach Prag abgereist, um schon am 11. Februar dem Außenminister Krofta sowie Beneš ausgiebig Bericht zu erstatten und am 13. Februar noch einmal ein zweistündiges Gespräch mit Beneš zu führen (von diesen persönlichen Gesprächen Mastnys gibt es keine Aufzeichnungen). Inwieweit es sich um eine gezielte nationalsozialistische Desinformation handelte, der die deutsch-tschechoslowakischen Verhandlungen als raffiniert vorbereitete Basis zur unauffälligen Übermittlung der Fälschungen dienen sollten, ist aus den deutschen Quellen herauszulesen. Einerseits bekundete Neurath lediglich zwei Tage nach Mastnys Bericht: "Etwas anderes wäre es, wenn sich die Dinge in Rußland in Richtung einer absoluten Despotie, gestützt auf das Militär, weiterentwickeln sollten. In diesem Falle dürften wir allerdings den Zeitpunkt nicht verpassen, um uns in Russland wieder einzuschalten. "6 Diese Aussage dürfte die Genauigkeit von Mastnýs Information mehr als bestätigen. Andererseits aber hielt der in die Intrige nicht eingeweihte und daher objektive deutsche Botschafter in Moskau am 29. Januar die offizielle sowjetische Beschuldigung - die im Januar vor Gericht gestellten "Trotzkisten" (Radek, Pjatakow und Konsorten) seien in Verbindung mit Berlin gewesen - für ein nicht nachweisbares Manöver, um die Anti-Stalin-Opposition vor der sowjetischen Öffentlichkeit moralisch zu diskreditieren. Noch einen Tag vor Trautmannsdorffs Bemerkung gegenüber Mastný beurteilte Schulenburg Gerüchte über eine Verschwörung im Oberkommando der Roten Armee als frei erfundene Schlußfolgerungen aus früheren Prozessen. Er wies die Gerüchte mit der Begründung zurück, es fehle das geringste Anzeichen für Spannungen zwischen Stalin und Tuchatschewski sowie den anderen Generälen⁷. Einen Monat nach Mastnýs "Entdeckung" erklärte sogar das Reichskriegsministerium aufgrund der Abwehrberichte kategorisch, weder Tuchatschewski noch die anderen Sowjetgeneräle stünden in Verbin-



^{16. 1. 1937).} Churchills Wiedergabe der Darstellung Benešs vom Januar 1944 (Winston Churchill, Der Zweite Weltkrieg, Bd. VI, Bern 1954, S. 117 f.), Beneš sei vom tschechoslowakischen Geheimdienst von den deutsch-sowjetischen, über die Sowjetgesandtschaft in Prag laufenden konspirativen Kontakte unterrichtet gewesen, ist höchst unverläßlich und verrät im Vergleich mit Benešs Memoiren, die nach seiner Unterredung mit Churchill in Marakesch entstanden sind, eine Verzerrung durch Churchill.

⁶ Neurath an Schacht, Berlin 11.2. 1937, in: J. W. Brügel (Hrsg.), Stalin und Hitler. Ein Pakt gegen Europa, Wien 1973, Nr. 8, S. 41. Václav Král sucht die Herkunft der Intrige im Büro Ribbentrop (Spojenectví československo-sovětské v evropské politice 1935–1939 [Das tschechoslowakisch-sowjetische Bündnis in der europäischen Politik 1935–1939], Prag 1970, S. 208). Daraus zieht er den Schluß, man habe die Vorstellung erwecken wollen, die NSDAP suche durch ihre Aktion ihre Widersacher in der Außenpolitik, die Wilhelmstraße also, zu verdrängen. Dann hätte die Übergabe von Dokumenten über Tuchatschewskis angebliche Konspiration mit dem deutschen Generalstab in Prag nicht mehr als eine nationalsozialistische Provokation erscheinen können, sondern als eine logische Folge der Konflikte, die sich laut der Prager diplomatischen Akten in Berlin angeblich um die Orientierung der deutschen Außenpolitik abspielten.

⁷ Schulenburg an das Auswärtige Amt (AA), Moskau 29.1., 6. und 8.2. 1937, Polit. Abt. V, Pol.5 Rußland, Bd. 1-2, PA AA Bonn.

dung mit der "trotzkistischen Opposition" und erwögen nicht im entferntesten einen Militärputsch gegen Stalin⁸.

Beneš und die tschechoslowakische Diplomatie akzeptierten aber Trautmannsdorffs Mitteilung ohne jeden Zweifel. Nicht nur aus dem Grund, weil gleichzeitig mit Mastnýs Meldung Berichte aus Moskau in Prag eintrafen, wonach weitere führende sowjetische Politiker und sogar Tuchatschewski selbst verhaftet worden seien, was jedoch nicht überprüfbar gewesen sein solle?. Sondern vielmehr deshalb, weil pro-deutsche Sympathien, die sich bei Tuchatschewski im Herbst 1935 bemerkbar gemacht hatten, in Prager Vorstellungen bereits Anlaß und Gegenstand von älteren Berichten waren, von denen die tschechoslowakische Diplomatie beunruhigt worden war und die nun von der deutschen Version scheinbar bestätigt wurden, durch einen erweiterten Hintergrund anscheinend noch glaubwürdig gestützt. So erfuhr das Czernin-Palais schon im April 1936 aus dem weißrussischen Milieu in Prag vertraulich von angeblichen Plänen der sowjetischen Armeeführung, die sich gegen Stalins Mannschaft richteten, nach deren Sturz die angeblichen Verschwörer eine Anknüpfung von freundschaftlichen Beziehungen zu Berlin und eine Aufhebung sowietischer Beistandsverpflichtungen vorsahen¹⁰. Anfang Oktober 1936 nahm die Prager Polizei verdächtige Gestapo-Agenten fest, die einen Raub von Schriftmaterial des sowjetischen Militärattachés in Prag vorbereiteten und bei ihrer Vernehmung behaupteten, der Attaché stehe in Verbindung mit der deutschen Abwehr¹¹. Obwohl solche Andeutungen wegen ihrer fragwürdigen Herkunft in Prag mit Zurückhaltung aufgenommen wurden¹², mußten sie dennoch gewisse Spuren hinterlassen haben. Dies um so eher, als Ende Oktober 1936 aus Warschau und Berlin Berichte tschechoslowakischer Missionen eintrafen, die von deutschen Bemühungen, sich mit den Sowjets zu arrangieren, und von pro-sowjetischen Sympathien in den Reihen der alten Reichswehr kündeten; Mastnýs Formulierung über Hitlers "Interesse, uns aus der Verbindung mit Rußland hinauszukatapultieren", interpretierte Prag damals anders und erinnerte

Daß Beneš von einem weißrussischen Informationsbüro, das er angeblich in Genf unterhielt, von den Anschuldigungen gegen Tuchatschewski – die Skoblin diesem Büro habe zukommen lassen – schon im Herbst 1936 erfahren haben soll, ist als eine phantastische Konstruktion eines auch sonst unzuverlässigen Autors zurückzuweisen (Viktor Alexandrow, Der Marschall stand im Wege, Bonn 1962, S. 141–147).



⁶ General Stülpnagel an das AA, Berlin 11.3. 1937, ebenda.

Pavlů an Krofta, Moskau 10. und 11.2. 1937, Moskau 1937, Nr. 11 und 12, Archiv ministerstva zahraničních věcí (AMZV = Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten) Prag.

Aufzeichnung des Außenministeriums, Prag 30.4. 1937, II/632/36, Nr. 58266, AMZV Prag. Am 12.8. 1936 schilderte Göring dem polnischen Vizeaußenminister, daß Tuchatschewski, als er auf dem Rückweg aus London im Februar 1936 in Berlin Station machte, versucht habe, Hitler und die höchsten Wehrmachtbefehlshaber zu treffen (Jan Szembek, Journal 1933–1939, Paris 1952, S. 262). Göring setzte offenbar voraus, daß seine Geschichte in die französischen diplomatischen und nachrichtendienstlichen Kreise durchdringen und dort das Mißtrauen gegen die Rote Armee im Hinblick auf ihre Verläßlichkeit verstärken würde.

Das Präsidium der Prager Polizeidirektion an das Präsidium des Innenministeriums, Prag 7.10. 1936, Kart. 1208, Nr. 225/1208/2, PMV, Státní ústřední archiv (SÚA = Staatszentralarchiv) Prag.

sich drei Monate später nicht daran als an eine Information, die auf eine Intrige seitens von Berlin hätte hindeuten können¹³. Kurz vor Weihnachten 1936 wurde dem Czernin-Palais vom weißrussischen Emigranten Roman Smal-Stockij, dem früheren ukrainischen Gesandten in Berlin, der nun in Warschau lebte, ein Bericht zugespielt, der Benešs Angst vor einem neuen Rapallo (durch die Ankündigung einer bevorstehenden deutschen Kursänderung bezüglich der UdSSR) berechtigt erscheinen ließ: Der Bericht enthielt Detailinformationen über einen nationalsozialistischen Plan, vor dem Abschluß eines Abkommens mit Moskau in der Sowjetunion mit Hilfe von subversiven Aktionen einen politischen Umsturz herbeizuführen – unter maßgeblicher Beteiligung der Trotzkisten sowie einer Reihe ambitionierter höchster Kommandeure der Roten Armee¹⁴.

Wenn diese Information aufgrund "eines seltsamen Zusammentreffens der Umstände" ausgerechnet in jenem Augenblick in die tschechoslowakische außenpolitische Führung durchsickerte, als Beneš gerade in einer zweiten Audienz Graf Trautmannsdorff empfing, so handelt es sich um eine allzu verdächtige zeitliche Koinzidenz; sie verweist den Bericht in das Reich der Nazi-Intrigen. Die Depeschen des tschechoslowakischen Gesandten in Moskau, Pavlü, vom Januar 1937 mußten in Prag die Vermutung verstärken, daß mit der Aburteilung der "Trotzkisten" (Radek, Pjatakow und Konsorten) und ihrer Entfernung aus der sowjetischen Politik die Alternative eines Zusammengehens mit Deutschland in der UdSSR geschwunden sei. Beneš hatte panische Angst vor einer solchen Alternative, die auch der Berliner Gesandte bereits zwei Monate zuvor, gegen Ende November 1936, angedeutet hatte¹⁵. Eine positive Einschätzung des Prozesses, aus der Feder des Moskauer Gesandten¹⁶, mußte Beneš um so eher von Tuchatschewskis Verschwörung und von der Authentizität der von Mastný hervorgebrachten Unterstellung überzeugt haben, als Beneš in den ersten Apriltagen 1937 in der diplomatischen Post neue Gerüchte über das Be-



Slávik an Krofta, Warschau 21. 10. 1936, Warschau 1936, Nr. 72; Mastný an Krofta, Berlin 30. 10. 1936, Berlin 1936, Nr. 91 (beides: AMZV Prag).

[&]quot;Die Hauptaufgabe Deutschlands besteht heute darin, die UdSSR zu zersetzen, dort einen inneren Umsturz herbeizuführen, die kommunistische Regierung zu beseitigen und eine nationale Regierung einzusetzen, mit der Deutschland einen Bund abschlösse. Der deutsche Plan wird in der UdSSR von Gestapo-Kräften vorbereitet, die nicht nur die Trotzkisten für ihre Aktion, sondern auch andere kommunistische Kräfte, insbesondere die in der Armee, hinzugezogen haben. Den Umsturz selbst wird die Rote Armee durchführen müssen... Der Umsturz soll in Kürze unter dem Motto des Kampfes gegen den Kommunismus, gegen die Überschwemmung durch die Internationalisten und im Namen eines nationalen Rußland durchgeführt werden. Stalin wird seine nichtzussische Abstammung vorgeworfen." Aufzeichnung des Außenministeriums, Prag 16.12. 1936, III/632/36, Nr. 168556, AMZV Prag.

[&]quot;Die lautstarke antisowjetische Kampagne der Nazi-Propaganda vermag nicht Vertrauen in die sowjetische Zuverlässigkeit einzuflößen, da es in der deutschen Politik immer noch eine zweite Linie gibt, die sich auf den Osten gegen den Westen stützt." Mastný an Krofta, Berlin 23. 11. 1936, Berlin 1936, Nr. 98, AMZV Prag.

Pavlů an Krofta, Moskau 15. 1. und 31. 1. 1937, Moskau 1937, Nr. 8 und 12, AMZV Prag.

streben der Sowjets, sich mit Berlin zu einigen¹⁷, vorfand – was sich Mitte April durch unspezifizierte Informationen der ČSR-Gesandtschaft in Moskau über deutsch-sowjetische Kontakte wiederholt zu bestätigen schien¹⁸. Prager Regierungskreise zeigten sich in immer eindrucksvollerem Maße über eine mögliche Militärdiktatur in Moskau beunruhigt. Von dieser Angst wurden auch die in Prag akkreditierten Vertreter der Deutschland freundlichen Staaten ergriffen¹⁹, insbesondere als auch der französische Botschafter in Moskau, Coulondre, zur gleichen Zeit auf angebliche prodeutsche Tendenzen bei Tuchatschewski und Woroschilow aufmerksam machte und die zwei als potentielle Gefahr, als Drahtzieher einer Wende in der Sowjetpolitik bezeichnete²⁰. Coulondre ging Mitte April 1937 noch viel weiter, als er dem französischen Botschafter in Berlin anvertraute, er habe bei den "offiziellen" Deutschen in Erfahrung gebracht, sie verträten die Ansicht, Stalin, Litwinow, Dimitroff, die Komintern und die jüdischen Politiker müßten verschwinden und statt dessen müßte ein nationales, auf Militärherrschaft gestütztes Rußland, das bereit zur Zusammenarbeit mit Deutschland wäre, entstehen²¹.

Das Gestrüpp von Indizien und Informationen verdichtete sich derart, daß es die Trugbilder verdeckte und das Denken der Prager Politiker mit einer Fiktion von Glaubwürdigkeit umhüllte, die selbst kritischer Kontrolle standgehalten hätte. Der auffallende Widerspruch zwischen der langen Vorbereitung, dem scheinbar vielversprechenden Verlauf der Gespräche der deutschen Emissäre mit Beneš und ihrer plötzlichen Unterbrechung (die Unterbrechung der Gespräche wurde mit der Mitteilung über den bevorstehenden Umsturz in der Sowjetunion angekündigt und begründet), scheint es zu erlauben, die von Berlin angeregten Gespräche mit Prag für einen fingierten Schachzug zu halten, für eine Falle, die ausschließlich zwei Dinge zum Ziel hatte: einerseits Beneš die "Beweise" gegen Tuchatschewski zuzuspielen, andererseits die Sowjetarmee zu schwächen und das Mißtrauen der Prager und der Pariser Regierung gegenüber Moskau künstlich zu nähren²².

Damit sind wir allerdings der Entwicklung auf der deutschen Seite zuvorgekommen, und es wäre angebracht, sich der eigentlichen nationalsozialistischen Intrige zuzuwenden. Es ist schwer zu entscheiden, ob es wirklich der weißrussische General Skoblin in Paris war – gleichzeitig Agent des SD und der NKVD –, der Heydrich durch seine "Informationen" auf den Gedanken brachte, die Intrige gegen Tuchat-

Als erster überhaupt deutete Kamil Krofta diese Möglichkeit an; Kamil Krofta, Z dob naší první republiky (Aus den Zeiten unserer Ersten Republik), Prag 1939, S. 125.



Pavlů an Krofta, Moskau 7.4. 1937, Moskau 1937, Nr. 24; Slávik an Krofta, Warschau 8.4. 1937, Warschau 1937, Nr. 30 (beides: AMZV Prag).

Pavlů an Krofta, Moskau 16.4. 1937, Moskau 1937, II/2, Nr. 52532, AMZV Prag.

Der ungarische Gesandte Wettstein an Budapest, Prag 18.4. 1937, in: Irátok Magyarország Külpolitikajához, Bd. III, Budapest 1964, S. 394.

²⁰ Osuský an Krofta, Paris 17. 4. 1937, Kab. 1937, Nr. 3123, AMZV Prag.

Phipps an das Foreign Office (FO), Berlin 13.4. 1937, FO 371, Vol. 21095, Doc. N 2064, PRO London

schewski einzufädeln²³, oder ob dieser Plan ausschließlich Heydrich selbst zuzuschreiben ist. Die weißrussische Herkunft einiger früherer Prager Berichte über die angebliche Vorbereitung einer Verschwörung in der sowjetischen Generalität könnte darauf hindeuten, daß Skoblins Mitwirkung unter Umständen doch nicht aus der Luft gegriffen war. Wie dem auch sei - es scheint festzustehen, daß Heydrich etwa Mitte Dezember 1936 seinen Plan, falsche Dokumente zu lancieren, die Tuchatschewskis vermeintliche Verbindung mit dem deutschen Generalstab "nachweisen" würden. Hitler vorgelegt hat, der seinerseits den Plan gebilligt haben soll²⁴. Anfang Januar 1937 soll Schellenberg, der Heydrich-Vertraute, den Befehl erhalten haben, eine Studie über die Geschichte der Beziehungen zwischen der Roten Armee und der Reichswehr zu erarbeiten. Nach Vorlage dieser Studie soll Heydrich die Erstellung der entsprechenden Falsifikate angeordnet haben²⁵. Die meisten Autoren mutmaßen, Heydrich habe von Canaris verlangt, Beweise der Abwehr über die Beziehungen zwischen den beiden Armeen in den Jahren 1926-1932 als Vorlage für die Fälschungen zur Verfügung zu stellen, was Canaris jedoch abgelehnt habe²⁶. Schellenberg und auch Hagen tradieren eine besonders phantastisch klingende Geschichte - halb Krimi, halb Western -, wonach sich Heydrich jener Dokumente, die er bei Canaris vergeblich angefordert hatte, mit Hilfe von SS-Einheiten in einem nächtlichen Überfall auf das Archiv der Abwehr (das ausgeraubt und in Brand gesteckt wurde) bemächtigt habe²⁷. Ebensowenig kann die Frage geklärt werden, wie und wann die Falsifikate daraufhin fertiggestellt wurden²⁸, was sie konkret beinhalteten und ob tatsächlich auch sowjetische "Spezialisten" von Anfang an eingeweiht waren, ja sich sogar an der Erstellung der Fälschungen beteiligt haben. Daß die ganze Intrige von der NKVD angezettelt worden sei, daß Heydrich und sein Apparat eigentlich nur Vermittlungs-



W.G. Krivitsky, Ich war in Stalins Dienst, Amsterdam 1940, S. 258 ff.; Walter Hagen, Die geheime Front, Linz-Wien 1950, S. 56; Schellenberg, S. 48; George Bailey, Verschwörung um Rußland, München 1961, S. 198; Rudolf Ströbinger, Das Attentat von Prag, Landshut 1977, S. 245.

²⁴ Hagen, S. 57; Schellenberg, S. 49; Ströbinger, S. 246.

Schellenberg, S. 28 ff.; John Erickson, The Soviet High Command. A Military-Political History 1918–1941, London 1962, S. 435.

K. H. Abshagen, Canaris - Patriot und Weltbürger, Stuttgart 1950, S. 167; Hagen, S. 62; Bailey, S. 207; Zum Fall Tuchatschewski (Verfasser nicht angeführt), in: Die Gegenwart, Jg. XIII (1958), S. 77; Heinrich Teske, General Ernst Köstring; Frankfurt 1966, S. 99. Erickson, S. 434, bezweifelt jedoch das Herantreten Heydrichs an Canaris.

Schellenberg, S. 31, 49; Hagen, S. 62. Starke Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Version und an der Authentizität der ganzen Angelegenheit überhaupt artikulierte zu Recht, "angesichts der Abenteuerlichkeit des Unternehmens und mancher Widersprüche in der Darstellung", Gotthold Rhode, Das Jahr 1938 in der europäischen und deutschen Geschichte, in: Probleme der böhmischen Geschichte, München 1964, S. 140 f. Ein anonymer Autor spricht diesbezüglich von "Kriminalroman, Ganovenromantik und Räubergeschichten" (Zum Fall Tuchatschewski, S. 77). Auch Erickson, S. 434, hält die Story von dem Einbruch in das Abwehr-Archiv für unglaubwürdig.

Am zuverlässigsten scheint die Darstellung der technischen Einzelheiten der Erstellung der "Dokumente" und des Weges, auf dem die harmlosen echten Dokumente in Fälschungen umfunktioniert wurden, bei Erickson zu sein (S. 456-458). Erickson datiert auch die Fertigstellung des "SD-Dossiers" korrekt auf April 1937, was den tschechoslowakischen Akten entspricht.

102 Ivan Pfaff

und Handlangerdienste geleistet hätten, ist zwar eine verlockende Theorie²⁹, widerspricht jedoch sowohl der politischen Logik als auch dem Prestigedenken beider Geheimdienste. Hätte Stalin in der Tat Tuchatschewski primär selbst beseitigen wollen, hätte er nicht einen komplizierten und riskanten Umweg zu wählen brauchen, sondern Tuchatschewski viel einfacher, d. h. auf direktem Wege in der Sowjetunion selbst von der NKVD belasten können, wobei er das Ganze unter seiner ausschließlichen Kontrolle gehabt hätte³⁰. Umgekehrt kann man Heydrich und dem SD kaum die untergeordnete Rolle von bloßen Helfershelfern zuschreiben, denn es ist ausgeschlossen, daß sie sich mit dem demütigenden Status bloßer Helfer und Zulieferer einer anderen, rivalisierenden Macht begnügt hätten.

Ist die These vom sowjetischen Ursprung der Intrige gegen Tuchatschewski mit äußerst kritischer Zurückhaltung zu betrachten, so kann man auch die Angaben in der Literatur über den zeitlichen Ablauf und über den Weg, auf dem die Fälschungen nach Moskau gelangt sind, als unglaubwürdig ansehen. Daß die Falsifikate erst im April 1937 in Berlin erstellt, erst Anfang Mai vorgelegt worden und gar erst Mitte Mai in die Hände der Sowjets gelangt seien³¹, ist eine unhaltbare Behauptung, da Tuchatschewski ansonsten nicht schon am 11. Mai hätte abgesetzt werden können ganz zu schweigen vom tschechoslowakischen Aktenmaterial, aus dem hervorgeht, daß die Fälschungen mit Sicherheit vor Ende März fertig gewesen sein müssen. Es ist zwar nicht ganz auszuschließen, daß der SS-General Behrens mit den "Dokumenten" incognito in die Tschechoslowakei entsandt wurde, wie allgemein behauptet wird, um dort mit einem "Intimus" von Beneš Kontakt aufzunehmen³² - der niemand anders gewesen sein konnte als der genannte Wittig, den der SD benutzte, um den Nachrichtendienst des Prager Außenministeriums zu infiltrieren und zu desinformieren. Völlig ausgeschlossen ist dagegen die Version, die Heydrich-Leute hätten sich mit der sowjetischen Botschaft in Berlin in Verbindung gesetzt, um den Sowjets das "Material" gegen Tuchatschewski auf direktem Wege anzubieten, und daß danach ein Beauftragter Stalins von Moskau nach Berlin geschickt worden sei, um den Deutschen die Akten für 3 Millionen Goldrubel abzukaufen³³. Sowohl in den sowjetischen als auch in den tschechoslowakischen Akten ist nämlich lückenlos nachgewiesen, daß einzig und allein Beneš die unterschobenen "Dokumente" an Stalin weiterleitete und sie direkt aus dem Reich erworben hatte, wobei Wittig zwar eine wichtige Vermittlerrolle zukam, er nicht aber die einzige Quelle darstellte³³a.

³³a Wie intim und intensiv Benešs Kontakte mit Wittig und sein Vertrauen zu ihm waren, weist der Nachkriegsbrief nach, in dem Beneš Wittig für seine "Dienste" warm danken ließ. Dr. Jan Jina, Chef der politischen Sektion der Präsidialkanzlei, an Wittig, Prag. 24. 12. 1946, R 15088/46, AKPR Prag.



Hagen, S. 63; Krivitsky, S. 261; Zum Fall Tuchatschewski, S. 77; Ströbinger, S. 247; Erickson, S. 435.

³⁰ Berlin, Paris, Prag und Moskau seien die vier Punkte gewesen, zwischen denen von der NKWD, dem SD, dem tschechoslowakischen Geheimdienst und den weißrussischen Exilkreisen das Geflecht geknüpft wurde, mutmaßt Erickson, S. 436.

³¹ Schellenberg, S. 49; Hagen, S. 62 ff.; Zum Fall Tuchatschewski, S. 78; Ströbinger, S. 247.

³² Schellenberg, S. 50; Hagen, S. 62 ff.; Zum Fall Tuchatschewski, S. 78; Ströbinger, S. 248.

³³ Schellenberg, S. 50; Hagen, S. 65; Zum Fall Tuchatschewski, S. 78; Ströbinger, S. 247.

Die Berliner Annahme, die Falsifikate würden in Moskau am überzeugendsten wirken, wenn Stalin sie via Prag bekäme, dargeboten als Benešs persönliche nachrichtendienstliche Erkenntnis, und die Vermutung, daß Beneš sogleich nicht nur Moskau, sondern auch Paris alarmieren würde, haben sich exakt bestätigt. Beness Behauptung jedoch, er habe die nationalsozialistischen Mystifikationen unverzüglich nach Mastnýs Februarbericht dem Prager Sowjetgesandten Alexandrowski überreicht, erfordert eine wichtige Zeitkorrektur. Aus Beness persönlichem Archiv sowie aus Akten der Präsidialkanzlei geht eindeutig hervor, daß Beneš Alexandrowski im Februar und März 1937 nicht ein einziges Mal empfangen hat. Und daß der Inhalt von Mastnys Februardepesche auch auf anderem Wege keineswegs zum sowjetischen Gesandten durchgedrungen war, bestätigt Alexandrowskis Depesche an Litwinow vom 8. März über sein Gespräch mit Außenminister Krofta. Krofta hat vier Wochen nach Graf Trautmannsdorffs sensationeller Mitteilung Alexandrowski nicht im entferntesten etwas davon angedeutet, was er selbst und Beneš am 11, und 13, Februar von Mastný erfahren hatten³⁴. Die in der Literatur geläufige Darstellung, Beneš habe Stalin unverzüglich informiert, gilt für die Ereignisse in den letzten April- und den ersten Maitagen, also fast drei Monate später35: Beness ganz offensichtliches Zögern, die Information nach Moskau und Paris weiterzuleiten, wurde durch die umsichtige Haltung eines Politikers diktiert, der eine derart weitreichende Nachricht noch überprüfen und durch weitere Auskünfte untermauern wollte und in Übereinstimmung mit seinem Naturell nicht bereit war, impulsiv vorzugehen - was dem SD offenbar nicht verborgen blieb. Zumindest drängte Mastný in seiner Depesche vom 20. März Krofta nach fast sechs Wochen Schweigen zu einer klaren Reaktion Prags, wobei er selbst "nähere Unterrichtung" in der Sache vermißte³⁶. Wenn Mastný den Schluß zog, die Kontakte der Hitler-Vertrauten hätten die Neutralisierung des tschechoslowakischsowjetischen Beistandspaktes zum Ziel, irrte er nicht. Er erfaßte jedoch nicht das Hauptziel des deutschen Manövers: Beneš zu veranlassen, Stalin die Informationen über Hitlers Hoffnung auf einen Umsturz in der UdSSR zu überreichen.

Jene "nähere Unterrichtung", die Mastný fehlte, lieferte ihm ganz offenkundig Göring am 7. April, dessen Auskünfte, obwohl uns jegliche Unterlagen über das Gespräch Mastný-Göring fehlen, offensichtlich viel ausschlaggebender und wahrscheinlich auch konkreter waren als jene, die Mastný zwei Monate zuvor von Trautmannsdorff vernommen hatte. Und das sicher aus dem Grunde, weil man in Berlin festgestellt hatte, daß Beneš Stalin im Februar nicht informiert hatte und daß es unerläßlich sei, erstens härtere "Argumente" mit konkreteren "Angaben" einzusetzen und zweitens eine autoritativere Persönlichkeit, als es Trautmannsdorff war, irgendein Mitglied der nationalsozialistischen Prominenz, zu engagieren. Nach dem Gespräch



³⁴ Alexandrowski an Litwinow, Prag 8.3. 1937, in: Mnichov v dokumentech (München in Dokumenten), Bd. II, Prag 1958, S. 94 ff.

³⁵ Churchill, S. 295; Edward Carr, Berlin-Moskau, Stuttgart 1954, S. 155; Teske, S. 95.

Mastný an Krofta, Berlin 20.3. 1937, Berlin 1937, Nr. 19, AMZV Prag (hier abgedruckt als Anhang 2).

Mastný-Göring kam die Lawine in der Tat ins Rollen: Am 12. April in der Frühe, viereinhalb Tage nach seinem Gespräch mit Göring, bat Mastny um ein Treffen mit Beneš, das man in Prag für den 17. April anberaumte³⁷. Gleich nach seiner Unterredung mit Mastný beschloß Beneš, Alexandrowski für den 22. April zu sich zu bestellen³⁸. Einen Tag vor Alexandrowskis Empfang, am 21. April, reisten zwei hohe Beamte aus dem Innenministerium - einer von ihnen Chef der Politischen Polizei, Ministerialdirektor Dr. Karel Novák - im Auftrag des Staatspräsidenten, des Außen- und des Innenministers nach Berlin, wo sie sich zwei Tage aufhielten und auch mit Gestapo-Chef Müller ein Gespräch führten³⁹. Ihre Reise diente ganz eindeutig dem Zweck, jene Angaben zu überprüfen und zu ergänzen, die dem Nachrichtendienst des Czernin-Palais nach der Unterredung zwischen Mastný und Göring von Wittig zugespielt worden waren. Gleich nach der Rückkehr der beiden Emissäre empfingen Beneš und Krofta insgesamt an drei Terminen, in einem kurzen Zeitraum, Alexandrowski: am 24. und 26. April sowie am 7. Mai⁴⁰. Innerhalb von 16 Tagen wurde der Sowjetgesandte also viermal vom Staatspräsidenten und vom Außenminister empfangen, was im Kontakt zwischen Benes und Alexandrowski in den Jahren 1934-1938 eine außergewöhnliche und einmalige Häufung darstellt.

Schließlich wurde bloße vier Tage nach dem letzten Gespräch zwischen Alexandrowski und Beneš Tuchatschewski als stellvertretender Verteidigungskommissar und Generalstabsschef abgelöst - der unmittelbare Zusammenhang, die Korrelation zwischen Alexandrowskis Besuchen bei Beneš und Tuchatschewskis Sturz sind mehr als augenfällig. Den Kausalzusammenhang steigern noch die Ereignisse, die sich am 3. und am 4. Mai (d. h. in der Zeit zwischen dem vorletzten und dem letzten Besuch Alexandrowskis bei Beneš) in Moskau abspielten: Noch am 3. Mai hatte der Kreml der britischen Botschaft in Moskau Tuchatschewskis Reisepaß mit einem Visumantrag vorgelegt (der Marschall sollte die sowjetische Delegation bei den Londoner Krönungsfeierlichkeiten leiten). Keine 24 Stunden später zog die Führung jedoch den Antrag mit der Begründung zurück, Tuchatschewski sei "plötzlich erkrankt"⁴¹. Der 4. Mai, als der Kreml Tuchatschewski vorläufig nur an der Ausreise hinderte und ihn für verdächtig hielt, jedoch noch nicht schuldig sprach, ist eine Konsequenz des Gesprächs zwischen Alexandrowski und Beneš am 26. April. Tuchatschewskis Absetzung am 11. Mai und seine anschließende Verhaftung müssen eine Folge des letzten Treffens am 7. Mai, bei dem auch Mastný zugegen war, und vor allem eine direkte Auswirkung von Benešs persönlicher Botschaft an Stalin vom 8. Mai gewesen sein⁴², die

Beschluß des Politbüros der KPdSU (B), Moskau 24.5. 1937, Polit. Abt. V, Pol.5, Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen in Rußland, Bd. 3, PA AA Bonn (hier abgedruckt als Anhang 3). Über



A 543/37, Archiv Kanceläře presidenta republiky (AKPR = Archiv der Kanzlei des Präsidenten der Republik) Prag.

³⁸ A 578/37, AKPR Prag.

³⁹ Aufzeichnung des Gesandten Dr. Jina, des Kabinettschefs des Außenministeriums, Kab. 2150/37, AKPR Prag.

A 596/37, A 604/37, A 695/37, AKPR Prag.

Schulenburg an das AA, Moskau 5.5. 1937, Polit. Abt. IV, Pol. 3 Rußland, Bd. 2, PA AA Bonn.

zweifellos erst – durch die Erhebung schwerster Beschuldigungen gegen ihn – das Schicksal des Marschalls besiegelte. Diese Beschuldigungen stammten einerseits von Göring und Wittig, andererseits und insbesondere waren sie das Ergebnis von Berliner Nachforschungen der tschechoslowakischen politischen Polizei zwischen dem 21. und 23. April; ihr ließ Heydrich augenscheinlich die schriftlichen Falsifikate zuspielen. Die Annahme, es sei eine jener Legenden, die sich nachträglich um die Tuchatschewski-Affäre zu ranken begannen, daß Beneš dabei eine entscheidende Rolle gespielt habe, ist also durchaus verfehlt⁴³. Um so weniger akzeptabel ist der plumpe Versuch – mit ignoranter Souveränität unternommen –, Beneš wegen seiner Verstrikkung in die Affäre wiederholt als einen absichtsvoll handelnden, direkten Helfer und Diener Hitlers hinzustellen, und das obwohl Beneš bekanntermaßen schon seit 1933 zu den konsequentesten Hitler-Gegnern in der europäischen Politik gehört hatte⁴⁴.

Aus den schroffen, schlagwortartigen Andeutungen in den Aufzeichnungen der Präsidialkanzlei scheint sogar hervorzugehen, daß die ersten beiden Gespräche mit Alexandrowski, am 22. und 24. April, unter erregten Diskussionen verliefen – zwischen dem Sowjetgesandten, der die Anschuldigungen gegen Tuchatschewski als absurd abgetan haben mag, und Beneš, dem es nicht gelang, diese Gewißheit des Gesandten zu erschüttern, und daß Alexandrowski erst am 26. April und am 7. Mai vor dem "Belastungsmaterial" kapitulierte, das ihm Beneš präsentierte⁴⁵. Daß die Sowjets die ersten beiden Hinweise von Beneš mit Mißtrauen und Zweifeln entgegennahmen, darauf deuten indirekt auch die Beteuerungen der Sowjetdiplomaten in Prag und



Jahrgang 35 (1987), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

Benešs Warnung an Stalin kurz schon Hénri Noguères, Munich or the Phoney Peace, London 1965, S. 36.

⁴³ Theodor Pirker, Die Moskauer Schauprozesse 1936–1938, München 1963, S.75.

^{**}Beneš hatte bereits früher versucht, sich Hitlerdeutschland gegenüber nützlich zu erweisen (sic!), als er die ihm von der nationalsozialistischen Regierung (sic!) in die Hand gegebenen Dokumente über angebliche Konspiration Tuchatschewskis Stalin schickte . . . Daß Beneš, dem doch die Herkunft des Materials bekannt war, bewußt Hitler (sic!) und Stalin einen Dienst erweisen wollte, geht aus Benešs ganzer Einstellung hervor . . . Die Episode des Verrats Tuchatschewskis beweist demnach, daß am Vorabend des Zweiten Weltkrieges die Möglichkeit einer Zusammenarbeit zwischen Hitler, Stalin und Beneš (sic!) nicht unmöglich war . . . Daß Beneš eine Zusammenarbeit mit Hitler für möglich hielt (sic!), paßt ganz zu seinem außenpolitischen Konzept. "K. J. Newman, Zerstörung oder Selbstzerstörung der Demokratie. Europa 1918–1938, Stuttgart 1984, S. 180 f.

Das blitzartige Vorgehen Moskaus gegen Tuchatschewski nach Benešs Einschreiten schließt die Behauptung des französischen Diplomaten aus, daß Beneš Paris früher als Moskau informiert habe und daß Daladier als Verteidigungsminister Potemkin schon im Februar 1937 eine von Beneš angeblich vorher nach Paris adressierte Warnung übergeben habe (Robert Coulondre, Von Moskau nach Berlin 1936–1939, Bonn 1950, S. 82 f.). Ebensowenig entspricht der Wahrheit eine andere Angabe Coulondre, daß Daladier – auch bereits im Februar 1937 – ihm vertraulich mitgeteilt habe, "er habe aus zuverlässiger Quelle erfahren (offenbar nicht von Beneš, I. P.), daß Abgesandte des Reiches und Mitglieder hoher sowjetischer Befehlstellen Fühlung aufgenommen hätten und daß Verhandlungen über die Vorbereitung einer Militärrevolte, den Sturz der sowjetischen Regierung und den Abschluß eines Abkommens mit Berlin im Gange seien" (ebenda, S. 119). Daß die "Verschwörer" über die Prager Sowjetgesandtschaft mit den Deutschen Verbindung angeknüpft hätten (Churchill, S. 259), ist gänzlich ausgeschlossen.

Moskau vom 21. und 27. April hin, wonach es zwischen Moskau und Berlin zu keinem Zeitpunkt Verhandlungen irgendeiner Art gegeben habe⁴⁶.

Was Beneš Alexandrowski konkret erklärte oder überreichte, konnten wir nur mutmaßen, bevor es 1979 glückte, den Beschluß des Moskauer Politbüros vom 24. Mai aufzufinden. Darin wird der Inhalt von Beness persönlicher Botschaft an Stalin vom 8. Mai (die in Moskau frühestens am 11., eher noch am 12. Mai zugestellt wurde) wiedergegeben und auch auf die dieser Botschaft beigefügten "Dokumente" Bezug genommen, ohne sie jedoch zu präzisieren. Dieser Politbüro-Beschluß erweckt den Eindruck, daß Stalin, auf dessen Mitteilungen sich der Beschluß beruft, dieses Material dem Politbüro gar nicht vorgelegt, sondern es nur wiedergegeben hat, ohne zwischen seinem Inhalt und dem Inhalt von Beness Botschaft zu differenzieren. Trotz der geradezu sensationellen Angaben des Beschlusses ist es also immer noch nicht möglich, das Material, das die Nationalsozialisten Prag untergeschoben haben, zu konkretisjeren und zu analysieren; aus den Angaben des Beschlusses läßt sich der Inhalt von Benešs Botschaft nicht deutlich herauslösen, die beiden Komplexe sind nicht voneinander zu unterscheiden und der Charakter und die Herkunft der "Dokumente" lassen sich nicht charakterisieren. Dennoch ist es aufgrund des Beschlusses möglich, die Anschuldigungen gegen Tuchatschewski und die übrigen Generale zumindest allgemein zu umreißen. Die "Verschwörer" sollen geplant haben, "in Verbindung mit dem deutschen Generalstab und der Gestapo . . . Stalin und die Sowjetregierung sowie alle Organe der Partei und der Sowjetmacht durch einen Militärputsch zu stürzen, eine Militärdiktatur . . . zu installieren", und zwar unter Mithilfe einer antikommunistischen "nationalen Regierung", die sich mit Deutschland verbunden hätte und die nach Ermordung Stalins und seiner führenden Mitarbeiter die Absicht gehabt habe, "Deutschland für seine Hilfe besondere Vorrechte innerhalb der Sowjetunion zu gewähren" und "Gebietsabtretungen an Deutschland . . . in der Ukraine . . . durchzuführen", von der Aufkündigung der Bündnisse mit Paris und Prag ganz zu schweigen. Das Ganze hätte geschehen sollen unter der Parole des "nationalen Rußland", das unter starker Militärherrschaft stehen würde⁴⁷. Obwohl diese Darstellung des angeblichen Plans, der so absurd klingt, daß seine Unglaubwürdigkeit zum Himmel schreit, überhaupt nicht anführt, auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln der Umsturz konkret hätte vor sich gehen sollen - was von vornherein verdächtig erscheinen muß, ist auf den ersten Blick klar ersichtlich: wie weitgehend und auffallend die an sich allzu abstrakten Angaben mit Mastnýs ersten Informationen vom Februar 1937 übereinstimmen. Diese Übereinstimmung dürfte Beneš und der Führung der tschechoslowakischen Außenpolitik nicht entgangen sein, sie dürfte in Prag das Vertrauen in die



Kroftas Aufzeichnung über sein Gespräch mit Alexandrowski, Prag 21.4. 1937, Kab. 1937, Nr. 2206; Pavlů an Krofta über Potěmkins Intervention, Moskau 27.4. 1937, Moskau 1937, Nr. 36 (beides: AMZV Prag); Alexandrowski an Litwinow, Prag 22.4. 1937, in: Dokumenty a materiály k dějinám československo-sovětských vztahů (Dokumente und Materialien zur Geschichte der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen), Bd. III, Prag 1979, Nr. 204, S. 357.

⁴⁷ Beschluß des Politbüros der KPdSU (B), Moskau 24.5. 1937 (vgl. Anm. 42).

Fälschungen verstärkt haben, und es ist leicht vorstellbar, welche Panik diese Berichte in Prag ausgelöst haben müssen. Dies erklärt auch, warum man sie recht fahrlässig in Prag keiner ernsthaften nachrichtendienstlichen Überprüfung unterzogen hat⁴⁸.

Zu spät und nur in begrenztem Umfang stellte die tschechoslowakische Diplomatie die nationalsozialistische Herkunft der Gerüchte über sowjetisch-deutsche Verhandlungen von Ende April fest, ohne jedoch die Raffinesse bei den Anschuldigungen gegen Tuchatschewski am Vorabend seines Prozesses erfaßt zu haben⁴⁹. Dies zeigt sich darin, daß die tschechoslowakische Mission in Moskau selbstsicher Tuchatschewskis Sturz mit Hinweis auf seine angeblichen Beziehungen zu den Trotzkisten und auf seinen "bonapartistischen Komplex" kommentierte, woraufhin angeblich die Gefahr bestanden habe, daß der Marschall die politische Macht an sich gerissen hätte⁵⁰. Am 20. Juni 1937 zeichnete sich jedoch in der Einstellung der ČSR-Gesandtschaft in Moskau schließlich eine prinzipielle Wende ab: Die Vertretung lehnte kategorisch die offizielle sowietische Version ab, wonach acht führende Kommandeure der Roten Armee Beziehungen zum deutschen Geheimdienst unterhalten hätten, und qualifizierte den ganzen Prozess als eine Justizfälschung ab⁵¹. Wie auch immer, obwohl diese interessante Interpretation die Dimension einer Hypothese nicht überstieg, so suchte sie doch zweifellos mit einem hohen Maß an Kritik eine logische und rationale Auslegung dort, wo die offizielle Version unglaubwürdig, falsch, unlogisch, phantastisch klang. Wiese sie in der Analyse der Situation einen realen Kern auf, dann wäre Tuchatschewskis Sturz für die Tschechoslowakei doppelt tragisch gewesen, falls der Marschall im Gegensatz zu Stalin in der Tat einen Kriegskurs gegenüber Deutschland angesteuert hätte; also das Gegenteil dessen, wessen er beschuldigt wurde; darüber hinaus würde die Verifizierung dieser Information restlos erklären, warum es dem Regime in Berlin auf Tuchatschewskis Liquidierung so sehr ankam. Auf jeden Fall war die Erkenntnis der tschechoslowakischen Diplomaten in Moskau bei weitem prä-



Es ist bezeichnend, daß man in Moskau gemäß der ausdrücklichen Aussage Stalins das von Prag überreichte Material mit "besonderer Dankbarkeit" aufgenommen hat. Das Politbüro erklärte sich daher bereit, eine für die ČSR "günstige" Militärkonvention mit Prag abzuschließen, als "Zeichen der Verbundenheit" ischechoslowakische Militär-, Wirtschafts- und Kulturdelegationen sowie Außenminister Krofta zur offiziellen Reise nach Moskau einzuladen und Liewinows Prager Besuch zu realisieren. Die neuere sowjetische Literatur gibt unumwunden zu, daß in der UdSSR selbst das von Prag nach Moskau geleitete Material "in der Atmosphäre der gegenseitigen Verdächtigungen" und des "Mißtrauens Stalins, der überall Verrat sah", gar nicht überprüft und "bedingungslos als wahr angesehen" wurde (Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Bd. 1, Berlin Ost 1962, S. 118).

⁴⁹ Runderlaß des Außenministeriums vom 30.5. 1937, Abgänge Nr. 211-235/37, AMZV Prag.

Pavlû an Krofta, Moskau 11.5. und 12.6. 1937, Moskau 1937, Nr. 40 und 49, AMZV Prag. Gesandter Pavlû irrte, wenn er in seinem Bericht vom 15.6. 1937 (Moskau 1937, Eingänge Nr. 316, ebenda) behauptete, Tuchatschewskis Schicksal sei erst am 1.-4.6. auf der Sitzung des Höchsten Verteidigungsrates infolge von Woroschilows Referat entschieden worden. Aus dem zitierten Beschluß geht klar hervor, daß dies schon am 24.5., zwei Tage vor Tuchatschewskis Verhaftung, der Fall gewesen war.

⁵¹ Pavlů an Krofta, Moskau 20.6. 1937, Moskau 1937, Nr. 50, AMZV Prag (hier abgedruckt als Anhang 4).

108 Ivan Pfaff

ziser und realistischer als die verblendete Auffassung Prags, wo man auf der Überzeugung beharrte, Tuchatschewski sei schuldig.

So äußerte Krofta zwei Tage nach der Hinrichtung der Generäle gegenüber dem rumänischen Gesandten seine Befriedigung über den Prozeß und verriet, daß er, ebenso wie Beneš, schon vor vier Monaten aus Berlin erfahren habe, Hitler sei entschlossen, nach einem gelungenen Militärputsch und nach einer Stabilisierung der Militärdiktatur freundschaftliche Beziehungen zu Moskau anzuknüpfen, und daß Prag das harte Durchgreifen Stalins nur begrüßen könne⁵². Eine Woche später vertraute Krofta auch dem englischen Gesandten an, er habe sichere Beweise für Tuchatschewskis Schuld⁵³. Wenn Beneš darauf bestand, aus Berlin unwiderlegbare, überzeugende, ganz "authentische" Beweise über Tuchatschewskis Konspiration erworben zu haben, wenn er etwa noch Mitte September 1937 dem amerikanischen Gesandten in Prag versicherte, er wisse, Tuchatschewski sei in konspirativem Verkehr mit Berlin gewesen und Berlin habe schon im Frühsommer 1937 für den Fall des geglückten Militärumsturzes in Moskau einen Vertrag mit Rußland vorbereitet⁵⁴, wenn er noch nach dem Anschluß Österreichs die Säuberungen in der Sowjetarmee - nach der Affäre Tuchatschewski - für notwendig hielt und die absurde Behauptung aufstellte, die Sowjetunion sei nach den Säuberungen stärker als zuvor⁵⁵, obwohl der Moskauer ČSR-Militärattaché, Oberstleutnant Dastich, seit Juni bis in den Oktober hinein bestrebt war, Beneš in einer Reihe ausführlicher Depeschen durch präzise Ausführungen und konkrete Gegenargumente von der Unhaltbarkeit von Stalins Beschuldigungen zu überzeugen⁵⁶, dann legte Beneš von neuem nur seine doktrinäre Prägung und eitle Überzeugung von der eigenen Unfehlbarkeit an den Tag, weil gerade er Moskau informiert und weil gerade er die Informationen über die Verschwörung der Generäle gewonnen hatte. Hätte er anders gedacht, wenn er gewußt hätte, daß selbst in der sowjetischen Spitze starke Zweifel an Tuchatschewskis Schuld bestanden, wie Litwinows Empörung über den Prozeß eindrucksvoll beweist⁵⁷?

Beneš erfaßte nicht einmal später die fatale Tragweite des Tuchatschewski-Prozesses sowie der dadurch entfesselten brutalen Säuberungen in der Armee für die Tsche-

Fürchterlich. Morgen ist der Prozeß. Die Blüte unseres Oberbefehls, Michail Tuchatschewski. Der Stolz der Roten Armee! Der Ruhm ihrer Siege! Ein großartiger Organisator! ... Ich versuche, zu begreifen und mir die geschichtliche Notwendigkeit dieses Hinmordens zu erklären. Es ist ungeheu-



Aurelianu nach Bukarest, Prag 13.6. 1937, 71/1937 – 40 C 1, Arhiva ministerulni: afacerilor externe (AMAE = Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten) Bukarest. Am 21.7. 1937 versuchte Beneš, den Generaldirektor der Gewerbebank, Dr. Preiss, den mächtigsten tschechoslowakischen Wirtschaftskapitän, von der Notwendigkeit der Beseitigung Tuchatschewskis zu überzeugen (Archiv der Staatsbank Prag: Živnobanka – S VI/1-1/15, 136-137).

⁵³ Newton an das FO, Prag 21.6. 1937, FO 371, Vol. 21104, Doc. N 3287, PRO London.

⁵⁴ Carr an das State Department, Prag 18.9. 1937, FRUS 1937/I, Washington 1954, S. 130 f.

⁵⁵ Newton and as FO, Prag 19.3. 1938, FO 371, Vol. 22286, Doc. N 1622, PRO London.

Berichte Oberstleutnant Dastichs an die Militärkanzlei des Präsidenten der Republik, Moskau 23.6., 6. und 21.7., 14. und 31.8., 23.9. und 12.10. 1937, Kab.Nr. 2399, 2514, 2921, 3209, 3401, 3798 und 4198, VKPR, Vojenský historický archiv (VHA = Militärgeschichtliches Archiv) Prag. Vgl. Boris Celovsky, Das Münchener Abkommen von 1938, Stuttgart 1958, S. 89-92.

choslowakei – eine Bedeutung, die der deutsche Botschafter in Moskau sofort erkannte, was sich in der Feststellung zeigt, Tuchatschewskis Sturz bedeute den Verlust des fähigsten Kopfes, den die Rote Armee je hatte, sowie eine Ausdehnung der Säuberungen auf die einzige Kraft, der der Stalinsche Terror bisher erspart blieb – auf die Armee⁵⁸. In Prag glaubte man eher den absurden Versicherungen, die Litwinows frischgebackener Stellvertreter, Potěmkin, an Prag und Paris adressierte, daß "die letzten Ereignisse die bisherige Orientierung der sowjetischen Außenpolitik gefestigt" hätten und daß Moskau durch die Liquidierung der "Verräter" seine Treue gegenüber seinen Bündnisverpflichtungen erwiesen habe⁵⁹. Sicherlich wurde Beneš in seiner Einstellung noch im Frühjahr 1938 durch die tendenziöse, sowjetfreundliche Berichterstattung seines neuen Moskauer Gesandten Fierlinger – der vollkommen im sowjetischen Fahrwasser schwamm – wesentlich bestätigt⁶⁰.

Es bleibt zu erklären, warum die deutsche Intrige gerade über Prag nach Moskau führte. Ihr Weg über Beneš garantierte Berlin, daß Moskau seinen Verbündeten entweder die Affäre befriedigend erklären oder gegenüber Tuchatschewski Konsequenzen ziehen und daß man von Prag aus auch Paris informieren würde. Die "Einweihung" Prags durch ein raffiniertes Manöver – dem auch die ganzen Verhandlungen der Hitler-Vertrauten mit Beneš Ende 1936 gedient hatten, wobei diese Emissäre von der tatsächlichen Funktion ihrer Mission nichts wußten – garantierte Berlin, daß Moskau die Anschuldigungen gegen Tuchatschewski nicht ad acta legte, sondern gezwungen war, in jedem Fall öffentlich zu reagieren. Gewiß, die nationalsozialistischen Verleumdungen gegen Tuchatschewski wurden von Berliner Quellen aus schon seit Herbst 1935 kolportiert, und es war nichts geschehen; doch damals waren die Moskauer Prozesse noch nicht im Gange und gerade diese Prozesse (vom August 1936 und Januar 1937) gaben nun zu Hoffnungen Anlaß, Stalin würde der Intrige ge-



er schwer... Nach jedem Marschall wird man mehrere Hundert Offiziere aus seiner Umgebung erschießen. Blut fordert Blut. Und wo ist die Grenze?" Maxim Litwinow, Memoiren. Aus den geheimen Tagebüchern, München 1956, S. 246.

Schulenburg an das AA, Moskau 15.5. 1937, Polit. Abt. V, Pol. 13 Rußland, Bd. 1, PA AA Bonn.

⁵⁹ Pavlů an Krofia, Moskau 2. 8. 1937, Moskau 1937, Nr. 61, AMZV Prag.

wenn Tuchatschewskis Vorhaben geglückt wäre, hätte er sicher versucht, eine Militärdiktatur zu errichten . . . Es verwundert nicht, daß die Opposition auch sehr bald eine Verbindung mit Tuchatschewski und anderen Generälen fand. Heute ist Tuchatschewskis Charakteristik als eines zu allem fähigen politischen Abenteurers klar und bestimmt genug, so daß an seiner Rolle keine Zweifel bestehen können. Tuchatschewski ist seinerzeit zum allmächtigen Herrn über die Armee geworden und konnte daher schrittweise wichtige Beförderungen seiner Freunde verwirklichen. Die Rolle und Bedeutung der Armee im Staat verstand er ganz im Geiste deutscher Generäle, die er um ihre Bedeutung in Deutschland beneidete und die er bewunderte. Deshalb auch vertrug er nur schwer die Eingriffe der politischen Organe und war bestrebt, ihren Einfluß loszuwerden." Fierlinger an Benes, Moskau 26. 3. 1938, in: Zdenek Fierlinger, Ve službách ČSR (In den Diensten der ČSR), Bd. I, Prag 1951, S. 54 f. Noch am 30. 6. 1938 vertrat Josef David, Vorsitzender des Wehrausschusses des Prager Abgeordnetenhauses und ein weiterer Beneš-Vertrauter, öffentlich die These, Tuchatschewski "habe Stalin stürzen und den Deutschen die Ukraine ausliefern wollen" (Geschäftsträger Hencke an das AA, Prag 23.7. 1938, Polit. Abt. V/455, Pol. 2 Rußland, Politische Beziehungen Rußlands zu Deutschland, Bd. 1, PA AA Bonn).

gen Tuchatschewski und gegen die sowjetische Generalität Glauben schenken oder (wie es tatsächlich der Fall sein sollte) diese Intrige sogar als willkommene Gelegenheit aufnehmen. Psychologisch gesehen zielte die nationalsozialistische Intrige sehr exakt darauf, daß Benešs subjektive Absicht, die Sowjetarmee zu stärken bzw. ihre Schwächung zu verhindern, objektiv gerade zu ihrer Abwertung durch Massensäuberungen führen sollte, die in der Atmosphäre des Stalinschen Massenterrors in der Sowjetunion nach der Affäre Tuchatschewski zwangsläufig folgen würden. Deutsche Quellen beweisen übrigens im nachhinein eindeutig, daß die Verschwörung der NS-Kreise um Heydrich in erster Linie diese Absicht verfolgte⁶¹.

Erst nach seiner Botschaft an Stalin vom 8. Mai informierte Beneš auch den französischen Premier Blum über die angebliche Konspiration des sowjetischen Oberkommandos und beschwor ihn in einer Privatbotschaft vom 10. Mai, in den französischen "Beziehungen mit dem sowjetischen Generalstab höchste Vorsicht walten zu lassen, weil die Führungsmitglieder im sowjetischen Generalstab verdächtige Kontakte mit Deutschland unterhielten"⁶². Deshalb konnte auch das Drängen der Sowjets in Paris

⁶² Les événements survenus en France de 1933 à 1945. Témoignages et documents recueillis par la



Die tschechische Presse teilte weitgehend das Urteil der Pührung der tschechoslowakischen Außenpolitik über die Affäre Tuchatschewski. Der einzige Unterschied zwischen den kommunistischen und nichtkommunistischen Blättern bestand in den Hinweisen der liberalen und sozialdemokratischen Presse auf die Schwächung der Roten Armee als Folge der Säuberungen, was die kommunistische Presse leidenschaftlich bestritt, zum Teil auf eine recht aggressive Weise (Rude Pravo 12., 13., 15. und 16.6. 1937). Nur sehr vereinzelt erschienen in der nichtkommunistischen Presse Hinweise auf die Undurchsichtigkeit und Rätselhaftigkeit der sowjetischen Entwicklung, viel eher sind Spekulationen über die Gründe für Tuchatschewskis Sturz zu finden. Allgemein lautete die Interpretation "Ende des roten Napoleons" (České slovo 12.6. 1937) oder "Kampf um Wiederkehr des Kaisertums" (ebenda 7.2. 1938). Bezeichnend erscheint der Aufsatz "Stalins rücksichtsloser, aber notwendiger Dienst an Europa" (ebenda 23.6. 1937), in dem es heißt: "Die Enttäuschung über Stalins Politik verband drei Elemente: die trotzkistischen Bolschewiki, die rechtsgerichteten Menschewiki und den deutschen Generalstab. Die Verbindung dreier derart heterogener Elemente führte dann zur größten und zynischsten Organisation des Verrats, der Spionage und der Zersetzung . . . Es ist nicht daran zu zweifeln, daß mit den Hinrichtungen der verräterischen Generale sich die Sowjetregierung selbst vor einem Umsturz gerettet hat. Aber es steht auch außer Zweifel, daß Hinrichtungen, die die Sowjetregierung retten, auch den europäischen Frieden retten." Nur die liberale Linke brachte den Mut auf, beunruhigende Fragen zu stellen: was für einen Wert ein Verbündeter habe, in dessen Armeespitze Saboteure und Spione saßen (Lidové noviny 12.6. 1937). Nur der eingeweihte Kenner der sowjetischen Verhältnisse und Lenin-Experte Jan Slavík ist einigermaßen dem Kern der Dinge nähergekommen: "Die sowjetrussische Armee hat heute keinen General, dem die Mehrheit folgen würde. Dagegen gibt es in der Regierungsgruppe eine Persönlichkeit, die sich in Rußland tatsächlich großer Popularität erfreut. Und das ist Stalin. Er ist kein Soldat, aber durch die Entwicklung der Dinge wird er dazu getrieben, die Rolle eines Militärdiktators zu spielen. Dazu ist es gerade nötig, sich der Armee durch Beseitigung unzuverlässiger Einflüsse zu versichern, insbesondere solcher, die nicht mit der Richtung zufrieden sind, in die Stalin das Land führt" (Národní osyobození 12.6. 1937). Zwischen Ende Juni und Mitte Juli ließ Beneš als offizielle tschechoslowakische Stellungnahme seine Überzeugung verbreiten, Tuchatschewski habe in Verbindung mit Deutschland gestanden, allerdings mit dem Hinweis, das Bündnis mit der UdSSR sei nie die einzige Möglichkeit der ČSR-Außenpolitik gewesen und vorsichtige Kritik in der Beurteilung der Sowjetunion sei wohl am Platze (Národní osvobození 25.6. und 13.7. 1937).

vom Mai und Juni 1937, den Charakter und die Methoden der französischen Hilfeleistung an die ČSR als Vorbedingung für eine Koordinierung mit der sowjetischen Hilfe festzumachen, keinen positiven Niederschlag finden. Die Sowjets spürten das Zögern und versuchten, den ungünstigen Eindruck zu neutralisieren – freilich wiederum nur verbal. Bereits Ende April zitierte der Gesandte Pavlü die Äußerung eines nicht näher bezeichneten sowjetischen Diplomaten: "Wenn die UdSSR keine wirksame Hilfe an das republikanische Spanien wegen der erheblichen Entfernung leisten konnte, so ist die Situation eine ganz andere im Fall der ČSR, wo solche Hindernisse überhaupt nicht zum Tragen kämen." Daß der rumänische Widerstand gegen den sowjetischen Durchmarsch in die Tschechoslowakei und Moskaus Plan, See- und Lufttransporte nur nach Frankreich zu entsenden, kein geringeres Hindernis für sowjetische Hilfe darstellten als die besagte räumliche Distanz, scheint der tschechoslowakische Diplomat nicht erfaßt zu haben.

Aus amerikanischer Quelle wissen wir, daß sogar Beneš im April 1938 von seiner Erwartung abgerückt zu sein scheint, man könne mit der Sowjetunion als einem starken Verbündeten rechnen: Beneš "betrachtete die Sowjetarmee nicht mehr als eine effektive Kraft bei Aktionen des Westens in Europa"64. Es ist freilich nicht nachzuweisen, ob Beneš tatsächlich das Faktum nicht übersehen hatte, daß Moskau zum Zeitpunkt des Anschlusses Österreichs vollkommen absorbiert war mit dem Prozeß gegen Bucharin und Rykow; es scheint immerhin festzustehen, daß Beneš die allgemeine Ansicht teilte, die Sowjetunion habe sich aus der europäischen Politik zurückgezogen und sich in die Isolation begeben: Litwinows Reden bildeten schließlich kaum mehr als eine Kulisse für die eigentliche sowjetische Politik zu jenem Zeitpunkt – für ihre Konzentration auf die Ausrottung von Millionen politisch "unbequemer" Menschen.

Als zum Jahreswechsel 1937/38 der deutsche Gesandte in Prag die tschechoslowakischen Beziehungen zur UdSSR nach den Moskauer Prozessen allgemein und nach der Affäre Tuchatschewski im besonderen als keineswegs intensiviert, sondern eher als verblaßt charakterisierte, erfaßte er zwar die Stimmung in Prag ziemlich zutref-



Commission d'enquete parlamentaire. Rapport fait au nom de la Commission de l'Assemblée Nationale, T.I, Paris 1946, S. 128 f. Churchills und Reynauds Behauptung, Beneš habe Blum durch seinen Sohn, der Prag passierte, schon Ende 1936 von Tuchatschewskis "Verschwörung" informiert (Churchill, S. 224; Paul Reynaud, Au coeur de la mêlée 1930–1945, Paris 1951, S. 97), beruht auf der Verwechslung mit Benešs persönlicher Botschaft an Blum vom 18. 12. 1936, die Frage der Militärkonvention betreffend, ganz davon zu schweigen, daß Beneš vor Ende 1936 von Tuchatschewskis "Schuld" gar nicht wissen konnte. Wie bereits dargelegt, stellt Mastnys Depesche vom 9. 2. 1937 seine allererste Information dar. Diese falsche Angabe übernimmt auch Erickson, S. 433.

⁶³ Pavlů an Krofta, Moskau 29.4. 1937, Moskau 1937, Nr. 35, AMZV Prag. Auch die Ansicht des Gesandten, "als ob es schon um eine ideologische und psychologische Vorbereitung der Roten Armee und der Sowjetöffentlichkeit auf Kriegsereignisse in Mitteleuropa ging" (Pavlů an Krofta, Moskau 21.8. 1937, Nr. 69, ebenda), machte daher in Prag keinen Eindruck.

⁶⁴ Biddle an das State Department, Warschau 2.4. 1938, DSDF 760 F. 62/191, NA Washington. Es geht allerdings um eine einmalige Aussage Benešs, der sonst die Auswirkungen der Säuberungen gröblich unterschätzte.

fend, seine Schlußfolgerung jedoch, die ČSR rechne überhaupt nicht mehr mit sowjetischer Hilfe⁶⁵, war gänzlich irrig. Unter keinen Umständen konnte die tschechoslowakische Führung auf sowjetische Hilfe verzichten, wie Beneš noch im Mai 1938 nachdrücklich gegenüber dem britischen Gesandten bekräftigte, indem er vor dem Ausschluß der Sowjetunion aus Europa und seinen katastrophalen Auswirkungen warnte⁶⁶. Daß nicht einmal die starken tschechoslowakischen Vorbehalte gegenüber der sowjetischen Innen- und Außenpolitik in Prag eine Revision des Bündnisses mit Moskau herbeizuführen vermochten, zeigte sich rückblickend bei Beneš bereits nach dem 22. Juni 1941: "Ich mußte drei Jahre lang so manövrieren, um auch die Russen in die Sache zu bekommen. Und dabei beschimpfte ich sie, weil sie furchtbare Dinge taten, Schweinereien . . . B. schimpfte über die Bolschewiki, über alle ihre Schandtaten, denn in jeder davon sah er, wie sich die Sowjets von ihrer für uns lebenswichtigen Beteiligung an diesem Krieg entfernten."

Vielleicht erklärt gerade das nachhaltige Bestreben der tschechoslowakischen Außenpolitik, die sowjetische Allianz um jeden Preis zur Geltung zu bringen⁶⁸, warum nicht einmal das Prager Oberkommando die Liquidierung Tuchatschewskis und des sowjetischen Offizierskorps am Anfang als eine schwere Beeinträchtigung der Roten Armee einschätzte. Zumindest versuchte General Krejčí, der tschechoslowakische Generalstabschef, noch im August 1937 den französischen Geheimdienst davon zu überzeugen, daß "Frankreich Rußland schlecht kenne" und daß die Sowietarmee "eine finstere Phase durchlaufen könne, doch immer eine Kraft von großem Wert bleibe"69. Erst die Flut von Repressalien gegen das gesamte sowjetische Offizierskorps und vor allem das Entsetzen der tschechoslowakischen Militärdelegation, die - entsandt in die UdSSR, den Zustand und die Verteidigungsbereitschaft der Roten Armee zu überprüfen – Ende Oktober 1937 mit einer alarmierenden Bilanz, die die schlimmsten Erwartungen übertraf, zurückkehrte, trugen panische Ängste vor den Folgen der Armeesäuberungen in die tschechoslowakische Politik hinein. Man befürchtete eine innere Zersetzung der Roten Armee, eine Schwächung ihrer operativen Schlagkraft und Aktionsbereitschaft; ferner sorgte man sich um ihre Fähigkeit, offensiv aufzutreten, und um die taktische und strategische Unerfahrenheit der neuen jungen Armee-

⁶⁹ G. Gauché, Le Deuxieme Bureau au travail 1935–1940, Paris 1955, S. 62; General Bohumil Fiala, stellvertretender Generalstabschef, an Oberst František Moravec, Chef des militärischen Nachrichtendienstes, Prag 9.11. 1937, Nachlaß General Fiala, Privatbesitz Prag (hier abgedruckt als Anhang 5).



Eisenlohrs Memorandum "Die tschechoslowakische Außenpolitik im Jahr 1938" an das AA, Prag 12.1. 1938, ADAP, Ser. D, Bd. II, Baden-Baden 1950, Nr. 47, S. 79.

⁶⁶ In: Mnichov v dokumentech, Bd. II, Nr. 26.

⁶⁷ Aufzeichnung des Gesandten J. Smutný, Leiter der Präsidialkanzlei, über sein Gespräch mit Beneš, London 23.6. 1941, in: Dokumenty k historii československé politiky 1939–1943 (Dokumente zur Geschichte der tschechoslowakischen Politik 1939–43), Bd. I, Prag 1966, Nr. 193, S. 234.

Noch nach dem Anschluß Österreichs erklärte Beneš, daß nach seiner Überzeugung "die Säuberungen die Schlagkraft der Sowjetunion weit weniger gemindent haben als angenommen wird" (General E. L. Spears an Halifax über seinen Empfang bei Beneš, London 14. und 21.3. 1938, FO 371, Vol. 21716, p. 324 und FO 800, Vol. 309, p. 133, PRO London).

befehlshaber, die zu Tausenden über Nacht vom Leutnantsdienstgrad zum Regimentskommandeur, vom Majorsrang zum Divisionskommandeur avanciert waren. Zugleich stellte die tschechoslowakische Militärdelegation Schwächen im Kommando fest, bei der Strategie und in der Taktik, bemängelte die veraltete Ausrüstung und das Fehlen von Spezialwaffen, insbesondere der technischen, über die die tschechoslowakische Armee schon längst verfügte⁷⁰.

Auf Benešs direkte Veranlassung versuchte Prag dann bis in den Herbst 1938 hinein fieberhaft, die schwer erschütterte Schlagkraft der Sowjetarmee durch große Lieferungen von Spezialwaffen aus der tschechoslowakischen Rüstungsproduktion auszugleichen. Noch im Juni 1938 schloß die UdSSR mit den Škoda-Werken einen Vertrag über die Lieferung der fehlenden schweren Waffen nach dem Gutachten und den Empfehlungen des verzweifelten Prager Generalstabes⁷¹. Am 21. Januar 1938 wurde in Moskau ein Abkommen unterzeichnet über Lieferungen von tschechoslowakischen 205 mm-Kanonen, von 310 mm-Haubitzen und Fliegerabwehrkanonen sowie von Einrichtungen zur Produktion von Geschützen, und am 2. Februar 1938 schlossen die Škoda-Werke einen neuen Vertrag ab, in dem es um die Übertragung von Lizenzen für Produktionseinrichtungen an die sowjetische Rüstungsindustrie ging⁷². Am 6. April 1938 verhandelte eine von Marschall Kulik geleitete sowjetische Delegation in Prag über die Produktion von Panzern und Minenwerfern für die UdSSR sowie über eine tschechoslowakische Beteiligung am Bau der Befestigungsanlagen an der sowjetischen Westgrenze⁷³. "Wenn es nicht tragisch wäre, so müßte es groteskwirken", stelltederstellvertretendetschechoslowakische Generalstabschef, General Fiala, fest, "daß wir, der kleine bedrohte Staat, unser eigenes Kriegspotential schwächen müssen, um die Armee unseres größten Verbündeten auszurüsten und zu modernisieren "74. Im wichtigsten Bereich, bei der Unfähigkeit und Unerfahrenheit der neuen Kommandeure, konnte die Tschechoslowakei allerdings nichts unternehmen, denn es lag nicht in ihren Kräften, viele Hunderte von Offizieren in die Sowjetunion zu entsenden.

Es ist bezeichnend, daß Beneš auf der Sitzung des "Höchsten Rates für die Verteidigung des Staates" am 3. November 1937 gerade anläßlich der Armeesäuberungen kundtat, die UdSSR konzentriere ihr Interesse auf innere Angelegenheiten und schiebe die außenpolitischen Probleme, für die sie sich engagieren sollte, in den Hintergrund oder aufs Abstellgleis⁷⁵. Auf der Konferenz des tschechoslowakischen mit dem sowjetischen militärischen Nachrichtendienst in Prag vom 5. bis 8. Dezember 1937 kam es übrigens zu einem heftigen Zusammenstoß mit den sowjetischen Delegierten



⁷⁰ Ebenda.

Peneš, S. 68 f.; Fierlinger, S. 71 ff., 87 ff.; Přehled dějin československo-sovětských vztahů v údobí 1917–1939 (Übersicht über die Geschichte der tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen 1917–1939), Prag 1974, S. 334.

Fierlinger an Krofta, Moskau 2.2. 1938, Moskau 1938, Nr. 8, Eingänge Nr. 62, AMZV Prag; 27 I/I 2 – Hl. št. 1938/I, VHA Prag; Přehled dějin československo-sovětských vztahů, S. 331.

⁷³ Ebenda

⁷⁴ General Fiala an Oberst Moravec, Prag 9.11. 1937 (vgl. Anm. 69).

⁷⁵ Ebenda.

in der Frage von Tuchatschewskis Schuld. Während die tschechoslowakischen Vertreter mit allem Nachdruck darauf hinwiesen, wie schwer die Säuberungen den Wert und die Stärke der Roten Armee abwerteten, und dies aufgrund von Beschuldigungen, die die ganze Welt für falsch halte, erwiderten die sowjetischen Vertreter gereizt, ihre tschechoslowakischen Kollegen seien keineswegs dazu berufen, Beweise für Tuchatschewskis Schuld zu bewerten, und lehnten weitere Diskussionen darüber ab, nicht ohne darauf verwiesen zu haben, die belastenden "Dokumente" gegen Tuchatschewski seien doch aus Prag gekommen⁷⁶. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß die Säuberungen nicht ohne Auswirkung auf die Zusammensetzung der sowjetischen nachrichtendienstlichen Gruppe in der ČSR blieben: Zwischen August und Oktober 1937 wurden ihr Leiter seit 1936, Oberstleutnant Porubowski, sowie drei weitere Mitglieder der sowjetischen Mission abberufen und durch Oberstleutnant Klimzow, Major Ljachowski und die Hauptleute Andrejew und Smigelski ersetzt⁷⁷.

Als Anzeichen für Skepsis und Zurückhaltung der tschechoslowakischen Außenpolitik gegenüber Moskau nach den Armeesäuberungen ist auch zu werten, daß trotz der sowjetischen Bemühungen – bis Ende 1937 weder Litwinows Reise nach Prag noch Kroftas Moskaureise zustande kamen, obwohl das Moskauer Politbüro sie am 24. Mai 1937 so dringend empfohlen hatte⁷⁸. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht auch die wachsende Zurückhaltung des Prager Generalstabs. Wie die deutsche Gesandtschaft aus weißrussischen ukrainischen Kreisen in Prag in Erfahrung bringen konnte, insbesondere von ihrem führenden Parteimann Makarenko, der gute Beziehungen zu hohen tschechoslowakischen Offizieren unterhielt und gelegentlich sogar von Beneš empfangen wurde, soll der tschechoslowakische Generalstab nach den sowietischen Säuberungen sein Vertrauen zur Führung der Roten Armee verloren haben. Aus diesem Grund lehnte er am 22. Januar 1938 den Vorschlag des sowietischen Generalstabs ab, eine gemeinsame Kommission zur Überprüfung der Verteidigungspläne beider Staaten zu bilden. Die Befürchtungen des tschechoslowakischen Generalstabs, Tuchatschewski habe möglicherweise doch mit den Deutschen in Verbindung gestanden, und die Angst, diese Gefahr könnte auf der sowjetischen Seite von neuem auftreten, sollen die tschechoslowakische Armeeführung dazu veranlaßt haben, "gewisse Geheimnisse im Operationsplan und bezüglich der Ausrüstung der

Beschluß des Politbüros der KPdSU (B), Moskau 10.12. 1937, Polit. Abt. V, Po 5, Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen in Rußland, Bd. 4, PA AA Bonn (hier abgedruckt als Anhang 7); Papen an Hitler, Wien 23. 12. 1937, ebenda (hier abgedruckt als Anhang 6).



Oberst F. Moravec an General B. Fiala ("Übersicht über die Kontakte und Erfahrungen der II. Abteilung mit dem sowjetischen Nachrichtendienst"), Prag 9.12. 1937, Nachlaß General Fiala, Privatbesitz Prag.

Ebenda; Master of Spies. The Memoirs of General Moravec, London 1975, S. 108; František Moravec, Špión, jemuž nevěřili (Der Spion, dem man nicht glaubte), Toronto 1977, S. 156. Über die Verhandlungen, die zur Errichtung der sowjetischen Nachrichtendienststelle in der ČSR 1936 führten, sowie über deren Gründung, Betrieb und Zusammensetzung vor den Säuberungen vgl. Moravec, S. 97 ff., sowie "Die Sowjetrussen in der Tschechoslowakei", Abwehr I Ost an Abwehrstelle München, Berlin 22. 8. 1936, RW 49, Bd. 30, fol. 90–92, BA MA Freiburg.

Tschechoslowakei sowie Mobilmachungspläne und die modernsten Flugzeugmotoren" den Sowjets nicht preiszugeben⁷⁹. Diese Vermutungen charakterisieren die allgemeine Atmosphäre des Mißtrauens auf Seiten der ČSR nach der Affäre Tuchatschewski, obwohl die einzelnen Angaben in diesem Bericht zu den Prager Bemühungen, die Sowjetarmee zu modernisieren, gewiß kritisch aufzunehmen sind.

Seit Mitte Dezember 1937 vertieften auch die Warnungen westlicher Beobachter vor der mangelnden Zuverlässigkeit der Roten Armee und vor ihrem problematischen Wert, die mit der Einschätzung in Prag übereinstimmten, die tschechoslowakische Skepsis in dieser Richtung. Diese Warnungen waren zum erstenmal in ausgeprägter Form Ende November aus Chamberlains Mund zu hören⁸⁰, dessen Zweifel der französische Außenminister Delbos wenige Wochen später in Prag bekräftigte⁸¹. Anfang Mai 1938 versuchte der britische Außenminister Halifax den tschechoslowakischen Gesandten in London, Jan Masaryk, davon zu überzeugen, daß die Säuberungen den Wert der Roten Armee gemindert hatten und ihren Beitrag in einem eventuellen Krieg mit Deutschland stark problematisierten. Halifax versäumte nicht nachzutragen, daß die Sowjethilfe infolgedessen für die Tschechoslowakei entweder ganz wertlos, bestenfalls aber unwirksam wäre82. Auch der amerikanische Botschafter in Paris machte im Mai 1938 einen tschechoslowakischen Diplomaten darauf aufmerksam, daß es höchst ungewiß sei, wie lange die geschwächte Sowjetarmee einem Krieg standhalten könnte⁸³. Ende Juni 1938 warnten nicht nur die britischen Regierungskreise, sondern auch Churchill und die Labour Party den vom Staatspräsidenten nach London entsandten Beneš-Vertrauten Hubert Ripka, die Tschechoslowakei solle mit der Sowjetarmee nicht rechnen, da sie in "Auflösung" begriffen und der deutschen Armee nicht einmal technisch ebenbürtig sei⁸⁴.

Schließlich verblüfft es geradezu, daß Beneš, als er die Tuchatschewski-Affäre initiierte, ohne vorher die besagten "Dokumente" dem tschechoslowakischen militäri-



Eisenlohr an das AA, Prag 3. 3. 1938, Polit. Abt. II – Verschluß 47, Po g Tschechoslowakei, Bd. 5, PA AA Bonn; Aufzeichnung "Die Sowjetunion und die Tschechoslowakei", das AA an die Botschaft Moskau, Berlin 14. 3. 1938, ADAP, Ser. D, Bd. II, Nr. 82, S. 129 f.

[&]quot;Chamberlain bedauert die Unsicherheit, welche die Massenprozesse, die Verurteilungen und die Beseitigung von Menschen hervorrufen. Eden wurde angewiesen, sich den Botschafter Maiski kommen zu lassen, um ihn auf den bösen und dem Frieden schädlichen Eindruck aufwerksam zu machen, den die russischen Innenereignisse im Ausland bewirken." Osuský an Krofta, Paris 11.12. 1937, in: Václav Král (Hrsg.), Das Abkommen von München 1938, Prag 1968, Nr. 6, S. 56.

^{81 &}quot;London meint, daß die Großen Säuberungen die innere Kraft Rußlands bedrohen", gab Krofta die Mitteilung von Delbos in seiner Zirkulardepesche vom 14.12. 1937 wieder (Král, Das Abkommen, Nr.7, S.61).

⁸² Halifax an Newton nach Prag, London 2.5. 1938, DBFP, 3rd Ser., Vol I/1938, London 1949, No. 181, S. 236.

⁸³ Kroftas Aufzeichnung über die Mitteilung des tschechoslowakischen Geschäftsträgers in Washington Košek über seine Diskussion mit Botschafter Builitt auf dem Schiff Ile de France im Mai 1938, Bestand Krofta, s. s., AMZV Prag.

⁸⁴ Ripkas Bericht über seine Gespräche in London 21.–26.6. 1938, Kab. 1938, Nr. 2819, AMZV Prag. Der Abdruck dieses Berichts bei Král (Das Abkommen, S. 144f.) verfälscht den Wortlaut, indem er diese Wertung ganz wegläßt und lediglich Churchills mildere Aussagen übernimmt.

schen Nachrichtendienst vorgelegt zu haben, der sie ohne jeden Zweifel als Fälschung entlarvt hätte, keineswegs überblickte, welche Folgen sein Vorgehen für den Zusammenhalt des französisch-sowietischen Bündnisses haben würde. Dem erfahrenen Diplomaten, dessen Kombinationsgabe und die Fähigkeit, künftige Entwicklungen zu prognostizieren, sich mehrfach bewährt hatten, ist gar nicht in den Sinn gekommen, die französische Reaktion auf seine "Entdeckung" könnte nicht seinen Absichten entsprechen. Die Affäre Tuchatschewski trug in die französische Politik eine tiefe Beunruhigung hinein, führte zu einer schweren Krise in ihren Beziehungen zu dem sowjetischen Bundesgenossen, ja hatte gar das Einfrieren des französisch-sowjetischen Verhältnisses zur Folge. Zwei Tage nach der Hinrichtung der acht Generäle besuchte Botschafter Coulondre Litwinow, um ihn über den "kläglichen Eindruck" aufzuklären, der durch "das Massaker" in den sowjetfreundlichen Ländern entstanden sei, und um nachzufragen, wie die "gegen die Generale erhobenen Spionagevorwürfe zu bewerten seien". Litwinow verwies Coulondre auf die Veröffentlichung der Anklage und des Urteils und fügte hinzu, die Liquidierung einer germanophilen Gruppe in der Führung der Roten Armee müßte den französisch-sowjetischen Beziehungen "zugute kommen". Zwei Wochen später wiederholte Coulondre seinen Standpunkt gegenüber Potěmkin, indem er betonte, Frankreich sei durch die Affäre natürlich tief betroffen, und er verlangte eine präzise Auskunft, "inwieweit die hingerichteten Offiziere in eine Konspiration mit Deutschland verwickelt waren". Potémkin wies nur darauf hin, die Generäle hätten einen Staatsstreich organisieren und eine Allianz mit Deutschland eingehen wollen⁸⁵.

Beide Antworten waren wohl kaum geeignet, die französische Beunruhigung abzubauen. In Frankreich selbst stärkte die Säuberung die Position der Gegner des französisch-sowjetischen Pakts und vertiefte die Meinung, die Sowjetunion sei außerstande, Frankreich bewaffnete Hilfe zu leisten⁸⁶; in den Regierungskreisen wurde die Befürchtung laut, die an die Sowjets gelieferten französischen Informationen könnten in deutsche Hände gelangt sein⁸⁷; die Pariser Regierung sagte unter dem "verheerenden" Eindruck der Nachrichten aus Moskau die für den Spätfrühling 1937 geplanten Gespräche zwischen den Generalstäben ab – selbst der ausgesprochen sowjetfreundliche Paul Reynaud drückte seinen "äußersten Abscheu" aus, und die sozialistische Presse sprach von "Entsetzen und Schrecken". Der französische Generalstab stellte die Alternative auf: entweder sind die Verurteilten schuldig, dann gelangte jedes Militärgeheimnis in deutsche Hände, oder aber die Angeklagten sind unschuldig, dann wird die UdSSR von Wahnsinnigen regiert, die ihre besten Generäle erschießen lassen⁸⁸.

⁸⁸ Chilston an das FO, Moskau 27.7. 1938, FO 371, Vol. 21095, Doc. N 3932, PRO London.



⁸⁵ Coulondre an Delbos, Moskau 28.6. 1937, DDF, 2e Série, T. VI, Paris 1970, No. 144, S. 225-228; Botschaftsrat v. Tippelskirch an den VLR Schiep, Moskau 7.1. 1938, Polit. Abt. II - Verschluß 74, Po g Rußland 9, Politische Angelegenheiten Rußlands, Bd. 5, PA AA Bonn (hier abgedruckt als Anhang 8).

⁸⁶ Bullitt an das State Department, Paris 1.6. 1937, DSDF 861.00/11713, NA Washington.

Bullitt an das State Department, Paris 17.6. 1937, DSDF 851.00/1684, NA Washington.

Daß sich die sowjetischen Hoffnungen bezüglich des Bündnisses mit Frankreich nicht erfüllten, erklärte der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Schulenburg, noch im Dezember 1937 damit, daß "bei vielen maßgebenden Persönlichkeiten Frankreichs infolge der innenpolitischen Entwicklung in der Sowietunion und des dadurch hervorgerufenen Schwächezustands eine starke Ernüchterung in der Einstellung zu dem sowjetischen Bundesgenossen eingetreten ist"89. Die diplomatische Korrespondenz aus Moskau, insbesondere die Berichte der französischen Militärattachés, zeigt, daß die ausländischen Beobachter den kontinuierlichen und systematischen Charakter der Armeesäuberungen mit ihren unvermeidlichen Konsequenzen für die Kommandostruktur der Roten Armee bald erkannten⁹⁰. Der französische Botschafter in London meldete Ende Juni 1937 nach Paris, die britische Regierung habe Informationen aus sicherer Quelle über Geheimverhandlungen zwischen dem deutschen Generalstab und den sowjetischen Militärführern erhalten⁹¹. Und noch am Vorabend der Münchner Krise ließ der britische Botschafter in Moskau keinen Zweifel daran, daß die Nachfolger der Liquidierten in der Roten Armee nunmehr selbst "at an equally alarming rate" beseitigt würden⁹².

In der französischen öffentlichen Meinung war keine Rechtfertigung des Moskauer Blutbades zu finden, und man schenkte der Urteilsbegründung keinen Glauben. Man zog aus der Affäre den Schluß, die Rote Armee könne, wenn in ihrer Führung solche Verbrechen möglich seien, nur einen begrenzten Kampfwert haben, und man befürchtete ernsthaft, vertrauliche, lebenswichtige französische Militärgeheimnisse könnten an Deutschland verraten worden sein, falls der Spionagevorwurf zutreffe⁹³. Man war sich darin einig, daß die Armeesäuberung dem internationalen Ansehen der Sowjetunion schwer geschadet habe und begründete Zweifel am Wert des französisch-sowjetischen Pakts aufkommen lasse: wenn Tuchatschewski schuldig war, wie konnte Frankreich dann Allianzpartner eines korrupten Rußland sein; oder wenn die Beschuldigungen falsch waren, wie konnte Frankreich dann Verbündeter einer abscheulichen Tyrannei sein⁹⁴. Als Mitte April 1938 die deutsche Botschaft in Paris eine durchaus negative Bilanz des französisch-sowjetischen Bündnisses aus Pariser Sicht zog, faßte sie den Eindruck, den die sowjetischen Armeesäuberungen in Frankreich hervorriefen, treffend zusammen: "Im Laufe des letzten Jahres gesellten sich dazu



⁸⁹ Schulenburg an das AA, Moskau 14.12. 1937, ADAP, Ser. D, Bd. I, Baden-Baden 1950, Nr. 73, S. 101.

Der französische Militärattaché Oberstleutnant Simon nach Paris, Moskau 14.6., 11.10. und 3.11. 1937, und der Attaché Oberst Pallasse, Moskau 18.4. 1938: DDF, 2e Série, T.IV, Paris 1967, No.73, S. 116ff.; ebenda T.VII, Paris 1972, No.52, S. 100; ebenda No. 185, S. 314–319; ebenda T.IX, Paris 1974, No. 192, S. 390–394. Vgl. DSDF 861.60/305 vom 3.6. 1938, NA Washington.

⁹¹ Corbin an Delbos, London 22.6. 1937, DDF, 2e Série, T.VI, Paris 1970, No. 123, S. 123-124.

⁹² Chilston an Halifax, Moskau 3.9. 1938, FO 371, Vol. 22287, pp. 122-124, PRO London.

⁹³ Einen umfassenden Bericht über den kläglichen Zustand der Roten Armee nach dem Anschluß Österreichs findet man in Coulondres ausführlicher Depesche an Bonnet, Moskau 15.4. 1938, DDF, 2e Série, T. IX, Paris 1974, No. 192, S. 301 ff.

Welczeck an das AA, Paris 17.6. 1937, Botschaft Paris 479 b, Rußland, Bd. 21, PA AA Bonn (hier abgedruckt als Anhang 9).

starke Zweifel an der Festigkeit des Sowjetregimes, an der Stärke der Roten Armee und an dem guten Willen der Sowjetregierung. Die Erschießung der Generale, die im französischen Generalstab als tüchtige Offiziere gegolten hatten, . . . zeigte die Fragwürdigkeit eines Regimes, dessen prominente Persönlichkeiten nach seinen eigenen Darstellungen jahrelang Sabotage und Verrat getrieben hatten. Unter diesen Umständen wurde oft die Frage aufgeworfen, ob denn die Sowjetunion bei der derzeitigen politischen und militärischen Lage ein brauchbarer und zuverlässiger Bundesgenosse sei."95

Ähnlich wie Chamberlain schätzte Chautemps den Bündniswert der UdSSR sehr gering ein; in seinen Augen hatte der Beistandspakt nach den Stalinschen Armeesäuberungen seinen militärischen Wert verloren%. Zu den französischen Herbstmanövern 1937 wurde trotz des bekundeten Interesses keine sowietische Delegation eingeladen; die eigentliche Funktion des Bündnisses bestand von französischer Seite nur noch darin, als Hindernis einer deutsch-sowietischen Annäherung zu wirken⁹⁷. Aber nicht erst unter Chautemps, sondern bereits unter Blums Volksfrontregierung war die französische Distanz derart groß, daß die Sowiets sich selbst von Blum nichts mehr versprachen⁹⁸ – und Blum war bekanntlich direkt von Beneš informiert worden. Diese sowjetische Erwartung bestätigte schon der Mißerfolg von Litwinows Parisreise im Mai 1937. Seine Bemühungen, den Pakt zu vertiefen, was auf französischer Seite Reynaud immer wieder verlangte⁹⁹, schlugen fehl, da Blum "nicht beabsichtigte, den Beistandspakt auszubauen"100. Blums einzige Chance hätte nämlich in einer Annäherung und in aktiver Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der UdSSR bestanden. Somit hätte Litwinows Paris-Besuch nur mit britischer Unterstützung zum Ausgangspunkt für einen Neuanfang in den französisch-sowietischen Beziehungen werden können, doch eine derartige Zustimmung Londons war nicht gegeben.

Noch ausgeprägter kam das faktische Einfrieren der Beziehungen zwischen Frankreich und der UdSSR während der Reise des Außenministers Delbos in die Hauptstädte der osteuropäischen Verbündeten Frankreichs im Dezember 1937 zum Ausdruck. Delbos besuchte Warschau, Bukarest, Belgrad und Prag, reiste jedoch geradezu demonstrativ nicht nach Moskau, obwohl Litwinow ihn im November in Brüssel ausdrücklich nach Moskau eingeladen hatte¹⁰¹. In Moskau wurde diese Geste

Aufzeichnung Schulenburgs, Moskau 1.7. 1938, ADAP, Ser. D, Bd. I, Nr. 787, S. 925; Beschluß des Politbüros der KPdSU (B), Moskau 10. 12. 1937, Polit. Abt. V, Pol. 5, Innere Politik, Parlamentsund Parteiwesen in Rußland, Bd. 4, PA AA Bonn (hier abgedruckt als Anhang 7).



Deutsche Botschaft (Bräuer) an das AA, Paris 14.4. 1938, Polit. Abt. II, Pol. 3 Frankreich-Rußland, Bd. 1, PA AA Bonn.

⁹⁶ Jean Baptiste Duroselle, Histoire diplomatique de 1919 à nos jours, Paris 1966, S. 234; Gottfried Niedhart, Großbritannien und die Sowjetunion 1934–1939, München 1972, S. 260; Chautemps zu Bullitt am 4.12. 1937 in Paris, FRUS 1937/I, Washington 1954, S. 188.

⁹⁷ Delbos zu Bullitt am 22.11. 1937, ebenda S. 158.

⁹⁸ Bullitt an das State Department, Paris 17.6, 1937 (vgl. Anm. 87).

⁹⁹ Paul Reynaud, Au coeur de la mêlée 1930-1945, Paris 1951, S. 98, 225.

Welczeck an das AA, Paris 19. und 20.5. 1937, Polit. Abt. II, Pol.3 Frankreich-Rußland, PA AA Bonn; Schulenburg an das AA, Moskau 24.5. 1937, ebenda.

nicht zu Unrecht als Ausdruck einer "unentschlossenen, ausweichenden Einstellung der französischen Politik, die nur durch antisowietische Orientierung und wachsende Abwertung des französisch-sowjetischen Beistandspakts zu erklären sei", gewertet und als "neues Zeichen für Versuche, den Pakt zu disqualifizieren", verurteilt¹⁰². Die deutsche Diplomatie erblickte in dem Pariser Entschluß, die Gespräche von Delbos mit Frankreichs Alliierten nicht auf die Sowjetunion auszudehnen, eine Demütigung und Isolation der sowjetischen Politik¹⁰³; Schulenburg charakterisierte den Eindruck, den das Nichteingehen auf Litwinows Einladung in Moskau hervorrief, als "Überempfindlichkeit", "Unbehagen" und als Gefühl des "Übergangenseins", die um so mehr ins Gewicht fielen, als man gerade nach dem Halifax-Besuch bei Hitler am 19. November "gewiß in Moskau besonderen Wert auf einen Besuch von Delbos gelegt hätte"104. Auch Coulondre notierte, daß dieses Vorgehen der französischen Au-Benpolitik "nicht dazu angetan ist, die französisch-sowietischen Beziehungen zu verbessern und das Vertrauen wiederherzustellen"105. Einen Monat nach dieser disharmonischen Begleitmusik zur osteuropäischen Reise von Delbos erwartete der tschechoslowakische Gesandte in Paris von der zweiten Regierung Chautemps nach ihrer Bildung ein "entschiedenes Abrücken von Sowjetrußland"106, und neun Tage vor dem Anschluß Österreichs machte er auf Flandins Bestrebungen aufmerksam, eine Umorientierung der französischen Politik in bezug auf das Bündnis mit der Sowietunion herbeizuführen¹⁰⁷.

Eine derartige Situation wollte Beneš natürlich nicht heraufbeschwören, als er am 10. Mai 1937 durch seine Botschaft an Blum den Ansturm gegen den Pakt mit Moskau in Frankreich ins Rollen brachte. Als er im Frühjahr 1938 vor den Trümmern der "Achse" Paris-Moskau-Prag stand, die nur noch auf dem Papier weiterexistierte, begriff er nicht, wie tiefgreifend er durch sein sträflich unkritisches Vertrauen in die deutschen Falsifikate zu der sich anbahnenden Zerrüttung der Basis für eine Anti-Hitler-Koalition, die er mitbegründet hatte, selbst beitrug. Durch sein gesamtes Vorgehen zwischen Februar und Mai 1937 beging er einen der schwersten Fehler seiner ganzen politischen Laufbahn. Damit ist keineswegs gesagt, daß es ohne sein Zutun nicht zu der Tuchatschewski-Affäre gekommen wäre. Doch ihre tatsächliche, konkrete Entstehung und Gestaltung sind von seinem Namen nicht zu trennen.



¹⁰² Ebenda.

¹⁰³ Papen an Hitler, Wien 23.12. 1937 (vgl. Anm. 78).

Schulenburg an das AA, Moskau 14.12. 1937 (vgl. Anm. 89). Vgl. auch die tschechoslowakische Auslegung der französischen Ignorierung Moskaus "Jaký je smysl Delbosovy cesty" (Was für einen Sinn hat Delbos' Reise), České slovo 8.12. 1937.

Coulondre, S. 187. Auch in Polen war man überrascht von "l'attitude défavorable de Delbos à l'égard des Soviets" (Szembeks Aufzeichnung über sein Gespräch mit General Stachiewicz, in: Szembek, S. 261). Fl. K. G. Rönnefarth schreibt zu Recht, daß die Reise von Delbos die Sowjetdiplomatie brüskierte (Die Sudetenkrise in der internationalen Politik, Bd. I, Wiesbaden 1961, S. 191).

Osuský an Krofta, Paris 27. 1. 1938, Kab. 1938, Nr. 385, AMZV Prag; vgl. Jaroslav Jírů, Od Delbose k Bonnetovi (Von Delbos zu Bonnet), ČsČH 1967, S. 36.

¹⁰⁷ Osuský an Krofta, Paris 4.3. 1938, Kab. 1938, Nr. 496, AMZV Prag. Hier abgedruckt als Anhang 10.

Anhang

1

Der tschechoslowakische Gesandte, Dr. Vojtěch Mastný, an den Staatspräsidenten Dr. Edvard Beneš, Berlin 9. Februar 1937

Heute besuchte mich Graf Trautmannsdorff mit der Kunde, daß in Unterredungen bezüglich des Vertrages ein gewisser Verzug eingetreten sei. Der Reichskanzler soll wegen Sebas Buch über Rußland und die Kleine Entente 108 verärgert sein, aus dem hervorgeht, wie stark die Tschechoslowakei mit Rußland engagiert sei. Aus diesem Grund wolle der Reichskanzler weitere Verhandlungen mit der Tschechoslowakei für die Zeit von 10–14 Tagen hinausschieben, bis sich die Affäre Seba kläre. Dies soll nicht bedeuten, daß Hitler seine Absicht geändert habe, sondern daß der Augenblick nicht günstig sei. Ich sagte, daß ich kaum verstehen könne, daß Sebas Buch, aus dem die Propaganda künstlich gegen uns Dinge konstruierte, die dort nicht vorhanden sind, auf den Reichskanzler dermaßen hätte wirken können nach Erklärungen, die von unserer Seite vom Präsidenten der Republik persönlich über den Charakter unseres politischen Vertrages mit Rußland abgegeben worden sind, daß uns jedoch nichts anderes übrigbleibe, als dies zur Kenntnis zu nehmen...

Daß ich schließlich überhaupt nicht begreife, erklärte ich - nach ausführlichen Gesprächen, die ich mit Goebbels, Funk und Rosenberg führte, daß die Kampagne gerade zur Zeit der Unterredungen weiterlaufen könne, da eine einzige Weisung des Reichskanzlers genügen würde, um diese Dinge einzustellen. Daß wir nach der Initiative des Kanzlers, persönlichen Kontakt mit dem Präsidenten der Republik herzustellen, eine solche "Begleitmusik" für unsere Pourparlers nicht erahnen konnten. Graf Trautmannsdorff gab in äußerst anständiger Weise meinen Vorwürfen und Ausführungen recht. Vor allem was den eingetretenen Verzug betrifft, gab er zu, mit der Bitte, volle Geheimhaltung zu wahren, daß der eigentliche Grund für das Zögern des Kanzlers in dessen Vermutung begründet ist, daß gewissen Nachrichten zufolge, die er aus Rußland bekommen hatte, dort die Wahrscheinlichkeit einer baldigen plötzlichen Wende, des Sturzes Stalins und Litwinows und der Installierung einer Militärdiktatur eingetreten sei. Sollte es dazu kommen, dann würde der Reichskanzler angeblich die gesamte Haltung gegenüber Rußland ändern und wäre bereit, Westund Osteuropa gleichzeitig zu erledigen, allerdings wieder nur auf dem Wege bilateraler Verträge.

In dem Buch "Rusko a Malá dohoda v politice svétové" (Rußland und die Kleine Entente in der Weltpolitik), Prag 1936, bedauerte dessen Verfasser, Jan Šeba, der tschechoslowakische Gesandte in Bukarest, die sowjetische Niederlage im polnisch-sowjetischen Krieg 1920, die bewirkte, daß die Sowjetunion keine gemeinsame Grenze mit der Tschechoslowakei hatte, die die Realisierung der sowjetischen Hilfeleistung an die ČSR über Ostpolen erheblich erleichtert hätte. Deswegen löste das Buch einen großen, wenn auch zuweilen hochgespielten Skandal aus und der Autor mußte 1937 von seinem diplomatischen Posten abberufen werden.



Ich legte Graf Trautmannsdorff eine Analyse über Rußland, wie es uns erscheint, dar, zusammen mit ernsten Zweifeln daran, daß dort eine Wende zur Militärdiktatur und Stalins Sturz bevorstünden – doch sagte ich zugleich, daß mir freilich nicht bekannt sei, ob Prag Informationen aus den letzten Tagen habe, und falls ja, welche . . .

Nachlaß Mastný, Archiv des Nationalmuseums, Prag (Aus dem Tschechischen übersetzt vom Verfasser)

2

Der tschechoslowakische Gesandte, Dr. Vojtěch Mastný, an den Außenminister Dr. Kamil Krofta, Berlin 20. März 1937

Ich bin davon überzeugt, daß die Sondierungen beider Emissäre auf Weisung höherer Reichsstellen das Ziel verfolgten, uns aus dem Bündnissystem mit Rußland herauszumanövrieren. Ich erinnere daran, daß ich bereits vor mehr als einem Monat einen Bericht vorgelegt hatte, wonach sich der Reichskanzler angeblich Vorstellungen hingebe über die Möglichkeit einer plötzlichen und baldigen Wende in Rußland, über die Möglichkeit des Sturzes Stalins und Litwinows und über eine Militärdiktatur in Moskau, die eine prinzipielle Wende in der deutschen Politik gegenüber Rußland herbeiführen könnte, für die, wie bekannt, auch beim bisherigen Stand der Dinge immer noch genug Sympathien in der deutschen Armee waren und sind und für die, wie ich von gut informierter Stelle hörte, auch Schacht ist, der immer mehr das Bedürfnis nach Erweiterung des Volumens der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland verspürt, die in der jetzigen Phase durch Moskaus ablehnende Haltung stark gelitten haben. Hitler, wie mir gegenüber bekräftigt wurde, weigerte sich gegenüber Schacht bis vor kurzem, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland mit irgendwelchen Änderungen in der politischen Haltung zu erkaufen. Es ist jedoch auch bekannt, daß der Moskau-Botschafter Schulenburg unlängst in Berlin war, und man denkt, daß gerade auch aus den Informationen, die er aus Moskau mitgebracht hat, neue Erwägungen des Reichskanzlers über eine Neuregelung der gesamten Haltung gegenüber Rußland resultieren. Es ist gewiß unmöglich, in der Sache nähere Unterrichtung zu erhalten, sicher ist jedoch, daß Überlegungen bezüglich der Möglichkeit jedweder wesentlichen Wende in der Politik gegenüber Rußland Einfluß haben müssen, auch bei der Beurteilung der Frage nach der Entwicklung in den Beziehungen zu der Tschechoslowakei und konkret in der Frage einer eventuellen Vertragsregelung mit uns.

> AMZV Prag: Berlin 1937, Nr. 19; Kab. 1937 (Aus dem Tschechischen übersetzt vom Verfasser)



Jahrgang 35 (1987), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

122

Ivan Pfaff 3

Außenpolitischer Beschluß der KPdSU (B), Moskau 24. Mai 1937¹⁰⁹

Nach Anhörung des Berichtes des Genossen Stalin und des Berichtes des NKID kommt das Politbüro der KPdSU (B) in seiner Sitzung in Moskau am 24. Mai 1937 zu dem einstimmigen Schluss (sic!), dass (sic!) der Marschall der SSSR (sic!), Michail Tuchatschewski, und seine engsten Mitarbeiter mit den Armeekommandeuren Jakir, Uborewitsch, Putna, Eideman, Kork, Feldman und Primakow an der Spitze das Vertrauen des Genossen Stalin, der Sowjetregierung, der Partei und der Völker der Sowjetunion schändlich missbraucht (sic!) haben und zu gemeinen Verrätern degeneriert worden sind, die in Verbindung mit dem deutschen Generalstab und mit der Gestapo und unter derer Unterstützung eine antisowjetische Verschwörung geplant haben, um unter der Parole des sog. "nationalen Russland" den Genossen Stalin und die Sowjetregierung sowie alle Organe der Partei und der Sowjetmacht durch einen Militärputsch zu stürzen und eine antisowietische, antikommunistische, antirevolutionäre Politik zu betreiben, deren Schwerpunkt eine vertraglich verankerte enge Zusammenarbeit mit Hitlerdeutschland wäre, in dessen Schlepptau sich die verbrecherischen Verschwörer, die sogar Gebietsabtretungen an Deutschland vorbereiteten, begeben wollten.

Papen nannte zwar nie ausdrücklich seine Quelle, doch dürfte feststehen, daß er die Dokumente schon in fertiggestellter deutscher Übersetzung von seinem Vertrauensmann bekommen hat, von einem sowjetischen "Verräter" also. Schon Rosenberg schreibt am 8.6. 1934 (ebenda, S.29): "Ich übergab dem Führer dann den Wortlaut eines geheimen Beschlusses des Moskauer Zentralkomitees, der an alle Sowjetbotschaften verschickt wird; wir bekommen sie fortlaufend aus einer von ihnen." Diese Aussage läßt die Möglichkeit zu, daß Papen bei seiner Ankunft in Wien einen schon fertigen, funktionierenden Kontakt vorfand; dann wäre es aber rätselhaft, warum nach der Abberufung (4.2. 1938) und der Abreise Papens (25.2. 1938) diese Quelle völlig ausgetrocknet ist. Papen selbst bestätigte die sowjetische diplomatische Quelle 1945 in einem Verhör als Zeuge in Nürnberg (ZS/A 23, fol. 020, Institut für Zeitgeschichte, München). Daß Papen die Beschlüsse aus der Wiener Gesandtschaft der UdSSR hatte, darauf deutet auch der relativ kurze Abstand zwischen der in Moskau abgehaltenen Sitzung und den Sendungen Papens an Hitler hin – in mehreren Fällen weniger als zwei Wochen. Erst nach Papens Abreise aus Wien trat sein vermutlicher Agent aus dem Hintergrund. Es war F. W. Bochow, Korrespondent der sowjetischen Presseagentur TASS in Wien, der Zugang zum nachrichtendienstlichen und geheimen Parteimaterial hatte und im Sommer 1938 seine Stellung aufgab, "angeblich aus weltanschaulichen Gründen. Seine Arbeit war gut und für den SD außerordentlich wichtig. Es steht fest, daß Bochow in den vergangenen Jahren seine Arbeit un-



Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die außenpolitischen Beschlüsse des Politbüros der Kommunistischen Partei der Sowjetunion waren zugleich Weisungen der sowjetischen Parteiführung zur Außenpolitik, die an alle Auslandsmissionen der UdSSR gerichtet waren. Alle diese Beschlüsse sind von dem deutschen Gesandten in Wien, Franz von Papen, zwischen Ende 1934 und Ende 1937 erworben und direkt an Hitler weitergeleitet worden, wie aus Papens Begleitschreiben ersichtlich ist. Zwar hatte das Außenpolitische Amt der NSDAP schon zur Zeit, als Papen noch Vizekanzler war, die Möglichkeit, diese Beschlüsse zu erwerben, wie die Tagebuchaufzeichnungen Alfred Rosenbergs vom 8. und 11.6. 1934 beweisen (Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/1935 und 1939/1940, hrsg. u. erläutert von H. G. Seraphim, Göttingen 1956, S. 28–29), doch hat der Verfasser keine Stücke aus der Zeit vor Papens Wirken in Wien gefunden.

Das Politbüro stimmt mit dem Genossen Stalin voll und ganz darin überein, dass (sic!) es das grosse (sic!) Verdienst des tschechoslowakischen Präsidenten Benesch, der sowohl persönlich den bevollmächtigten Vertreter der SSSR (sic!) in Prag, Genossen Alexandrowski, verständigte als auch den Genossen Stalin in einer dringenden persönlichen Botschaft warnte, ist, dass (sic!) diese Verschwörung der verräterischen Sowjetgeneralität fast am Vorabend ihrer Auslösung hatte enthüllt und vereitelt werden können. Wie Genosse Stalin das Politbüro überzeugend unterrichtete, verursachten die ersten, noch nicht genug klaren Gerüchte über angebliche sowjetisch-deutsche freundschaftliche Verhandlungen, die teilweise schon Ende 1936, hauptsächlich zwischen Anfang Februar und Mitte April 1937 in die Regierungskreise der Tschechoslowakei gelangten, zuerst eine spürbare Verstimmung in tschechoslowakisch-sowjetischen Beziehungen: während Prag die Sowjetunion verdächtigte, mit Hitlerdeutschland Geheimverhandlungen zu führen, betrachtete die Sowjetdiplomatie diese Bezichtigungen als erfolgreiche Verankerung der antisowjetischen Propaganda in tschechoslowakischer Staatsführung.

Erst die Informationen, die der tschechoslowakische Gesandte in Berlin am 7. April direkt vom Generalobersten Göring erfahren hatte, und die Sondierungen einer Abordnung der tschechoslowakischen Staatspolizei in Deutschland nach dem 20. April verschafften in Prag Klarheit darüber, dass (sic!) nicht die Sowjetregierung, sondern die ihr gegenüber feindselig eingestellten Verschwörer Kontakte mit Deutschland angeknüpft hatten¹¹⁰, um mit dessen tatkräftiger Unterstützung einen Militärumsturz in der Sowjetunion zu verwirklichen. Am 7. Mai legte Präsident *Benesch* das von dem tschechoslowakischen Nachrichtendienst¹¹¹ in Deutschland erworbene, Tucha-

entgeltlich geleistet hat", weshalb er nun um Geld nachsuchte, offenbar darum, weil ihm der Wert des von ihm gelieferten Materials erst nachträglich klar wurde (Aufzeichnung des Reichssicherheitshauptamtes, Berlin 22.6. 1938, MA 433/728970-971, IfZ München). Der Agent Papens muß also nicht unbedingt nur unter den sowjetischen Gesandtschaftsangehörigen gesucht werden, da es sehr gut vorstellbar ist, daß sich unter der Tarnung eines TASS-Korrespondenten selbst der Resident des sowjetischen Nachrichtendienstes verbarg – solche Fälle sind hinreichend aus der sowjetischen Praxis der Vergangenheit und Gegenwart bekannt.

Auf die Authentizität der Stücke weisen mehrere Umstände hin: in erster Linie die typische Ausdrucksweise der sowjetischen KP ("Hitlerdeutschland", "Nazismus", "deutscher faschistischer Imperialismus" etc.) sowie das allgemeine "Parteichinesisch", in zweiter Linie die Form und Technik. Der russische Übersetzer in Wien hatte offensichtlich keine deutsche Schreibmaschine zur Verfügung, deshalb steht überall statt "ß" nur "ss". Abgesehen von den Sprachfehlern – die überall absichtlich belassen werden –, wird sehr oft nicht die deutsche Bezeichnung "UdSSR" benutzt, sondern die russische "SSSR". Bezeichnend ist auch die oft vorhandene innere Widersprüchlichkeit zwischen einzelnen, hintereinander folgenden Stücken in bestimmten Fragen sowie auch eines und desselben Beschlusses in der gleichen Frage, die für die sowjetischen Parteidokumente typisch erscheint. Die Dokumente wurden nicht nur von Papen, sondern gleichermaßen vom Außenpolitischen Amt der NSDAP und von der Adjutantur des Führers als echt angesehen.

¹¹⁰ In dieser Form stimmt die Behauptung nicht: Spätestens seit dem 9.2. 1937 befürchtete Prag nicht die Kontakte der Sowjetregierung mit Deutschland, sondern den Sturz der Sowjetregierung durch die noch nicht identifizierten, mit dem Dritten Reich verbundenen Verschwörer. Siehe hier Anhang 1

111 Dieser Begriff erweckt falsche Vorstellungen, als ob es sich um den tschechoslowakischen militäri-



Jahrgang 35 (1987), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

tschewski und seine Clique belastende und überführende Material dem Genossen Alexandrowski vor und am nächsten Tag, den 8. Mai 1937, übersandte er dieses Material in einer ausführlichen, persönlichen Geheimbotschaft an Genossen Stalin.

Dieses Material beweist unwiderlegbar die subversiven Pläne eines Teiles der sowjetischen Armeeführung gegen die Staats- und Parteiführung mit Genossen Stalin an der Spitze, die die Verschwörer in einer militärischen Palastrevolte stürzen, die Genossen Stalin, Molotow, Kaganowitsch und Litwinow ermorden, eine Militärdiktatur Tuchatschewskis mit Marionetten einer antikommunistischen "nationalen Regierung" installieren und eine Allianz mit dem faschistischen Deutschland abschliessen wollten, und zwar all dies in engster Zusammenarbeit mit den "zivilen" trotzkistischen Verbrechern vom Schlage eines Bucharin oder Radek. Wenn diese Pläne nicht enttarnt worden wären, würde ihre Realisierung das Ende nicht nur der Sowjetmacht und der Sowjetordnung bedeuten, sondern der Sowjetunion überhaupt. Denn die Verschwörer waren im Begriff, Deutschland für dessen Hilfe besondere ökonomische Vorrechte innerhalb der Sowjetunion zu gewähren, Gebietsabtretungen an Deutschland – besonders in der Ukraine – durchzuführen und alle Verträge und Abkommen der Sowjetunion zu revidieren, vor allem die Hilfeleistungspakte mit Frankreich und der Tschechoslowakei zu kündigen.

Das Politbüro ist der Ansicht, dass (sic!) die Gründe des Verrats Tuchatschewskis einerseits in seinem unbefriedigten, krankhaft übertriebenen Ehrgeiz und in seinem Drang nach höchster politischer Macht zu suchen sind, andererseits in seiner Unzufriedenheit mit der Wiedereinführung der Politkommissare und der politischen Verwaltung in der Roten Armee.

Das Politbüro akzeptiert den Vorschlag des Genossen Stalin und erlegt den leitenden Sicherheitsorganen der SSSR (sic!) auf, Tuchatschewski und seine Bande unverzüglich zu verhaften und vor ein Sondergericht zu stellen. Weiterhin verfügt das Politbüro im Sinne des Vorschlags des Genossen Stalin, das Offizierskorps der Roten Armee, insbesondere die Generalität, einer gründlichen Untersuchung zu unterziehen, denn es ist unvorstellbar, dass (sic!) die Verschwörer unter der Generalität ohne eine breitere Basis unter den höheren Rängen der Roten Armee ihre Wühlarbeit haben betreiben können.

Das Politbüro stimmt mit dem Genossen Stalin auch darin überein, dass (sic!) die Sowjetregierung und die Parteiführung zu einer besonderen Dankbarkeit gegenüber Präsident Benesch und der tschechoslowakischen Staatsführung verpflichtet ist: die kleine Tschechoslowakei hat sich als ein besonders treuer und verlässlicher Verbündeter der Sowjetunion erwiesen, der weit über seine Bündnisverpflichtungen hinaus gehandelt hat. Darum wird den Genossen Leitern der Sowjetaussenpolitik (sic!) auferlegt, der Regierung der Tschechoslowakei und Präsident Benesch persönlich

schen Nachrichtendienst gehandelt hätte, nicht bloß, wie es der Fall gewesen war, um den Nachrichtendienst des Prager Außenministeriums. Daß der militärische Nachrichtendienst nie eingeschaltet wurde und von den von Beneš erworbenen "Dokumenten" überhaupt keine Ahnung hatte, bezeugt ausführlich Moravec, S. 157–158.



anzubieten, den Hilfeleistungspakt zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei vom 16. Mai 1935 durch eine für die Tschechoslowakei günstige Militärkonvention zu ergänzen, und gleichzeitig der tschechoslowakischen Regierung spätestens bis zum 15. Juli 1937 einen entsprechenden, unter Heranziehung der sowjetischen Militärspezialisten auszuarbeitenden Vorschlag zu unterbreiten. Darüber hinaus sollten die bevorstehenden Rüstungs- und Schwerindustrielieferungen nicht, wie vorgesehen, in den USA, sondern in der Tschechoslowakei bestellt und insbesondere die Lizenz-Zusammenarbeit mit den Škoda-Werken deutlich erweitert werden. In der absehbaren Zukunft beabsichtigt das Politbüro als Zeichen der Verbundenheit, grossangelegte (sic!) Reisen tschechoslowakischer Militär-, Wirtschaftsund Kulturdelegationen in die Sowjetunion zu veranstalten und diese in geeigneter Form einzuladen. Insbesondere aber muss (sic!) unverzüglich die längst fällige, offizielle Reise des Genossen Litwinow nach Prag in Angriff genommen werden; zugleich wird Genosse Litwinow beauftragt, den tschechoslowakischen Aussenminister, Dr. Krofta, zur offiziellen politischen Reise in die Sowjetunion einzuladen. ... 112

PA AA Bonn: Polit. Abt.V, Pol.5, Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen in Rußland, Bd. 3, s. f.

4

Der tschechoslowakische Gesandte Bohdan Pavlů an den Außenminister Dr. Kamil Krofta, Moskau 20. Juni 1937

Es scheint gerade die Friedens- oder Kriegsfrage gewesen zu sein, die Tuchatschewskis Schicksal besiegelte, vor allem falls Tuchatschewski versuchte, wie man annehmen könnte, für seine These Anhänger im Obersten Militärrat und in hohen militärischen oder Regierungskreisen oder auch vielleicht in der Komintern zu gewinnen, wofür die dort parallel durchgeführte energische Säuberung spräche. Es wird behauptet, Stalin habe das gleiche Mißtrauen gegenüber allen Mitgliedern der Kommunistischen Internationale gefaßt, vor allem gegenüber den früheren Reichsdeutschen, die zur Provozierung eines Kriegskonflikts mit Deutschland rieten und den Verdacht auf sich zogen, daß sie, ihre persönlichen Interessen verfolgend, in erster Linie auf den Sturz des sowjetischen Regimes hinarbeiteten. Das Problem insbesondere des vorzeitigen Krieges ist gleichzeitig das Existenzproblem des Sowjetregimes, und es wäre daher nicht verwunderlich, wenn zwischen Stalin und Tuchatschewski ein Konflikt aufgekommen ist, dessen Entwirrung tragisch war für die Gegner der Stalinschen Friedenspolitik und dessen eventuelle innenpolitische Folgen von vornherein abgewehrt wurden, indem den kommandierenden Generälen selbständige Entscheidungsgewalt entzogen wurde und indem man Militärräte (tatsächlich politische Räte) aufstellte. Unter solchen Umständen war es dann nicht schwierig, die Beschuldigten



Jahrgang 35 (1987), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

¹¹² Der zweite Teil des Beschlusses betrifft die spanische Frage und wird hier deshalb nicht gedruckt.

gegen Tuchatschewski als "militärischen, faschistischen und konterrevolutionären Verrat" zu formulieren, ihn der Zersetzungstätigkeit in der Armee, der Sabotage in der nationalen Verteidigung und Wirtschaft zu bezichtigen und ihm Bestrebungen, das Sowjetregime und seine Hauptvertreter beseitigen zu wollen, zu unterstellen sowie aus seinem früheren Verkehr mit der deutschen Armee Spionage und Verrat von Militärgeheimnissen zugunsten Deutschlands zu konstruieren, ferner die Absicht, die Sowjetunion zergliedern zu wollen – also viele von jenen Dingen, die ein Krieg mit sich bringen könnte, insbesondere ein verlorener Krieg.

AMZV Prag: Moskau 1937, Nr. 34
(Aus dem Tschechischen übersetzt vom Verfasser)

5

Der stellvertretende tschechoslowakische Generalstabschef, Divisionsgeneral Bohumil Fiala, an den Chef des militärischen Nachrichtendienstes, Oberst František Moravec, Prag 9. November 1937

Streng geheim! Bruder Oberst, 9.11.1937

im Sinne unserer gestrigen Unterredung übersende ich Dir zur freien nachrichtendienstlichen Verwendung die Zusammenfassung der Eindrücke, die unsere Militärdelegation Ende des vergangenen Monats von ihrer Reise in die UdSSR mitbrachte:

Falls sich unser Oberkommando anfangs geweigert hatte, Tuchatschewskis Liquidierung und die des höheren sowjetischen Kommandokorps als eine schwere Abwertung der Roten Armee zu begreifen, falls der Generalstabschef noch im August 1937, zwei Monate nach den Moskauer Hinrichtungen und nach der Einleitung der Säuberungen, die Überzeugung vertrat, daß "die russische Armee eine finstere Phase durchlaufen könne, doch immer eine Kraft von großem Wert bleibe", dann kehrte unsere in die UdSSR zur Überprüfung des Standes und der Vorbereitungen der Roten Armee entsandte Delegation mit einer alarmierenden, die schlimmsten Erwartungen übertreffenden Bilanz zurück.

Die Flut von Massenrepressalien – soweit wir feststellen konnten, sind bisher mindestens 2000 Offiziere hingerichtet worden – erweckt Befürchtungen bezüglich einer inneren Zersetzung der Armee, der Schwächung ihrer operativen Schlagkraft sowie ihrer Aktionsfähigkeit, bezüglich ihrer Unfähigkeit, offensiv aufzutreten, und ferner wegen der taktischen und strategischen Unerfahrenheit der neuen jungen Kommandeure, die zu Tausenden von Leutnanten zu Regimentskommandanten, von Majoren zu Divisionskommandanten avancierten. Wir stellten entsetzliche Schwächen im Kommando, in Strategie, in Taktik, ferner veraltete Ausrüstung, Mangel an modernen Spezialwaffen, insbesondere an technischen Waffen, über die unsere Armee schon längst verfügt, fest.



Jahrgang 35 (1987), Heft 1
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Auf der Sitzung des Höchsten Rates für Verteidigung des Staates am 3. November, stattgefunden unter Teilnahme des Präsidenten der Republik, wurde auf Empfehlung des Präsidenten hin beschlossen, daß wir versuchen sollten, die schwer erschütterte und beeinträchtigte Schlagkraft der Sowjetarmee durch hohe Lieferungen von Spezialwaffen aus unserer Rüstungsindustrie auszugleichen. Wenn es nicht tragisch wäre, so müßte es grotesk wirken, daß wir, der kleine bedrohte Staat, unser eigenes Kriegspotential schwächen müssen, um die Armee unseres größten Verbündeten auszurüsten und zu modernisieren! Im wichtigsten Bereich, bei der Unfähigkeit und Unerfahrenheit des neuen Kommandokorps, können wir leider nichts unternehmen: wir sind nicht in der Lage, Hunderte, wenn nicht Tausende von Offizieren zu den Russen zu entsenden, ganz abgesehen davon, daß sie es freilich nicht akzeptieren würden.

Der Präsident erklärt bezeichnenderweise gerade mit den Säuberungen und ihren Folgen seine bittere Feststellung, daß die UdSSR in letzter Zeit ihr Interesse vorzugsweise auf innere Angelegenheiten konzentriert und die außenpolitischen Probleme, für die sie sich engagieren sollte, in den Hintergrund oder aufs Abstellgleis schiebt.

Denke bitte an meine vertrauliche Information während der bevorstehenden zweiten Konferenz mit den Vertretern des sowjetischen Nachrichtendienstes.

Fiala Nachlaß General Fiala, Privatbesitz Prag (Aus dem Tschechischen übersetzt vom Verfasser)

6

Der deutsche Gesandte, Franz von Papen, an Adolf Hitler, Wien 23. Dezember 1937

Der Außerordentliche Gesandte und Wien 23.12. 1937

Bevollmächtigte Minister in besonderer Mission

Streng geheim!

Betr.: Weisung des Politbureaus

In der Anlage überreiche ich die weitere mir auf dem bekannten Wege zugegangene Weisung des Politbureau der Sowjetunion an ihre außenpolitische Vertretungen vom 10. Dezember 1937.

Am interessantesten scheinen mir nicht die Vermutungen über den Inhalt der Gespräche von Lord Halifax mit dem Führer und die Gerüchte über Vorbereitung einer gewaltsamen Aktion Deutschlands gegen die Tschechoslowakei zu sein, sondern die aus dieser Weisung deutlich sichtbare erbitterte Enttäuschung über die Entwicklung der französisch-sowjetischen Beziehungen. Die demonstrative Ablehnung der sowjetischen Einladung von Delbos nach Moskau scheint die Sowjets stark betroffen zu haben; daß Delbos praktisch alle Hauptstädte Osteuropas besuchte, Moskau jedoch nicht, muß in der sowjetischen Politik ein Gefühl der Demütigung und zugleich der Isolation hervorgerufen haben.

Institut für
Zeitgeschichte
München-Berlin
viertenahrshepte für
Zeitgeschichte

Jahrgang 35 (1987), Fleft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

Ivan Pfaff

128

Gleichzeitig ist nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die in der Weisung des Politbureau vom 24. Mai geforderten Reisen Litwinows nach Prag und Kroftas nach Moskau nach sieben Monaten nicht zustande gekommen sind und daß auch die damals sowjetischerseits projektierte Militärkonvention der UdSSR mit der Tschechei weder abgeschlossen noch diesbezügliche Verhandlung eingeleitet wurde. Auch das ist als ein Zeichen des Abstandes von Moskau zu deuten, der allerdings vielmehr auf die negative Aufnahme der sowjetischen Säuberungen auch in Prag zurückzuführen sei als auf eine prinzipielle Revision des Verhältnisses zu der Sowjetunion tschechischerseits.

Papen

An den Führer und Reichskanzler Berlin

PA AA Bonn: Polit. Abt. V, Pol. 5, Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen in Rußland, Bd. 4, s. f.

7

Außenpolitischer Beschluß des Politbüros der KPdSU(B), Moskau 10. Dezember 1937 Nach Anhörung des Berichtes des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten kommt das Politbüro der KPdSU(B) in seiner Sitzung in Moskau am 10. Dezember 1937 einstimmig zu dem Schluss (sic!), dass (sic!) der Besuch eines der führenden Politiker der englischen Konservativen Partei, Lord Halifax, bei Hitler am 19. November Anlass (sic!) zu ernster Beunruhigung gibt. Die Geheimhaltung der Besprechungen von Halifax mit Hitler und Göring bestätigt ihre friedensfeindliche Tendenz. Nach vielen Gerüchten aus verschiedenen Nachrichtenquellen zu urteilen, muss (sic!) das Politbüro ernsthaft befürchten, dass (sic!) die britische Politik, in der Halifax als Vertrauter des Ministerpräsidenten Chamberlain anzusiedeln ist, die Gelegenheit ergriffen habe, um Hitler kleine Länder in Zentral- und Osteuropa preiszugeben und der deutschen Vorherrschaft in dieser Region freie Bahn zu öffnen. Träfe diese Annahme zu, müsste sich die Sowjetunion unmittelbar bedroht fühlen.

Diese Befürchtung scheint dem Politbüro um so begründeter zu sein, als schon nach der Verhandlung von Halifax, Ende November, in Berlin Nachrichten darüber verbreitet wurden, dass (sic!) die radikalen Kreise der Nazi-Partei einen gewaltsamen Eingriff in die Lösung der sog. "sudetendeutschen Frage" in der Tschechoslowakei planten und als in den nachrichtendienstlichen Angaben gegenwärtig die Rede davon sei, dass (sic!) die militärische Aktion Hitlerdeutschlands gegen die Tschechoslowakei als recht aktuell erscheine, wobei entweder ein Putsch der sudetendeutschen Nazis innerhalb der Tschechoslowakei oder aber ein Einfall der sudetendeutschen Irredentisten aus dem Reich diesem den Anlass (sic!) zur Intervention bieten sollte.



Um so enttäuschender wirkt die unentschlossene, ausweichende Einstellung der französischen Politik, die nur durch antisowietische Orientierung und wachsende Abwertung des französischen Hilfeleistungspaktes mit der Sowietunion zu erklären sei. Wenn sich die Genossen Stalin und Molotow im November gegenüber dem in Moskau weilenden Generalsekretär der französischen Gewerkschaften C.G.T., Jouhaux, darüber beklagen mussten, dass (sic!) Frankreich es stets ablehnt, mit der SSSR (sic!) ein Militärabkommen abzuschliessen; wenn in der französischen Regierung es nur der Luftfahrtminister Pierre Cot ist, der ein Anhänger dieses Abkommens ist; wenn gleichzeitig im November im Pariser diplomatischen Korps die Nachricht zu kursieren begann, dass (sic!) die Einstellung des Ministerpräsidenten Chautemps rein antisowietisch ist; wenn die gegenwärtige Reise des französischen Aussenministers Delbos in die Länder der mittel- und osteuropäischen Verbündeten Frankreichs nach Warschau, Bukarest, Belgrad und Prag führt, die SSSR (sic!) aber, den grössten und wichtigsten Alliierten Frankreichs, demonstrativ übergeht, obwohl Genosse Litwinow Delbos nach Moskau eingeladen hatte¹¹³ - dann kann auch der Misserfolg (sic!) der Reise des tschechoslowakischen Aussenministers Dr. Krofta nach Paris Ende Oktober nicht überraschen.

Aus dem Verlauf und den Ergebnissen dieser Reise muss (sic!) das Politbüro den Schluss (sic!) ziehen, dass (sic!) in der französischen Politik parallel zu ihrer antisowietischen Einstellung neuerdings die Tendenz vorhanden ist, sich den Bündnisverpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei zu entziehen. Denn Krofta ist es in Paris nicht gelungen, die Möglichkeiten, Modalitäten und Alternativen der französischen Hilfeleistung an die Tschechoslowakei überhaupt nur zu konsultieren, und Delbos hat im Gegenteil den Wunsch seines tschechoslowakischen Kollegen abgeschlagen, ihm eine schriftliche Verpflichtung auszuhändigen, dass sich die Gültigkeit der französischen Hilfeleistung auch auf eine solche Variante des deutschen Angriffs bezieht, der auf die von den sudetendeutschen Nazis provozierten inneren Unruhen folgen würde. Das Versprechen der Vertragstreue Frankreichs, die Delbos am Kongress (sic!) der radikal-sozialistischen Partei in Lille vorgetragen hat, klang zu allgemein und abstrakt. Dann wird es auch klarer, warum Paris im Sommer das sowjetische Angebot, den gegenseitigen Beistandspakt mit Militärkonvention zu ergänzen, zurückgewiesen hat.

Das Politbüro bedauert im übrigen ausdrücklich und stellt mit tiefer Enttäuschung fest, dass (sic!) auch die Tschechoslowakei das sowjetische Angebot einer Militärkonvention nicht annahm. Ebenfalls enttäuscht ist das Politbüro darüber, dass (sic!) es in vergangenen sechs Monaten nicht gelang, die offizielle Reise des Genossen Litwinow nach Prag zu realisieren, und dass (sic!) die Einladung von Krofta zwar angenommen, seine Moskauer Reise jedoch auf unbestimmte Zeit vertagt wurde. Diese Miss-



¹¹³ Daß Litwinow Delbos in der Tat nach Moskau eingeladen hat, jedoch eine ablehnende Antwort erhielt, bestätigte Botschafter Graf Schulenburg noch im Sommer 1938 (Schulenburg an das AA, Moskau 1.7. 1938, ADAP, Ser. D, Bd. I, Nr. 787, S. 925). Die osteuropäische Reise von Delbos fand zwischen dem 7. und 18. Dezember 1937 statt.

130

erfolge (sic!) der Bündnispolitik der SSSR (sic!) sind kaum geeignet, die sowjetischtschechoslowakischen Beziehungen zu fördern. In diesem Zusammenhang sieht das Politbüro in dem Entschluss (sic!) von Delbos, Moskau aus seiner osteuropäischen Reise auszuschliessen und die Einladung des Genossen Litwinow abzuschlagen, ein neues Zeichen für Versuche, den sowjetisch-französischen Pakt zu disqualifizieren.

All dies zwingt das Politbüro, den Genossen Leitern der Sowjetaussenpolitik dringend anzuempfehlen, in der Frage der sowjetischen Verpflichtungen gegenüber Frankreich und der Tschechoslowakei grössere Zurückhaltung und Distanz zu bewahren.

PA AA Bonn: Polit. Abt. V, Pol. 5, Innere Politik, Parlaments- und Parteiwesen in Rußland, Bd. 4, s. f.

8

Botschaftsrat von Tippelskirch an den Vortragenden Legationsrat Schiep im AA, Moskau 7. Januar 1938

Sie haben mir mitgeteilt, daß in einem Gespräch mit dem Vortragenden Legationsrat Braun von Stumm am 27. Dezember 1937 ein Mitglied der französischen Botschaft in Berlin seinem Glauben an Tuchatschewskis Schuld Ausdruck gab und dabei bemerkte, daß die Sowjets nach Paris diesbezügliche Unterlagen geschickt hatten.

Der französische Botschafter Coulondre stellte schon im Juni 1937 nach der Hinrichtung der acht Generäle Litwinow die Frage, wie die gegen die Generäle erhobenen Anschuldigungen der Spionage zu Gunsten Deutschlands zu bewerten seien. Litwinow antwortete geschickt und ausweichend, daß es Sache des Gerichtes sei, dies zu beurteilen. Details, die über die Veröffentlichungen des Gerichtes hinausgingen, seien ihm nicht bekannt. Er brauche aber wohl kaum besonders darauf hinzuweisen, daß die erschossenen Generäle durch ihre Schulung in Deutschland und durch ihre Sympathien eine germanophile Gruppe in der Führung der Roten Armee dargestellt hätten, deren Liquidierung logischerweise gerade auch den französisch-sowjetischen Beziehungen zugute kommen müßte. Litwinows Antwort hat Coulondre nicht überzeugen können. Im Gegenteil, sämtliche in Moskau akkreditierten Botschafter sind fest davon überzeugt, daß der Spionage-Vorwurf unzutreffend ist.

Wir halten daran fest, daß die Beschuldigungen gegen die Generäle nur ein Vorwand sind, und daß eine akute oder konkrete Konspiration nie bestanden hat. Wir glauben nach wie vor, daß Stalin die Generäle beseitigt hat, weil sie ihm wegen ihrer ganzen Einstellung verdächtig erschienen, insoweit nämlich, als sie ihm gefährlich werden konnten durch ihren Einfluß auf die Gestaltung der Armee und als Kristallisationspunkte für ihre Organisation. Es ist durchaus möglich, daß das Vorgehen gegen die Generäle das Werk oder die Folge von Machenschaften des Geheimdienstes irgendeines Staates ist (sic!).

An sich wäre Deutschland durchaus berechtigt, seine bisherige Haltung fortzusetzen und die sowjetrussischen lügenhaften Beschuldigungen als keiner ernsthafter Wi-



derlegung wert zu behandeln, denn das Ziel, das uns politisch allein interessiert, nämlich die Beseitigung des französisch-sowjetischen Bündnisvertrages, würden wir mit solchen Widerlegungen nicht erreichen ... Andererseits würde eine sachliche und klare Stellungnahme aus amtlichem deutschem Munde in Anbetracht der sonstigen Vorgänge in der Sowjetunion, die in der ganzen Welt Abscheu erregen, sicherlich auf fruchtbaren Boden fallen ...

PA AA Bonn: Polit. Abt. II – Verschluß 74, Po g Rußland 9, Politische Angelegenheiten Rußlands, Bd. 5

9

Der deutsche Botschafter, Graf Welczeck, an das Auswärtige Amt, Paris 17. Juni 1937 Tuchatschewski war seit seiner vorjährigen Reise in Paris kein Unbekannter. Die Generale Jakir und Üborewitsch leiteten im vergangenen Jahr die Manöver, an denen die französischen Generale Schweisgut und Vuillemin teilnahmen. Der Gedanke, daß alle diese hohen militärischen Chefs Verräter gewesen sein sollten, ist in der französischen Öffentlichkeit nahezu unfaßbar.

Angesichts des Bluturteils gibt es kein Blatt, auch nicht "Populaire" (sozialistisch) und die sonst ausgeprägt russophile "Oeuvre", das wagte, ein Wort der Rechtfertigung für die Tat selbst zu finden. Die Begründung des Urteils findet hier im allgemeinen schon wegen der Ungeheuerlichkeit der Anschuldigung nur schwer Glauben. Diejenigen Blätter, die bei ihren Kritiken zunächst einmal die Richtigkeit der Beschuldigung unterstellen, ziehen daraus die Folgerung, daß der moralische und der Kampfwert der Roten Armee, wenn derartige Verbrechen der Leitung möglich gewesen wären, nur einen begrenzten Wert haben könnten. Wenn ferner, der Sowjetpresse zufolge, Tuchatschewski Spionage zugunsten Deutschlands getrieben haben sollte, sind dann nicht, so wird besorgt in einzelnen Blättern gefragt, durch die Beziehungen, die zwischen beiden Generalstäben bestanden haben, Nachrichten von entscheidendem militärischem Wert für Frankreich an Deutschland verraten worden? Spionage zugunsten Deutschlands wird in einem, vielleicht von Kreisen des Generalstabs veranlaßten Artikel des Militärschriftstellers Jean Quatremarre im "Excelsior"insofern für möglich gehalten, als dem Artikel zufolge der französische Generalstab vor einigen Wochen davon Kenntnis erhalten haben soll, daß eine Reihe von militärischen Mitteilungen an die Russen 14 Tage später in Berlin bekannt gewesen wäre. Dem wird dann aber entgegengehalten, daß Generalstabsbesprechungen zwischen Frankreich und der Sowjetunion nie stattgefunden hätten; es sei also keine Rede davon, daß man unter diesen Umständen geheime Informationen an die Rote Armee hätte gelangen lassen.

Im "Journal" erschien ein Artikel General Maurins über sein Gespräch mit Tuchatschewski, den er als "Grand-maître de l'armement russe" bezeichnet. Bei diesem Gespräch sollte Tuchatschewski erklärt haben: "Ich bitte Sie nicht, über das Material zu sprechen, das Sie besitzen, ich kenne es nämlich sehr gut; ich wäre Ihnen vielmehr be-



Jahrgang 35 (1987), Heft 1

VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

sonders verbunden, wenn Sie mich über das Material ins Bild setzen würden, das gegenwärtig konstruiert wird, und, wenn möglich, "sur le matériels en projet"! Die Zweifel, ob und wieweit von französischer Seite, beispielsweise auch vom Luftfahrtministerium, auch den Russen wertvolle Informationen gegeben worden sind, dürften danach nicht behoben sein.

Der bekannte Mitarbeiter der sozialistischen "République", Pierre Dominique, stellt zwei Alternativen auf: entweder ist Tuchatschewski schuldig, wie konnte dann Frankreich der Alliierte eines Rußland werden, das ebenso verrottet ist wie das zaristische Rußland, oder aber die Beschuldigung ist nicht wahr, wie könne sich dann Frankreich zum Alliierten eines neuen Iwan des Schrecklichen machen...

Das Gesamturteil der Presse, selbst eines so sowjetfreundlichen Blattes wie "Oeuvre", geht dahin, daß, auch wenn man die tieferen Beweggründe des Vorgehens gegen Tuchatschewski und die sieben Generale im einzelnen zur Zeit noch nicht ergründen könne, die Tatsache der Hinrichtung dem internationalen Ansehen der Sowjetunion einen schweren Schlag versetzt habe und begründete Zweifel am Wert des Russenpaktes aufkommen lasse...

Einer der führenden Generale des französischen Generalstabes hat in meinem Beisein die Ansicht ausgesprochen, daß die Erschießungen starke Rückwirkungen auf die Einstellung der französischen Meinung zu Sowjetrußland ausüben würden.

PA AA Bonn: Botschaft Paris, 479b, Rußland, Bd. 21, 408 280-283

Geheim!

10

Der tschechoslowakische Gesandte, Dr. Štefan Osuský, an den Außenminister, Dr. Kamil Krofta, Paris 4. März 1938 Nr. 229/38 Paris, den 4. März 1938

Herr Minister!

Nach den Ereignissen in Österreich im Anschluß an die Zusammenkunft in Berchtesgaden trat die tschechoslowakische Frage in den Vordergrund. Ich will Sie nicht im unklaren lassen, daß in Paris Leute aus verschiedenen Berufen und aus verschiedenem Milieu – Journalisten und Parlamentarier nicht ausgenommen – begonnen haben, ihrem Widerstand gegen den Gedanken, Frankreich müsse wegen der Tschechoslowakei mit Deutschland Krieg führen, Form und Ausdruck zu verleihen. Unter dem Einfluß der Demission Edens wollten sowohl die Anhänger eines Abkommens mit Deutschland als auch die Anhänger eines Abkommens mit Italien und schließlich die Gegner der Politik Frankreichs in Mitteleuropa und der Politik mit Rußland den Versuch einer Umorientierung der französischen Politik unternehmen. Man muß sich nämlich dessen bewußt werden, daß Edens Demission in Paris einen derartigen Ein-



druck hervorrief, daß dadurch die öffentliche Meinung und die Regierung selbst erschüttert wurden. Der frühere Ministerpräsident und Außenminister, Flandin, schrieb die Umorientierung der französischen Politik auf seine Fahnen. Auf der anderen Seite wollten die Kommunisten, die Anhänger eines Militärbündnisses mit Sowietrußland und jene, die davon überzeugt sind, daß der Krieg unvermeidlich sei und man also alle Kräfte der Nation organisieren müsse, die Gelegenheit benützen und endgültig alle Möglichkeiten eines Paktierens mit Berlin und Rom zunichte machen. Neben den Kommunisten war es Paul Reynaud, der diese Politik betrieb. Er trat in der Öffentlichkeit für ein absolutes als auch militärisches Bündnis mit Rußland ein, weswegen er auch die Teilnahme der Kommunisten an der Regierung forderte. Diese Tragkraft seiner Politik lähmte er jedoch durch zwei Faktoren beträchtlich: 1. indem er von der Voraussetzung und Behauptung ausging, der Krieg sei unvermeidlich; 2. indem er sagte, man müsse ein Militärbündnis mit Rußland abschließen. Das französische Volk dürfte sich nämlich schwerlich für eine Politik begeistern, die von der Voraussetzung ausgeht, der Krieg sei unvermeidlich, und ferner halten die Rechte, die Mitte und auch ein beträchtlicher Teil der Radikalen den Eintritt der Kommunisten in die Regierung für unannehmbar. Unter diesen Umständen glaubten Flandins Anhänger und Flandin selbst, die Zeit sei psychologisch günstig für eine politische Umorientierung Frankreichs. Flandin reiste nämlich durch seinen Wahlbezirk und unterhielt sich auf den Märkten mit den Bauern, denen er ausdrücklich die Frage stellte, ob sie bereit seien, für die Tschechoslowakei in den Krieg zu ziehen. Natürlich erhielt er auf eine so gestellte Frage eine verneinende Antwort. Paul Reynaud auf der anderen Seite dachte nicht an die Bauern und beurteilte die Lage auf Grund der Einstellung der Arbeiter. Deshalb irrte er bei seinem eifrigen Eintreten für die Teilnahme der Kommunisten an der Regierung.

Minister Delbos ist schrecklich müde und äußerst furchtsam. Er würde am liebsten nicht nur sein Amt verlassen, sondern schlicht fliehen, wenn er nur wüßte, wie. Er fürchtet sich vor jedem Gedanken, der Farbe hat; jede Farbe beleidigt sein Gesicht und sein Gefühl . . . Für Frankreich selbst und auch für das Ausland war es sehr wichtig, daß die Tschechoslowakei innerhalb der französischen Politik auf eigene Füße gestellt wurde. Wenn nach Berchtesgaden und nach der Krise in England Delbos nur eine ganz allgemeine Erklärung abgegeben hätte, würde das den Eindruck hervorgerufen haben, als ob Frankreich seine bisherige Politik aufgäbe. Ich war mir deshalb dessen voll bewußt, daß eine feste und spezielle Erklärung über die Tschechoslowakei im Gegensatz zu einer rein ideellen und allgemeinen Erklärung über die französische Politik in Mitteleuropa Österreich nicht besonders nützen würde. Es ging mir in der Hauptsache darum, daß hinsichtlich der Tschechoslowakei keine Zweifel beständen; dies um so mehr, als wir zu Beginn der Erklärungen auf den Unwillen der Franzosen stießen, sich wegen der Tschechoslowakei zu schlagen ... In Angelegenheiten der Tschechoslowakei hatte Delbos den Wortlaut seiner Erklärung am 26. Februar in der Kammer mehrmals geändert und kehrte dauernd zu einer farblosen und allgemeinen Erklärung zurück, bis er sich auf den Text festlegte, über den ich Ihnen bereits berichtet habe . . .



Jahrgang 35 (1987), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

Ivan Pfaff

134

Am 2. März hielt Delbos einen Vortrag im auswärtigen Ausschuß des Senats. Es fand von neuem eine Aussprache über den französisch-tschechoslowakischen Freundschaftsvertrag statt. Der ehemalige Ministerpräsident Laval stellte die Frage, ob Frankreich verpflichtet sei, für den Fall eines Überfalls auf die Tschechoslowakei dieser zu Hilfe zu kommen. Was diese Frage betrifft, erwiderte der Ausschußvorsitzende Bérenger, stelle sich die Frage für Frankreich und die Tschechoslowakei so, ob sie ihre Selbständigkeit verteidigen wollen. Wenn ja, dann würden sie – weil sie gegenseitig gebunden sind – dem Aggressor, der einen von ihnen überfallen würde, den Krieg erklären.

Interessanterweise wollte Delbos nicht, daß im Kommuniqué des Ausschusses von neuem über die Treue Frankreichs zu seinen Verpflichtungen die Rede wäre, und wollte es dahingehend begrenzen, daß Frankreich im Bunde mit England eine Politik der nationalen Sicherheit und des europäischen Friedens betreiben werde. Auf Veranlassung des Vorsitzenden Bérenger macht jedoch das Kommuniqué ausdrücklich einen Unterschied zwischen der Fortsetzung der engen Zusammenarbeit mit England in der Politik der nationalen Sicherheit und des europäischen Friedens und zwischen der Betonung, die französische Regierung werde den von ihr eingegangenen Verpflichtungen treu bleiben. In der lange dauernden Aussprache fand sich nicht ein einziger Senator, der direkt oder indirekt angedeutet hätte, Frankreich solle seinen Verpflichtungen gegenüber der Tschechoslowakei nicht treu bleiben. Nur Flandin blieb sitzen und rührte sich nicht. Ministerpräsident Chautemps identifizierte sich auf meine von unseren Freunden am Quai d'Orsay unterstützte Bitte ausdrücklich mit der von Delbos hinsichtlich der Tschechoslowakei abgegebenen Erklärung.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr

Osuský

AMZV Prag: Kab. 1938, Nr. 496

(Aus dem Tschechischen übersetzt vom Verfasser)



Jahrgang 35 (1987), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dokumentation

ERICH J.C. HAHN

HAJO HOLBORN: BERICHT ZUR DEUTSCHEN FRAGE. BEOBACHTUNGEN UND EMPFEHLUNGEN VOM HERBST 1947*

Im Herbst 1947 reiste der Historiker Hajo Holborn im Auftrag des amerikanischen Außenministeriums nach Deutschland, um über die Militärregierung in der US-Zone zu berichten. Holborn verbrachte sechs Wochen in Deutschland und zusätzlich drei Wochen in England, wo er auf seiner Hin- und Rückfahrt Station machte. Als Ergebnis seiner Reise übersandte Holborn im Januar 1948 dem Außenministerium drei Berichte. Der erste, hier veröffentlichte, befaßt sich mit den allgemeinen Problemen und Zukunftsaussichten der US-Militärverwaltung für Deutschland. Der zweite Bericht gilt dem politischen und pädagogischen Umerziehungsprogramm (reorientation und reeducation) in der US-Zone. Im dritten Bericht, der bisher nicht auffindbar ist, nahm Holborn vermutlich Stellung zu Plänen der US-Armee, die Militärverwaltung in Deutschland an das US-Außenministerium abzugeben; in England wurde ein ähnlicher Wechsel bereits im Frühjahr 1947 vorgenommen, als die britische Deutschlandpolitik einer Sonderabteilung des Auswärtigen Amts unter Lord Pakenham übertragen wurde. Während seines Aufenthalts in London hatte Holborn Unterredungen mit Lord Pakenham und dessen Mitarbeitern. Auf Einladung von Arnold Toynbee im Royal Institute of International Affairs leitete er außerdem eine Diskussion über "Anglo-amerikanische Aufgaben in Deutschland" mit einigen Dutzend britischen Beamten und Akademikern, die sich mit der deutschen Frage befaßten. In Deutschland bereiste Holborn die US-Zone und führte in Berlin Gespräche mit Botschafter Robert Murphy und General Lucius D. Clay sowie dessen nächsten Mitarbeitern in der US-Militärverwaltung¹.



Jahrgang 35 (1987), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

^{*} Die Sammlung des Materials für diese Einleitung wurde mir durch die freundliche Unterstützung der Sachbearbeiter der National Archives, Washington, D.C., insbesondere Sally Marks (Diplomatic Branch) und Wilbur Mahoney und John Taylor (Modern Military Branch) sehr erleichtert. Weitere hilfreiche Hinweise erhielt ich von Timothy Naftali (Montreal) und Astrid Heyer (London, Ont.). Ihnen allen sei hiermit gedankt.

¹ Brief mit zwei Anlagen, Hajo Holborn an Charles E. Saltzman, 19.1. 1948, 740.00119 Control (Germany)/1-1948, General Decimal File, Record Group 59, Records of the Department of State, National Archives and Records Administration Washington, D. C. (im folgenden zitiert als RG 59 NARA). Holborns Brief schildert den Verlauf seiner Reise. Die Titel der Anlagen lauten: "Some Observations and Political Recommendations Regarding the German Problem" und "Observations and Recommendations with Regard to the American Reorientation Program in Germany". Zu den Bemühungen der Armee, die Militärregierung an das eher widerstrebende Außenministerium abzutreten, siehe John Gimbel, Governing the American Zone of Germany, in: Robert Wolfe (Hrsg.),

Den Auftrag, über die deutsche Lage zu berichten, bekam Holborn durch Generalmajor John H. Hilldring, der 1946–1947 im Außenministerium als Unterstaatssekretär für besetzte Gebiete tätig war. Während des Krieges hatte Holborn in Washington zusammen mit Hilldring an Plänen für Militärverwaltungen gearbeitet und sich später in einem Buch über deren Aufbau und Ziele als hervorragender Sachverständiger erwiesen. Wie Holborn im Vorwort erwähnt, beruhten seine Kenntnisse zum Teil auf Erfahrungen im Kriege, als er die Entstehung des US-Militärregierungsprogramms aus nächster Nähe verfolgte und selbst dabei mitwirkte². Im folgenden wird Holborns Persönlichkeit und Tätigkeit während des Krieges eingehender geschildert, um zu zeigen, warum das US-Außenministerium ihn 1947 dazu auswählte, die Entwicklung der US-Militärregierung zu beurteilen.

Hajo Holborn (geb. 1902 in Berlin, gest. 1969 in Bonn) war der Sohn eines bedeutenden Berliner Physikers. Der außerordentlich begabte Schüler Friedrich Meineckes begann seine Lehrtätigkeit 1926 als Privatdozent in Heidelberg³. Auf seine ersten wissenschaftlichen Arbeiten zur Außenpolitik Bismarcks folgte eine klassische Studie über Ulrich von Hutten (1929), dessen Leben Holborn als ein Ringen mit "Deutschlands tiefstem Problem, dem Problem, eine echte Verbindung zwischen geistiger Freiheit und den äußerlichen Bedürfnissen der Nation zu finden", deutete4. Im Jahre 1931 kehrte Holborn als Privatdozent an die Universität Berlin zurück. Zugleich wurde er Inhaber eines Carnegie-Lehrstuhls für Geschichte und Internationale Beziehungen an der Deutschen Hochschule für Politik. In dieser doppelten Tätigkeit kam Holborns lebenslanges Engagement für geschichtswissenschaftliche und zeitgeschichtliche Fragen zum Ausdruck. Als überzeugter Republikaner erkannte Holborn früh, daß es im Deutschland Hitlers weder geistige noch politische Freiheit geben konnte. Bereits im Herbst 1933 beschloß er zu emigrieren. Die ethischen Motive seiner Entscheidung erklärte er kurz vor seiner Abreise in einem Brief:

"Fürchtet auch nicht, dass wir in bitterer Stimmung weggehen, wir fühlen uns mit alledem, was Ihr so schätzt, nicht weniger verbunden. Allein wir möchten deshalb doch nicht das, was wir als Lebensaufgabe und was wir als Verpflichtung gegen unser Herkommen und gegen unser geistiges Wollen empfinden, irgendwie antasten müssen... Naturgemäss können (und werden wohl auch) die Dinge dahin treiben, dass man nochmal wird ganz von vorne beginnen müssen. Möglich, dass es

⁴ Hajo Holborn's Works, CEH (Anm. 3), S. 176-186. Zitat: Hajo Holborn, Ulrich von Hutten, 2. Aufl. Göttingen 1968, S. 180.



American Proconsuls. United States Military Government in Germany and Japan, 1944–1952, Carbondale 1984, S. 92–102.

² Hajo Holborn, American Military Government: Its Organization and Policies, Washington 1947, S.x.^c

³ Siehe die biographischen Beiträge von Felix Gilbert, Hajo Holborn: A Memoir, und Dietrich Gerhard, Hajo Holborn: Reminiscences, in: Central European History (CEH), Bd. 3:1/2, S. 3-8, 9-17. Kurt Birrenbach, Laudatio auf Hajo Holborn, in: Hajo Holborn. Inter Nationes Preis 1969, Bonn-Bad Godesberg 1969, S. 9-16.

dann für mich eine neue Stelle zur Arbeit giebt, darüber ist heute aber noch nicht zu sprechen, denn vorläufig heisst es nur, seinem Beruf und sich selber treu zu bleiben und in diesem Sinne das Beste aus dem Schicksal zu machen. So suche ich unsere Ausreise jetzt als eine Art Bildungs- und Studienreise aufzufassen, die eines Tages wieder daheim enden wird."⁵

Obwohl letztere Erwartung nicht in Erfüllung ging, empfand Holborn, daß er in der Emigration, die ihn in die USA führte, den im deutschen Kulturbereich erworbenen Werten treu bleiben konnte. Als ihm im Jahre 1969 der zum zwanzigjährigen Bestehen der Bundesrepublik gestiftete Inter Nationes-Preis verliehen wurde, sagte er im Rückblick auf sein Leben: "Eine der schönsten Erfahrungen ... war, daß ich mich immer in vollster Identiät mit meinen amerikanischen Pflichten und meiner deutschen Vergangenheit bewegen konnte."

Bereits im Jahre 1934 konnte Holborn seine Lehrtätigkeit wieder aufnehmen, und zwar an der Yale-Universität, mit der er fünfundreißig Jahre bis zu seinem Tode verbunden blieb. Seine akademische Ausstrahlung in dieser Zeit ist an der großen Zahl seiner Schüler ersichtlich, die fast ausnahmslos Universitätsprofessoren wurden. Er hat mehr als fünfzig Dissertationen betreut, die Themen von der Reformation bis zur Zeitgeschichte behandeln und sich mit speziellen Fragen der diplomatischen, politischen, sozialen und Idee- und Geistesgeschichte befassen? Diese Vielfalt der Ansätze zeigt sich auch in Holborns eigenen zahlreichen wissenschaftlichen Aufsätzen. Dabei blieb für ihn "die Verbreitung des Wissens deutscher Geschichte, die ja unendlich nötig ist in dieser Welt", immer ein Hauptanliegen. Die drei Bände "A History of Modern Germany" (1959–1969) zeugen von umfassender Kenntnis und einer außergewöhnlich ausgeprägten Gabe, das Wesentliche knapp darzustellen¹⁰. Holborn erhielt zahreiche Gastprofessuren und akademische Ehren und war im Jahre 1967 Präsident der American Historical Association.

Schon in frühen Jahren hatte Holborn den Wunsch, sich politisch zu betätigen. Aufgrund der Emigration mußte er diese Hoffnung aufgeben, bis er 1943 die Möglichkeit erhielt, in Washington zu arbeiten. Er ließ sich von Yale beurlauben, um im Office of Strategic Services (OSS) als persönlicher Referent (Special Assistant) von Wil-



⁵ Holborn an Dietrich Gerhard, Sept. 1933, zitiert in CEH (Anm. 3), S. 14.

⁶ Hajo Holborn, Erwiderung und Dank, in: Hajo Holborn. Inter Nationes Preis (Anm. 3), S. 22.

Hajo Holborn's Students, CEH (Anm. 3), S. 187-191. Ebenda John L. Snell, The Living Legacy: Hajo Holborn as a Teacher of Power and Responsibility, S. 157-171.

⁸ Hajo Holborn's Works, CEH (Anm. 3), S. 176-186. Siehe auch Hajo Holborn, Germany and Europe. Historical Essays, New York 1970, sowie Hajo Holborn, History and the Humanities, New York 1972.

⁹ Hajo Holborn. Inter Nationes Preis, S. 20.

¹⁰ A History of Modern Germany. Bd. 1: The Reformation, New York 1959; Bd. 2: 1648-1840, New York 1964; Bd. 3: 1840-1945, New York 1969. Dt. Übers. von Annemarie Holborn, Deutsche Geschichte der Neuzeit. Bd. 1: Das Zeitalter der Reformation und des Absolutismus; Bd. 2: Reform und Restauration, Liberalismus und Nationalismus; Bd. 3: Das Zeitalter des Imperialismus, München 1970-1971.

liam L. Langer, dem Direktor des OSS Research and Analysis Branch (R&A), zu arbeiten¹¹. Langers Forschungsreferat hatte nicht die Ermächtigung, ein eigenes politisches Programm zu entwickeln, sondern lieferte lediglich Informationsberichte und Analysen an Regierungsstellen, sei es auf deren Anfrage oder auf eigenen Vorschlag. Gegen Ende 1942, zur Zeit der Landung amerikanischer Truppen in Nordafrika, arbeitete das R&A-Referat im Auftrag des Kriegsministeriums an Vorschlägen für Handbücher zur Verwaltung besetzter Gebiete¹². Im März 1943 richtete der Kriegsminister eine neue Abteilung für Zivilangelegenheiten (Civil Affairs Division, CAD) ein, um umfassende Informationen über die vielfältigen politischen und wirtschaftlichen Probleme der Verwaltung befreiter und besetzter Gebiete zu erhalten. Generalmajor John H. Hilldring wurde zum CAD-Direktor ernannt und leitete dieses Amt, bis er dann 1946 in das Außenministerium überwechselte¹³.

Eine wesentliche Aufgabe von Hilldrings CAD-Abteilung bestand in der Vorbereitung von Plänen für die Verwaltung besetzter Gebiete und in der Ausbildung der dazu notwendigen Offiziere. Als Planungsunterlagen und Schulungsmaterial brauchte CAD eine große Zahl detaillierter Berichte über die Zustände in Deutschland und den vom Dritten Reich beherrschten Gebieten. Wegen seiner hervorragenden Informationsquellen und bedeutenden Wissenschaftler hielt sich das R&A-Referat im OSS für besonders geeignet, diesen Bedarf zu decken¹⁴. Holborn hatte den Auftrag, die Zusammenarbeit zwischen Langers R&A-Referat und Hilldrings CAD-Abteilung zu koordinieren. Auf Grund von Holborns Verhandlungen vereinbarten Langer und Hilldring im Juli 1943, daß das R&A-Referat auf kurzfristige Anfragen hin der CAD Expertisen liefern und außerdem zu grundsätzlichen Fragen der Verwaltung besetzter Gebiete Vorschläge ausarbeiten würde. Um die Zusammenarbeit zu vereinfachen, sollten die Sachbearbeiter beider Behörden untereinander direkte Verbindungen haben, Ferner bekam Holborn im November 1943 die Erlaubnis, bei Hilldrings wöchentlichen Besprechungen mit seinen Referatsleitern anwesend zu sein. Langers Referat erhielt durch Hilldring laufend neueste Meldungen aus bereits

Holborn an Langer, 1.7. und 9.7. 1943, Folder 41, Box 4, RG 226 Entry 125, NARA. Einen ersten Überblick über die R&A-Forschungsvorhaben enthält der Brief Holborns an Hilldring, 18.8. 1943, ebenda. Die Errichtung einer Militärregierung in Deutschland wurde auch als Modell für andere Länder angesehen. Die innenpolitischen Aspekte einer Militärregierung sind in einer Aufzeichnung vom 10.8. 1943 (ebenda) erörtert.



Leonard Krieger und Fritz Stern (Hrsg.), The Responsibility of Power: Historical Essays in Honor of Hajo Holborn, New York 1967, S. ix-xiii. Bradley F. Smith, The Shadow Warriors. O. S. S. and the Origins of the C. I. A., New York 1983, S. 376.

Protokolle vom 9. 10., 13. 10. und 23. 10. 1942, Minutes of Meetings, Projects Committee, Research and Analysis Branch, OSS, Record Group 226 Entry 59 und 60, Modern Military Branch, National Archives and Records Administration, Washington, D. C. (im folgenden zitiert als RG 226 NARA). Die knappen Ergebnisprotokolle geben einen chronologischen Überblick über die vom Referat vorgeschlagenen und ausgeführten Berichte. Weitere Auskünfte enthalten die Monatsberichte des R&A-Referats, 1942–1945, Box 81-89, RG 226 Entry 99, NARA.

Holborn, American Military Government, S.7f. Earl F. Ziemke, The U.S. Army in the Occupation of Germany 1944-1946, Washington 1975, S. 14ff.

besetzten Gebieten, damit die R&A -Berichte so weit als möglich aus Kenntnis der tatsächlichen Zustände verfaßt werden konnten¹⁵.

Als Beobachter in Hilldrings Abteilung mußte Holborn auch die Expertenrolle des R&A-Referats wahren, da Hilldring ja die Möglichkeit hatte, seine Informationen aus verschiedenen Quellen zu beziehen. Noch Anfang Januar 1944, als das R&A-Referat bereits sechs Monate intensiv für CAD arbeitete, protestierte Holborn energisch gegen Hilldrings Absicht, mit der Harvard-Universität ein großes Gutachterabkommen abzuschließen¹⁶. Danach wurde die Arbeit so verteilt, daß das R&A-Referat hauptsächlich die politischen und sozialen Themen übernahm, während Wirtschaftsfragen der Foreign Economic Administration (FEA) übertragen wurden. An etlichen Berichten arbeiteten beide Behörden gemeinsam.

Zwei Serien von Berichten wurden veröffentlicht, die zugleich als Lehrbücher und Nachschlagewerke zur Ausbildung und Orientierung der Militärverwaltungsoffiziere im Feld gedacht waren. Die einen (Civil Affairs Handbooks) informierten allgemein über Geographie, Wirtschaft, Verwaltung und politische Systeme besetzter Länder. Die anderen (Civil Affairs Guides) behandelten eine Vielfalt spezieller Fragen eines Landes und enthielten auch Empfehlungen für die alltägliche Tätigkeit der Militärregierungsoffiziere. Für Deutschland zum Beispiel gab es unter anderem Berichte über Kirchen und Gewerkschaften, Transport-, Rechts-, Gesundheits- und Bildungswesen, öffentliche Verwaltung, Gerichte, Beamtentum und einzelne Industrie- und Handelszweige. Im R&A-Referat wurde zudem unter der Leitung des Politologen Franz Neumann eine zweitausend Seiten lange Studie über die deutsche Militärherrschaft im besetzten Europa fertiggestellt¹⁷. Auch für Japan und China waren Handbuchserien geplant. Um bei der Vielfalt dieser Arbeiten in den verschiedenen Stadien ihrer Entstehung den Überblick zu behalten, schlug Holborn die Gründung eines Ausschusses vor, der zuerst alle Themenvorschläge und später die abgeschlossenen Berichte begutachten sollte. Dieses im November 1943 gegründete interministerielle Editorial Committee on Civil Affairs Studies vereinigte unter dem Vorsitz der Armee (CAD) weitere Vertreter des Außenministeriums, der Marine, des OSS (Holborn), der Foreign Economic Administration und der Ausbildungsstelle für Militärverwaltungsoffiziere in Charlottesville, Virginia. Alle Berichte des R&A-Referates wurden zuvor einem internen Ausschuß unter Holborns Vorsitz vorgelegt oder auch von ihm



Aufzeichnung v. 12.7. 1943 "Agreement between General John H. Hilldring... and Dr. Willian Langer", Folder Civil Affairs Division, Box 2, RG 226 Entry 1, NARA. Protokolle der Besprechungen zwischen Hilldring, Sinclair W. Armstrong und Holborn, 1.9. 1943, sowie Hilldring und Holborn, 28.10. 1943, Folder 41, Box 4, RG 226 Entry 145, NARA.

Bericht über eine Sondersitzung des CAD-Herausgeberausschusses, Lt. Col. Burnett an Col. Laux, 6.1. 1944, Folder CAD 014 Germany (7-10-42), Sect. 3, Decimal File 1943-44, War Department Civil Affairs Division, RG 165, Modern Military Branch, NARA. Hilldring an William J. Donovan, 9.1. 1944, Folder: Civil Affairs Division Guides-Planning and Procedure, Box 1, RG 226 Entry 37, NARA.

Die Verteilung der Themen ist aus den Monatsberichten des R&A-Referats (Juni-Juli 1944) ersichtlich (Anm. 12) sowie aus der "Check list on Civil Affairs Guides …", 1.2. 1945, Folder: Civil Affairs, Misc. correspondence regarding, Box 2, RG 226 Entry 37, NARA.

allein geprüft¹⁸. Die wiederholte Überarbeitung der einzelnen Berichte, erst innerhalb des R&A-Referates und dann im interministeriellen Herausgeberausschuß, deutet auf ein ungelöstes Problem: es fehlte eine federführende Instanz, eine Behörde, die von höchster Regierungsstelle den Auftrag hatte, die gesamte Planung für US-Militärregierungen auszuarbeiten. Hier spielte die amerikanische Tradition der ministeriellen Eigenständigkeit eine ebenso große Rolle wie die Neigung des Präsidenten Roosevelt, sich hinsichtlich der Zukunft Deutschlands in seiner Handlungsfreiheit nicht einschränken zu lassen¹⁹.

Da von seiten der Regierung verpflichtende Richtlinien über die Aufgaben von Militärregierungen weder vorlagen noch in Aussicht standen, mußte das R&A-Referat zuerst in schwierigen internen Beratungen eigene Grundsätze ausarbeiten, wobei sich größtenteils die Vertreter einer milden Politik durchsetzten. Demnach sollte die US-Militärregierung in erster Linie alle Anzeichen des Nazismus ausmerzen, eine anti-nazistische Verwaltung schaffen und alle weiteren Hindernisse einer demokratischen Entwicklung beseitigen. Die Verfolgung von Kriegsverbrechern und die Auflösung der deutschen militärischen Führung waren auch vorgesehen. Außerdem sollte die Militärregierung die Rückkehr fremder Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener einleiten²⁰. Die Abteilungsleiter des R&A-Referats einigten sich auf folgendes allgemeines Ziel:

"Die eigentliche Aufgabe der Militärregierung ist darauf beschränkt, die freie Entfaltung nicht-nazistischer Kräfte in der deutschen Gesellschaft zu ermöglichen. Es soll kein Versuch unternommen werden, die Entwicklung einer sozialen Bewegung zu verhindern, es sei denn, sie entspringt der Naziideologie. Was wir wollen, ist ein achtbares Deutschland, das seinen Platz in der Welt demokratischer Staaten einnehmen kann, ein Deutschland, das weder in einen britischen noch in einen russischen Einflußbereich fällt."²¹

Das R&A-Referat erwartete nur eine kurze Dauer der Militärregierung und wollte ihr jede "heilsbringende Rolle" absprechen. Dagegen hoffte die in Wirtschaftsfragen

²¹ Protokollmanuskript (nicht in Umlauf gegeben) v. 1.4. 1944: "Meeting of Section Heads, Europe-Africa Division", Folder: Civil Affairs, Misc. correspondence regarding, Box 2, RG 226 Entry 37, NARA.



Protokoll der Besprechung Hilldrings mit Holborn, 28. 10. 1943 (Anm. 15), und "Memorandum for Members of the Editorial Committee on Civil Affairs", 25. 11. 1943, ebenda. Vgl. die Protokolle des Civil Affairs Committee, R&A-Branch OSS, unter Holborns Vorsitz, Folder: Civil Affairs Division, Military Government, Box 1, RG 226 Entry 37, NARA.

Manuskript: Hajo Holborn, "Presurrender Planning for the Occupation of Germany", verfaßt für die Tagung: Military Occupation and Political Change, Social Science Research Council, New York, 20–22 April 1967, Nachlaß James K. Pollock, Box 67, Folder 14, Bentley Historical Library, University of Michigan, Ann Arbor MI.

Manuskript: "A History of the Research and Analysis Branch in the Office of Strategic Services, June 1941-September 1944", Folder 45, Box 76, RG 226 Entry 99, NARA, S. 34-36, 76, 95-104. Die undatierte Denkschrift "Tactical Lessons of the German Guide Campaign" beschreibt die Schwierigkeiten, die durch den Mangel klarer Richtlinien bei der Planung und Verabschiedung der Handbücher entstanden; Folder: Civil Affairs, Misc. correspondence regarding, Box 2, RG 226 Entry 37, NARA.

zuständige Foreign Economic Administration (FEA), die Möglichkeit einer langen Militärregierung zu nutzen, "um Deutschland in ein faires Ebenbild des New Deal zu verwandeln". Die gegensätzlichen Vorstellungen des R&A-Referats im OSS und der FEA über das Ziel einer US-Militärregierung führten zu weiteren langen Auseinandersetzungen, die der Herausgeberausschuß hätte entscheiden müssen. Jedoch war die Civil Affairs-Abteilung, die den Vorsitz des Ausschusses hatte, weder bereit noch in der Lage, eine Schiedsrichterrolle zu übernehmen, solange offizielle Richtlinien für die Planung einer Militärregierung in Deutschland fehlten²².

Es war dem R&A-Referat aber nicht so sehr daran gelegen, daß die Behörden in Washington die Handbücher annahmen, sondern vielmehr, daß diese schnell verbreitet wurden, denn sie waren weniger für die Planer im Pentagon gedacht, als für Militärregierungsoffiziere in der Ausbildung oder im Feld. Ende März 1944 erreichte Holborn, daß alle im R&A-Referat genehmigten Handbücher auch ohne Begutachtung durch den Herausgeberausschuß sofort nach England geschickt werden durften zum offiziellen Gebrauch als Lehrmittel und Quellenmaterial in der Shrivenham School für Militärregierungsoffiziere und in der Civil Affairs-Abteilung, Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force (CA/SHAEF)²³. Im Juli 1944 berichtete Holborn dem R&A-Referat, daß die Handbücher für Deutschland (58 Themen) und die westeuropäischen Länder (16 Themen) sowie die Analysen der deutschen Militärherrschaft in Europa größtenteils abgeschlossen seien. Er schlug vor, daß eine kritische Untersuchung über die Grundlagen und Absichten aller Deutschlandarbeiten durchgeführt werden sollte. Diese Untersuchung wurde Ende Oktober beendet²⁴.

In der Zwischenzeit platzte die "Morgenthau-Affaire", wie Holborn die Bemühungen von Roosevelts Finanzminister bezeichnete, den Präsidenten auf eine harte Besatzungspolitik festzulegen. Der Hauptanlaß für Morgenthaus Intervention war ein in London von der Civil Affairs-Abteilung, SHAEF, herausgegebenes Handbuch zur Militärregierung in Deutschland, das keine Bestrafung Deutschlands, sondern eher eine Normalisierung der Verhältnisse vorsah. Bekanntlich entwickelte Morgenthau dagegen seinen Plan, Deutschland durch Aufteilung und Entindustrialisierung für immer unschädlich zu machen. Einige Wochen lang schloß Roosevelt sich diesen Vorstellungen an, ließ sie dann aber fallen. Trotzdem mußte das SHAEF-Handbuch, das zum Teil auf OSS-Studien beruhte, abgeändert werden²⁵. Gleichzeitig wurden



Manuskript: "History of the R&A Branch..." (Anm. 20), S. 99-101. Zitate: "OSS... perpetually endeavored to play down any possible messianic role for MG." (S. 99); "... instead of restricting MG to a purely negative function with respect to a future Germany, in many cases they [FEA] imposed upon MG the duty of molding Germany into a fair replica of the New Deal" (S. 100).

²³ Wie Anm. 21.

Protokoll v. 31.7. 1944, Civil Affairs Committee, R&A Branch OSS (Anm. 18). Monatsbericht des R&A-Referats, Juli 1944, Box 86, RG 226 Entry 99, NARA. Die Analyse der Deutschlandstudien "The Civil Affairs Guide Program for Germany. An Analysis of its Principles and Aims" (R&A Report 2438) enthält als Anhang ein Verzeichnis aller abgeschlossenen Berichte. Eine vollständige Sammlung der R&A-Berichte ist in den Records of the Department of State, NARA, zugänglich.

²⁵ John Morton Blum, Roosevelt and Morgenthau, Boston 1970, S. 566 ff. Vgl. Ziemke, S. 83 ff. Noch

auch die Arbeiten des R&A-Referats, die insgesamt ein geeintes, wirtschaftlich gesundes Deutschland als Ziel der Militärregierung voraussetzten, im Anschluß an Morgenthaus Intervention überprüft, insbesondere was wirtschaftspolitische Empfehlungen betraf. Dennoch fand General Hilldring die Studien zur Militärregierung Deutschlands als Überblick amerikanischer Ziele äußerst befriedigend und bemühte sich weiterhin um ihre Verbreitung²⁶.

Der Einfluß der R&A-Schriften auf die US-Militärregierung in Deutschland ist bei der derzeitigen Quellenlage nicht genau abzuschätzen. In der Ausbildungsstelle für Militärregierungsoffiziere in Shrivenham wurden sie als "Manna des Himmels" herbeigesehnt²⁷. Die handlich gedruckten Werke erlangten weite Verbreitung bei den US-Beamten in London, die der European Advisory Commission und der Civil Affairs-Abteilung, SHAEF, angehörten, und auch bei Militärregierungsoffizieren im Feld²⁸. Die Schriften waren in ihrer Qualität als informationsreiche, auf die Praxis ausgerichtete Wegweiser unübertroffen, da sie das Ergebnis von anhaltenden und umfassenden Beratungen zwischen etlichen Washingtoner Ministerien und dem OSS-R&A-Referat darstellten. Tatsächlich verfügte keine andere US-Behörde über so umfangreiche Informationen und einen so qualifizierten Stab an Deutschlandexperten wie das OSS, wo unter der Aufsicht von amerikanischen Wissenschaftlern wie William L. Langer, Sherman Kent, Eugene N. Anderson und Carl E. Schorske ehemalige deutsche Akademiker wie Franz Neumann, Herbert Marcuse, Otto Kirchheimer und Felix Gilbert einen großen Teil der Arbeiten geplant und geschrieben hatten²⁹. Hajo Holborn, Langers persönlicher Referent für Fragen der Militärregierungen in besetzten Gebieten, war als Verbindungsmann zu General Hilldring im Kriegsministerium von 1943 bis 1945 an der Diskussion um die Zukunft Deutschlands unmittelbar beteiligt. Anscheinend wurde er sogar beauftragt, seinem Referat wichtige Entscheidungen der US-Regierung zu übermitteln. So zum Beispiel unterrichtete er das R&A-Referat von der Vereinbarung Roosevelts und Churchills über Zonengrenzen im September 1944, sechs Tage nach der Quebec-Konferenz³⁰. Zuweilen hat Holborn auch Denkschriften verfaßt. Jedoch wird der Beitrag einzelner Wissenschaftler an den R&A-Schriften schwer festzustellen sein, weil jede das Ergebnis mehrfacher Beratungen und Überarbeitungen war.



vor Morgenthaus Intervention erfuhr Langer durch Sherman Kent, daß das SHAEP-Handbuch weitgehend auf Informationen aus der R&A-Abteilung beruhte; Bericht Kent an Langer, 17.7. 1944, "Civil Affairs Handbook for Germany (G-5/SHAEF)", Folder: Civil Affairs, Misc. correspondence regarding, (Anm. 21).

Berichte: Holborn an Langer, 24.11. 1944, "State of German and Japanese Civil Affairs Guides", und 10.2. 1945, "Conversation with Major-General Hilldring on recent CA developments", Folder: Civil Affairs, Misc. correspondence regarding (Anm. 21).

²⁷ Berichte: Harold Deutsch an Langer, London, 29.2. und 9.3. 1944, File: Harold Deutsch, Box 21, RG 226 Entry 1, NARA.

^{28 &}quot;History of the R&A Branch ..." (Anm. 20), S. 102-104.

²⁹ Die Aufzeichnung von Just Lunning an Holborn, 31.3. 1944, Folder: Civil Affairs Division, Box 1, RG 226 Entry 1, NARA, führt die für einzelne Berichte zuständigen Experten an.

³⁰ Protokoll, 22.9. 1944, Civil Affairs Committee, R&A Branch OSS (Anm. 18).

Holborn kehrte 1945 zu seiner Lehrtätigkeit zurück, hielt aber durch die gelegentliche Erstellung von Gutachten für das Außenministerium seine Beziehungen zu Washington aufrecht. Als General Hilldring nach seinem Wechsel vom Kriegsministerium in das Außenministerium im Jahre 1946 eine unabhängige Beurteilung der US-Militärregierung in Deutschland brauchte, war es naheliegend, diese Aufgabe Hajo Holborn zu übertragen. Durch die vorhergehende Zusammenarbeit im Krieg konnte Hilldring erwarten, daß Holborn auf Grund seiner Deutschlandkenntnisse und seiner Tätigkeit im OSS sowohl das politisch Erwünschte wie das praktisch Erreichbare gleichermaßen berücksichtigen würde.

Zur Zeit von Holborns Ankunft in Deutschland im Herbst 1947 waren wichtige Erwartungen der OSS-Deutschlandstudien nicht erfüllt worden. Die ursprünglich nur für kurze Zeit vorgesehene alliierte Besatzung dauerte bereits zweieinhalb Jahre. Die Entnazifizierung war zu einer gewaltigen Aufgabe geworden, die in den Zonen ganz unterschiedlich durchgeführt wurde. Die Erwartung, daß demokratische Kräfte sich unter wohlwollender alliierter Aufsicht frei entfalten würden, war auch zu optimistisch gewesen. Andererseits schien sich die bereits im Sommer 1943 ausgesprochene Befürchtung, daß ohne enge alliierte Zusammenarbeit eine Spaltung Deutschlands unvermeidbar sein würde, zu bewahrheiten³¹.

Im Einklang mit den Grundsätzen der OSS-Arbeiten stellte Holborn die Demokratisierung Deutschlands in den Mittelpunkt seiner Berichte. Jedoch sah er sowohl in der Politik wie im Bildungswesen bisher nur geringe Fortschritte. In Anbetracht der Niederlage, der Gebietsverluste, der oktrovierten Aufspaltung in Besatzungszonen sowie der wirtschaftlichen Not fand Holborn die Bedingungen für eine gesunde demokratische Entwicklung so schlecht, daß er die Frage stellte, ob diese überhaupt noch ein realistisches Ziel sein könne. Der Grund dafür lag nicht nur in der Uneinigkeit der Sieger, die entgegen den Potsdamer Abmachungen keine überzonalen Behörden errichtet hatten. Nach Holborns Überzeugung war die Entwicklung einer Demokratie meist das Endergebnis von Bestrebungen gesellschaftlicher Gruppen um nationale und politische Unabhängigkeit unter Achtung der Bürgerrechte. Derzeit war aber an eine deutsche Unabhängigkeitsbewegung nicht zu denken. Auch hatten die führenden Schichten in Deutschland die Bürgerrechte nie besonders respektiert. Und die Erfahrung von zwei Jahren militärischer Besetzung hatte die Abneigung der Deutschen gegen politische Verantwortung nur bestärkt. Die wiederbelebten politischen Parteien, die neu errichteten Instanzen auf lokaler und Landesebene sowie der bizonale Wirtschaftsrat bildeten noch keine Grundlage für weitere demokratische Entwicklungen. Diese pseudo-demokratischen Organe erschienen Holborn wie die Studentenvertretungen an amerikanischen Universitäten, die auch nicht in eigener Verantwortung handeln konnten. Alle wesentlichen Entscheidungen mußten sich die



³⁴ Ein ausführlicher Bericht von Langer an Hilldring vom 27.9. 1943 betont die Gefahr, daß wegen unüberbrückbarer Gegensätze zwischen den Russen und Anglo-Amerikanern die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands verhindert und eine Spaltung gefördert werden könnte, Folder 41, Box 4, RG 226 Entry 125, NARA.

Besatzungsmächte vorbehalten, solange sie die Kosten der Wirtschaftshilfe trugen. So waren die deutschen Organe nur ausführende Instanzen, wenn nicht gar Handlanger der Militärregierungen, weshalb eine demokratische Kontrolle ihrer Entscheidungen überhaupt nicht möglich war³².

Die Reform des Bildungswesens, der Kern des pädagogischen Umerziehungsprogramms, war aus Mangel an Mitteln, Personal und politischem Willen bei den Besatzungsmächten ein Musterbeispiel versäumter Gelegenheiten geworden. Obwohl die Schulen in der US-Zone weitgehend von nazistischen und militaristischen Einflüssen befreit waren, boten die neuen Lehrmittel keine demokratischen Alternativen, sondern ein nostalgieträchtiges Bild der Vergangenheit³³. Deutsche Instanzen blockierten die Einführung der acht Jahre umfassenden Volksschule, durch die die Chancengleichheit erweitert und der Klassencharakter der Gesellschaft abgebaut werden sollten³⁴. An den Universitäten dominierte eine überalterte konservative Professorenschaft, die in ihrer traditionellen Erhabenheit gegenüber brennenden Tagesfragen verharrte³⁵. Holborn empfahl, die Militärregierung sollte die Volksschulreform gegebenenfalls oktrovieren, sonst aber hauptsächlich den Deutschen helfen, ihre geistige Isoliertheit der Nazizeit durch langfristige Austauschprogramme für Journalisten, Akademiker und Studenten zu überwinden. Ferner könnte durch die Wiedererrichtung der Hochschule für Politik außerhalb der traditionsgebundenen Universitäten die politische Bildung breiterer Schichten gefördert werden³⁶.

Im politischen Bereich meinte Holborn, die schnelle Übergabe politischer Verantwortung an deutsche Behörden sei die einzige Möglichkeit, die Energien der Bevölkerung für den dringend notwendigen Wiederaufbau zu mobilisieren. Er empfahl, bis zum Sommer 1948 im Rahmen des europäischen Wiederaufbauprogramms (Marshall-Plan) die westlichen Zonen wirtschaftlich zu vereinen. Hierbei sollten die Militärregierungen zugleich auch die notwendige Währungsreform durchführen, sich dann aber aus der Länderverwaltung zurückziehen und sich auf die Überwachung zentraler Behörden einer Westzonenregierung beschränken. Um jegliche nationalistische Reaktion in Zukunft auszuschließen, durfte die zu errichtende westdeutsche Regierung weder einen separaten Friedensvertrag abschließen noch vollkommene Souveränität erhalten. Da jedoch Rußland weiterhin den Schlüssel zu einer nationalen Einigung hatte, war nach Holborns Ansicht eine westdeutsche Demokratie in

Ebenda, S. 12-20. Holborns Memorandum an R. T. Alexander "German School of Politics", Berlin, 3.11. 1947, wurde im März 1948 mit seinen anderen Berichten über die US-Militärregierung von dem "State-Army Committee on Transfer" an General Clay, Botschafter Murphy und weitere amerikanische Beamte in Berlin verteilt; 740.00119 Control (Germany)/4-1548 (Nr. 3), Confidential Decimal File, RG 59 NARA.



³² Siehe Holborns nachstehenden Bericht, Teile I und III.

³³ Siehe Holborns Bericht "Observations ... with Regard to the American Reorientation Program in Germany" (Anm. 1), S.3f. Zur Schulreform in der US-Zone vgl. James F. Tent, Mission on the Rhine. Reeducation and Denazification in American Occupied Germany, Chicago 1982, Kap. 5 und 6.

³⁴ Holborns Bericht (Anm. 33), S. 5 ff.

³⁵ Ebenda, S. 8.

einem demokratischen Westeuropa immer ein unsicherer Partner. Gerade deshalb müßten die USA alles tun, damit ihnen in Zukunft die Verantwortung für eine Teilung Deutschlands nicht zur Last gelegt werden könnte³⁷.

Holborns Vorschläge zur Errichtung eines westdeutschen Staates mit beschränkter Souveränität entsprachen den Vorstellungen der US-Militärregierung. Sein negatives Urteil über die bisherige Demokratisierung stimmte jedoch nicht mit offiziellen Verlautbarungen überein. Die US-Militärregierung und das Außenministerium betonten eher, daß die deutschen politischen Institutionen auf lokaler und Landesebene die unerläßliche und gesunde Basis einer Demokratie bildeten³⁸. Dagegen fand Holborns Ansicht, daß das Demokratisierungsprogramm kein Erfolg war, innerhalb des Außenministeriums durchaus Zustimmung³⁹. Etwa zur gleichen Zeit, als Holborn seine pessimistische Prognose niederschrieb, verfaßte sein ehemaliger Mitarbeiter im OSS Franz Neumann eine ähnliche, jedoch umfassendere Kritik. Auch für Neumann waren die demokratischen Institutionen im Nachkriegsdeutschland nur ein Schein. In einem Lande, das auf keine nennenswerten demokratischen Traditionen zurückgreifen konnte, das Demokratie nur als Resultat militärischer Niederlagen kannte, war der Prozeß der Demokratisierung nur mittels radikaler Reformen durchführbar: die Nationalisierung der Industrie, die direkte Kontrolle des Beamtentums durch demokratische Instanzen und die Gründung einer starken nationalen Regierung⁴⁰. Hier kam Neumanns Überzeugung zum Ausdruck, daß die Nationalsozialisten hauptsächlich mit Unterstützung der Industrie an die Macht gelangt waren. Da Neumann erkannte, daß Nationalisierung, Entbürokratisierung und nationale Einheit nur nach vorheriger Übereinstimmung der vier Siegermächte durchführbar waren, fehlte in seiner Kritik ein praktisch anwendbares Programm. Im Vergleich dazu hat Holborn, der die bisherige innere Entwicklung der Westzonen kaum weniger kritisch beurteilte, das politisch Mögliche doch klarer erkannt und in seiner Denkschrift den späteren Weg zur wirtschaftlichen Einigung der Westzonen und zur Gründung eines westdeutschen Staates in großen Zügen aufgezeichnet.



³⁷ Siehe Holborns nachstehenden Bericht, Teile III und IV.

³⁸ Lucius D. Clay, Decision in Germany, New York 1950, Kap. 5. Vgl. die Äußerungen von Charles E. Saltzman, Assistant Secretary of State for Occupied Areas, und William H. Draper, Undersecretary of the Army, in: Columbia Journal of International Affairs, Bd. 2, Nr. 1 (1948), S. 37-40.

³⁹ Auf einer Zusammenfassung von Holborns Berichten, die im Außenministerium angefertigt wurde, notierte Jacob Beam, der Leiter der Division of Central European Affairs: "Of interest, on the whole I agree with the Professor." 740.00119 Control (Germany)/3-3048, Main Decimal File, RG 59 NARA.

Franz Neumann, Military Government and the Revival of Democracy in Germany, in: Columbia Journal of International Affairs, Bd. 2, Nr. 1 (1948), S. 3-20.

Dokument

EINIGE BEOBACHTUNGEN UND POLITISCHE EMPFEHLUNGEN ZUM DEUTSCHEN PROBLEM

I. Die Wirkung internationaler Entwicklungen seit dem Sieg in Europa auf die Tätigkeit der Militärregierung und auf die deutsche Bevölkerung

Ich möchte meine allgemeinen Beobachtungen und politischen Empfehlungen um das Problem der Demokratisierung Deutschlands gruppieren. Demokratisierung ist das Fundament der amerikanischen Politik in Deutschland, ihr sind alle anderen Maßnahmen nachgeordnet.

Nach meinem Urteil ist in den letzten dreißig Monaten ein Fortschritt in Richtung eines demokratischen Lebens gemacht worden, doch sind die Errungenschaften im Umfang begrenzt und können nicht als gesichert angesehen werden. Ihre Bewahrung und Erweiterung ist noch immer von künftiger amerikanischer Aktion und den zukünftigen internationalen Bedingungen abhängig. Zumindest vorübergehend ist das Wachsen des demokratischen Geistes in Deutschland zum Stillstand gekommen und wird während des derzeitigen Winters vielleicht sogar einen Rückschlag erleiden.

Die internationale Atmosphäre in der Periode nach dem 8. Mai 1945 war einer Erziehung zur friedlichen Demokratie gewiß nicht förderlich. 1945/46 war die Hoffnung auf eine friedliche Weltordnung durch die Vereinten Nationen auch unter deutschen Demokraten weit verbreitet, die für die UN als eine Institution eintraten, in der Deutschland am Ende Gleichberechtigung mit den Nationen der Welt genießen würde. Die Ereignisse der letzten Zeit haben solchen Erwartungen einen Dämpfer versetzt. Noch unmittelbarer traf die Deutschen der praktische Zusammenbruch der Vier-Mächte-Zusammenarbeit in Deutschland seit dem Sommer 1946, der ein geteiltes Deutschland zu einem Spiegelbild einer geteilten Welt gemacht hat. Das Unvermögen der Vier Mächte, das Potsdamer Abkommen zu verwirklichen und darüber hinaus Fortschritte bei der Lösung der Schlüsselprobleme eines deutschen Friedens zu erzielen, ist für die partielle Verzerrung und Vereitelung der Politik in den Zonen ebenfalls verantwortlich gewesen⁴¹.

Der Stillstand in den Gremien der Vier Mächte wird gewöhnlich als Ergebnis des Ost-West-Konflikts betrachtet. In den letzten zweieinhalb Jahren ist er aber auch die Hauptursache der scharfen Trennung zwischen den drei westlichen Zonen gewesen, was von uns überhaupt nicht vorhergesehen wurde und was den Deutschen als klares Anzeichen dafür erschien, daß selbst den westlichen Demokratien Zusammenarbeit schwer fiel. Die weitgehend unabhängige Verwaltung der amerikanischen und der britischen Zone während der ersten zwei Jahre alliierter Okkupation ist durch das Versagen der Vier-Mächte-Einrichtungen verursacht worden. Obwohl dem durch eine identische Politik der beiden Mächte

Vgl. die zusammenfassende Darstellung der Auseinandersetzungen der Siegermächte über die Deutschlandpolitik von Hermann Graml, "Die Deutsche Frage", in: Theodor Eschenburg, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: Jahre der Besatzung, Stuttgart 1983, S. 326 ff.; ders., Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948, Frankfurt 1985.



und zuletzt durch die Schaffung des bizonalen Wirtschaftsrats⁴² entgegengewirkt wurde, ist die Divergenz der Verwaltungspraxis in den zwei Zonen noch immer beträchtlich.

Die Trennung der französischen Zone von den Zonen der USA und Großbritanniens ist noch ausgeprägter, da sie die Folge einer völlig anderen Sicht des deutschen Problems ist. Die Franzosen haben ihrer Zone nahezu jeden Kontakt mit dem übrigen Deutschland verwehrt und eine eigene Politik verfolgt. Langsamer als irgendeine der drei anderen Mächte haben sie den Deutschen Regierungsverantwortung übertragen. Ihre Entnazifizierungspraxis ist die schlampigste unter den vier Nationen. Auf der anderen Seite kann die Ausbeutung ihrer Zone nur mit russischen Praktiken verglichen werden. Da im Gegensatz zu allen übrigen Zonengrenzen jene der französischen Zone Länder und Provinzen zerteilt (Württemberg, Baden, Rheinland), berührt die französische Politik indirekt die anderen Westzonen.

Im Vergleich zum Ost-West-Konflikt ist aber die Verschiedenheit der Verwaltungspraxis in den westlichen Zonen nur ein kleineres Hindernis. Der erste Deutsche, den ich nach meiner Ankunft in Berlin über die neuen deutschen Parteien und seine eigene Einstellung zu ihnen interviewte, antwortete prompt, daß er nicht so dumm sei, einer Partei beizutreten, da noch niemand sagen könne, wer in fünf Jahren die Fragebögen schreiben werde. Das war in Berlin, wo die Angst vor einem amerikanischen Abzug im Oktober einen Höhepunkt erreichte und nach meinen Beobachtungen durch die öffentlichen Erklärungen General Clays nur teilweise beruhigt wurde⁴³. Jedoch traf ich auch in den Westzonen allenthalben die Auffassung an, daß es angesichts der ungeklärten internationalen Lage für den Durchschnittsbürger der bessere Teil der Tapferkeit sei, politische Engagements oder sogar Gesten zu vermeiden. Natürlich paßt diese Meinung gut zu der traditionellen deutschen Überzeugung, daß Politik ein Spiel allein für Helden und Schurken sei.

Wahrscheinlich die Mehrheit der Deutschen hält einen Krieg zwischen dem Westen und dem Osten für ziemlich sicher. Es ist sehr schwer zu sagen, wieviele Deutsche eine solche Aussicht beklagen. Ich habe recht viele Deutsche getroffen, denen die Aussicht auf einen neuen Krieg, erst recht auf einen Krieg, der nach ihrer Ansicht in Deutschland ausgefochten würde, Angst machte. Andererseits habe ich mit noch mehr Deutschen gesprochen, die große Befriedigung über den unmittelbar bevorstehenden Zusammenstoß zwischen dem Osten und dem Westen zum Ausdruck brachten, in dem die Deutschen, "die im Zweiten Weltkrieg erneut bewiesen haben, daß sie die besten Soldaten der Welt sind", die "Vorhut des Westens" bilden würden und eine Chance zur Wiedergewinnung der ehemals deutschen Territorien im Osten hätten. Es steht außer Frage, daß solche Ideen in Deutschland weit verbreitet sind; am stärksten sind sie unter den Millionen deutschen Vertriebenen aus Ostdeutschland. Übrigens ist mir im allgemeinen gesagt worden, daß diese Vertriebenen nicht in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehren wollen, solange die Russen und Polen jene Territorien kontrollieren. Wie groß aber nun der Prozentsatz der Deutschen, die sich einen Krieg wünschen, auch sein mag und wie hoch die kleinere Zahl derjenigen, die



Wolfgang Benz, "Vorform des Weststaats: Die Bizone 1946–1949", in: Theodor Eschenburg, Jahre der Besatzung, S. 348 ff.

Der US-Militärgouverneur General Lucius Clay bekräftigte kurz nach seiner Rückkehr aus Washington in einem Interview am 26.10. 1947, daß Berlin weiterhin Hauptquartier der US-Armee in Europa und Standort der US-Militärregierung bleiben werde: "The only way United States forces would leave Berlin would be by force of arms or a peace treaty with Germany." New York Times, 27.10. 1947, S.8.

einem derartigen Ereignis mit Schrecken entgegensehen, so stimmen doch beide Gruppen darin überein, daß unter diesen Umständen die Demokratie in Deutschland keine gute Chance hat.

Solange diese imaginären oder realen Kriegwolken über dem Schauplatz hängen, sind unsere Versuche zur Demokratisierung Deutschlands jedenfalls ernstlich behindert. Die demokratischen Institutionen, die von der Militärregierung in Westdeutschland eingeführt wurden, sind selbst nicht fähig, ein gesundes demokratisches Leben zu erzeugen. Es ist schon darauf hingewiesen worden, wie anstößig die Zonengrenzen sogar im Westen sind. Aber die bei weitem wichtigste Ursache, die das Wachsen der Demokratie in Deutschland bremst, war die langsame Erholung der deutschen Wirtschaft. In der Mangelwirtschaft, wie sie heute in Deutschland herrscht, rangiert wirtschaftliche Sicherheit weit vor dem Ideal einer demokratischen Regierung. (Eine kürzliche amerikanische Meinungsumfrage hat für diese Behauptung erstaunliches statistisches Beweismaterial geliefert⁴⁴.)

Man ist versucht, die Grundfrage aufzuwerfen, ob die Alliierten je hätten hoffen sollen, Deutschland in eine Demokratie zu transformieren. Ohne dieses Problem in allen seinen Aspekten zu untersuchen und insbesondere die historischen und psychologischen Fragen ausklammernd, läßt sich sagen, daß die Erwartung, die Deutschen würden einen demokratischen Glauben bereitwilligst in die Arme schließen, unrealistisch war. Mit dem Verlust eines Viertels des alten Reichsgebiets an andere Nationen, mit Millionen von deutschen Flüchtlingen, die im Rumpfdeutschland untergebracht werden sollen, und mit der Aussicht auf einen Lebensstandard, der unter dem der Prosperitätsjahre Ende der zwanziger oder dreißiger liegt, bot die Demokratie nur wenige greifbare Attraktionen. Unsere Hoffnung, die Demokratisierung Deutschlands selbst ohne solche positiven Anreize erreichen zu können, war auf die Annahme gegründet, daß die Deutschen den territorialen Verlust und die Senkung ihres Lebensstandards als unvermeidliche Strafe für den Zweiten Weltkrieg akzeptieren und in der Demokratie jene politische Ordnung finden würden, die sie befähigt, ihre vom Krieg angeschlagenen Städte wieder aufzubauen und die Vorteile freier Bürger in einem befriedeten Europa zu genießen.

Ein solches Programm erforderte für seine erfolgreiche Durchführung ein rasches Durchlaufen der punitiven Phase und eines frühen Beginns der Realisierung seiner konstruktiven Phase. Aus Gründen, die weitgehend außerhalb unserer Kontrolle lagen, ist uns das nur sehr unvollkommen gelungen. Die Entwaffnung kann als eine jener negativen Aufgaben gelten, die praktisch nach Plan bewältigt wurden. Aber die Reparationen und die damit eng verbundenen Fragen der Entindustrialisierung und Entmilitarisierung, die wir in einer frühen Phase der Okkupation zu regeln hofften, haben die zweite und als konstruktiver gedachte Okkupationsphase ernstlich behindert. In gleicher Weise nahmen die Verfahren gegen Kriegsverbrecher und der Prozeß der Entnazifizierung mehr Zeit in Anspruch, als wir erwartet hatten. Das Recht findet jedoch mehr Achtung, wenn es schnell gesprochen wird.

Es ist wahr, daß wir in den letzten zwei Jahren - und vor allem seit Sommer 1947 - dazu

Eine Meinungsumfrage in der US-Zone und dem amerikanischen und britischen Sektor Berlins vom August 1947 stellte 3400 Bürger vor die Wahl zwischen einer Regierung, die die Freiheit garantiert, oder einer, die wirtschaftliche Sicherheit gewährt. Nur 26% der Befragten entschieden sich für die Freiheit, während 62% die wirtschaftliche Sicherheit vorzogen. Anna J. Merritt/Richard L. Merritt (Hrsg.), Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945–1949, Urbana 1970, S. 178 f.



gekommen sind, die Notwendigkeit einer stärkeren Betonung der positiven Ziele amerikanischer Politik deutlicher zu erkennen, sogar die Notwendigkeit, Deutschland eine höhere industrielle Kapazität zu gewähren, als anfänglich beabsichtigt. Aber wenn auch nicht vergessen werden sollte, daß der ursprüngliche Industrieplan vom März 1945 nicht der eigentliche Grund für die außerordentlich langsame Erholung der deutschen Industrie war, so muß doch zugegeben werden, daß die neue amerikanische Politik lange Zeit eine ziemlich akademische Ankündigung geblieben ist. Ich vermag nicht zu sehen, wie das langsame Tempo beim Übergang von der punitiven zur konstruktiven Phase amerikanischer Militärregierung hätte vermieden werden können. Wir mußten jedes Mittel erschöpfen, um herauszufinden, ob die Möglichkeit bestand, das deutsche Problem gemeinsam mit Rußland zu lösen. Wir konnten nicht die Verantwortung dafür übernehmen, was sich als endgültige Teilung Deutschlands erweisen kann. Außerdem schob uns die Schwäche Großbritanniens Hindernisse in den Weg. Ohne Einfluß auf das Management der Ruhr und ohne Fonds für die Unterstützung der britischen Zone vermochten wir nicht vorwärts zu gehen. 45

Als Resultat dieser langsamen Evolution der Politik werden jedoch die Westmächte heute in Deutschland scharf kritisiert. Viele Manifestationen dieser deutschen Sentiments können als unwichtig angesehen werden. Naturgemäß waren die Deutschen zunächst von der Niederlage betäubt und daher auch gefügig. Ihre derzeitige kritische Haltung ist ein Anzeichen dafür, daß sie wieder, wie wir erhofft hatten, mehr Selbstvertrauen gewonnen haben. Aber dies ist nicht alles. Wenn man sieht, daß die von den USA und Großbritannien für die Ernährung Deutschlands gebrachten Opfer kaum Anerkennung finden, so ist das schon recht entmutigend⁴⁶. Deutsches Denken ist ganz egozentrisch, und die Deutschen sind überzeugt davon, daß Großbritannien oder jedenfalls Amerika, wenn sie wirklich wollten, genügend Lebensmittel importieren könnten, um alle zu ernähren, dazu genügend Rohstoffe, um schon morgen jede deutsche Fabrik in Gang zu setzen. Es wird kein ernsthafter Versuch gemacht, die Welternährungslage zu verstehen oder die Schwierigkeiten der alliirten Wirtschaftshilfe für Deutschland, und das gilt nicht nur für die Massen, sondern auch für eine große Mehrheit der politischen und intellektuellen Führer.

In der Bevölkerung herrscht das Gefühl vor, daß die Westmächte die Deutschen am Boden halten wollen und deshalb das Ernährungsniveau auf nahezu Hungerdiät bzw. die industrielle Aktivität auf ein Minimum drücken. Im gleichen Atemzug werden gewöhnlich wilde Anklagen über die rücksichtslose Ausbeutung Deutschlands durch die Alliierten geäußert. Die Hauptbeschwerde richtet sich gegen den exzessiven Einschlag in den deutschen Forsten, der, so glauben die Deutschen, zur Versteppung Deutschlands führen wird. Regelmäßig ist mir gesagt worden, daß das Verschwinden der Wälder Deutschlands bereits eine Änderung des Klimas bewirkt habe, wie die ungewöhnliche Trockenheit im Sommer und Herbst 1947 beweise. All dies summiert sich zu dem Urteil, daß die westlichen Demokratien Deutschland ebensowenig auf die Füße helfen wollen wie die Russen.



⁴⁵ Durch den "Revidierten Industrieplan" für die amerikanische und britische Zone (29.8.1947) wurde das Produktionsniveau bedeutend erhöht, u. a. mit der Begründung, Deutschlands notwendiger Beitrag zum Wiederaufbau Europas müsse gesichert werden; John Gimbel, The American Occupation of Germany. Politics and the Military, 1945–1949, Stanford 1968, S. 151–155.

⁴⁶ Holborn veröffentlichte Tabellen des Kriegsministeriums über Art und Menge von Gütern für den zivilen Verbrauch, die bis Anfang 1946 aus den USA nach Westeuropa geliefert worden waren (Anm. 2, S. 235–240).

Normalerweise wird sofort hinzugesetzt, daß die westlichen Nationen als Nationen den Deutschen natürlich näher seien als die fremden Russen, daß aber die demokratischen Formen des Westens für Deutschlands verzweifelte Nöte keine Lösung darstellen.

In diesem Zusammenhang ist sehr interessant zu sehen, wie oft die Deutschen ihre eigene Militärherrschaft von 1940 bis 1945 mit der gegenwärtigen alliierten Militärregierung in Deutschland vergleichen. Einige Male wurde mir von Deutschen mit einem wissenden Lächeln gesagt, für sie sei es nicht schwer zu verstehen, daß die Angehörigen der amerikanischen Militärregierung nicht gerade die Creme der Nation darstellten, schließlich sei es bei den Deutschen nicht anders gewesen; nur wer nicht fähig war, seinen Lebensunterhalt zu Hause auf anständige Weise zu verdienen, sei nach Polen gegangen. Auf die Frage, ob damit auch angedeutet werden solle, daß die amerikanische Militärregierung die gleichen destruktiven Ziele habe wie die Nazi-Okkupationen, kam fast immer heftiger Widerspruch, doch wurde in einigen Fällen gesagt, zwar dürften die Exzesse der Nazis nicht verteidigt werden, aber Internierungslager und andere Willkürmaßnahmen seien nicht auf die sowjetische Zone beschränkt. Solche Methoden seien jedem System fremder Militärherrschaft inhärent, und man könne unmöglich behaupten, die Deutschen seien viel schlimmer gewesen als die Alliierten.

Es gibt mehr als genug Zeugnisse für die gegenwärtigen Versuche der Deutschen, sich selbst und der Welt zu beweisen, daß die Gewaltakte der Nazizeit nicht auf ernste politische und moralische Mängel des ganzen deutschen Volkes zurückzuführen sind. Von da aus ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der Behauptung, die Naziverbrechen sollten mehr als Folgen schlechten politischen Urteilsvermögens denn als Ausfluß böser Absichten verurteilt werden. Nach meinen Beobachtungen sind aber die Dinge in Deutschland noch nicht so weit gediehen. Wenn es die Deutschen praktisch auch ausnahmslos ablehnen, für die zwischen 1933 und 1945 von Deutschen begangenen Untaten eine Kollektivschuld anzuerkennen, so war ich doch überrascht, über das von Deutschen Getane mehr Schamgefühl anzutreffen, als man mich zuvor glauben gemacht hatte. Mehr davon fand ich, verallgemeinernd gesagt, unter einfachen und ungekünstelten Menschen als unter deutschen Intellektuellen, die einen starken Hang zu verderblicher Kasuistik haben. Aber antidemokratisches und chauvinistisches Denken beginnt sich in Deutschland wieder zu kristallisieren.

Bessere Anzeichen sind jedoch ebenfalls zu sehen. Die am 17. Oktober erfolgte Bekanntgabe der Liste jener deutscher Betriebe, die nach dem neuen Industrieplan demontiert werden sollen, hat bei den deutschen Regierungen und Parteien lautstarke öffentliche Proteste provoziert; sie haben Deutschlands moralischer Verpflichtung, Reparationen zu leisten, nur Lippendienste gezollt und keine praktischen Vorschläge für die Zahlung deutscher Reparationen gemacht⁴⁷. Doch unternahmen die deutschen politischen Führer jede Anstrengung, um Massendemonstrationen und Streiks zu vermeiden. Am Nachmittag jenes Tages hatte ich eine lange Unterhaltung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten, Herrn Ehard, und fand ihn tief besorgt, aber in seiner Kritik nicht unvernünftig. Die gleiche Erfahrung machte ich, als ich am folgenden Morgen mit dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei in Bayern, Herrn v. Knoeringen, zusammentraf. Beide wünschten eine gewisse Sicherheit, daß der neue Plan das letzte Kapitel der Entindustrialisierung darstellt und ihm aktive Maßnahmen folgen, um die verbleibende deutschen der Sozialdemokratischen deutschen Maßnahmen folgen, um die verbleibende deutschen deutschen siehe deutschen deuts



⁴⁷ Vgl. Benz (Anm. 42), S. 400-403, sowie Gimbel (Anm. 45), S. 177-181.

sche Industrie wieder voll in Gang zu setzen. Sie beklagten nicht so sehr die erneute Verringerung der deutschen Industriebetriebe als die Verzögerung bei der Ausarbeitung eines Programms für die allgemeine wirtschaftliche Erholung Deutschlands. Das ist eine verständliche Haltung. Auch wenn die Geistesverfassung des durchschnittlichen Deutschen bedenklich ist, so gibt es doch keinen anderen Weg, den neuen demokratischen Regierungen eine breitere Unterstützung zu verschaffen, als die Beseitigung der lähmenden Ungewißheit über die Zukunft des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland. Ich bin geneigt zu glauben, die meisten Deutschen wissen sehr wohl, trotz allen wirren Geredes in Deutschland, daß die Zukunft für sie bestenfalls harte Arbeit bereithält, und viele, wenngleich keineswegs alle, sind durchaus bereit, sich dieser Aussicht zu stellen, vorausgesetzt sie bekommen klarer gezeigt, wie und wo sie ihre Energien einsetzen sollen.

II. Die deutsche Reaktion auf die die einzelnen Nationen, die Deutschland besetzt hatten

Ehe irgendwelche politischen Schlüsse aus der generellen deutschen Einstellung zur alliierten Militärregierung gezogen werden, ist es vielleicht nützlich, einen kurzen Blick auf die Reaktion der Deutschen auf die einzelnen Nationen der Alliierten zu werfen.

Ich war betroffen von der Intensität des deutschen Hasses gegen die Russen und habe versucht, diesem Haß von allen Seiten auf den Grund zu gehen. Rein menschlich gesehen, ist es die völlige "Andersartigkeit" der Russen, die jeden Deutschen in Schrecken versetzt. Deutsche räumen ein, daß es fähige Russen gibt und daß man unter ihnen sogar Freundlichkeit findet, aber sie sagen auch, daß die totale Unvorhersehbarkeit von Aktionen und Reaktionen der Russen zum Fürchten sei. In deutschen Augen sind die Russen Fremde geblieben. Die Gewaltakte, die während der Anfangsphase der Besetzung durch die Russen verübt wurden, sind noch immer der schlimmste Alptraum eines jeden Deutschen und dürften noch für geraume Zeit weder vergessen noch vergeben werden. Greuelgeschichten über die Russen werden von den Deutschen bereitwilligst geglaubt und weitererzählt.

Ich habe nicht den Eindruck gewonnen, daß die Russen in ihrer Zone über mehr als eine ganz kleine Gefolgschaft in der Bevölkerung verfügen. Die deutsche Abneigung gegen das Sowjetregime nimmt in den verschiedenen Bevölkerungsschichten unterschiedliche Formen an und steht oft genug in einem engen Zusammenhang mit der Art der Lebensmittelkarte, die jemand hat. Doch scheint es beträchtliche Unzufriedenheit sogar unter jenen deutschen Arbeitern zu geben, die für den Kommunismus am empfänglichsten gestimmt waren. Das Industriegebiet von Halle-Merseburg war zwischen 1918 und 1933 die Region mit dem relativ höchsten kommunistischen Stimmenanteil. Ein kompetenter und kritischer Beobachter hat mir gesagt, daß viele Arbeiter der großen Chemie-Werke in diesem Raum der russischen Verwaltung mit freudiger Erwartung entgegensahen, weil sie glaubten, an Besitz und Leitung der Betriebe beteiligt zu werden. Die Übernahme der Werke durch die Länder oder durch eine sowjetische Gesellschaft und die härtere Arbeitsdiziplin (Stücklohn etc.) hätten dann bittere Enttäuschung verursacht. Es ist überflüssig zu sagen, daß die Wahlergebnisse der SED in der sowjetischen Zone nicht ernst genommen werden dürfen, aber selbst die Funktionäre der SED können nicht als zuverlässige Diener des sowietischen Regimes angesehen werden. Unter ihnen befinden sich eine große Anzahl ehemaliger Sozialdemokraten und eine unbestimmte Anzahl unzufriedener Kommunisten.



Jahrgang 35 (1987), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

Eine gewisse Gefolgschaft haben die Russen unter Beamten, Fachleuten, Ingenieuren usw., die von den Chancen großzügiger Planung unter russischen Auspizien angezogen wurden. Planung erscheint praktisch allen Deutschen als eine absolute Notwendigkeit, und sie sehen auch, daß jede Nation in Europa Planung praktiziert, wir ebenfalls, wenn wir mit europäischen Verhältnissen zu tun haben. Aber die Deutschen "östlicher Orientierung" erklären, angesichts der enormen und ungleich verteilten Kriegsverluste Deutschlands könne im Osten ein effektiverer und gerechterer Plan entworfen werden, da unter den Russen traditionelle Hindernisse zugunsten der Wohlfahrt der Massen außer acht gelassen werden könnten. Diese Überzeugung war 1945 in der Intelligenz Ostdeutschlands offenbar recht stark, scheint indes jetzt schwächer zu werden. In den meisten Fällen haben der Verlust der bürgerlichen Freiheiten und die Perversion der demokratischen Rechte den Enthusiasmus anscheinend absterben lassen. Diese Leute wissen auch, daß sie, ungeachtet ihres Beitrags zur Wiederherstellung der Ordnung und des Lebens in der Sowjetzone, auf die eine oder andere Weise vom NKWD "liquidiert" werden können.

Sie wissen sogar, daß die Russen auch guten Grund hätten, sie zu entfernen, da es nie ihre Absicht war, bei der Errichtung russischer Kontrolle zu helfen. Die meisten von ihnen hatten gehofft, durch ihre Kollaboration mit den sowjetischen Behörden ein bescheidenes Maß an Unabhängigkeit für die Deutschen im Osten zu gewinnen und damit auch die Chance zur Vereinigung der östlichen mit den westlichen Teilen Deutschlands. Das patriotische Argument wird von Deutschen, die in der sowjetischen Zone relativ führende Positionen behalten haben, sehr häufig benutzt. Sie weisen gern darauf hin, daß Deutschland niemals auf ein friedliches Leben hoffen könne, wenn kein befriedigendes Verhältnis mit dem stärksten Nachbarn erreicht werde. Da die ideologische Kluft unüberbrückbar sei, könne ein Kompromiß nur in der Kollaboration mit den Russen bei der Lösung praktischer Probleme bestehen. Bereits im Oktober traf ich bei Deutschen in Berlin und in der sowjetischen Zone auf bitteres Ressentiment gegen die Westdeutschen, denen vorgeworfen wurde, Ostdeutschland und die Idee eines vereinigten Deutschland für die Aussicht auf bessere materielle Bedingungen zu verkaufen.

Die Wirkung eines vollständigen Zusammenbruchs der Vier-Mächte-Kooperation auf diese Deutschen ist schwer abzuschätzen. Zweifellos werden viele versuchen, in die Westzonen zu kommen. Andere werden ihre einflußreichen Stellungen nicht aufgeben wollen, in welchem Falle sie gezwungen sein werden, in Tat und Gedanke jener Linie enger zu folgen, die von den Russen gerade vorgezeichnet wird. Viele von ihnen werden für ihre Handlungsweise eine bequeme Entschuldigung in dem finden, was sie den Defaitismus der Deutschen in den Westzonen nennen werden.

Über die derzeitige Haltung der Westdeutschen gegenüber den Russen und gegenüber dem Kommunismus braucht nicht viel gesagt zu werden. Trotz der wirtschaftlichen Misere hat der Kommunismus im Westen keine nennenswerten Einbrüche erzielt, und ich kann auch keine Anzeichen für ein Anwachsen des Kommunismus in der nächsten Zukunft erkennen, selbst wenn die gegenwärtigen wirtschaftlichen Zustände unverändert bleiben sollten. Ich möchte nicht behaupten, daß diese Situation immer so bleiben wird, aber die Stärke des deutschen Widerstands gegen kommunistische Ideen hat mich tief beeindruckt. Eine dringende Notwendigkeit für einen amerikanischen Krieg der Werte gegen den Kommunismus in Deutschland habe ich nicht entdecken können⁴⁸. Der Kom-

⁴⁸ General Clay kündigte am 28. 10. 1947 gerade solch eine antikommunistische Propagandaoffensive an. Zugleich sollten demokratische Ideale und Grundsätze verteidigt werden, um die Deutschen



munismus ist kein akutes Problem, und ob er je eines werden wird, hängt fast ausschließlich von der amerikanischen Politik in Europa und Deutschland ab. Aber wenn auch die Kommunisten zur Zeit nicht hoffen können, Fortschritte durch offene Propaganda und geheime Wahlen zu erzielen, so machen sie offenbar doch Versuche, zusätzliche Stützpunkte durch Infiltration zu besetzen. Dabei scheint sich ihre Kampagne auf die Gewerkschaften zu konzentrieren, und das Fehlen einer ausreichenden Zahl ausgebildeter Funktionäre auf der demokratischen Seite hat offenbar zu einigen kommunistischen Gewinnen geführt⁴⁹. Ich bin nicht in der Lage, die politische Bedeutung dieser Vorgänge zu beurteilen. Jedenfalls werden wir gut daran tun, bei der Schaffung von Schulen für die Ausbildung demokratischer Funktionäre Beistand zu leisten. (Vgl. meinen Bericht zu Bildungsproblemen⁵⁰.)

Die meisten Deutschen stimmen darin überein, daß nach den Russen die Franzosen am unbeliebtesten sind. Die Ausbeutung der französischen Zone hat bittere Ressentiments geweckt, gleichermaßen die mangelnde französische Bereitschaft, die strikte und direkte Kontrolle über die deutsche Verwaltungstätigkeit zu lockern. Die Deutschen wissen freilich, daß die Franzosen, wie die Russen, ihre unmittelbaren Nachbarn sind und daher mindestens so lange ertragen werden müssen, wie sie zur siegreichen Seite gehören. Die Bewohner des Saargebiets, die übrigens stets eine privilegierte Stellung in der französischen Zone hatten, waren offensichtlich der Meinung, die Zusammenarbeit mit den Franzosen werde ihr Los derart verbessern, daß es sich lohne, das Nationalgefühl vorerst zu vergessen. Die Saar ist jedoch ein ausgesprochener Sonderfall, und die amerikanische und britische Unterstützung der französischen Politik hat zum Ergebnis der Abstimmung über die wirtschaftliche Separierung erheblich beigetragen⁵¹.

Im allgemeinen hatte ich den Eindruck, daß das deutsche Mißtrauen gegen die Franzosen zum großen Teil auf die französischen Absichten zur Loslösung bestimmter Teile Deutschlands zurückgeht, und die französischen Pläne für eine deutsche Föderation werden als Mittel zu diesem Zweck aufgefaßt. Die französische Propaganda hat unlogischerweise sowohl die Autonomie und Unabhängigkeit der süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden wie auch die Abtrennung der französisch besetzten südlichen



davon zu überzeugen, daß der Kommunismus für sie den Verlust ihrer Bürgerrechte und einen Polizeistaat bedeuten würde; Edward Jean Smith (Hrsg.), The Papers of General Lucius D. Clay. Germany 1945–1949, Bd. 1, Bloomington 1974, S. 451–460. Vgl. New York Times, 29.10. 1947, S. 3. Unter Journalisten wurde Clays Aufforderung, durch Propaganda demokratische Werte zu festigen, scherzhaft als "deminform" bezeichnet, New York Times, 2.11. 1947, S. 45.

⁴⁹ Im Frühjahr und Sommer 1947 schien der US-Militärregierung die Gefahr einer Ausbreitung kommunistischer Einflüsse in den Gewerkschaften der Westzonen besonders groß zu sein; vgl. Michael Fichter, Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944–1948, Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 40, Opladen 1982, S. 230–244.

⁵⁰ Vgl. Anm. 36.

⁵¹ Am 10.2. 1947 hatte Holborn zur Saarfrage Stellung genommen. In einem kurzen Gutachten zu einer Denkschrift des Außenministeriums über die Probleme der Besetzung Deutschlands vertrat Holborn die Ansicht, es wäre unter Umständen besser, die Saar ganz an Frankreich abzutreten. Bei einer rein wirtschaftlichen Integration könnten die politischen Rechte der Saarländer stark eingeschränkt werden, und Frankreich könnte einen wachsenden Einfluß im Rheinland erlangen. Holborn an Earnest A. Gross, 10.2. 1947, Records of the Office of Assistant Secretary of State for Occupied Areas, Correspondence B-H, Box 3, RG 59, NARA.

Teile Württembergs und Badens zu fördern versucht. Solche Paradoxe haben die Bereitschaft der Regierungen der deutschen Länder, von den Franzosen politischen Rat anzunehmen, nicht gerade erhöht. Jedoch haben die Franzosen, im Vergleich mit Amerikanern und Briten, einen großen Vorteil: die Deutschen haben von ihnen nie etwas Gutes erwartet, und da sie wegen das den Franzosen Angetanen unter einem schlechten Gewissen leiden, beklagen sie sich nicht allzu laut.

Unter den vier Besatzungsmächten ist Frankreich auf kulturellem Felde am aktivsten, sowohl in der Stimulierung der deutschen Kunst, Literatur und Wissenschaft wie in der Propagierung der französischen Kultur. Ich kann nicht behaupten, die Motive dieser französischen Politik ganz zu verstehen. Aber offensichtlich sehen sie darin nicht allein ein Mittel zur Ablenkung von der Härte ihrer politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen, sondern auch eine Vorbereitung engerer politischer Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland in Zukunft. Es ist jedoch zweifelhaft, ob eine französisch-deutsche Freundschaft das Resultat dieser kulturellen Aktivitäten sein wird. Gebildete Deutsche sind über die kulturellen Möglichkeiten in der französischen Zone gewiß sehr erfreut; schließlich waren sie an der französischen Kultur stets sehr interessiert. Tatsächlich ist die französische Kultur wahrscheinlich zu allen Zeiten und selbst in den letzten hundert Jahren intensiver studiert worden als jede andere nichtdeutsche Zivilisation, doch waren die letzten hundert Jahre nicht gerade eine Periode französisch-deutschen Einvernehmens. Die Situation könnte sich ändern, wenn die Franzosen sich zu einer neuen Deutschlandpolitik entschließen und zum Beispiel Churchills Vorschlag einer französisch-deutschen Allianz aufgreifen sollten⁵². Aber ohne parallele politische Gesten werden die französischen kulturellen Aktivitäten in Deutschland wohl kaum politische Resultate zeitigen.

Anglo-deutsche Beziehungen waren während der letzten hundert Jahre durch einen heftigen Haßliebe-Komplex charakterisiert. Dazu hatten die Briten das große Unglück, von den Deutschen als jene Nation erwähnt zu werden, die Deutschland am ehesten Beistand leisten werde. Die Gründe dafür sind sehr komplex. Die Deutschen wußten, daß Russen und Franzosen in einem Geist der Rachsucht in Deutschland einfielen. Die britische Armee erwies sich als die disziplinierteste alliierte Streitmacht, und die britische Militärregierung ging bei der Verfolgung der punitiven Ziele alliierter Politik am langsamsten vor. Die Deutschen halten weder die Russen noch die Amerikaner für europäische Nationen, und im Gegensatz zu ihnen schienen daher die Engländer besser geeignet, Deutschland zu verstehen. Die Rolle der Briten nach dem Ersten Weltkrieg, als sie Deutschland gegen Frankreich unterstützten, war ein weiterer Anlaß für die Deutschen, ihre Hoffnungen auf Großbritannien zu setzen.

Unter gebührender Berücksichtigung der Tatsache, daß die Deutschen in Konversationen mit Amerikanern einerseits und mit Briten andererseits zwei verschiedene Sprachen sprechen, bin ich, nach Gesprächen mit Deutschen in Berlin und in der britischen bzw. der

Churchill hat in seinen großen Reden zum Thema der europäischen Einigung und Erneuerung nicht ausdrücklich ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland vorgeschlagen, aber eine Versöhnung und Partnerschaft der beiden Länder in einem vereinten Europa befürwortet; Winston S. Churchill, "A Speech at Zürich University, 17.9. 1946", in: The Sinews of Peace. Post War Speeches, London 1948, S. 201. Ders., "United Europe Meeting, Albert Hall, 14.5. 1947", in: Europe Unite. Speeches 1947–1948, London 1950, S. 80 f. Vgl. Hans Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949, Stuttgart 1980, S. 151 f.



amerikanischen Zone wie nach Diskussionen über meine Eindrücke mit einer stattlichen Anzahl britischer Offiziere, zu dem Schluß gekommen, daß die Briten in deutschen Augen ihre herausragende Stellung verloren haben. Einer der größten Fehler, den die Deutschen an den Briten entdeckten, bestand darin, daß diese in der Weltpolitik nicht so stark und finanziell nicht so reich waren, wie das die Deutschen angenommen hatten. Hingegen entpuppten sich die USA als die einzige Macht, die fähig war, die deutsche Wirtschaft wieder aufzubauen und Deutschland gegen die Bedrohung aus dem Osten zu decken. Ferner erwies es sich als unzutreffend, daß die Amerikaner in europäischen Angelegenheiten der britischen Führung folgen würden, wie das viele Deutsche auf Grund der nach dem Ersten Weltkrieg gemachten Erfahrungen erwartet hatten. Bald stellte sich heraus, daß britische Politik durch wirtschaftliche Schwäche gelähmt war, daß Amerika den Ton angab und daß die Amerikaner nicht nur zu kurzen Ferien nach Deutschland gekommen waren. Naturgemäß begannen die Deutschen zu den Amerikanern zu gravitieren.

Andere Faktoren wirkten in die gleiche Richtung. Die britische Besatzungszone ist die schwierigste und die für eine Wiedergeburt der deutschen Industrie ausschlaggebende Zone. Die langsame Erholung der deutschen Industrie ist daher weitgehend den Briten angelastet worden, und viele Deutsche haben sich leicht einreden lassen, daß die britischen Industriellen bestrebt seien, jede gegenwärtige oder zukünftige deutsche Konkurrenz niederzuhalten. Andere machen die Unfähigkeit der britischen Verwaltung verantwortlich, die Aufblähung ihres Personalbestands, ihren bemerkenswerten Bürokratismus und ihre Abneigung gegen die Übertragung von Kompetenzen an die Deutschen. Bei dieser Kritik spielt auch verletzter Stolz eine beträchtliche Rolle. Die Deutschen glauben, daß sie bei dem Versuch, die Sympathie und Freundschaft der Briten zu gewinnen, so weit wie nur irgend möglich gegangen sind, gleichwohl legen letztere, obschon etwas freundlicher geworden, noch immer eine reservierte und recht distanzierte Haltung an den Tag. Die gegenwärtigen deutschen Empfindungen finden vielleicht ihre beste Zusammenfassung in jener Feststellung, die Bismarck traf, nachdem England in den achtziger Jahren wiederholt deutsche Bündnisofferten abgelehnt hatte: "Die Briten möchten von uns nicht geliebt werden."

Im Gegensatz zum britischen ist das amerikanische Prestige gestiegen. Die Stärke der USA in der Weltpolitik, das Tempo, in dem die amerikanische Militärregierung den Deutschen Verantwortung übertrug, die wesentlich verbesserte Disziplin der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland - das sind einige der positiven Gründe für den Wandel der deutschen öffentlichen Meinung. Alles in allem gelten die Amerikaner im Vergleich zu Franzosen und Briten als weniger gebildet; auch ermangeln sie jener Würde, die viele Deutsche von höheren Beamten und Offizieren erwarten. Doch für viele Deutsche hat das wenig Bedeutung. Sie mögen Amerikaner etwas ungeschliffen und gelegentlich sogar krude finden, aber sie schätzen ihre natürliche Offenheit und das Fehlen von Herablassung. Sehr häufig habe ich Deutsche sagen hören, daß sie Amerikaner vorzögen, weil sie wüßten, wie sie mit ihnen dran seien. Seien ihre Manieren, Methoden und politischen Maßnahmen manchmal auch seltsam, so hätten sie doch nichts von der übertriebenen Vorsicht der Briten oder von der feindseligen Unnahbarkeit der Franzosen und Russen an sich. Im allgemeinen werden die Amerikaner von den Deutschen "Amis" genannt, eine Bezeichnung, in der eine gewisse herabsetzende Ironie zum Ausdruck kommt, zugleich aber, in Anklang an das französische "ami", ein großes Maß freundlicher Billigung. Vieles davon ist der Generosität des einzelnen GI zuzuschreiben. Die ständige Berieselung mit



Candy, Kaugummi, Zigaretten und sonstiger PX-Waren gibt der amerikanischen Okkupation einen Glanz, der in allen anderen Zonen völlig fehlt.

Jedoch heißt das nicht, daß die amerikanische Okkupation wirklich populär wäre. Nur in Berlin habe ich Deutsche getroffen, die bereit waren, auf die Frage nach der beliebtesten Besatzungsmacht zu antworten. In den Westzonen fand ich mich regelmäßig mit dem pointierten Hinweis korrigiert, die Frage müsse lauten, welche Besatzungsmacht am wenigsten unbeliebt sei. Eine der ständig wiederkehrenden Beschwerden war die Behauptung, die Amerikaner seien nicht an Deutschland an sich interessiert, für sie seien die Deutschen lediglich Bauern auf dem Schachbrett der Machtpolitik. Um diese Theorie zu stützen, wiesen viele Deutsche darauf hin, daß die amerikanische Presse eine zunehmend drohende Sprache gegen die Sowjetunion führe. Wenn ich greifbarere Beweise verlangte, hieß es, die amerikanischen Zeitungen machten mehr und mehr Propaganda. Mit besonderem Bedauern wurde gesagt, daß das offiziöse amerikanische Organ "Die Neue Zeitung", das nach Ansicht aller Deutschen das informativste Blatt in Deutschland war, in letzter Zeit recht gefärbt berichte. Nicht wenige Deutsche in den Westzonen gingen sogar noch weiter und erklärten, daß es entmutigend sei, die USA von ihrer früheren objektiven Haltung abweichen zu sehen, und daß in einer Atmosphäre wechselseitiger Beschuldigungen unmöglich mit einer Vier-Mächte-Vereinbarung gerechnet werden könne.

Auf der anderen Seite hatte nicht ein einziger meiner deutschen Gesprächspartner einen brauchbaren Vorschlag zu machen, auf welcher Basis die Westmächte sich mit den Russen über die Vereinigung Deutschlands verständigen könnten. Sehr oft mußten jene Bemerkungen als Versuch interpretiert werden, die Schuld an der künftigen Teilung Deutschlands den Alliierten aufzubürden.

III. Der gegenwärtige Stand der Demokratisierung und die Notwendigkeit neuen Handelns

Angesichts der deutschen Reaktion auf die einzelnen Besatzungsmächte und auf die Alliierten im allgemeinen fällt es schwer zu glauben, daß die Demokratisierung in Deutschland sehr weit gekommen ist. Die demokratischen Institutionen, die in der amerikanischen
und in der britischen Zone geschaffen wurden, sind noch immer auf Sand gebaut und
selbst ein kleineres Erdbeben kann sie zu Fall bringen.

Diese Meinung impliziert keine Kritik an unserer Politik, so schnell wie möglich Einrichtungen deutscher Selbstregierung aufzubauen. Es gibt keinen anderen und besseren Weg zur Förderung der Demokratie als die Ermöglichung, sie zu praktizieren, und die größte Stärke der amerikanischen Politik, im Vergleich mit den anderen drei Mächten, lag in der Entschlossenheit und Schnelligkeit, mit denen sie auf die praktische Verwirklichung von Demokratie drängte. Aber Demokratie kann nicht einfach durch die Einführung von Verfassungen und Verfahrensgesetzen geschaffen werden, ihr Leben wird immer von den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und vom Geist der Bürger bestimmt. Hinsichtlich des letzteren kann die Erlangung der politischen Unabhängigkeit unter den Nationen als Voraussetzung demokratischen Stolzes angesehen werden. Deutschland wird aber wahrscheinlich noch für lange Zeit keine Handlungsfreiheit in internationalen Angelegenheiten gewinnen. Ein weiteres Element des gesunden demokratischen Geistes ist der allgemeine Glaube an die bürgerlichen Rechte, der in den führenden deutschen Schichten keine Tradition hat.



Indes sind wir außerdem nicht in der Lage gewesen, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse zu schaffen, wie sie die Basis einer demokratischen Gesellschaft darstellen. Es ist in der Tat tragisch, daß die Wiederherstellung einer deutschen Friedenswirtschaft mit unseren Versuchen zur Errichtung der Institutionen der politischen Demokratie nicht Schritt gehalten hat. Es ist nach wie vor absolut notwendig, unsere Anstrengungen auf dem politischen Feld durch eine ebenso aktive Wirtschaftspolitik zu ergänzen, wenn wir damit auch vor einem Jahr schnellere Resultate für die Demokratisierung geerntet hätten. Seither sind die Deutschen viel nationalistischer geworden und geneigt, eine Verbesserung ihrer Situation als bloße Erfüllung einer berechtigten Forderung anzusehen.

Die wichtigsten Organe der Demokratie, die von der Militärregierung geschaffen wurden, sind politische Parteien, Gewerkschaften, lokale und Länderregierungen, schließlich gewisse Einrichtungen oberhalb der Länderebene wie den Länderrat und den bizonalen Wirtschaftsrat. Ferner müssen die neue Presse und andere Medien zur Bildung der öffentlichen Meinung genannt werden.

Die deutschen Parteien, die seit dem 8. Mai 1945 entstanden sind, können gewiß nicht als das Ergebnis einer mächtigen Bewegung in der Bevölkerung gelten. Die beiden größten Parteien der Mittelklasse, die Liberaldemokratische Partei und die Christlich-Demokratische Union (in Bayern: Christlich-Soziale Union), sind eher Stimmenzählmaschinen denn aktive demokratische Gruppen, denen die Loyalität ihrer Wähler und Mitglieder gehört. Das Verhältnis zwischen Mitgliedern und Wählern liegt bei 0,5 bis 3 Prozent. Zumindest im Falle der CDU/CSU geben diese Zahlen jedoch kein richtiges Bild, da die Partei auf beständige Unterstützung durch recht starke kirchliche Kräfte rechnen kann. Aber es ist signifikant, daß die Mehrheit der Mittelschicht nicht bereit war, sich politisch zu engagieren, und dieses Phänomen gewinnt noch größere Bedeutung, wenn man an den Rückgang der Wahlbeteiligung denkt.

Die Sozialdemokratische Partei (SPD), in Berlin und den Westzonen die größte Partei, verfügt über eine wesentlich stärkere Organisation; 10 Prozent ihrer Wähler sind eingeschriebene Mitglieder der Partei. Die SPD stellt in der Bevölkerung den kräftigsten der für politische Aktion organisierten Blöcke dar. Sie genießt auch die Unterstützung einer überwältigenden Mehrheit der Gewerkschaften in den Westzonen. Aber trotz ihrer großen und loyalen Gefolgschaft und trotz ihrer intern praktizierten demokratischen Verfassung ist auch die SPD weitgehend eine Wahlmaschine geblieben. Ihre Führer leben abseits der Alltagssorgen und sind nicht der regelmäßigen Kritik der Massen ausgesetzt: Heute gilt das sogar für die Gewerkschaften, da normale Lohnverhandlungen in einer Schwarzmarktwirtschaft ziemlich irrelevant sind. Von noch größerer Bedeutung ist jedoch die Tatsache, daß alle Führer, nachdem sie einmal gewählt sind, einer völlig anderen politischen Realität konfrontiert sind, die durch die Existenz der Militärregierung geschaffen wird.

Ich muß bekennen, daß für mich alle Parteien, Räte, Regierungen usw. in Deutschland den Studentenvertretungen an amerikanischen Colleges zu ähneln scheinen. Der Präsident und die Treuhänder setzen nach wie vor die Studien- und Aufenthaltsgebühren fest, während die Fakultät den Lehrplan bestimmt. Studentenvertretungen haben ein gewisses Gewicht als pressure groups und etwas Einfluß bei außerhalb des Lehrplans liegenden Aktivitäten, was auch bei jenen deutschen Einrichtungen der Fall ist. Der Unterschied besteht jedoch darin, daß die Militärregierung all diese Organisationen und Institutionen benutzt, um den eigenen Willen zu vollstrecken. Die gegenwärtigen deutschen Regierungen mögen ihre Mandate vom deutschen Volk erhalten haben, müssen aber nach Befehlen



Jahrgang 35 (1987), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

und Direktiven amtieren, die von der Militärregierung gegeben werden. Gegen Kritik aus der Bevölkerung haben sie stets die Entschuldigung, daß ihr Handeln von der Militärregierung diktiert oder zumindest beeinflußt war. Sie sind nicht wirklich demokratische Vertretungen, sondern halb-souveräne bürokratische Organe. Die Führer der CDU/CSU und der LDP, die Regierungsämter angenommen haben, sind in den Augen der deutschen Mittelschichten Männer, die darauf sehen sollen, daß die Positionen relativer Macht nicht in die Hände von Repräsentanten der Arbeiterklasse fallen. Aber der durchschnittliche Wähler behält sich hinsichtlich des Regimes, das er nach dem Ende der Militärregierung etabliert sehen will, sein Urteil vor. Die SPD-Wähler scheinen viel entschlossener zu sein, über die derzeitige Phase hinaus zu ihren Führern zu stehen, doch können auch sie das Interesse an der Partei verlieren, wenn sie weiterhin von Führern dirigiert wird, die der Kritik von unten so weit entzogen sind, und wenn das Programm der Sozialisierung und "Mitbestimmung im Betrieb" je von der Militärregierung vereitelt werden sollte.

Anscheinend trifft es zu, daß die Militärregierung in bestimmten Fällen zum geringen Prestige der deutschen demokratischen Einrichtungen beigetragen hat, und zwar entweder durch die ungebührliche Verzögerung der Genehmigung eines auf Grund der von der Militärregierung erteilten Ermächtigung erlassenen Gesetzes oder durch eine zur unter Änderungsauflagen erteilte Genehmigung. Unter solchen Umständen erscheinen demokratische Prozesse als sinnlos und als Farce. Diese Fälle stellen allerdings Ausnahmen dar, und niemand bekämpft derartige Vorgänge energischer als General Clay, der sich des Konflikts zwischen der Existenz einer Militärregierung und einer im Entstehen begriffenen deutschen Demokratie bewußter ist als alle anderen, die ich kennenlernte.

Dieser Konflikt war unvermeidlich und nur durch eine rasche Übertragung von Regierungsautorität auf die Deutschen abzumildern. Wir haben das nach Möglichkeit getan, aber während es die internationalen Entwicklungen unmöglich machten, den Weg zu Ende zu gehen und eine nationale deutsche Regierung ins Leben zu rufen, haben wirtschaftliche Bedingungen die deutsche Situation noch stärker geprägt. In der bankrotten Wirtschaft, die Hitler hinterließ, mußten alle staatlichen Kontrollen des Wirtschaftslebens nicht nur beibehalten, sondern notwendigerweise noch gestrafft werden. Die Bürokratie ist in Deutschland mehr denn je ins Kraut geschossen, und diejenigen, die den Apparat der Bürokratie kontrollieren, verfügen über enorme Macht. Und die technischen Prozesse der Rationierung, Zuteilung usw. sind natürlich kaum geeignete Themen der öffentlichen Diskussion. Die Versorgung reicht einfach nicht aus, um eine andere Verteilung als durch das autoritäre fiat zu erlauben.

Überdies mußte die Militärregierung jene Wirtschaftskontrollen mit äußerster Strenge handhaben, um die Ausgaben der Besatzungsmächte in vernünftigen Grenzen zu halten. Die Planung der Lebensmittelversorgung ist das offensichtlichste und wahrscheinlich auch das wichtigste Beispiel. Aber die Kohlezuteilung an die europäischen Länder und die deutschen Zonen ist von gleichem Gewicht, ganz zu schweigen von der Kontrolle der deutschen Währung und des deutschen Steuerwesens. Mit anderen Worten, alle grundlegenden Entscheidungen zur deutschen Wirtschaftspolitik sind notwendigerweise von der Militärregierung getroffen worden, und die deutschen Behörden, einschließlich des bizonalen Wirtschaftsrats, sind von zweitrangiger Bedeutung. Sie sind Exekutivorgane, mehr der Militärregierung untergeordnet als deutsche legislative Körperschaften.

Es ist müßig, darüber zu spekulieren, ob die Lage heute besser wäre, wenn die zentralen Wirtschaftsverwaltungen, die das Potsdamer Abkommen vorsah, Anfang 1946 tatsächlich



entstanden wären. Ich persönlich glaube das nicht. Aber so ist die Militärregierung zweifellos noch weiter nach vorn ins Rampenlicht gerückt. Angesichts des Fehlens deutscher Behörden oberhalb der Länderebene war die Militärregierung gezwungen, alle gesamtstaatlichen Kompetenzen, die nicht den Länderregierungen übertragen werden konnten, selbst wahrzunehmen. Und alle sind sich einig, daß die fundamentalen Wirtschaftsprobleme Deutschlands nicht auf der Länderebene gelöst werden können. Daß wir die Politik verfolgten, die deutschen Länder zu stärken und andererseits jeden Zug zu vermeiden, der die Bildung einer deutschen Zentralregierung durch Vier-Mächte-Entscheidung stören könnte, hat uns bislang davon abgehalten, den bizonalen Wirtschaftsrat mit genügend Macht über die deutschen Länder auszustatten. Folglich muß der Rat die amerikanische und die britische Militärregierung bitten, an seiner Stelle bei widerspenstigen deutschen Länderregierungen zu intervenieren. Doch ist das nur ein weiteres Beispiel dafür, wie eng alliierte und deutsche Zuständigkeiten verwoben sind, und da die alliierte Macht absolut ist, haben die deutschen Institutionen keine Basis im Willen der deutschen Bevölkerung. Eine Prüfung des Handelns dieser Regierungen durch die gewählten Räte und Parlamente findet nicht statt und kann auch kaum stattfinden.

Das deutsche demokratische Leben ist zu einer schattenhaften Existenz verurteilt, solange die Deutschen nicht die Möglichkeit haben, vitale Probleme ihrer nationalen Existenz selbst zu regeln. In Demokratien können Parteien nur dann darauf hoffen, eine breitere Anhängerschaft zu sammeln, wenn sie als Organisationen erscheinen, von denen die Bevölkerung die Lösung der das Leben aller Bürger berührenden Fragen erwarten kann. Von politischen Fragen der nationalen Einheit abgesehen, stellen in einer Demokratie das Verhältnis zwischen Landes- und Bundesregierung, Bürgerrechte, wirtschaftliche Angelegenheiten wie Währung und Steuern, das Eigentum an der Industrie, das Ausmaß der staatlichen Kontrolle über die Volkswirtschaft oder ein Wiederaufbauprogramm Probleme für allgemeine Diskussion und Aktion dar.

Die Deutschen können keines dieser Probleme mit der Hoffnung auf eine angemessene Behandlung angehen. Gewiß ist die politische Apathie unter den Deutschen erschreckend und sicherlich könnten sie auf jedem Feld öffentlicher Aktivität viel mehr tun. Aber die wichtigsten Aufgaben liegen tatsächlich außerhalb ihrer Reichweite, und es wird unmöglich sein, den einzelnen Deutschen zu politischem Engagement zu bewegen, solange er nicht mit diesen Aufgaben konfrontiert ist. Das kann nicht von einem Tag zum anderen geschehen, auch nicht für die Dauer der alliierten Okkupation und erst recht nicht, solange die USA und Großbritannien große Summen zur Erhaltung und zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft beitragen.

Tatsächlich wird die amerikanische Militärregierung, ehe wir eine auf größere Selbständigkeit der Deutschen zielende Politik einleiten, einige grundlegende Entscheidungen zu treffen haben, ohne die keine langfristigen Pläne für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft entworfen und durchgeführt werden können. Zunächst muß festgelegt werden, bis zu welchem Grade die Westzonen vereinigt werden sollen. Zweitens sind die organisatorischen Formen des künftigen Bizonia oder Trizonia zu definieren. Drittens müssen wir im Zusammenhang mit dem European Recovery Plan (Program) ermitteln, welche Summen für die Heilung der deutschen Wirtschaft verwendet werden können. Viertens muß die amerikanische Militärregierung die Führung bei einer drastischen Währungsreform übernehmen.

Zum ersten Punkt, den ich im folgenden Teil dieses Berichts wieder aufnehmen werde,



Jahrgang 35 (1987), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

möchte ich hier nur feststellen, daß unser Ziel die Aufhebung aller zonalen Grenzen im Westen sein sollte. Sie sind, wie schon erwähnt, besonders schädlich im Falle Württembergs und Badens. Auf der anderen Seite ist es eine unglückliche Situation, britische und französische Offiziere am Besuch der amerikanischen Zone durch die Dollarknappheit gehindert zu sehen.

Was den zweiten Punkt angeht, so kann als sicher gelten, daß der bizonale Wirtschaftsrat in seiner gegenwärtigen Form ein außerordentlich schwaches Organ für die effektive Durchführung eines umfassenderen Wirtschaftsprogramms darstellt. Seine ganze Organisation muß gründlich überholt und erweitert werden. Sein Verhältnis zu den Ländern muß auf eine Weise revidiert werden, die zu der ins Auge gefaßten Autorität einer künftigen deutschen Bundesregierung über die Länder paßt. Außerdem braucht der bizonale Wirtschaftsrat eine klare Beziehung zu den in Deutschland existierenden politischen Bewegungen. Kein Wirtschaftsprogramm solcher Dimension kann ohne politischen Dampf verwirklicht werden. Derzeit sind aber sowohl die Länderregierungen wie die größeren politischen Parteien mit dem Rat nur auf eine Weise verbunden, daß sie jede Verantwortung für dessen Handlungen ablehnen können. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß Herr Kurt Schumacher, der Chef der SPD, und Herr Konrad Adenauer, der rheinische Führer des rechten Flügels der CDU, in der Lage sind, die Feindschaft der Vertreter ihrer Parteien im Rat zu schüren und damit dessen Fortschritt zu hindern, ohne die Mitgliedschaft im Rat akzeptieren und sich damit der öffentlichen Kritik stellen zu müssen⁵³.

Ich habe allen Grund zu glauben, daß diese Probleme von der amerikanischen Militärregierung klar erkannt werden, und nach meinen Gesprächen mit britischen Vertretern in Berlin und London zu urteilen, sollte die Formulierung einer gemeinsamen angloamerikanischen Politik nicht schwierig sein. Die Franzosen dürften ihren Beitritt von Konzessionen an ihren wohlbekannten Standpunkt abhängig machen, und allzu große Kompromißbereitschaft unsererseits könnte jeden vernünftigen Plan gefährden. Wir sollten uns auf ziemlich dornige Verhandlungen gefaßt machen. Da hierbei viele Fragen der diplomatischen Taktik im Spiele sind, fühle ich mich jedoch außerstande, aus der Entfernung Ratschläge anzubieten.

Wenn ich mich nun dem ERP (European Recovery Program) zuwende, so gehe ich davon aus, daß es ein festes Axiom amerikanischer Politik ist, der Erholung der alliierten Länder in Westeuropa oberste Priorität einzuräumen. Wenn auch die Nutzung deutscher Ressourcen und deutscher Produktionskapazität für den Wiederaufbau ganz Europas von essentieller Bedeutung ist, so haben doch die westeuropäischen Nationen jedes Recht, deutsche Reparationen und Schutz gegen eine Erneuerung des deutschen Kriegspotentials zu verlangen. Also darf die Erholung der deutschen Wirtschaft nicht auf Kosten der westeuropäischen Gesundung und Sicherheit forciert werden. Ich halte es für richtig, dies auch den Deutschen ganz klar zu machen und ihnen zu sagen, daß sie Frieden und Prosperität nur in einem friedlichen und prosperierenden Europa finden können. Auf der anderen Seite müssen praktische Maßnahmen zur Verbesserung der deutschen wirtschaftlichen Verhältnisse ergriffen werden, und zwar in einem Maßstab, daß die Deutschen zu einer maximalen Anstrengung bewogen werden.

Die Reform der deutschen Währung ist eine unabdingbare Vorraussetzung für jedes Programm der wirtschaftlichen Gesundung. Zweifellos wäre es vorzuziehen, eine derar-



⁵³ Vgl. Benz (Anm. 42), S. 390 ff.

tige Operation auf Vier-Mächte-Ebene durchzuführen, aber wenn die Russen sie weiterhin verhindern, werden wir im Westen handeln müssen, trotz der mit diesem Schritt für die Zukunft Deutschlands verbundenen erheblichen politischen Gefahren. Die gegenwärtige Inflation und alle ihre Begleitumstände, z.B. Schwarzer Markt, Arbeitsscheu, Horten von Industrieprodukten und Rohstoffen, haben auf die wirtschaftliche Situation in den Westzonen einen noch stärkeren Einfluß als auf die Lage in der sowjetischen Zone. Dafür zeichnet vor allem eine Politik der Westmächte verantwortlich, die eine viel größere Geldmenge in deutschen Händen beließ. Aber die Einführung eines Programms zur Erweiterung des Exports macht die Schaffung einer stabilen deutschen Währung und eines stabilen Wechselkurses absolut notwendig.

Der Währungsreform wird weithin von Deutschen opponiert, die nicht nur fürchten, daß sie ein unwiderruflicher Schritt zur Spaltung Deutschlands wäre, sondern auch gerne darauf hinweisen, daß auch eine neue Währung wertlos werden müsse, wenn nicht zuvor die Güterproduktion gesteigert worden sei. Daran ist jedenfalts soviel richtig, daß eine Währungsreform ohne ein gleichzeitiges Programm für eine größere Produktion ihren eigentlichen Zweck verfehlen müßte.

Nach meiner Schätzung werden sechs Monate für die Einführung dieser großen Reformen gebraucht, die am besten unter dem derzeitigen System der Militärregierung verwirklicht werden. Der Zusammenschluß der Westzonen sowohl auf der inter-alliierten wie auf der deutschen Ebene und auch die Durchsetzung einer Währungsreform wie eines Vierjahresplans für die Produktion werden so lange dauern, weil die diplomatischen Verhandlungen und die ERP-Beratungen des Kongresses einige Zeit in Anspruch nehmen.

Aber wenn wir annehmen, daß die amerikanische Militärregierung diese Ziele bis zum 1. Juli 1948 erreicht haben wird, dann könnten wir zu jenem Zeitpunkt damit beginnen, die Militärregierung von der Länderebene abzuziehen und auf Überwachungsfunktionen, ausgeübt vornehmlich durch die provisorischen deutschen Zentralinstitutionen, zu beschränken.

IV. Deutscher Nationalismus und deutsche Demokratie

Während meines Aufenthalts in Deutschland hatte die Konferenz des Rats der Außenminister in London (25. November bis 15. Dezember) noch nicht begonnen, war aber bereits das meistdiskutierte politische Thema. Ich habe nicht einen Deutschen gefunden, der von der Londoner Konferenz eine Lösung der Probleme Deutschlands erwartet hätte. Die meisten glaubten, daß die Konferenz überhaupt keine Ergebnisse haben werde, und wahrscheinlich hofften fast alle Deutschen in den Westzonen, daß dies den Vereinigten Staaten und den westlichen Alliierten die Möglichkeit geben werde, mit dem Wiederaufbau der deutschen Industrie zu beginnen. Der Wunsch nach einer sofortigen Besserung ihrer materiellen Lage brachte die meisten Leute dazu, nur ganz leise von der Gefahr zu reden, daß ein solches Resultat der Konferenz den entscheidenden Schritt zur endgültigen Spaltung Deutschlands bedeuten könnte.

Manche behaupteten kühn, eine derartige Spaltung sei unvermeidlich und Ostdeutschland könne für Deutschland nur durch Krieg zurückgewonnen werden, welche Tatsache Amerika leider noch nicht verstanden habe. Andere Deutsche machen den Westmächten keine Vorwürfe, sondern nehmen die gegenwärtigen Entwicklungen einfach als ein weite-



Jahrgang 35 (1987), Heft 1

Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

res Unglück, das Deutschland widerfahren sei. Nie hörte ich, daß Hitlers Angriff auf Rußland als eigentlicher Grund für das Vordringen Rußlands bis Wismar und Eisenach erwähnt worden wäre. Doch unterhielt ich mich wiederholt mit Leuten, die mir sagten, daß die sowjetische Zone im Augenblick abgeschrieben werden müsse, um dann fortzufahren, die Oder-Neiße-Linie sei ein Skandal und die von den Polen besetzten Territorien dürften nicht in deren Besitz bleiben. Nur sehr wenige erklärten, die Fortdauer der derzeitigen elenden Lage Deutschlands sei ihnen lieber als ein weiteres Auseinanderreißen Deutschlands zwischen Ost und West.

Es ist außerordentlich schwierig, diese Stimmen eines Volkes zu interpretieren, das sich einer schrecklichen politischen Situation in einem Zustand äußerster physischer Erschöpfung konfrontiert sieht. In ihrem tiefen Mißtrauen gegen Rußland und den Kommunismus würde eine Mehrheit der Deutschen heute einen Zusammenschluß der Westzonen als besten Weg zur Verbesserung ihrer materiellen Lage begrüßen. Aber nur wenige Deutsche wären bereit, dafür die Verantwortung zu übernehmen, da sie glauben, daß ihnen, wenn schon nicht heute, so doch in fünf Jahren, das Stigma des Verrats aufgedrückt werden würde. Es ist bezeichnend, daß die einzige Resolution, die zugunsten der westdeutschen Einheit verabschiedet wurde, von der recht reaktionären Liberaldemokratischen Partei Großhessens stammt. Ihr wurden sofort Erklärungen aller anderen hessischen Parteien entgegengesetzt.

Dennoch gibt es einige Gruppen in Deutschland, die den Verlust der sowjetischen Zone leicht verschmerzen würden. Ich hatte sie in einiger Stärke in Bayern erwartet, gewann aber den Eindruck, daß sie dort nicht allzu einflußreich sind, sondern relativ am stärksten im Rheinland. In allen Fällen handelt es sich um ausgesprochen konservative Kreise – und kaum je um demokratische Konservative –, denen die Aussicht auf jeden Verlust an sozialer Stellung Angst macht. Es bleibt abzuwarten, wie die liberalen und sozialistischen Gruppen Deutschlands, für ein Jahrhundert die hauptsächlichen Anwälte der deutschen Einheit, auf die Gefahr einer Spaltung Deutschlands reagieren werden. Einige der Führer der SPD, wahrscheinlich auch Schumacher, der trotz der erklärten Strenge seiner Überzeugungen durch ein erhebliches Maß an Opportunismus charakterisiert scheint, fürchten offenbar den Augenblick, der ihnen die Auseinandersetzung mit der SED in der Ostzone bringen würde, wo sie natürlich auch mit allen möglichen Manövern der sowjetischen Militärregierung zu rechnen hätten. Die deutschen Sozialdemokraten wissen sehr gut, daß ihrer Partei der wildeste Haß der Russen gilt und daß sie die Bürde, den Kommunismus mit demokratischen Mitteln zu besiegen, auf ihre Schultern zu nehmen hätten.

Viele Deutsche, die in ihrer gegenwärtigen Misere einen Zusammenschluß der Westzonen trotz der erhöhten Gefahr einer künftigen Teilung Deutschlands begrüßen, können ihre Meinung ändern, sobald sich die deutschen Lebensbedingungen gebessert haben werden. Selbst jetzt möchte nahezu kein Deutscher mit einem solchen Vorgang öffentlich identifiziert werden. Man gibt sich jede erdenkliche Mühe, die Amerikaner zur Übernahme der Verantwortung zu bekommen, was es den Deutschen in drei oder fünf Jahren erlauben würde, die ganze Schuld den Ausländern in die Schuhe zu schieben. Der Wunsch nach vollständiger nationaler Einheit wird wieder anschwellen, und zwar vermutlich am stärksten dann, wenn unser Programm zur Ankurbelung der deutschen Produktion hinter seinen eigentlichen Zielen zurückbleiben sollte. Unglücklicherweise ist das keineswegs unmöglich.

Selbst mit zusätzlichen ERP-Geldern können wir nicht hoffen, in drei Jahren die deut-



sche Produktion von ihren gegenwärtig etwa 40 Prozent des Stands von 1936 auf schließlich 80 Prozent zu steigern. Angesichts des Verlusts praktisch aller osteuropäischen Märkte und des zunehmenden Wettbewerbs auf dem Weltmarkt mit der Industrie Westeuropas werden wir es wahrscheinlich schwierig finden, über die 65 Prozent-Marke hinauszugelangen. Das würde uns gegenüber der sowjetischen Politik noch immer einen Vorteil geben. Nach den besten Informationen, die ich bekommen konnte, bewegt sich die Produktion in der sowjetischen Zone um 45 Prozent, und es ist schwer zu sehen, wie sie in einem nennenswerten Maße expandieren soll. Wir können die Russen in Deutschland also statistisch schlagen, aber ohne den Deutschen damit wahre Zufriedenheit zu bringen. Sie werden den Verlust der Ressourcen der Ostzone zu spüren bekommen und für ein wiedervereinigtes Deutschland streiten und planen wollen. Mehr noch als heute wird das politische Denken der Deutschen vom Nationalismus besessen sein und die Demokratie wird dahinschwinden.

Ich glaube nicht, daß Deutschland selbst in einer solchen Situation kommunistisch werden würde, vorausgesetzt daß wir uns nicht die Feindschaft der deutschen Arbeiterklasse zuziehen und daß Frankreich oder England nicht kommunistisch werden. Doch würden die Deutschen zweifellos ihre Beziehungen zur Sowjetunion überdenken. Ich vermag Walter Lippmanns Besorgnis nicht zu teilen, daß Rußland die Deutschen einfach durch eine neue Teilung Polens oder durch eine von Polen erzwungene Herausgabe eines größeren Teils der früheren deutschen Territorien im Osten auf seine Seite ziehen könnte⁵⁴. Nach meiner Meinung würde die Sowjetunion dabei die Achtung der slawischen Welt verlieren und eine aktive andersnationale Untergrundbewegung in der Nähe der Pforte zur Mitte Rußlands schaffen. Nur kleine Berichtigungen der deutsch-polnischen Grenze sind möglich.

Die sowjetische Politik scheint nicht dem Glauben zu folgen, daß Deutschland mit Leichtigkeit "kommunisiert" werden kann, vielmehr zielt sie vor allem auf die Ausschlachtung des deutschen Nationalgefühls ab. Die sowjetische Propaganda entspricht bis zu einem gewissen Grad dem auch sonst allenthalben zu bemerkenden Muster, indem sie die Sowjetunion als die wahre und selbstlose Protektorin der Nationalitäten hinstellt. Die volle nationale Freiheit schließt natürlich die Freiheit von Monopolen usw. ein und kann nur von einer starken kommunistischen Bewegung erreicht werden, aber die nationale Eigenständigkeit ist zumindest ein erster Schritt zum Sieg über den Imperialismus. Schon während des Krieges haben die Russen die Aufforderung zu einer Revolution der deutschen Arbeiterklasse weitgehend fallen lassen zugunsten eines Appells an alle Klassen, die deutschen nationalen Interessen durch eine Revolte gegen Hitler zu sichern. Indem sie die Frage der Schaffung einer deutschen Zentralregierung als Hauptursache der Zwietracht zwischen Ost und West herausstellen, haben die Russen eine Position gewählt, die wahrscheinlich alle Klassen der deutschen Gesellschaft beeindruckt.

Zur Zeit wirken die russische Reparationspolitik, die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen und vieles andere mehr den russischen Versuchungen entgegen, aber Rußland hat es in der Hand, mit einigen der abscheulichsten Praktiken Schluß zu machen, und



⁵⁴ Im Herbst 1947 warnte Lippmann vor dieser Möglichkeit in einer viel beachteten Artikelserie, in der er sich mit dem Aufsatz von George Kennan, The Sources of Soviet Conduct, in: Foreign Affairs 25 (1947), S. 566-582, auseinandersetzte. Walter Lippmann, The Cold War. A Study in U.S. Foreign Policy, New York 1947, S. 46 ff. Vgl. Ronald Steel, Walter Lippmann and the American Century, Boston 1980, S. 443 ff.

wenn die Westmächte in einigen Jahren Deutschland alles gegeben haben werden, was der Westen nach Ansicht der deutschen Nationalisten zu geben hat, nämlich eine befriedigende wirtschaftliche Erholung, werden viele von ihnen nach Rußland zu schauen beginnen, als der einzigen Macht, die Deutschlands Einheit wierherzustellen vermag. Deutschland würde in einer friedlichen demokratischen Ordnung Westeuropas oder der Welt sicherlich ein unsicherer Partner sein⁵⁵.

Diese Beobachtungen und Überlegungen, letztere zum Teil unvermeidlicherweise spekulativ, müssen bei der Festlegung des Kurses der künftigen amerikanischen Politik in Deutschland und in Europa berücksichtigt werden. Zweifellos haben wir das Wirtschaftsleben der Westzonen so gut wiederherzustellen, wie es unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen eben geschehen kann. Die Russen kontrollieren ihre deutsche Zone mit totalitären Methoden, und ihr Regime würde durch die Fortdauer des niedrigen Stands der Produktion nicht erschüttert werden. Wir können uns hingegen die Stagnation des Wirtschaftslebens in den Westzonen nicht viel länger leisten, wenn wir wollen, daß demokratische Formen in Deutschland Wurzeln schlagen. Überdies ist eine wiederbelebte deutsche Produktion eines der wichtigsten Elemente für die Erholung ganz Westeuropas.

Aber die Risiken sind in der Tat groß. Wir müssen darauf hoffen, daß die Stabilisierung Westeuropas durch das ERP die Sowjetunion von der Nutzlosigkeit einer aktiven Infragestellung der bestehenden Ordnung im Westen überzeugen und damit kompromißbereit machen wird. Wenn das unsere Hoffnung ist, müssen wir freilich so weit wie möglich Züge vermeiden, mit denen wir die Chancen für einen künftigen Kompromiß ausschließen würden. Zu solchen Zügen würde ich in erster Linie die Idee eines separaten Friedensvertrags mit einer speziell für diesen Zweck gebildeten westdeutschen Regierung rechnen. Eine ausgewachsene deutsche Regierung ist keine notwendige Voraussetzung der Erholung in Westdeutschland und würde nur als Anzeichen dafür gewertet werden, daß wir die Ostzone Deutschlands ganz abgeschrieben haben.

Indes müssen wir bereit sein, die Tatsache zu akzeptieren, daß unsere eigenen Aktionen die Wiedervereinigung West- und Ostdeutschlands notwendigerweise sehr viel schwieriger machen werden. Es ist in früheren Teilen des Berichts schon darauf hingewiesen worden, daß die politische Entwicklung in der sowjetischen Zone eine noch weniger demokratische Tendenz bekommen wird. Wir dürfen auch ernste wirtschaftliche Unvereinbarkeiten erwarten. Die deutsche Wirtschaft von 1932 oder 1936 war hochgradig integriert. So waren die Webereien vornehmlich in Sachsen und Thüringen konzentriert, die heute Teile der sowjetischen Zone sind, während die Herstellung von Bekleidung in Berlin geschah. Hier befanden sich auch 80 Prozent der Elektro-Industrie. Was immer wir tun mögen - und ich schlage vor, daß in bezug auf unsere Pläne im Westen zumindest eine genaue Übersicht über die deutsche Industrie angefertigt wird -, wir werden jedenfalls im Westen eine gewisse Produktionskapazität in Bereichen brauchen, die früher die Domäne Ostdeutschlands waren. Die Situation ist schon im Hinblick auf die Ostzone, vor allem im Hinblick auf ihre industriellen Zentren Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, ernst genug. Sie ist jedoch geradezu alarmierend im Falle Berlins, einer Stadt, deren wirtschaftliche Aktivitäten praktisch ausnahmslos ganz Deutschland betrafen: Berlin, früher unter

Hier stimmt Holborn allerdings mit der Auffassung Lippmanns überein, daß ein wirtschaftlich erstarktes Westdeutschland die nationale Einigung durch Anlehnung an Rußland suchen könnte (vgl. Anm. 54).



anderem die größte Industriestadt Deutschlands, hat selbst heute noch über 3 Millionen Einwohner, mehr als die Bevölkerung unseres Landes Nordbaden-Württemberg.

Wenn man die erhebliche Dislozierung der deutschen Wirtschaft bedenkt, die von einer einseitigen Erholung der westdeutschen Industrie verursacht werden wird, wenn man sich ferner die russische Beherrschung der früheren ostdeutschen und osteuropäischen Märkte der deutschen Industrie vor Augen hält, so wird es für die amerikanische Politik ratsam sein, sich eines jeden Schrittes zu enthalten, der für die Erreichung der Ziele des ERP und speziell in Westdeutschland nicht unbedingt erforderlich ist. Wir sollten alles vermeiden, was die Schuld an einer definitiven Teilung Deutschlands den USA zuschieben würde. Auch die Stärke des deutschen Nationalgefühls und seines Einflusses auf den Prozeß der Demokratisierung verlangt eine solche Haltung.

In diesem Zusammenhang sollten die Öffentlichkeitsarbeit und vielleicht sogar einige Inhalte der amerikanischen Deutschlandpolitik überprüft werden. Wir haben, sehr allgemein gesprochen, unsere Politik hinsichtlich der deutschen Einheit gewöhnlich in Begriffen der Wirtschaftspolitik ausgedrückt. Wir haben in Potsdam zentrale Wirtschaftsverwaltungen akzeptiert, aber gegen die frühe Schaffung zentraler politischer Institutionen gestimmt. Im letzten Jahr sind wir für die Durchführung und die Revision der Potsdamer Vereinbarung mit dem Argument eingetreten, es sei notwendig, Deutschland wirtschaftlich auf eigene Füße zu stellen. Auf der politischen Seite haben wir die bürgerlichen Freiheiten wie die demokratischen Rechte betont und hervorgehoben, daß die Rechte der Länder wesentlicher Bestandteil einer gesunden Demokratie seien, doch haben wir nur wenig über die Rolle der Union in der Demokratie gesagt.

Es ist mein Eindruck, daß wir von einer Sache, die anfänglich nur ein Teilaspekt unserer Politik war, mittlerweile zu sehr beherrscht sind. Als wir zuerst die lokalen Verwaltungen und Länderregierungen aufbauten, verfolgten wir damit die Absicht, den regionalen Kräften in Deutschland einen starken Aufschwung zu geben, und wir erwarteten, daß diese Kräfte künftig selbst einer zentralistischen Regierung von bismarckisch-preußischer oder nationalsozialistisch-altdeutscher Art Widerstand entgegensetzen würden. Wir sind bei der Erweckung regionaler Sentiments bemerkenswert erfolgreich gewesen. In den alten süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden ist das vielleicht nicht so überraschend, doch zeigt sogar unsere neue Schöpfung Großhessen Vitalität. Wahrscheinlich sind in dieser Hinsicht die guten Resultate der britischen Herrschaft noch wichtiger, da ihre Territorien zumeist zu Preußen gehört hatten. Preußen hat aufgehört, ein Problem zu sein.

Nach meiner Meinung kann man sich darauf verlassen, daß die Deutschen in jeder zukünftigen Bundesstruktur auf Garantien für Rechte der Länder bestehen werden. Ich vermag ohnehin nicht zu sehen, wie wir sie davon abhalten könnten, jenen Teil einer künftigen deutschen Verfassung zu entwerfen, der die Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Länder regelt, ohne die amerikanische Politik dem Vorwurf undemokratischer Praktiken auszusetzen. Wir können jedoch noch immer sehr viel zur Stärkung der Länderrechte beitragen, und zwar durch behutsames Einwirken in der Vorbereitungsphase. Auf der anderen Seite sollten wir in einer positiveren Weise, als wir das bislang getan haben, sagen, daß wir die einmal zu schaffende deutsche Bundesregierung nicht nur als Instrument zur effektiven Lenkung der deutschen Wirtschaft betrachten, sondern auch als einen Anker der deutschen nationalen Demokratie.

Zu einem späteren Zeitpunkt werden die Politik und die Haltung Amerikas in der Frage



Erich J. C. Hahn

der deutschen Einheit von den Deutschen nach ihren schwachen Stellen abgeklopft werden, und natürlich werden die Russen unentwegt versuchen, uns in jeder Flanke anzugreifen, die wir vielleicht ungedeckt lassen. Im Augenblick scheint die Errichtung einer Bundesregierung noch recht ferne zu liegen, und sofortige Aufgabe ist die Organisierung vereinigter westdeutscher Institutionen. Es ist schon gesagt worden, daß die Bildung einer richtiggehenden deutschen Regierung aus internationalen Gründen nicht ratsam scheint. Dem sollte hinzugefügt werden, daß es angesichts der zur Zeit noch gegebenen Schwäche der bestehenden deutschen Parteien und Länderregierungen praktischer, Wahlen, verfassunggebende Versammlungen usw. zu verschieben. Eine wirtschaftliche Erholung wird, so dürfen wir hoffen, den Parteien eine größere Gefolgschaft verschaffen und aus ihnen wahrere Repräsentanten des Volkes machen. Gegenwärtig wird es am besten sein, durch ein neues Statut der Militärregierung einfach den bizonalen Wirtschaftsrat zu erweitern und zu reorganisieren.

Jahrgang 35 (1987), Heft 1 Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1987_1.pdf

166



Notiz

HITLER-DOKUMENTE 1925-1932

Das Institut für Zeitgeschichte bereitet eine Dokumentation aller relevanten Hitler-Äu-Berungen - Reden, Artikel, Parteibefehle, politische Korrespondenzen und Gespräche - im Zeitraum Dezember 1924 bis Januar 1933 vor. Geplant ist eine Kombination von Textedition und Nachweisung. Mit der Edition und Nachweisung sämtlicher für diesen Zeitraum erfaßbaren Hitler-Dokumente soll nicht nur für die Hitler-biographische Forschung, sondern vor allem für die - in hohem Maße von Adolf Hitler bestimmte - Geschichte des Machtaufstieges der NS-Bewegung (und der Zerstörung der Weimarer Republik) in dieser Phase durch das geplante 2-bändige Werk eine neue Grundlage geschaffen werden. Nicht wenige politische Äußerungen und Kontakte Hitlers in diesem Zeitraum sind der Forschung bislang unbekannt geblieben, andere sind dubios. Vor allem sind der genaue Ablauf und der Gesamtumkreis der (parteiinternen und -externen) politischen Rede-, Führungs- bzw. Verhandlungsaktivitäten Hitlers in dieser Zeit bisher nicht systematisch und im chronologischen Zusammenhang erfaßt, aufgeklärt und dokumentiert worden. Die Edition und Nachweisung wird in dieser Hinsicht die wissenschaftliche Erkenntnis wesentlich bereichern und manche falschen oder unzulänglichen Annahmen korrigieren helfen. Die Nachweisung soll sich auch auf historisch weniger wichtige oder nicht bzw. nicht genügend authentisch überlieferte Hitler-Äußerungen beziehen, darüber hinaus aber auch auf andere Formen historisch bedeutsamer Hitler-Kontakte und sogar auf die Nennung bloßer Aufenthalte von Hitler, die geeignet sind, zusätzliche Anhaltspunkte und Aufschlüsse über Hitlers Aktivitäten zu geben. Aus diesem Grunde sollen in die Nachweisung besonders auch aufgenommen werden an Hitler gerichtete Briefe politisch wichtiger Korrespondenz- und Gesprächspartner. Zusätzlich sollen in Regesten die zeitgenössischen Zeugnisse über Hitler-Äußerungen und -Aktivitäten erfaßt werden. Optisch wird das Regest vom Text unterschieden durch eine kleinere Schrifttype.

Informationen aus der Memoirenliteratur sowie andere nichtzeitgenössische Darstellungen sind ebenso wie Angaben zu Personen und Ereignissen, Literaturangaben zu wissenschaftlich strittigen Fragen etc. Teil der Anmerkungen.

Die folgenden Beispiele beziehen sich auf das Jahr 1932:

27. Januar Treffen¹ in Begleitung von Göring und

Ernst Poensgen, Hitler und die Ruhrindustriellen. Ein Rückblick. Hektographierte Aufzeichnung aus dem Jahre 1945, später auch als Beweisdokument in dem Nürnberger amerikanischen Prozeß im Fall X (Krupp u. a.) vorgelegt und dort im Bülow-Dokumentenbuch I, Bl. 90-125, ebenfalls hektographiert, erneut vervielfältigt.

Über Gesprächsinhalte gibt die Quelle keinen Aufschluß. Höchstwahrscheinlich stand die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch Vertreter der Großindustrie zur Debatte. E. Poensgen vermerkt in seiner Aufzeichnung lediglich: "Am nächsten Tage waren Vögler und ich bei Thyssen auf Landsberg mit Hitler, Göring und Röhm zusammen. Auf einem längeren Spaziergang ersuchte mich Göring, ihm für den Fall der Machtübernahme den Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Nordwest, Grauert, [Ludwig G., 1891–1964, als Jurist für die rheinisch-westf. Industrie tätig] für den Posten des Arbeitsministers freizugeben, dieser fühlte sich von einem Teil der so-



168 Notiz

Röhm bei Fritz Thyssen auf Schloß Landsberg² mit Albert Vögler und Ernst Poensgen³

25.-28. Januar Aufenthalt in Bad Godesberg⁴

zialen und berufsständischen Ideen Hitlers angezogen."

- ² Schloß Landsberg bei Mühlheim a.d. Ruhr war als Wohnsitz von dem 1926 verstorbenen August Thyssen, dem Begründer des Thyssen-Konzerns, erworben worden.
- ³ Albert Vögler (1877-1945) Vorsitzer des Vorstands der Vereinigten Stahlwerke AG Dortmund, Mitglied der Ruhrlade.
 - Ernst Poensgen (1871–1949) Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke AG, Vorsitzer des Arbeitgeberverbandes Nordwest, Mitglied der Ruhrlade.
- ⁴ Vom 25. bis 28. Januar übernachtete Hitler in Bad Godesberg, vermutlich in dem von ihm häufig aufgesuchten Rheinhotel Dreesen. Über seine Aktivitäten berichtet der Westdeutsche Beobachter, Ausgabe Bonn, 29.1. 1932: "Nach dem bekannten, vor den Führern der rhein, westf. Industrie in Düsseldorf gehaltenen Vortrag begab sich unser Führer mit seinem Adjutanten Oberleutnant Brückner zu einer kurzen Ausspannung in ein bekanntes Hotel in Bad Godesberg. Nach wichtigen am Mittwoch getätigten Besprechungen in Düsseldorf und Essen fuhr Adolf Hitler am Spätnachmittag wieder zu seinem Godesberger Hotel zurück, wo ihn eine hundertköpfige Anhängerschaft begeistert begrüßte. U.a. empfing unser Führer die Mutter unseres gefallenen Klaus Clemens, die ihm erklärte, gern ihren Sohn der herrlichen Bewegung geopfert zu haben. Adolf Hitler antwortete ihr: Der Tod Ihres mir unvergeßlichen Sohnes ist nicht umsonst gewesen, er wird auch Sühne finden bei den kurz bevorstehenden Auseinanderset-

Eine Ansprache des Führers konnte wegen der Notverordnung nicht stattfinden (sie hätte ja vorher angemeldet werden müssen). – Aber trotzdem ließ es sich Adolf Hitler nicht nehmen, seine Getreuen zu begrüßen und sich längere Zeit mit ihnen zu unterhalten. – Und wenn aus besonderen Gründen Adolf Hitler 28. Januar Schreiben Hugenbergs Sehr geehrter Herr Hitler!

Es ist nach meinem Eindrucke vielleicht in Kürze möglich, das in Harzburg aufgestellte gemeinsame Ziel des Ersatzes der bisherigen Regierung durch eine wirkliche Rechtsregierung zu verwirklichen. Ich kann mich zu einer Unterhaltung darüber unter vier Augen in München im Hotel Leinfelder, wohin ich zu dem Zwecke von hier aus nachmittags fahren würde, an einem der vier ersten Tage der nächsten Woche (1.-4. Februar) zur Verfügung stellen (4 Uhr 30 oder 5 Uhr). An den darauf folgenden Tagen bin ich unterwegs und nicht mehr hier. Selbstverständlich würde ich, falls Sie dies vorziehen sollten, auch hier im Hause des Herrn Dr. Wegener⁵ zur gleichen Tageszeit verfügbar sein. (Vormittags bin ich durch Kur pp. verhindert.)

Mit bestem Gruss Ihr ergebener gez. Hugenberg.

(Maschinen-Durchschrift, mit Briefkopf-Angabe: "z. Zt. Dorf Kreuth b. Tegernsee" und dem

die Bonner Studenten nicht besuchen konnte, weil mit äußerst wichtigen Beratungen seine Zeit ganz und gar ausgefüllt war, so ist doch das ein Trost: Er erklärte, er wäre sofort dem Rufe seiner Bonner Studenten gefolgt, wenn ihn nicht unaufschiebbare wichtige Besprechungen davon abgehalten hätten. Adolf Hitler wird mit seiner Stellvertretung für den Bonner Studentenwahlkampf einen seiner prominentesten Mitarbeiter beauftragen. Das hat er in einem Gespräch dem Hochschulgruppenführer Hildebrandt zugesichert. Keine freie Zeit gönne er sich augenblicklich, selbst nicht zum Essen".

- Leo Wegener (1870-1936) von 1906-1925 Direktor des Verbandes deutscher Genossenschaften in Posen, enger Vertrauter Alfred Hugenbergs, und, obwohl nicht Mitglied, der DNVP eng verbunden.
- In Bad Kreuth befand sich das "Sonnenhaus", der von der Ostdeutschen Privatbank AG (Opriba) finanzierte Alterssitz Dr. Wegeners, Urlaubsrefugium für Hugenberg, in dem häufig, unbemerkt von der Öffentlichkeit, Ge-



Notiz 169

Vermerk: "Einschreiben! Eilboten."; BA NL Wegener/Nr.73")

2. Februar mittags
Besprechung mit Goebbels in München
In seinem Tagebuch vermerkt Goebbels:
"Mittags lange mit dem Führer beraten. Er
entwickelte seine Ansicht zur Präsidentenwahl. Er entschließt sich, selbst die Kandidatur zu übernehmen. Aber zuerst muß die
Gegenseite festgelegt sein. SPD gibt hier
den Ausschlag. Dann wird unsere Entscheidung der Öffentlichkeit mitgeteilt."
(Goebbels, Kaiserhof, S. 36)

Die Such- und Sammlungstätigkeit der Projektbearbeiter/innen umfaßte bislang die Durchsicht einschlägiger Bestände und Zeitungsausschnittssammlungen im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, in den verschiedenen Abteilungen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs München, in der Bayerischen Staatsbibliothek München, im Bundesarchiv/Militärarchiv Koblenz/ Freiburg, im Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg, in der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus und im Weltwirtschaftsarchiv in Hamburg, im Archiv der Mannesmann-AG in Düsseldorf, im Zentralen Staatsarchiv der DDR in Potsdam, in der Deutschen Bücherei in Leipzig, der Deutschen Staatsbibliothek Berlin (Ost), der Sächsischen Landesbibliothek in Dresden, der Nationalen Forschungs- und Gedenkstätte der klassischen Literatur in Weimar wie

spräche mit politischer Prominenz stattfan-

auch im Staatsarchiv dort ebenso wie in weiteren acht Stadtarchiven der DDR.

Die Literatur zur Weimarer Republik und einzelnen Themenfeldern wie Wirtschaft, Industrie und Banken, Landwirtschaft, Verbände, Parteien, Reichswehr usw. wurde durchgesehen, verfügbare Nachlässe auf Hinweise/Kontakte untersucht, diverse Gespräche mit in- und ausländischen Sachkennern fanden statt, Zeugenschrifttum wurde auf entsprechende Vermerke durchgesehen, zwei Rundschreibenaktionen richteten sich an jeweils mehr als 100 bundesrepublikanische und DDR-Archive und Bibliotheken mit gezielten Nachfragen und der generellen Bitte um Unterstützung. Erstellt wurde ein detailliertes Itinerar Hitlers.

Daß dennoch und gerade bei einem solcherart, flächendeckenden' Vorgehen Lükken bleiben, begründet die hier angeschlossene Bitte, Hinweise auf und Dokumente zu sämtlichen Aktivitäten Hitlers, also Daten und Texte zu Reden, Artikeln, Parteibefehlen, Informationen über politische Korrespondenz und Gespräche, Berichte Dritter über Begegnungen mit Hitler oder Hitler-Äußerungen, auch Polizeiberichte über Versammlungen o.ä., für den Zeitraum Dezember 1924 bis Januar 1933 dem Institut für Zeitgeschichte zukommen zu lassen.

Sämtliche im Institut dazu vorliegenden und ihm vorgelegten Dokumente, auch solche, die in der 2-bändigen Publikation keine oder lediglich eine regestartige Erwähnung finden, werden nach Abschluß des Projekts als "Sammlung Hitler-Dokumente" der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich sein.

Für Zuschriften bedankt sich: Maria Helene Müller Institut für Zeitgeschichte Leonrodstraße 46 b 8000 München 19



⁷ Das Schreiben ist in Auszügen auch wiedergegeben in O. Schmidt-Hannovers maschinenschriftlichen "Notizen über "freundschaftliche" Zusammenarbeit zwischen DNVP und NSDAP"; BA NL Schmidt-Hannover/Nr. 72, Eintrag 28. 1. 1932.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. John Gillingham, Professor of History, University of Missouri/St. Louis (8001 Natural Bridge Road, St. Louis, Missouri 63121), veröffentlichte u. a. "Industry and Politics in the Third Reich: Ruhr Coal, Hitler and Europe" (Columbia Univ. Press, NY; London und Stuttgart, 1985), "Zur Vorgeschichte der Montan-Union Westeuropas Kohle und Stahl in Depression und Krieg" (VfZ 3/1986, S.381~405); derzeitige Interessen: die Rolle von Kohle und Stahl bei der Schaffung eines Neuen Europas, die Bundesrepublik Deutschland im Verflechtungssystem der westlichen Industriestaaten (im Rahmen des von Ludolf Herbst geleiteten Projekts "Westdeutschland in den internationalen Beziehungen").

Dr. Erich J.C. Hahn, Assoc. Professor für Geschichte, University of Ontario (318 Regent Street, London Ontario, Canada N6A 2H4), veröffentlichte u.a. "Der Loyalitätskonflikt des Staatssekretärs Bernhard Wilhelm von Bülow im Frühjahr 1933" (mit Peter Krüger in: VfZ 4/ 1972 S. 376-410), "The Junior Faculty in Revolt: Reform Plans for Berlin University in 1848" (American Historical Review 1977), "Ministerial Responsibility and Impeachment in Prussia, 1848-1863" (Central European History 1977), "Rudolf v. Gneist and the Prussian Rechtsstaat" (Journal of Modern History 1977), "The German Foreign Ministry and the Question of War Guilt, 1918-1919" (in: German Nationalism and the European Response, hrsg. v. C. Fink/J. Hull/ M. Knox, Norman Oklahoma 1985); derzeitige Interessen: Beratung der Westmächte über die Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1947-1949.

Dr. Otmar Jung, Privatdozent am Fachbereich Politische Wissenschaft der Freien Universität Berlin (1000 Berlin 21, Altonaer Str. 10), veröffentlichte u.a. "Zum Kulturstaatsbegriff. Johann Gottlieb Fichte – Verfassung des Freistaates Bayern – Godesberger Grundsatzprogramm der SPD (Mannheim 1976), "Spaltung und Rekon-

struktion des organisierten Pazifismus in der Spätzeit der Weimarer Republik" (in: VfZ 2/1986 S.207-243), "Die Utteile des Volksgerichtshofes und der Deutsche Bundestag." Zur parlamentarischen 'Freistellung' vom 25. Januar 1985 (in: Zu Parlamentsfragen 17/1986 S.119-136); zur Zeit mit einer politischen Biographie des hohen Richters, Sozialdemokraten und Pazifisten Arnold Freimuth (1872-1933) beschäftigt.

Dr. Ivan Pfaff, freier Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung (6900 Heidelberg, Friedrich-Ebert-Anlage 21), veröffentlichte u. a. "Jan Neruda und die tschechische demokratische Bewegung in den sechziger Jahren" (1963), "Die Kulturpolitik der SPD im tschechoslowakischen Grenzgebiet 1935–1938" (1966), "Tschechische Kultur im Kampf gegen den Faschismus 1933–1938" (1969, die Gesamtauflage gleich nach Erscheinen konfisziert); zur Zeit mit der sowjetischen Politik in Mitteleuropa 1933–1939 beschäftigt (die Monographie "Die Sowjetunion und die Verteidigung der Tschechoslowakei 1934–1938. Zerstörung einer Legende" ist im Druck).

Dr. Günter J. Trittel, Lehrer am Max-Planck-Gymnasium und Lehrbeauftragter an der Universität Göttingen (3400 Göttingen, Nikolausberger Weg 9c), veröffentlichte u.a. "Die Bodenreform in der Britischen Zone 1945-1949" (1975), "Von der "Verwaltung des Mangels" zur "Verhinderung der Neuordnung" (in: C. Scharf/H.-J. Schröder, Die Deutschlandpolitik Großbritanniens und die britische Zone 1945-1949, 1979), "Das Scheitern der Bodenreform im ,Schatten des Hungers'" (in: J. Foschepoth/R Steininger, Die britische Deutschlandund Besatzungspolitik 1945-1949), "Die westlichen Besatzungsmächte und der Kampf gegen den Mangel 1945-1949" (in: Aus Politik und Zeitgeschichte Bd. 22/1986); derzeitiger Forschungsschwerpunkt: soziale Protestbewegungen im deutschen Vormärz.

